



# Statistik in Sachsen

Jahrgang 18 - 2/2012



# Inhaltsverzeichnis

<b>21. Tag der Sachsen – der Landkreis Mittelsachsen und die Stadt Freiberg im Spiegel der Statistik</b>	<b>2</b>
Dr. Andreas Oettel, Birgit Scheibe	
<b>Das Baugewerbe im Jahr 2011</b>	<b>10</b>
Dr. Andreas Oettel	
<b>Landwirtschaftszählung 2010 Teil 3 – Viehbestände</b>	<b>18</b>
Hubertus Schwede	
<b>Sachsen INTERAKTIV – Nutzung der erweiterten Informationsangebote zur Beobachtung, Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den sächsischen Gemeinden</b>	<b>23</b>
Hans-Dieter Kretschmann	
<b>Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Krankenhausbehandlungen im Freistaat Sachsen bis 2025</b>	<b>28</b>
Marlen Krauß	
<b>Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt in Sachsen Ein Vergleich zu Vätern und Kinderlosen</b>	<b>37</b>
Janika Weigel, Anke Puschmann	
<b>Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe</b>	<b>46</b>
Marcel Goldmann, Bettina Koreng	
<b>Die sächsische Mietpreisstatistik – Einblicke in die Erhebungspraxis</b>	<b>51</b>
Franziska Hacker	
<b>20 Jahre Euroregion Neisse–Nisa–Nysa Ausgewählte statistische Daten</b>	<b>55</b>
Janika Weigel	
<b>Informationen zu INSPIRE – Neuigkeiten bei der GDI–Sachsen</b>	<b>61</b>
Regine Fiedler	
<b>Die Folgen des demografischen Wandels im stationären medizinischen Bereich – Beschäftigungspotenziale in sächsischen Krankenhäusern bis zum Jahr 2030</b>	<b>64</b>
Prof. Dr. Alexander Karmann, Sophia Andrä, Kristina Richter	
<b>Prognose der Zeitreihen „Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“ und „Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“</b>	<b>68</b>
Anne Schneider	
<b>Neues aus Sachsen</b>	<b>72</b>
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	<b>74</b>

# Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

diese zweite Ausgabe unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ im Jahr 2012 bietet wieder einen Einblick in zahlreiche Gebiete der amtlichen Statistik.

Der „Tag der Sachsen“, das größte Volks- und Heimatfest, das in unserem Freistaat jedes Jahr am ersten Septemberwochenende gefeiert wird, findet 2012 in Freiberg statt. Aus diesem Anlass werden im ersten Beitrag ausgewählte statistische Ergebnisse zur Stadt Freiberg und zum Landkreis Mittelsachsen dargestellt.

Daran schließt sich die jährlich erscheinende Betrachtung des sächsischen Baugewerbes für das Jahr 2011 an. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe waren die Zahl der tätigen Personen und der Gesamtumsatz höher als im Vorjahr.

Mit einer Analyse der Struktur und Entwicklung der sächsischen Viehbestände wird die Darstellung der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 fortgesetzt.

Das Statistische Landesamt bietet in seinem Internetangebot neue interaktive Informationsangebote an. Dazu gehören drei Anwendungen zur Analyse der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung sowie zur Flächennutzung und zur Landtagswahl. Diese werden in einem weiteren Artikel vorgestellt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt in diesem Heft sind Ausführungen zum Gesundheitswesen. Diesem Thema sind drei Beiträge gewidmet, die sich besonders mit den Folgen des demografischen Wandels sowohl auf die Zahl der Patienten und Behandlungsfälle als auch auf die Zahl der Beschäftigten in Krankenhäusern im Zeitraum bis 2025 befassen.

Aspekte der Erwerbsbeteiligung sächsischer Frauen mit Kindern bzw. ohne Kinder unter 18 Jahren stehen im Mittelpunkt eines weiteren Beitrags. Dabei zeigt sich, dass die eigene Erwerbstätigkeit auch für Frauen mit Kindern von großer Bedeutung ist und viele nach der Geburt eines Kindes bestrebt sind, möglichst bald in ihren Beruf zurückzukehren.

Die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa feierte im Jahr 2011 ihr 20-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass erarbeiteten die Mitarbeiter der Expertengruppe Statistik eine umfangreiche Publikation. Ausgewählte Ergebnisse aus dieser Veröffentlichung werden dargestellt.

Vervollständigt wird die Zeitschrift durch weitere interessante Beiträge: zu den Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, zur Statistik der Mietpreise und zum Fortgang der Arbeiten bei der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie, welche den Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur zum Inhalt hat.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de). Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich, wenn Sie unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

# 21. Tag der Sachsen – der Landkreis Mittelsachsen und die Stadt Freiberg im Spiegel der Statistik

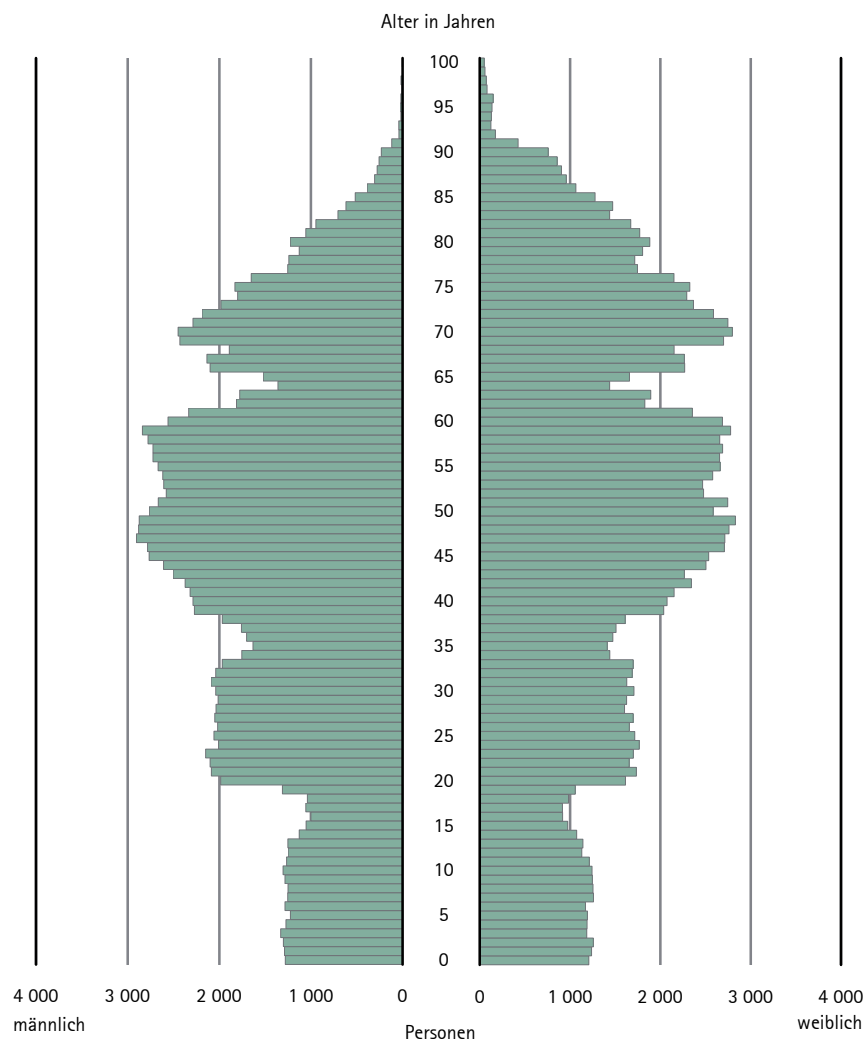
## Vorbemerkungen

Sachsens größtes Volks- und Heimatfest, der „Tag der Sachsen“, findet 2012 vom 7. bis 9. September in der Stadt Freiberg im Landkreis Mittelsachsen statt. In der Silber- und Universitätsstadt Freiberg steht das ganze Jahr 2012 im Zeichen des Jubiläums „850 Jahre Freiberg“. Der 21. Tag der Sachsen wird ein Höhepunkt des Festjahres: „von Sachsen – mit Sachsen – für Sachsen“ sein. Seit 1992 wird dieses Volks- und Heimatfest alljährlich am ersten Septemberwochenende in einer anderen sächsischen Stadt gefeiert. Vereine und Künstler präsentieren sich, Sportler zeigen ihr Können, Händler und Handwerker sorgen für ein buntes Marktleben. [1] 2011 besuchten über 450 000 Gäste den Tag der Sachsen in der Lessingstadt Kamenz. 2013 wird Schwarzenberg im Erzgebirgskreis Ausrichter des 22. Tages der Sachsen sein. 2012 kehrt der Tag der Sachsen sozusagen an seine Wurzeln zurück. 1992 hatte dieses große Volksfest in Freiberg Premiere. Mit diesem Beitrag wird die im letzten Jahr begonnene Folge, anlässlich des Tages der Sachsen die Gastgeberstädte und deren Landkreise im Spiegel der amtlichen Statistik vorzustellen, fortgesetzt.

## Lage und Geschichte

Der **Landkreis Mittelsachsen** ist flächenmäßig, nach dem Landkreis Bautzen, der zweitgrößte Landkreis im Freistaat Sachsen. Er grenzt im Norden an die Landkreise Leipzig und Nordsachsen, im Osten an die Landkreise Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, im Süden an die Tschechische Republik sowie im Westen an den Erzgebirgskreis, die Kreisfreie Stadt Chemnitz, den Landkreis Zwickau und an den Freistaat Thüringen. Im Zuge der umfangreichen Verwaltungs- und Funktionalreform im Freistaat Sachsen wurde zum 1. August 2008 der Landkreis Mittelsachsen aus dem Zusammenschluss der ehemaligen

Abb. 1 Bevölkerung des Landkreises Mittelsachsen am 31. Dezember 2010 nach Alter und Geschlecht



Landkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida gebildet. Kreis- und Hauptsitz der Verwaltung des Landkreises ist die Stadt Freiberg, die größte Stadt des Landkreises mit rund 41 300 Einwohnern.

**Freiberg** ist eine von sechs Großen Kreisstädten im Landkreis Mittelsachsen. Die Ent-

wicklung der 850 Jahre alten Stadt war vor allem gekennzeichnet durch den schnellen Aufschwung des Silberbergbaus der hier im elften Jahrhundert begann. Im Mittelalter prägte auch der Fernhandel die Struktur der Stadt, der sie zum ökonomischen Zentrum der Markgrafschaft Meißen im Mittelalter

werden ließ. Durch den Bergbau entwickelte sich auch die Industrie zur Verhüttung der einheimischen Erze im Freiburger Raum sehr rasant. Darüber hinaus spielte Freiberg als Verwaltungszentrum für das sächsische Berg- und Hüttenwesen eine wichtige Rolle. So hatte ab 1542 das Oberbergamt und seit 1555 das Oberhüttenamt seinen Sitz in Freiberg. Mit der Gründung der Bergakademie in Freiberg 1765 entstand eine der ersten mondanwissenschaftlichen Hochschulen der Welt. Sie verhalf der Stadt zu Weltruf und brachte viele hervorragende Persönlichkeiten hervor. Die Technische Universität Bergakademie Freiberg ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für die Region. [2]

### Fläche und Bevölkerung

Der Landkreis Mittelsachsen umfasst eine Fläche von 2 113 km<sup>2</sup>, das sind 11,5 Prozent der Fläche des Freistaates Sachsen. Knapp 8 Prozent der Einwohner in Sachsen leben im Landkreis Mittelsachsen. Die rund 328 000 Einwohner (31.12.2010) verteilen sich auf 56 Gemeinden, darunter 21 Städte. Die alte Bergstadt Freiberg ist mit etwas über 41 300 Einwohnern die mit Abstand größte Stadt im Landkreis. Drei weitere Städte haben mehr als 15 000 Einwohner. Das sind die Städte Döbeln mit rund 21 300, Frankenberg/Sa. mit 15 700 und Mittweida mit 15 500 Einwohnern. Fast zwei Drittel der Gemeinden hatten 2010 weniger als 5 000 Einwohner. Während in Sachsen 2010 im Vergleich zu 2000 ein Rückgang der Bevölkerung um etwas über 6 Prozent zu verzeichnen war, fiel der Bevölkerungsverlust in der Stadt Freiberg und im Landkreis Mittelsachsen wesentlich höher aus. Die Stadt schrumpfte um 9 Prozent, der Landkreis sogar um 11 Prozent. Besonders hoch sind die Rückgänge in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen. In Freiberg bzw. im Landkreis Mittelsachsen wohnten 2010 im Vergleich zu 2000 über ein Fünftel weniger Kinder. In der Altersgruppe der 10- bis unter 20-Jährigen fiel der Rückgang sowohl in Freiberg als auch im Landkreis noch wesentlich höher aus. Hier reduzierten sich die Bevölkerungszahlen um mehr als die Hälfte. Dagegen stieg die Zahl der über 64-Jährigen in Freiberg um 29 Prozent und im Landkreis Mittelsachsen um 17 Prozent (vgl. Abb. 1). Während für den Rückgang der Bevölkerungszahlen für Sachsen überwiegend ein Überschuss an Gestorbenen die Ursache ist, trifft dies zwar auch für die Stadt Freiberg zu, jedoch nicht ausschließlich für den Landkreis Mittelsachsen. Hier ist ein Überschuss an Fortzügen entscheidend für den Bevölkerungsrückgang. Allein 2010 zogen aus dem Landkreis Mittelsachsen knapp 8 700 Einwohner weg während nur rund

Tab. 1 Voraussichtliche Bevölkerung der Stadt Freiberg, des Landkreises Mittelsachsen und des Freistaates Sachsen 2025<sup>1)</sup> nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Variante 1			Variante 2		
	Stadt Freiberg	Landkreis Mittelsachsen	Freistaat Sachsen	Stadt Freiberg	Landkreis Mittelsachsen	Freistaat Sachsen
1 000						
unter 15	3,8	29,8	440,0	3,5	28,0	405,2
15 - 65	20,2	155,6	2 186,1	18,7	150,4	2 084,9
65 und mehr	11,2	92,1	1 151,4	11,2	92,2	1 156,6
<b>Insgesamt</b>	<b>35,3</b>	<b>277,5</b>	<b>3 777,5</b>	<b>33,3</b>	<b>270,6</b>	<b>3 646,7</b>
Prozent						
unter 15	10,8	10,7	11,6	10,5	10,4	11,1
15 - 65	57,3	56,1	57,9	56,1	55,6	57,2
65 und mehr	31,9	33,2	30,5	33,5	34,1	31,7
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Veränderung 2025 gegenüber 2010 (in %)</b>	<b>-14,6</b>	<b>-15,5</b>	<b>-9,0</b>	<b>-19,3</b>	<b>-17,6</b>	<b>-12,1</b>

1) Quelle: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025

6 600 zuzogen. Dazu kommt ein Überschuss an Gestorbenen von fast 1 800. Die Stadt Freiberg verlor hingegen knapp 90 Einwohner durch einen Überschuss an Fortzügen, aber zusätzlich noch 275 durch den Überschuss an Gestorbenen (vgl. Tab. 4). Der **Bevölkerungsrückgang** wird sich, wie in allen Landkreisen des Freistaates auch im Landkreis Mittelsachsen und der Stadt Freiberg **bis 2025** fortsetzen. Auch weiterhin wird sowohl in Freiberg als auch im Landkreis Mittelsachsen der Rückgang stärker als im Sachsendurchschnitt ausfallen. Für Sachsen wird 2025 im Vergleich zu 2010, nach Berechnungen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose, mit einem Minus zwischen 9 Prozent und 12 Prozent gerechnet. Für die Stadt Freiberg werden zwischen knapp 15 Prozent und 19 Prozent weniger Einwohner prognostiziert, für den Landkreis liegen die Werte zwischen rund 15 Prozent und 18 Prozent. Der Rückgang der Einwohnerzahl geht mit einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung einher. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung des Landkreises Mittelsachsen wird um mindestens vier Jahre von derzeit 47,1 Jahre auf 51,0 bzw. 51,6 Jahre steigen. 2025 wird nur noch etwa jeder zehnte Einwohner unter 15 Jahre alt sein, jedoch rund ein Drittel 65 Jahre und älter. Das trifft sowohl für Freiberg als auch für den Landkreis Mittelsachsen zu (vgl. Tab. 1).

### Bildung

Im Landkreis Mittelsachsen wurden 2011 in 242 **Kindertageseinrichtungen**, darunter 30 in der Stadt Freiberg, und in der Kindertagespflege (Tagesmutter und -vater) knapp 10 500 Kinder versorgt. Somit wurden im Landkreis

45 Prozent der Kinder im Alter von unter 3 Jahren und 95 Prozent der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren betreut. Im Schuljahr 2011/12 lernen an 129 **allgemeinbildenden Schulen** im Landkreis insgesamt fast 25 700 Schülerinnen und Schüler. Das sind nur noch 62 Prozent soviel wie im Schuljahr 2000/01. Die Zahl der Schulen ging um 48 bzw. 27 Prozent, darunter um 21 bzw. 22 Prozent Grundschulen und 24 bzw. 46 Prozent Mittelschulen zurück. In der Stadt Freiberg ging seit 2000/01 die Zahl der allgemeinbildenden Schulen um fünf bzw. 25 Prozent und die Schülerzahl um 2 225 bzw. 40 Prozent zurück. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist insbesondere auch die Zahl der Absolventen/Abgänger von allgemeinbildenden Schulen gesunken. Im Vergleich zu 2000 verließen im Landkreis Mittelsachsen und in der Stadt Freiberg 2011 jeweils zwei Drittel weniger Schüler die allgemeinbildende Schule. 28 Prozent der Absolventen in Freiberg als auch im Landkreis Mittelsachsen beendeten die allgemeinbildende Schule mit allgemeiner Hochschulreife, das ist ein Prozentpunkt weniger als in Sachsen insgesamt. Für die **berufliche Ausbildung** stehen im Landkreis Mittelsachsen im laufenden Schuljahr 13 Schulen zur Verfügung, darunter vier in Freiberg. An den berufsbildenden Schulen werden zurzeit über 4 900 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Das sind 48 Prozent weniger als 2000/01 (vgl. Tab. 4). Freiberg ist Universitätsstadt aus langer Tradition und aus gutem Grund. Die TU Bergakademie Freiberg beschäftigt sich seit ihrer Gründung in Lehre und Forschung mit Fragen der nachhaltigen Versorgung der Gesellschaft mit Rohstoffen, Werkstoffen und

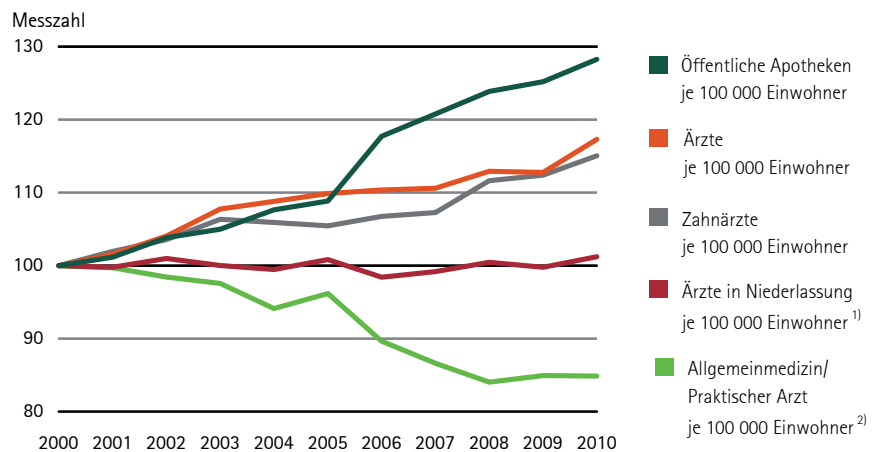
Energie. [2] An der TU Bergakademie studieren gegenwärtig über 5 500 Studentinnen und Studenten. Das sind im Vergleich zum Jahr 2000 über drei Viertel mehr. Die Hälfte der Studierenden ist in einem Studienfach der Ingenieurwissenschaften eingeschrieben. Allein in dieser Fächergruppe hat sich gegenüber 2000 die Studentenzahl mehr als verdoppelt. 2010 beendeten 605 Studentinnen und Studenten erfolgreich ihr Studium an der Bergakademie, im Jahr 2000 waren es lediglich 256. Im Landkreis Mittelsachsen gibt es außerdem noch eine Fachhochschule in Mittweida, an der gegenwärtig über 6 000 Studierende eingeschrieben sind. Hier erhöhte sich die Zahl der Studierenden im Vergleich zu 2000 um über 80 Prozent. Neben den Ingenieurwissenschaften spielen hier die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 43 Prozent der Studierenden eine große Rolle. 2010 absolvierten an der Fachhochschule 1 565 Studenten ihr Studium, viermal soviel wie im Jahr 2000.

### Gesundheit und Soziales

Die **gesundheitliche Versorgung** der Bevölkerung im Landkreis Mittelsachsen hat sich 2010 im Vergleich zu 2000 verbessert. Es stehen mehr Ärzte, Zahnärzte und auch Apotheken zur Verfügung. Im Vergleich zum Sachsendurchschnitt ist die Ausstattung mit Ärzten und Zahnärzten im Landkreis Mittelsachsen jedoch ungünstiger. In den sieben Krankenhäusern im Landkreis Mittelsachsen standen 1 592 und in der einen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung 245 Betten für die medizinische Betreuung der Patienten zur Verfügung (vgl. Tab. 2 und Abb. 2). Die pflegebedürftigen Personen im Landkreis Mittelsachsen konnten 2009 in 91 ambulanten bzw. 71 stationären **Pflegeeinrichtungen** Hilfe in Anspruch nehmen. Die stationären Einrichtungen verfügten über 3 792 Plätze, das entspricht knapp 8 Prozent der in Sachsen insgesamt bestehenden Plätze. Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren war eine stationäre Pflegeversorgung im Landkreis Mittelsachsen von knapp 45 Plätzen auf 1 000 Personen dieser Altersgruppe gegeben. Diese Quote lag unter der für Sachsen, wo für 1 000 über 65-Jährige knapp 47 Plätze verfügbar waren.

Im November 2011 erhielten im Landkreis Mittelsachsen 27 998 **Personen Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV)**, darunter in der Stadt Freiberg 4 190. Bezogen auf 100 Einwohner im Alter von unter 65 Jahren entspricht das für den Landkreis einer Quote von 11,5, sie lag somit unter dem Sachsendurchschnitt (13,7). Für die Stadt Freiberg fiel die Quote mit 13,9 jedoch ungünstiger aus

**Abb. 2 Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis Mittelsachsen 2000 bis 2010 (2000 = 100)**



1) einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 SGB V - Gesetzliche Krankenversicherung, ab 1999 noch einschließlich Angestellte, Teilzeitangestellte und Praxisassistenten  
2) ab 2006 einschließlich Innere Medizin und Allgemeinmedizin (Hausarzt); vorher nur Allgemeinmedizin

**Tab. 2 Gesundheitliche Versorgung im Landkreis Mittelsachsen und Sachsen 2000 und 2010**

Merkmal	Landkreis Mittelsachsen		Freistaat Sachsen	
	2000	2010	2000	2010
Krankenhäuser	9	7	92	80
Rehabilitationseinrichtungen	1	1	44	48
Ärzte je 100 000 Einwohner	199,7	234,2	312,4	365,3
Zahnärzte je 100 000 Einwohner	69,9	80,4	85,2	94,1
Öffentliche Apotheken je 100 000 Einwohner	19,2	24,7	21,2	24,1

(vgl. Tab. 4). Neben den Leistungen nach dem SGB II erhielten Ende 2010 im Landkreis Mittelsachsen noch 1 728 Personen **Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)**, darunter waren 1 475 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Unter ihnen befanden sich 414 Personen im gesetzlichen Rentenalter und somit 0,5 Prozent der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren.

### Wirtschaftskraft

Im Landkreis Mittelsachsen wurde 2009 ein **Bruttoinlandsprodukt** (in jeweiligen Preisen)<sup>1)</sup> von 7,4 Milliarden € erwirtschaftet. Das waren 8,0 Prozent des sächsischen Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 2000 hatte der Anteil noch bei 7,1 Prozent gelegen, seither ist er in der Tendenz vergleichsweise deutlich gestiegen. In den Jahren von 2002 bis 2008 hat die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes für den Landkreis Mittelsachsen immer über den Veränderungen für Sachsen insgesamt gelegen (vgl. Abb. 3). Dadurch konnte sich der Anteil am sächsischen Bruttoinlandsprodukt auch erhöhen. Im Jahr 2009 war der Landkreis Mittelsachsen infolge seiner Wirtschaftsstruktur auch stärker

von der Wirtschaftskrise betroffen als der Freistaat insgesamt. Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 3,4 Prozent lag über den Werten der anderen Landkreise im Direktionsbezirk Chemnitz.

Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf die Erwerbstätigen, so zeigt sich, dass die Wirtschaftskraft des Kreises überdurchschnittlich ist (vgl. Tab. 4). Mit 53 226 € lag das **Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen** um 11,1 Prozent über dem sächsischen Durchschnittswert von 47 916 €. Auch im Vergleich der Landkreise untereinander zeigt sich Mittelsachsen um 10,7 Prozent über dem Mittelwert von 48 095 € liegend.

Die **Wirtschaftsstruktur** des Landkreises Mittelsachsen weicht von der Sachsens etwas ab. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) trug 2009 mit 1,5 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, in Sachsen insgesamt war es nur 0,9 Prozent. Überdurchschnittlich war auch das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit 28,5 Prozent (Sachsen 20,7 Prozent)

1) Alle Angaben des Bruttoinlandsproduktes bzw. der Bruttowertschöpfung für Kreise sind in jeweiligen Preisen. Preisbereinigte Daten werden dafür vom AK VGRdL nicht ermittelt. Alle VGR-Daten für die Kreise fußen auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003.

vertreten (vgl. auch Abb. 4). Das entspricht einem absoluten Wert von 1,9 Milliarden €. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) sind das Verarbeitende Gewerbe, der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie die Energie- und Wasserversorgung zusammengefasst. Das Verarbeitende Gewerbe hatte 2009 allein einen Anteil von 24,7 Prozent an der Bruttowertschöpfung des Landkreises.

Der Beitrag des Baugewerbes zur Bruttowertschöpfung lag 2009 mit 6,5 Prozent faktisch auf dem sächsischen Niveau von 6,7 Prozent. Der Beitrag der drei Dienstleistungsbereiche war dagegen unterdurchschnittlich. Beim Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag er mit 14,5 Prozent nur geringfügig unter dem sächsischen Mittelwert von 15,5 Prozent. Der Beitrag des Bereiches Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister erreichte mit 27,1 Prozent gut einen Prozentpunkt weniger als Sachsen insgesamt mit 28,4 Prozent. Bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern ist der Abstand unter den Dienstleistungsbereichen am größten: Landkreis Mittelsachsen 21,9 Prozent, Sachsen 27,9 Prozent (vgl. Abb. 4). Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Mittelsachsen ist somit stärker industriell geprägt als der Freistaat insgesamt. [3] <sup>2)</sup>

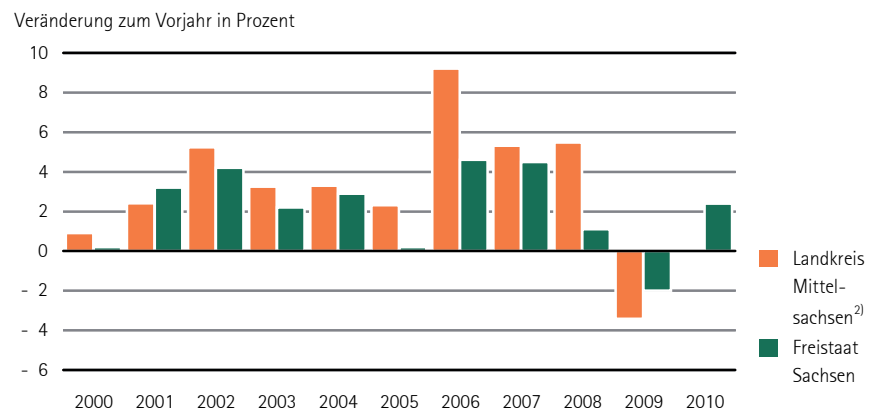
### Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen) erwirtschaftete im **Landkreis Mittelsachsen** 2011 einen Gesamtumsatz von 6 326 Millionen €. Insgesamt gab es 364 Betriebe mit 27 079 tätigen Personen (Ende September). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumsatz 2011 um 9,9 Prozent erhöht.

Die umsatzstärksten Industriebereiche waren 2010 die Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 16,2 Prozent Anteil, die Metallherzeugung und -bearbeitung mit 10,2 Prozent sowie die Herstellung von Metallherzeugnissen mit 9,2 Prozent, der Maschinenbau mit 10,9 Prozent und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 6,9 Prozent. Auf die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie die Getränkeherstellung entfielen zusammen 8,5 Prozent des Gesamtumsatzes.

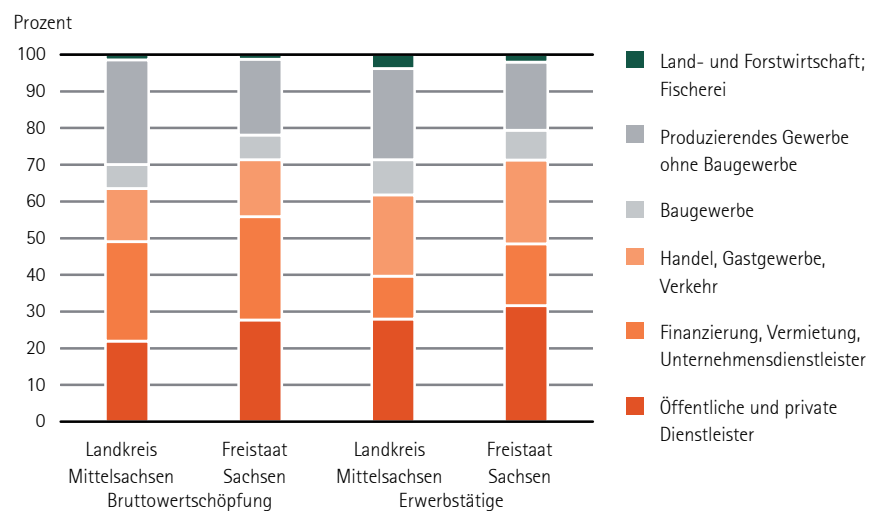
Die **Stadt Freiberg** ist die größte Industriegemeinde im Landkreis Mittelsachsen. [4] <sup>3)</sup> Es folgen Döbeln und Brand-Erbisdorf. Weitere größere Industriegemeinden befinden sich im Umlandbereich von Chemnitz, wie Oederan, Flöha, Mittweida, Hainichen oder Penig, sowie im Umfeld von Döbeln, wie Hartha, Waldheim oder Leisnig.

**Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup> in jeweiligen Preisen 2000 bis 2010**



1) Datenquelle: AK VGRdL; August 2010; Sachsen 2010: Februar 2011  
2) Daten für 2010 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

**Abb. 4 Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige 2009 nach Wirtschaftszweigen**



Datenquelle: AK VGRdL; August 2010

Die **Stadt Freiberg** ist als Industriegemeinde in ihrer Bedeutung vergleichbar mit Plauen, beide Städte folgen innerhalb Sachsens nach Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau. Die Bereichsstruktur ist vielfältig. Dominiert wird sie von der Herstellung von chemischen Erzeugnissen. Dazu zählt zum Beispiel auch die Halbleitertechnik. Es folgen die Metallherzeugung- und -bearbeitung sowie die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen; der Maschinenbau und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie die Getränkeherstellung.

Im Jahr 2011 hatte die **Stadt Freiberg** 29 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 4 469 tätigen Personen. Damit lag die Beschäftigtenzahl leicht über dem Stand von 2008 (4 429 tätige Personen). Der Gesamtumsatz lag 2011 bei 1,8 Milliarden € und damit nur knapp unter dem Wert des Jahres 2008, dem Jahr vor der Wirtschaftskrise.

Die Industrie im Landkreis Mittelsachsen ist weniger **exportintensiv** als in Sachsen im Durchschnitt. Lag die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) in Sachsen 2011 bei 35,8 Prozent, so erreichte sie im Landkreis Mittelsachsen 29,0 Prozent. Je kleiner die betrachtete Region ist, umso stärker kann ein Indikator wie die Exportquote schwanken. 2010 lag sie noch bei 30,6 Prozent. Für die Stadt Freiberg betrug sie 2008 und 2009 knapp 34 Prozent, 2010 knapp 42 Prozent und ist 2011 auf knapp 39 Prozent zurückgegangen.

### Baugewerbe

Im **Landkreis Mittelsachsen** wurde von 4 688 tätigen Personen in 573 Betrieben des Bauhauptgewerbes (Juni 2011) für das Jahr 2010 ein Gesamtumsatz von 409,7 Milli-

2) Die nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse erfolgt erst Ende 2012 nach der großen Revision der VGR. Diese Kreisergebnisse sind dann auf der Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, gegliedert.  
3) Die Karte kann beim Statistischen Landesamt käuflich erworben werden.

Tab. 3 Industrie, Baugewerbe und Tourismus im Landkreis Mittelsachsen und der Stadt Freiberg

Merkmal	Jahr	Einheit	Stadt Freiberg	Landkreis Mittelsachsen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
<b>Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup></b>							
Betriebe	Sep 2011	Anzahl	29	364	12,0	2 476	3 023
tätige Personen	Sep 2011	Anzahl	4 469	27 079	10,6	199 901	255 397
Gesamtumsatz	2011	1 000 €	1 811 261	6 325 612	10,4	43 458 724	60 888 674
darunter Auslandsumsatz	2011	1 000 €	700 966	1 833 471	8,4	13 369 831	21 793 551
<b>Bauhauptgewerbe</b>							
Betriebe	Juni 2011	Anzahl	24	573	8,5	5 501	6 763
tätige Personen	Juni 2011	Anzahl	271	4 688	8,0	45 634	58 827
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2010	1 000 €	28 318	409 660	7,0	4 179 417	5 847 650
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2010	€	104 494	87 385	x	91 586	99 404
<b>Ausbaugewerbe<sup>2)</sup></b>							
Betriebe	Juni 2011	Anzahl	15	106	8,6	871	1 228
tätige Personen	Juni 2011	Anzahl	692	2 851	9,7	20 387	29 531
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz)	2010	1 000 €	57 712	265 590	9,2	1 877 119	2 885 683
Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) je tätiger Person	2010	€	83 399	93 157	x	92 074	97 717
<b>Tourismus<sup>3)</sup></b>							
Betriebe	Juli 2011	Anzahl	18	179	8,3	1 819	2 159
angebotene Gästebetten	Juli 2011	Anzahl	656	7 327	6,1	83 446	119 998
Ankünfte	2011	Anzahl	43 674	303 051	4,6	3 355 022	6 559 975
Übernachtungen	2011	Anzahl	99 812	768 304	4,6	10 444 139	16 815 599
durchschnittliche Aufenthaltsdauer <sup>4)</sup>	2011	Tage	2,3	2,5	x	3,9	2,6
durchschnittliche Auslastung der angebotenen Gästebetten	2011	%	42,0	30,2	x	35,0	39,8

1) Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

2) Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen

3) Beherbergungsbetriebe mit 9 und mehr Betten

4) rechnerischer Wert Übernachtungen / Ankünfte

onen € erbracht (vgl. Tab. 3). Auf den Landkreis entfielen 2011 somit 8,5 Prozent der Betriebe, 8,0 Prozent der tätigen Personen und 7,0 Prozent des Gesamtumsatzes (Vorjahresumsatz). Der Gesamtumsatz je tätiger Person lag mit 87 385 € um 12 Prozent unter dem Landesmittel von rund 99 404 €. Das heißt, die Umsatzproduktivität des Bauhauptgewerbes im Landkreis Mittelsachsen ist unterdurchschnittlich.

Im Juni 2011 hatten in der **Stadt Freiberg** 24 bauhauptgewerbliche Betriebe ihren Sitz. Sie hatten 271 tätige Personen und erbrachten einen Gesamtumsatz von 28,3 Millionen € (2010). Der Anteil des Bauhauptgewerbes der Stadt Freiberg am Landkreis Mittelsachsen lag 2011 bei den Betrieben bei 4,2 Prozent, bei den tätigen Personen bei 5,8 Prozent und beim Gesamtumsatz (2010) bei 6,9 Prozent. Im Ausbaugewerbe hatte der **Landkreis Mittelsachsen** Ende Juni 2011 noch 106 Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen. Gegenüber dem Jahr 2000 mit rund 200 Betrieben hat sich ihre Zahl faktisch halbiert. Das muss

aber nicht bedeuten, dass diese rund 100 Betriebe erloschen sind, es bedeutet zumindest auch, dass ein Teil davon in die Größenklasse unter 10 tätige Personen abgesunken ist und dadurch nicht mehr in dieser Statistik erfasst wird.

2011 lag die Zahl der in diesen 106 Betrieben tätigen Personen bei 2 851. Der Gesamtumsatz (Vorjahresumsatz) erreichte einen Betrag von 266 Millionen €. Das waren 9,2 Prozent des sächsischen Wertes. Der entsprechende Anteil bei den Betrieben betrug 8,6 Prozent und bei den tätigen Personen 9,7 Prozent.

In der **Stadt Freiberg** gab es Ende Juni 2011 15 ausbaugewerbliche Betriebe (mit 10 und mehr tätigen Personen) mit 692 tätigen Personen. Der Vorjahresumsatz lag bei 57,7 Millionen €.

Das Unternehmensregister URS 95 weist für die Stadt Freiberg rund 120 ausbaugewerbliche Betriebe aus (Stand: April 2012). In ihnen sind rund 900 Personen tätig (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Selbstständige, Stand: 2010). Die Größen-

klassenstruktur dieser Branche in Freiberg ist durch eine kleine Zahl von sehr großen Betrieben einerseits und einer Vielzahl von kleinen und kleinsten Betrieben andererseits gekennzeichnet. Vergleicht man diese Personenschätzung für alle Betriebe im Ausbaugewerbe mit der Personenzahl aller Betriebe im Bauhauptgewerbe, so zeigt sich, dass erstere rund drei Mal größer ist als letztere.

### Erwerbstätigkeit

Im Jahr 2009 gab es im Landkreis Mittelsachsen rund 139 700 **Erwerbstätige**. Das heißt, für so viele Personen bot der Landkreis im Jahresmittel einen Arbeitsplatz an. Im Jahr 2000 war es ungefähr die gleiche Zahl gewesen (139 000 Personen). Zwischenzeitlich war die Zahl zurückgegangen, von 2006 bis 2008 ist sie dann wieder angestiegen. Im Jahr 2008, dem Jahr vor der Wirtschaftskrise, wurde der bisherige Höchststand von 140 400 Erwerbstätigen erreicht. Diese Größenordnung von 140 000 und mehr Erwerbs-



Tab. 4 Eckdaten für die Stadt Freiberg und den Landkreis Mittelsachsen (Gebietsstand 1. Januar 2012)

Merkmal	Jahr	Einheit	Stadt Freiberg	Landkreis Mittelsachsen	Anteil an Sachsen in %	Landkreise	Freistaat Sachsen
Fläche	31.12.2010	km <sup>2</sup>	48	2 113	11,5	17 573	18 420
Bevölkerungsdichte	31.12.2010	Einw./km <sup>2</sup>	855	155	x	163	225
Bevölkerung	31.12.2010	Anzahl	41 342	328 342	7,9	2 860 288	4 149 477
unter 15 Jahre	31.12.2010	Anzahl	4 309	36 968	7,8	326 137	476 168
15 bis unter 65 Jahre	31.12.2010	Anzahl	25 807	207 502	7,8	1 808 657	2 649 341
65 und mehr Jahre	31.12.2010	Anzahl	11 226	83 872	8,2	725 494	1 023 968
Überschuss Gestorbene	2010	Anzahl	275	1 794	x	15 241	15 818
Überschuss Fortzüge	2010	Anzahl	87	2 109	x	14 273	3 555
Bevölkerungsprognose Variante 1	31.12.2025	1 000	35,3	277,5	7,3	2 463,8	3 777,5
Variante 2	31.12.2025	1 000	33,3	270,6	7,4	2 397,9	3 646,7
Allgemeinbildende Schulen	2011/12	Anzahl	15	129	8,7	1 105	1 481
Berufsbildende Schulen	2011/12	Anzahl	4	13	4,5	157	286
Schüler an allgemeinbildenden Schulen	2011/12	Anzahl	3 319	25 670	8,0	223 299	318 950
Schüler an berufsbildenden Schulen	2011/12	Anzahl	2 502	4 935	4,4	56 067	112 666
Absolventen/Abgänger allgemeinbildende Schulen	2011	Anzahl	242	1 862	8,5	15 641	21 816
ohne Hauptschulabschluss	2011	Anzahl	33	167	7,4	1 518	2 259
Hauptschulabschluss	2011	Anzahl	34	233	10,0	1 733	2 340
Realschulabschluss	2011	Anzahl	108	942	8,7	8 095	10 847
allgemeine Hochschulreife	2011	Anzahl	67	520	8,2	4 295	6 370
Kindertageseinrichtungen	1.3.2011	Anzahl	30	242	8,7	2 016	2 780
Anzahl der Kinder unter 3 Jahre <sup>1)</sup>	1.3.2011	Anzahl	331	3 440	7,5	29 122	45 844
von 3 bis unter 6 Jahren <sup>1)</sup>	1.3.2011	Anzahl	836	7 048	7,5	62 713	94 026
Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahre <sup>1)</sup>	1.3.2011	je 100	32,1	45,4	x	44,2	44,1
von 3 bis unter 6 Jahren <sup>1)</sup>	1.3.2011	je 100	96,5	95,3	x	95,1	95,3
SGB-II-Quote <sup>2)3)</sup>	Nov 2011	je 100	13,9	11,5	x	12,8	13,7
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen <sup>4)</sup>	2009	Mill. €	x	7 435	8,0	57 611	92 808
Veränderung zum Vorjahr	2008 - 2009	%	x	-3,4	x	-2,4	-2,0
je Erwerbstätigen	2009	€	x	53 226	x	48 095	47 916
Erwerbstätige am Arbeitsort <sup>5)</sup>	2009	1 000	x	139,7	7,2	1 197,9	1 936,9
je 1 000 Einwohner (Arbeitsplatzdichte)	2009	Anzahl	x	418	x	412	464
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>3)</sup>	30.6.2011	Anzahl	21 032	106 716	7,4	883 576	1 437 256
und zwar weiblich	30.6.2011	Anzahl	10 015	50 763	7,2	423 803	706 718
Vollzeit	30.6.2011	Anzahl	16 497	86 150	7,6	701 137	1 140 561
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	30.6.2011	Anzahl	15 176	76 104	7,3	632 643	1 038 235
Einpendler	30.6.2011	Anzahl	12 296	23 889	x	197 148	87 945
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort <sup>3)</sup>	30.6.2011	Anzahl	14 341	122 199	8,2	1 031 619	1 481 988
und zwar weiblich	30.6.2011	Anzahl	6 757	57 285	8,0	490 507	714 727
Vollzeit	30.6.2011	Anzahl	11 458	99 224	8,4	827 393	1 186 091
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	30.6.2011	Anzahl	10 043	87 033	8,1	738 456	1 071 245
Auspendler	30.6.2011	Anzahl	5 605	39 372	x	345 191	132 677
Pendlersaldo	30.6.2011	Anzahl	6 691	-15 483	x		-44 732
Arbeitslose	2011	Anzahl	x	16 032	7,1	152 582	226 848
Frauen	2011	Anzahl	x	7 638	7,2	72 656	106 367
Männer	2011	Anzahl	x	8 395	7,0	79 928	120 481
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	2011	%	x	9,2	x	x	10,6
Frauen	2011	%	x	9,5	x	x	10,6
Männer	2011	%	x	9,0	x	x	10,7
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	2011	%	x	7,3	x	x	9,1

1) Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege bzw. je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

2) Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften mit Leistungen nach dem SGB II im November 2011 bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren im Dezember 2010

3) Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); 4) AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010

5) AK ETR des Bundes und der Länder; Berechnungsstand: August 2010; 6) Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen

tätigen hatte es zuletzt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gegeben.

Bezieht man die Zahl der Erwerbstätigen auf die Einwohnerzahl, so zeigt sich, dass die Arbeitsplatzdichte im Landkreis Mittelsachsen mit 418 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner leicht über dem Durchschnitt der Landkreise aber deutlich unter dem sächsischen Wert von 464 liegt (vgl. Tab. 4).

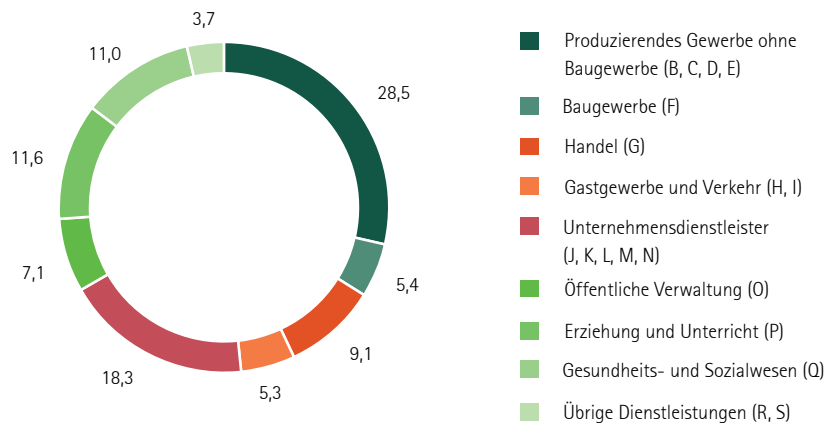
Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** mit Arbeitsort im **Landkreis Mittelsachsen** lag am 30. Juni 2011 bei 106 716 Personen und damit um 2,1 Prozent über dem Vorjahresstand von 104 518 Personen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis Mittelsachsen lag im gleichen Jahr bei 122 199. Das heißt, der Landkreis Mittelsachsen ist ein Kreis mit einem Auspendlerüberschuss von 15 483 Personen.

Der Landkreis Mittelsachsen ist einerseits Ziel von Einpendlern. Der größte Teil hat seinen Wohnsitz in anderen Kreisen des Freistaates Sachsen. Dabei kommt den benachbarten Kreisen Erzgebirgskreis, Zwickau und Leipzig die größte Bedeutung zu. Unter den Kreisfreien Städten steht Chemnitz an der Spitze, gefolgt von Dresden. Aus der Stadt Leipzig pendeln nur wenige Personen nach Mittelsachsen. Ein kleiner Teil der Einpendler kommt aus anderen Bundesländern hierher. Das wichtigste Ziel der Auspendler aus dem Landkreis Mittelsachsen ist die Stadt Chemnitz. Danach folgen mit einigem Abstand die Stadt Dresden und erst danach die benachbarten Landkreise Zwickau, Erzgebirgskreis und Leipzig. Die Stadt Leipzig spielt als Arbeitsort für Personen aus dem Landkreis Mittelsachsen eine größere Rolle als umgekehrt. Innerhalb des Landkreises Mittelsachsen ist die **Stadt Freiberg** eine Gemeinde mit einem Einpendlerüberschuss. 2011 wohnten 14 341 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Freiberg, 5 605 von ihnen bzw. 39 Prozent pendelten zu einem anderen Arbeitsort. Das heißt, rund 60 Prozent der in Freiberg wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten hier auch ihren Arbeitsplatz. Im Jahr 2011 bot Freiberg 21 032 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Arbeitsplatz. 12 296 Personen pendelten nach Freiberg ein. Diese Pendlerbeziehungen belegen, dass die Stadt Freiberg ein wirtschaftlich bedeutendes Zentrum darstellt.

### Arbeitsmarkt<sup>4)</sup>

Im Jahresdurchschnitt 2011 entfielen 16 032 Arbeitslose bzw. 7,1 Prozent aller Arbeitslosen auf den Landkreis Mittelsachsen. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen – lag 2011 in Sachsen bei 10,6

**Abb. 5 Wirtschaftsstruktur<sup>1)</sup> der Stadt Freiberg (Stand: 2010)**  
Angaben in Prozent



1) ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Datenquelle: Unternehmensregistersystem URS 95; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; WZ 2008

Prozent, im Landkreis Mittelsachsen bei 9,2 Prozent.

Das Verhältnis von Frauen zu Männern unter den Arbeitslosen im Landkreis Mittelsachsen gestaltete sich 2011 wie auch in Sachsen insgesamt so, dass der Frauenanteil kleiner ist als der Männeranteil. In Mittelsachsen war er mit 47,6 Prozent jedoch etwas höher als der sächsische Durchschnittswert von 46,9 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag 2011 im Jahresmittel bei 9,5 Prozent und die der Männer bei 9,0 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote (Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahre) betrug 7,3 Prozent und lag damit rund zwei Prozentpunkte unter dem sächsischen Durchschnitt (vgl. Tab. 4). [6] Im März 2012 waren für die Stadt Freiberg 2 270 Arbeitslose registriert, darunter 1 040 Frauen. Ihr Anteil betrug somit 46 Prozent. Das heißt, verglichen mit dem Durchschnittswert 2011 für Sachsen insgesamt liegt der Frauenanteil an den Arbeitslosen in Freiberg auf durchschnittlichem Niveau.

### Tourismus

Der **Landkreis Mittelsachsen** hat Anteil an zwei Reisegebieten. Der südliche Teil (Alt-kreis Freiberg) gehört zum Reisegebiet Erzgebirge und der nördliche Teil zum Reisegebiet Sächsisches Burgen- und Heideland. Der Landkreis Mittelsachsen hat Anteil an sehr unterschiedlichen Landschaften. Im Süden ist es das Erzgebirge. Davon wiederum das Untere und mittlere Osterzgebirge, die Kammlagen gehören zum Oberen Osterzgebirge. Nach Norden schließt sich das Mulde-Lösshügelland an. [7] Dadurch können unterschiedliche Bedürfnisse von Touristen bedient werden. Neben den natürlichen Verhältnissen bilden aber auch kulturell-historische Gegebenheiten Anzie-

hungspunkte. Zahlreiche Burgen sind nicht nur im Burgen- und Heideland zu finden, sondern natürlich auch südlich im Erzgebirge. Die Stadt Freiberg selbst ist Anziehungspunkt für viele Gäste mit ihrer gut erhaltenen historischen Altstadt und den zahlreichen Zeugnissen des Bergbaus auf Silber und andere Metalle. Einen im wahrsten Sinne des Wortes prächtigen Ausdruck findet das in der Ausstellung „Terra Mineralia“ im Schloss Freudenstein.

Im Landkreis Mittelsachsen zählte die Statistik 2011 (Stand Juli) 179 Beherbergungsbetriebe (mit 9 und mehr Betten), darunter 62 Hotels. In diesen Beherbergungsstätten wurden 7 327 Gästebetten angeboten. 2011 waren sie im Jahresmittel zu 30,2 Prozent ausgelastet. Die Bettenauslastung lag deutlich unter dem sächsischen Durchschnittswert von 39,8 Prozent.

2011 wurden im Landkreis Mittelsachsen reichlich 303 000 Gäste mit rund 768 000 Übernachtungen registriert. Das heißt, der statistische Durchschnittsgast blieb 2,5 Tage. Das war deutlich weniger als für die Landkreise insgesamt mit 3,9 Tagen, aber nahe am Durchschnitt für Sachsen insgesamt von 2,6 Tagen. In Landkreisen mit einem größeren Anteil an Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer meist etwas höher als in anderen Kreisen.

Die **Stadt Freiberg** verfügte 2011 über 18 Beherbergungsbetriebe (mit 9 und mehr Betten) und 656 angebotenen Gästebetten. Es übernachteten 43 674 Gäste in Freiberg (vgl. Tab. 3). Mit knapp 100 000 Übernachtungen ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,3 Tagen.

4) Datenquelle aller Daten zum Arbeitsmarkt: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte des Landkreises Mittelsachsen betrug 2009 5,3 Milliarden €. Das waren 8,0 Prozent des verfügbaren Einkommens von Sachsen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist dasjenige Einkommen, das den Haushalten zu Konsum- und Sparzwecken zur Verfügung steht. Sein Anteil ist gleich hoch wie beim Bruttoinlandsprodukt. Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag im gleichen Jahr bei 15 968 €. Im Verhältnis zu Sachsen insgesamt mit 15 881 € lag der Wert des Landkreises Mittelsachsen leicht über dem Durchschnitt. Den weitaus größten Anteil an verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte hat das Primäreinkommen.<sup>5)</sup> Im Landkreis Mittelsachsen waren das 2009 rund 5,1 Milliarden €. Dieses wiederum wird zu einem großen Teil aus den empfangenen Arbeitnehmerentgelten gebildet. Die anderen Einkommensarten (Selbständigeneinkommen, Betriebsüberschüsse, Vermögenseinkommen) spielen dagegen eine geringere Rolle.

Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag 2009 im Landkreis Mittelsachsen bei 27 102 € und damit um rund vier Prozent unter dem Landesmittel von 28 228 €. Es umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Arbeitnehmern zugeflossen sind, hauptsächlich die Bruttolöhne und -gehälter aber auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind im Landkreis Mittelsachsen von 18 893 € im Jahr 2000 auf 22 034 € gestiegen. Das entspricht einem Anstieg um 16,6 Prozent. Im Freistaat Sachsen ist dieser Wert durchschnittlich um 14,2 Prozent gestiegen. Das heißt, der Abstand zwischen dem Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer in Sachsen insgesamt und im Landkreis Mittelsachsen hat sich von 2000 bis 2009 leicht verringert. [3]

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen  
Birgit Scheibe, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

## Literatur und Quellenverzeichnis:

- [1] [www.tagdersachsen2012.de](http://www.tagdersachsen2012.de) [Aufgerufen am 12.4.2012]
- [2] [www.freiberg.de](http://www.freiberg.de) [Aufgerufen am 12.4.2012]
- [3] AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL); [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de) [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse voraussichtlich Ende 2012]
- [4] Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Sachsen 2009. Karte 1 : 400 000, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Kamenz 2010.
- [5] AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR); [www.aket.de](http://www.aket.de) [Nächste Aktualisierung der Kreisergebnisse voraussichtlich Ende 2012]
- [6] Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA); Stand: Februar 2012.
- [7] Landesentwicklungsplan 2012. Karte 6, Landschaftsgliederung. Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hsg.) <http://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/karte06-a3.pdf> [Aufgerufen am 11.4.2012]

5) Die Differenz bilden monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers abzüglich der Einkommen- und Vermögensteuern und sonstiger laufender Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind.

# Das Baugewerbe im Jahr 2011

## Vorbemerkungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Erwerbstätigenrechnung der Länder haben bei Redaktionsschluss die Arbeiten an der Revision ihrer Rechenwerke noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen dieser großen Revision werden die Daten zurück bis 1991 neu berechnet. Die Revision ist besonders durch die Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige von der Ausgabe 2003 auf die Ausgabe 2008 gekennzeichnet. Da sich beide Ausgaben der Klassifikation der Wirtschaftszweige zum Teil beträchtlich unterscheiden, sind die Revisionsarbeiten sehr aufwendig. Dies führt dazu, dass bei Redaktionsschluss (April 2012) noch keine Daten des AK VGRdL für das Berichtsjahr 2011 vorliegen.

Der Tabellenband des Branchenreports Baugewerbe ist in seiner Ausgabe mit dem Berichtsjahr 2011 erschienen. [1] Im Hinblick auf weitere Informationen zur Bauwirtschaft Sachsens sei auch auf diesen Bericht verwiesen.

## Zur gesamtwirtschaftlichen Stellung des Baugewerbes in Sachsen

Die Stellung des Baugewerbes (nach WZ 2003) innerhalb der sächsischen Wirtschaft ist mit einem Anteil an der Bruttowertschöpfung von zuletzt 6,4 Prozent (2010) etwas bedeutender als im gesamtdeutschen Mittel mit 4,1 Prozent im gleichen Jahr. Diese Aussage gilt auch beim Vergleich zu den anderen vier neuen Flächenländern. In den neuen Ländern (ohne Berlin) erreichte der Anteil des Baugewerbes einen Wert von 5,9 Prozent. Bei den Erwerbstätigen (nach WZ 2008) lag der Anteil des Baugewerbes an der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt bei 8,7 Prozent (2011). Das waren 169 700 Personen. Gegenüber 2010 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe um 1,2 Prozent

Tab. 1 Eckdaten zum Bauhauptgewerbe 2009 bis 2011

Merkmal	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2010 in %
<b>alle Betriebe</b>				
Betriebe am 30. Juni	6 562	6 654	6 763	1,6
Tätige Personen am 30. Juni	55 765	57 272	58 827	2,7
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	107 140	110 104	114 889	4,3
Vorjahresumsatz in 1 000 €	6 025 534	5 616 371	5 847 650	4,1
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	514 453	537 604	558 217	3,8
<b>Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe	515	515	532	3,3
Tätige Personen	29 132	30 027	30 710	2,3
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	783 643	802 011	849 743	6,0
Gesamtumsatz in 1 000 €	3 554 689	3 704 265	4 186 098	13,0
Baugewerblicher Umsatz in 1 000 €	3 521 095	3 658 621	4 133 896	13,0
davon Hochbau	1 506 417	1 554 275	1 764 922	13,6
Tiefbau	2 014 678	2 104 346	2 368 974	12,6
Umsatz <sup>1)</sup> Volumenindex 2005 = 100	92,7	95,4	104,5	9,5
davon Hochbau	101,2	103,4	113,3	9,6
Tiefbau	87,1	90,1	98,8	9,7
Auftragseingang Wertindex 2005 = 100	101,3	103,2	111,3	7,8
davon Hochbau	94,1	98,0	105,4	7,6
Tiefbau	106,2	106,7	115,4	8,2
Auftragseingang <sup>1)</sup> Volumenindex 2005 = 100	91,1	92,1	96,5	4,8
davon Hochbau	85,9	88,9	92,1	3,6
Tiefbau	94,7	94,4	99,6	5,5
Auftragsbestand am Jahresende in 1 000 €	1 247 008	1 320 456	1 210 600	-8,3
davon Hochbau	528 552	521 012	482 651	-7,4
Tiefbau	718 456	799 444	727 948	-8,9
Auftragsbestand Wertindex 2005 = 100	116,7	133,0	129,0	-3,0
davon Hochbau	110,0	127,7	121,4	-4,9
Tiefbau	121,3	136,7	134,2	-1,8
Auftragsbestand <sup>1)2)</sup> Volumenindex 2005 = 100	105,1	118,8	112,0	-5,7
davon Hochbau	100,2	115,3	106,0	-8,1
Tiefbau	108,6	121,3	116,2	-4,2

1) gewichtetes Jahresmittel der vier Quartalswerte

2) 2010 revidiert; 2011 vorläufig

erhöht, insgesamt lag der Zuwachs nur bei 0,4 Prozent.

Auf die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe Sachsens 2011 im Vergleich zum Vorjahr kann aus der entsprechenden gesamtdeutschen Entwicklung geschlossen werden. Hier lag die Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) um 3,5 Prozent über dem Vorjahreswert. [2] Zieht man weiterhin die Umsatzentwicklung im sächsischen Baugewerbe in die Betrachtung ein, so muss für das Jahr 2011 in Sachsen zumindest nicht mit einer rückläufigen Bruttowertschöpfung im Baugewerbe gerechnet werden. Der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe lag 2011 unter Berücksichtigung der gestiegenen Baupreise fast zehn Prozent über dem Vorjahresergebnis (vgl. Tab. 1).

### Bauhauptgewerbe

#### Betriebe und Beschäftigte

In der **Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe** waren im Juni 2011 insgesamt 6 763 Betriebe erfasst, 109 Betriebe oder 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Tab. 1). Über 93 Prozent der Betriebe waren bereits 2010 in diese Erhebung einbezogen. Das ist rund ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr. Ohne Berücksichtigung von Arbeitsgemeinschaften standen 461 Zugängen an neuen Betrieben 351 Abgänge gegenüber. Unter den Zugängen waren zehn Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen. Das heißt, der größte Teil der Zugänge waren Kleinbetriebe, allein reichlich drei Viertel hatten weniger als fünf tätige

Personen. Diese Entwicklungen sind mit denen der Vorjahre durchaus vergleichbar.

Im sächsischen Bauhauptgewerbe besteht langfristig ein Trend, dass die Zahl der Abgänge (das heißt der erloschenen Betriebe) rückläufig ist. In den Jahren 2008 und 2009 war diese Entwicklung unterbrochen gewesen. Dadurch war auch die Betriebszahl insgesamt gesunken. Seit 2010 hat sich die längerfristige Entwicklung jedoch wieder durchgesetzt.

Die Statistik registriert lediglich die zahlenmäßige Veränderung der Betriebe. Hinter den Abgängen können sich unterschiedliche Gründe verbergen. Ein wichtiger Aspekt ist die Betriebsaufgabe aus wirtschaftlichen Gründen. Darunter wiederum kommt den Insolvenzverfahren große Bedeutung zu, da sie in der Regel „größere“ Unternehmen betreffen.<sup>1)</sup> Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Bauhauptgewerbe lag 2011 mit 114 Fällen deutlich um 16,2 Prozent unter dem Vorjahreswert von 136 Fällen. Seit 2007 ist das die niedrigste Zahl an Insolvenzen in diesem Wirtschaftsbereich.

Die Größenstruktur der Betriebe im Bauhauptgewerbe hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Der Anteil der Kleinbetriebe mit weniger als 10 tätigen Personen lag bei reichlich 80 Prozent und damit nur geringfügig unter dem Vorjahreswert. Der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr tätigen Personen ist geringfügig auf 1,1 Prozent gestiegen. Für die anderen Größenklassen vergleiche Tabelle 2. Diese Struktur ist letztendlich ein Ergebnis der Salden aus Zugängen und Abgängen aus der jeweiligen

**Tab. 2 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe 2005, 2010 und 2011 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)**

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2010	2011
<b>Betriebe</b>			
1 - 9	78,8	80,8	80,3
10 - 19	12,4	11,5	11,8
20 - 49	6,1	5,1	5,3
50 - 99	1,7	1,5	1,4
100 und mehr	1,0	1,0	1,1
<b>Tätige Personen</b>			
1 - 9	27,8	27,9	27,6
10 - 19	18,0	18,2	18,4
20 - 49	19,8	17,9	18,3
50 - 99	12,3	11,9	10,7
100 und mehr	22,1	24,0	24,9

Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Größenklasse. Neben „echten“ Zu- und Abgängen spielen Kohorteneffekte eine Rolle. Das heißt, Betriebe wandern in eine andere – höhere oder niedrigere – Größenklasse. Für die Jahre 2010 zu 2011 wurden diese Kohorteneffekte erstmals für Sachsen in Abbildung 1 dargestellt. Wählt man zum Beispiel die Betriebe der Größenklasse mit 50 bis 99

1) Zur Betriebsaufgabe aus wirtschaftlichen Gründen gehören auch andere Formen der Liquidation ohne ein Insolvenzverfahren. Wirtschaftliche Gründe können auch bei anderen formalen Gründen eine Rolle spielen.

**Abb. 1 Betriebe im Bauhauptgewerbe 2011 (Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe) nach Größenklassen**

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen								
	1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 u. mehr
	von den 2011 erfassten Betrieben waren bereits Ende Juni 2010 in die Erhebung einbezogen								
1	1 892	177	5	2	-	-	-	-	-
2 - 4	157	1 344	210	10	-	-	-	-	-
5 - 9	15	121	996	123	1	-	-	-	-
10 - 19	7	9	88	597	47	-	-	-	-
20 - 49	1	1	1	26	296	9	-	-	-
50 - 99	-	-	-	1	8	82	7	-	-
100 - 199	-	-	-	-	-	2	46	-	-
200 - 499	-	-	-	-	-	-	-	18	-
500 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	3

Lesebeispiel:



Diese Betriebe waren sowohl 2011 als auch schon 2010 in dieser Größenklasse.



Diese Betriebe waren 2010 in einer niedrigeren Größenklasse und sind in die entsprechende Größenklasse 2011 aufgestiegen.



Diese Betriebe waren 2010 in einer höheren Größenklasse und sind in die entsprechende Größenklasse 2011 abgestiegen.

tätigen Personen, so gab es insgesamt 98 Betriebe, die in beiden Jahren in die Statistik einbezogen waren, davon 82 Betriebe wiederum in beiden Jahren in dieser Größenklasse. Sieben Betriebe sind 2011 aus der nächst höheren Größenklasse nach unten abgewandert, und acht aus der nächst niedrigeren nach oben aufgestiegen. Ein Betrieb hat gleich den Sprung von weniger als 20 tätigen Personen auf 50 oder mehr Personen geschafft. Per Saldo gleichen sich diese Kohorteneffekte jedoch weitgehend aus.

Die Zahl der tätigen Personen lag am 30. Juni 2011 bei 58 827 und damit um 2,7 Prozent höher als im Vorjahr. Kurzfristig setzte sich damit diese Wachstumstendenz im zweiten Jahr in Folge fort. Längerfristig ist die Beschäftigtenzahl im sächsischen Bauhauptgewerbe seit 1996 rückläufig. 2006 war sie einmal leicht angestiegen, sank dann bis 2009 aber weiter ab (vgl. [3, Tab. 1]). Die absolute Zahl der tätigen Personen liegt mit 58 827 im Jahr 2011 höher als in den Jahren seit 2005. Zum Vergleich: 2004 waren es knapp 65 000 tätige Personen.

Die drei Gruppierungen der tätigen Personen (gewerbliche Arbeitskräfte; Angestellte; Inhaber und Mitinhaber) entwickelten sich unterschiedlich. Die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte (Arbeiter einschließlich gewerblich Auszubildender) erhöhte sich um 3,8 Prozent bzw. 1 553 Personen. Die Zahl der Inhaber und Mitinhaber (einschließlich unbezahlt mithelfender Familienangehöriger) stieg um 1,1 Prozent bzw. 58 Personen. Diese Veränderung steht in inhaltlichem Zusammenhang mit der gestiegenen Betriebszahl. Vor allem viele kleine Betriebe sind inhabergeführte Unternehmen. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten verringerte sich leicht um 0,5 Prozent bzw. 56 Personen. Betrachtet man die absoluten Veränderungen, so geht das Wachstum der Gesamtzahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe allein auf die gestiegene Zahl der Arbeiter zurück.

Innerhalb der Gruppierung der Arbeiter hatten die am **höchsten qualifizierten** Arbeiter den größten Zuwachs zu verzeichnen. Die Zahl der Facharbeiter stieg um 6,5 Prozent bzw. 1 425 Personen, die der Poliere, Meister, Schachtmeister, Werkpoliere und Vorarbeiter um 4,1 Prozent bzw. 192 Personen. Zusammen betrug der Zuwachs 6,1 Prozent. Die Zahl der Baumaschinen- und Baugeräteführer sowie Berufskraftfahrer erhöhte sich um 8,8 Prozent bzw. 338 Personen. Rückläufig war dagegen die Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen (ungelernten) Beschäftigten – also die am wenigsten qualifizierten – mit 0,8 Prozent (71 Personen). 2010 hatte gerade diese Berufsgruppe noch einen be-

trächtlichen Zuwachs zu verzeichnen gehabt. Von 2010 zu 2011 hat es damit eine gewisse Strukturveränderung bei den Arbeitern gegeben. Letztendlich ist der Zuwachs der tätigen Personen insgesamt auf die Zunahme der Zahl der Facharbeiter und Meister zurückzuführen.

Beachtenswert ist auch, dass die Zahl der gewerblich Auszubildenden (einschließlich Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten) zurückging, und zwar mit 17,2 Prozent (331 Personen) auch ziemlich deutlich. Damit hat sich die rückläufige Entwicklung aus dem Jahr 2010 zu 2009 (11,5 Prozent) nunmehr noch verstärkt.

Die Struktur der tätigen Personen nach ihrer Stellung im Betrieb ist mittelfristig betrachtet einerseits durchaus stabil. Einige Anteilswerte zeigen von Jahr zu Jahr gewisse Schwankungen, ohne dass sich eindeutige Trends in den Veränderungen ausmachen lassen. Andererseits zeigen sich bei einzelnen Berufsgruppen gewisse Trends. Am deutlichsten ist der positive Trend bei den Polieren und Meistern. Von 2005 bis 2011 stieg ihre Zahl von 4 143 auf 4 826 und damit um insgesamt 16,5 Prozent in sechs Jahren bzw. knapp drei Prozent jährlich. Der negative Trend wiederum ist bei den gewerblich Auszubildenden, Praktikanten u. Ä. am augenscheinlichsten. Ihre Zahl verringerte sich im gleichen Zeitraum von 2 708 auf 1 596 um insgesamt gut zwei Drittel bzw. um rund zehn Prozent jährlich.

Die Zahlen der Facharbeiter usw. und der Werker und ungelerten Arbeiter schwanken mittelfristig. Das dürfte Ausdruck des unterschiedlichen Arbeitskräftebedarfes im Bauhauptgewerbe sein.<sup>2)</sup>

Die statistische mittlere Betriebsgröße lag 2011 bei 8,7 tätigen Personen je Betrieb und damit nahezu auf dem Vorjahresstand von 8,6 tätigen Personen je Betrieb.

Die Veränderung der Zahl der tätigen Personen am 30. Juni eines Jahres zum entsprechenden Vorjahr ist immer ein Saldo. Er speist sich aus drei Quellen: der Zahl der tätigen Personen in den neu hinzugekommenen Betrieben abzüglich der Zahl der tätigen Personen in den Betrieben, die im Berichtsjahr nicht mehr existieren, sowie der Veränderung der Zahl der tätigen Personen in den Betrieben, die am 30. Juni eines Berichtsjahres als auch bereits im Vorjahr existiert haben. Die ersten beiden Quellen sind Ausdruck der Fluktuation der Betriebe im Bauhauptgewerbe, die dritte Quelle beschreibt die Veränderung innerhalb des Berichtskreises, der sowohl im Berichtsjahr als auch Vorjahr in diese Erhebung einbezogen gewesen war.<sup>3)</sup> 2011 entfielen von der Zunahme der tätigen Personen von 2,7 Prozent Wachstumsbeiträge (Veränderungsbeiträge) von knapp 1,6 Prozentpunkten auf

die Veränderungen im Bestand der Betriebe und von knapp 1,2 Prozentpunkten auf die Zunahme aus dem Betriebswechsel (vgl. auch [1, Tab. 2.4]).

## Umsatz

Im Bauhauptgewerbe wurde 2010 (als Ergebnis der Ergänzungserhebung 2011) ein Gesamtumsatz von 5 847 Millionen € erwirtschaftet. Die Hochrechnung der Umsätze des Monatsberichtsgebietes auf alle Betriebe erbrachte für 2010 einen Wert von 5 528 Millionen €. Beide Werte zeigen methodisch bedingt immer eine gewisse Abweichung, für das Berichtsjahr 2010 um knapp sechs Prozent. Beide Umsatzwerte hatten sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Gesamtumsatz aus der Ergänzungserhebung für das Berichtsjahr 2010 lag um 4,1 Prozent und der auf alle Betriebe hochgerechnete Gesamtumsatz des Monatsberichtsgebietes um 1,4 Prozent höher. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den **Monatsberichtsgebiet** – Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ermöglicht auch den Vergleich des Umsatzes mit dem Auftragseingang und dem Auftragsbestand. Der Gesamtumsatz lag hier im Jahr 2011 bei 4 186 Millionen €, 13,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit hat sich die Zuwachsrate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 4,2 Prozent deutlich erhöht. 2011 lag der nominale Umsatz höher als in den sieben vorangegangenen Jahren. Den Verlauf der monatlichen Umsatzwerte der letzten Jahre zeigt Abbildung 2.

Innerhalb des Bauhauptgewerbes wiesen sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau gestiegene Umsätze auf, darunter wiederum alle Bauarten außer dem öffentlichen Hochbau. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz bei 1 765 Millionen € und damit um 13,6 Prozent höher als 2010, im Tiefbau bei 2 369 Millionen €, 12,6 Prozent höher.

Die Umsatzsteigerung im Hochbau wurde wie auch schon im vergangenen Jahr wesentlich vom Wirtschaftshochbau getragen. Dessen baugewerblicher Umsatz stieg um 16,9 Prozent, im Wohnungsbau waren es bei sehr niedrigem Ausgangsniveau 23,7 Prozent. Im öffentlichen Hochbau war dagegen ein Rückgang um 4,0 Prozent zu verzeichnen. Der Wirtschaftshochbau bestimmte mit einem

2) Es kann aber auch nicht ausgeschlossen werden, dass diese Schwankungen teilweise zumindest auch erhebungsgestaltungsmäßig bedingt sind. Das lässt sich zwar nicht wirklich belegen, sollte aber bei weiterführenden Interpretationen nicht völlig außer Acht gelassen werden.

3) Diese Berechnung fußt auf der maschinellen Tabelle H2 aus der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe. Da andere Statistiken eine solche standardisierte Auswertung nicht aufweisen, ist diese Berechnung für andere Wirtschaftszweige nicht oder nur schwieriger möglich. Vergleiche dazu auch [1, Tab. 2.3 und Tab. 2.4].

Gewicht (Anteil) von 63 Prozent des baugewerblichen Umsatzes im Hochbau hier die Gesamtentwicklung.

Zur Umsatzsteigerung im Tiefbau trugen insbesondere der Wirtschaftstiefbau und der Straßenbau bei. Der Wirtschaftstiefbau verbuchte 2011 ein Umsatzplus von 10,8 Prozent, der Straßenbau von 22,3 Prozent und der öffentliche Tiefbau von 3,7 Prozent.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung nach den drei Auftraggebergruppen, so ist 2011 überall der baugewerbliche Umsatz gestiegen: im Wirtschafts- und Straßenbau um 10,0 Prozent und im Wohnungsbau, wie schon erwähnt, um 23,7 Prozent.

Bei diesen Veränderungsdaten handelt es sich um **nominale Angaben**, ohne Berücksichtigung der Preisveränderungen. 2011 haben sich die (Netto-)Baupreisindizes in Hoch- und Tiefbau (Rohbauarbeiten) durchgängig erhöht. Der Baupreisindex für Wohngebäude lag 2011 um 3,5 Prozent und der Baupreisindex für Büro- und Betriebsgebäude um 3,6 Prozent über dem jeweiligen Vorjahresniveau. Der Baupreisindex für den Straßenbau hatte sich 2011 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent und der Baupreisindex für Ortskanäle, der beim sonstigen Tiefbau Anwendung findet, um 1,8 Prozent erhöht.

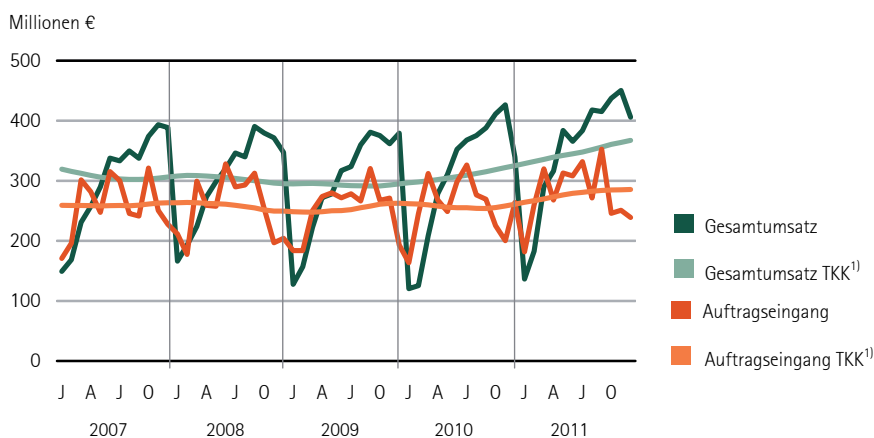
Für die **reale Umsatzentwicklung** bedeutet das bei den hohen nominalen Zuwachsraten immer noch ein beträchtliches Wachstum. Im Bauhauptgewerbe insgesamt als auch im Hochbau und Tiefbau liegt es zwischen neun und zehn Prozent. Im Wohnungsbau dürfte es ein knappes Fünftel sein und im sonstigen Hochbau reichlich sieben Prozent. Im Straßenbau sind es rund 18 Prozent und im sonstigen Tiefbau knapp sechs Prozent.<sup>4)</sup>

### Auftragseingang

Die **Summe der Auftragseingänge** (bzw. der Wertindex des Auftragseinganges) lag 2011 nominal um 7,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Hochbau und Tiefbau zeigten eine gleichlaufende Entwicklung. Im Hochbau lag der Auftragseingang 7,6 Prozent über dem Vorjahreswert, im Tiefbau waren es 8,2 Prozent. Der Wertindex des Auftragseinganges (nominale Angaben) im Bauhauptgewerbe insgesamt lag im Jahresmittel 2011 bei 111,3. Der Wert über 100 signalisiert, dass das Ergebnis „besser“ ist als im Basisjahr 2005. Im Tiefbau lag der Wertindex des Auftragseinganges bei 115,4, im Hochbau bei 105,4. Damit überschritt er hier erstmals wieder die 100-Prozent-Marke.

Der **Volumenindex des Auftragseinganges** (reale Angaben) im Bauhauptgewerbe lag 2011 bei 96,5 und damit um 4,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Im Hochbau erreichte er

Abb. 2 Gesamtumsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2007 bis 2011



1) TTK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

einen Betrag von 92,1, 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Tiefbau lag der reale Auftragseingangsindex 2011 bei 99,6 und damit 5,5 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Innerhalb des Hochbaus verzeichneten 2011 der Wohnungsbau mit 36,2 Prozent und der öffentliche Hochbau mit 4,0 Prozent gestiegene **nominale** Auftragseingänge. Im Wirtschaftshochbau wurde das Vorjahresergebnis mit 0,4 Prozent knapp verfehlt. Innerhalb des Tiefbaus meldeten der Wirtschaftstiefbau mit 21,8 Prozent und der öffentliche Tiefbau mit 7,0 Prozent nominal gestiegene Auftragseingänge. Im Straßenbau lag der Auftragseingang nominal um 4,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bei dem starken Anstieg im Wirtschaftstiefbau spielen Großaufträge eine Rolle, obwohl hier auch schon 2010 Großaufträge akquiriert worden waren. Die exorbitante Steigerung der Auftragsumfänge im **Wohnungsbau** basiert einerseits auf niedrigen absoluten Ausgangswerten aus dem Vorjahr. Betrachtet man andererseits die unterjährige Auftragsentwicklung im Wohnungsbau, so ist der Zuwachs sehr stetig gewesen. Die jeweiligen kumulativen Veränderungsdaten (zum entsprechenden Vorjahreszeitraum) lagen durchgängig in der Größenordnung von gut 30 Prozent. Im Wohnungsbau Sachsens ist nach Jahren des Rückganges und der Stagnation erstmals eine gewisse Trendwende eingetreten.

### Auftragsbestand

Ende 2011 betrug der nominale **Auftragsbestand** im Bauhauptgewerbe 1 211 Millionen €. Das waren 8,3 Prozent weniger als Ende 2010. Im Hochbau lag der Auftragsbestand Ende 2011 um 7,4 Prozent und im Tiefbau um 8,9 Prozent unter den entsprechenden Vorjahreswerten. Im Wohnungsbau erhöhte sich der Auftragsbestand im gleichen Zeitraum um knapp zwei Drittel (64,2 Prozent). Das heißt, auch dieses Merkmal zeigt den Aufschwung in dieser Bauart.

Der **Volumenindex des Auftragsbestandes** im Bauhauptgewerbe (gewichtetes Jahresmittel aus den vier Quartalswerten) lag mit 112,0 im **Jahresdurchschnitt** 2011 unter dem Vorjahreswert von 118,8 – und zwar um 5,7 Prozent. Im Hochbau erreichte er einen Betrag von 106,0 und damit 8,1 Prozent unter dem Jahresmittel von 2010. Im Tiefbau sank er auf einen Wert von 116,2. Das waren 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Diese Jahresmittelwerte beschreiben die Auftragsituation im Jahresverlauf. Im Auftragsbestand fließen die Entwicklungen der Auftragseingänge und des Umsatzes zusammen. 2011 sind sowohl die Auftragseingänge als auch die Umsätze gestiegen, letztere etwas stärker. Dadurch hat sich der Auftragsbestand (Jahresmittel/Jahresende) im Vergleich zum Vorjahr etwas abgebaut. Einen Einfluss dürfte auch die relativ milde Witterung am Jahresende gehabt haben. Auf vielen Baustellen konnte auch am Jahresende noch gearbeitet werden. Für den Ausblick auf das Jahr 2012 sind die Auftragsbestände am Jahresende 2011 maßgeblich. Die ersten Monate des Jahres 2012, vor allem der Januar, waren wiederum durch eine für die Bauwirtschaft günstige Witterung gekennzeichnet (weniger Frostphasen als im Mittel zu erwarten). Dadurch mussten auch dann die laufenden Bauprojekte erst einmal nicht unterbrochen werden. Im Januar 2012 lag der Gesamtumsatz mit 166 Millionen € um 22,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Summe der Auftragseingänge erreichte dagegen nicht die Höhe des Januar 2011 (19,7 Prozent weniger). Dies lässt die Vermutung zu, dass der vorhandene Auftragsbestand im sächsischen Bauhauptgewerbe im 1. Quartal 2012 weiter abgeschmolzen werden wird.

4) Die Preisbereinigung beim Umsatz erfolgt analog dem Vorgehen beim Auftragseingang und Auftragsbestand. Die genauen errechneten Veränderungsdaten werden auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

## Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Monatsberichtsgebietes im Bauhauptgewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2011 bei 849,7 Millionen € und damit um 6,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Da sich im gleichen Zeitraum die Zahl der tätigen Personen nur um 2,3 Prozent erhöhte, stieg das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 3,6 Prozent auf 2 306 €. Im Vorjahr war dieser Indikator leicht zurückgegangen.

Im Juni 2011 erhielten die 58 827 im Bauhauptgewerbe tätigen Personen eine Bruttoentgeltsumme von 114,9 Millionen €. Das Bruttoentgelt je tätiger Person betrug dementsprechend 1 953 €. Im Juni 2010 waren es zum Vergleich 1 922 € gewesen, 1,6 Prozent weniger. Betrachtet man die durchschnittlichen Bruttoentgelte je tätiger Person nach Betriebsgrößenklassen, so zeigt sich, dass sie mit der Betriebsgröße ansteigen. In der Größenklasse 1 bis 9 tätige Personen betrug das Bruttoentgelt je tätiger Person 1 247 €<sup>5)</sup> und in der Größenklasse von 100 und mehr tätigen Personen 2 573 €. In den Kleinbetrieben bis 19 tätige Personen lag auch 2011 das Bruttoentgelt je tätiger Person unter und in den Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen über dem Durchschnitt.

## Ausbaugewerbe

### Betriebe und Beschäftigte

Ende des 2. Quartals 2011 waren 1 228 Betriebe des Ausbaugewerbes in die **Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** einbezogen. Im Vergleich zu 2010 ist die Betriebszahl per Saldo um 27 Betriebe oder 2,2 Prozent gestiegen. Die seit 2007 bestehende positive Tendenz setzte sich damit im fünften Jahr in Folge fort (vgl. auch Tab. 3).

Die Struktur der Betriebe nach Beschäftigtenrößenklassen zeigte 2011 einige kleinere Verschiebungen (vgl. Tab. 4). Die Anteile schwanken in der Größenordnung von wenigen Zehntel-Prozentpunkten. Die Größenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen war 2011 mit 19 Betrieben besetzt wie bereits im Vorjahr; die Größenklasse mit 50 bis 99 tätigen Personen mit 86 Betrieben, sieben mehr als im Vorjahr. Diese Veränderung in der Betriebsgrößenstruktur dürfte auf Kohorteneffekte zurückzuführen sein. Die Zugänge von Betrieben betreffen mehrheitlich die Größenklasse von 10 bis 19 tätigen Personen. Der Anteil der Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen ist 2011 leicht gesunken (ein Betrieb weniger).

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag 2011 im Ausbaugewerbe bei 209 Fällen, 19

Abb. 3 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Bauhauptgewerbe 2007 bis 2011

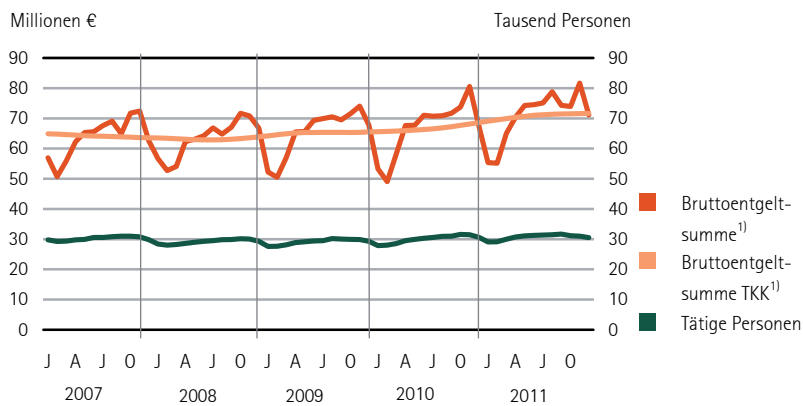
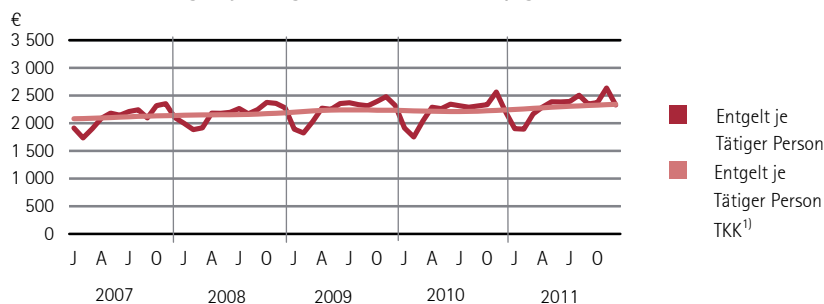


Abb. 4 Bruttoentgelt je tätiger Person im Bauhauptgewerbe 2007 bis 2011



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

Fälle bzw. 10,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Ende Juni 2011 wurden in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger in den ausbaugewerblichen Betrieben 29 531 Personen erfasst, 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit ist auch dieses Merkmal das fünfte Jahr in Folge gestiegen. Allerdings hat sich der Zuwachs verlangsamt. Von 2006 bis 2011 waren das zusammen 3 543 Personen bzw. 13,6 Prozent mehr.

Der Zuwachs an tätigen Personen von 2010 zu 2011 betrifft im Wesentlichen die Größenklassen von 10 bis 19 und 50 bis 99 tätigen Personen. In der ersteren betrug die Steigerung 2,4 Prozent bzw. 236 Personen und in der letzteren 7,2 Prozent bzw. 391

5) Dieser rechnerische Wert liegt durch die Art und Weise der Berichterstattung begründet unter den wirklichen Verhältnissen. Bei Betrieben bis einschließlich vier tätigen Personen werden in der Ergänzerhebung im Bauhauptgewerbe fehlende Bruttoentgelte nicht als „Fehler“ bei der Plausibilitätsprüfung angezeigt (Bagatelregelung).

Tab. 3 Eckdaten zum Ausbaugewerbe 2009 bis 2011

Merkmal	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2010 in %
<b>Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe am 30. Juni	1 143	1 201	1 228	2,2
Tätige Personen am 30. Juni	27 756	29 067	29 531	1,6
Bruttoentgeltsumme im Juni in 1 000 €	149 386	160 873	166 120	3,3
Vorjahresumsatz in 1 000 €	2 689 893	2 811 680	2 885 683	2,6
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	647 405	688 724	738 448	7,2
<b>Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe (Jahresdurchschnitt)	471	478	482	0,8
Tätige Personen (Jahresdurchschnitt)	18 463	18 990	19 187	1,0
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	424 109	448 345	463 565	3,4
Gesamtumsatz in 1 000 €	1 984 098	2 018 200	2 167 762	7,4



**Tab. 4 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe 2005, 2010 und 2011 nach Beschäftigten-größenklassen (in Prozent)**

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2010	2011
<b>Betriebe</b>			
1 - 9 <sup>1)</sup>	4,3	1,8	1,7
10 - 19	59,9	59,5	59,7
20 - 49	27,7	30,5	30,0
50 - 99	7,1	6,6	7,0
100 und mehr	1,5	1,6	1,5
<b>Tätige Personen</b>			
1 - 9 <sup>1)</sup>	1,3	0,5	0,5
10 - 19	35,6	33,2	33,5
20 - 49	35,8	37,2	36,8
50 - 99	20,8	18,7	19,7
100 und mehr	6,5	10,4	9,5

Datenbasis: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger  
1) nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen

Personen. Wie bereits bei den Betrieben ausgeführt, dürfte die Entwicklung bei den größeren Betrieben durch Wechsel von Betrieben in diese Größenklasse verursacht sein. Diese Aussage wird auch dadurch gestützt, dass in der nächstkleineren Größenklasse der Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen nur ein geringer prozentualer (0,5 Prozent) bzw. absoluter Zuwachs (59 Personen) beobachtet wurde. Die Größenklasse der Betriebe mit 100 und mehr tätigen Personen hatte einen Rückgang von 221 tätigen Personen zu verzeichnen, nachdem im Vorjahr diese Größenklasse um rund 300 Personen gestiegen war.

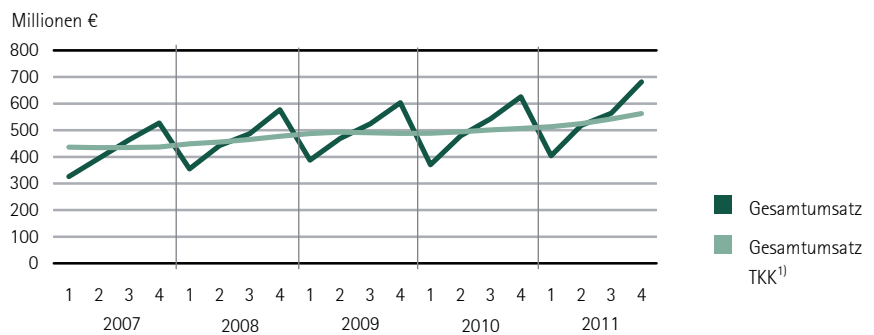
Lässt man den einmal die Kohorteneffekte außer Betracht, so erfasste der Beschäftigungszuwachs im Ausbaugewerbe Sachsens faktisch alle Betriebsgrößenklassen, außer der größten Gruppe mit 100 und mehr tätigen Personen.

Die Beziehungszahl „tätige Personen je Betrieb der in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger erfassten ausbaugewerblichen Betriebe“ lag 2011 bei 24,0 tätigen Personen, im Vorjahr waren es 24,2 tätige Personen je Betrieb.

#### Umsatz

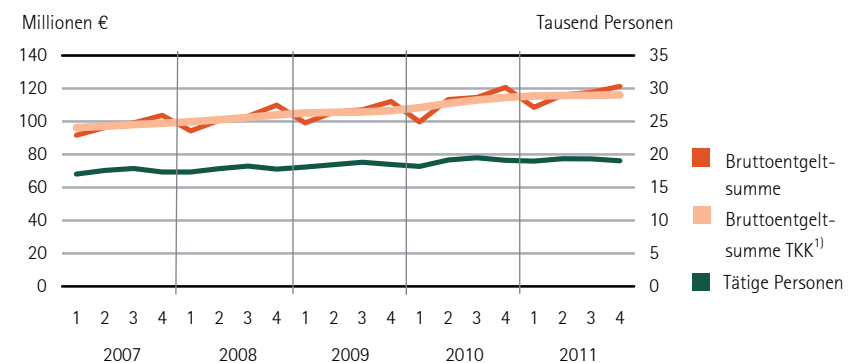
Die 1 228 im Rahmen der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger** im Jahr 2011 auskunftspflichtigen ausbaugewerblichen Betriebe meldeten für 2010 einen Gesamtumsatz von 2 886 Millionen €. Gegen-

**Abb. 5 Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2007 bis 2011**

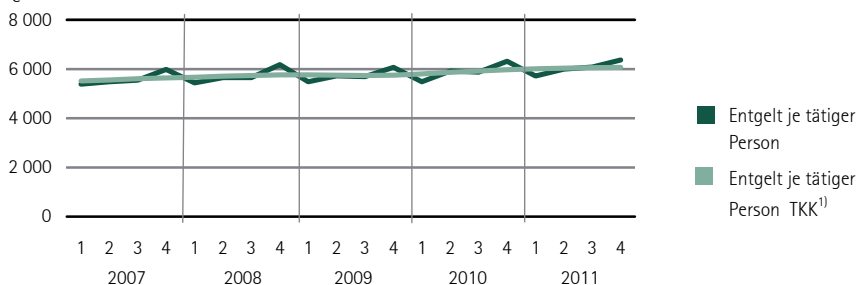


Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen  
1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

**Abb. 6 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Ausbaugewerbe 2007 bis 2011**



**Abb. 7 Vierteljährliche Bruttoentgeltsumme je tätiger Person im Ausbaugewerbe 2007 bis 2011**



Datenbasis: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen  
1) TKK: Trend-Konjunktur-Komponente nach BV 4.1

über 2009 mit 2 812 Millionen € ist das ein Anstieg um 2,6 Prozent.

Der nominale Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe ist somit im fünften Jahr in Folge gestiegen und erreichte einen Wert, der über den Umsätzen der letzten acht davorliegenden Jahre liegt. Die Beurteilung der Veränderungsraten dieser Umsatzwerte aus der Jährlichen Erhebung ist insofern schwierig, als die jeweils dahinter stehende Zahl der meldepflichtigen Betriebe zu sehen ist. Der Gesamtumsatz des 2. Quartals 2011 (61 Arbeitstage) lag arbeitstäglich bereinigt um 1,9 Prozent über dem entsprechenden Wert des Vorjahresquartals (58 Arbeitstage).

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen erreichte 2011 einen Betrag von 2 168 Millionen €, 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Jahr

2011 war damit das sechste Jahr in Folge, in dem der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe nominal gestiegen ist. Die Baupreisindizes für Ausbauarbeiten sind 2011 gegenüber 2010 zwischen 4,0 Prozent und 4,5 Prozent für die einzelnen Gebäudearten gestiegen (jeweils November). Der Baupreisindex für die Instandhaltung von Wohngebäuden lag ebenfalls um 4,0 Prozent höher. Der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe bei den Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen dürfte 2011 auch real unter Berücksichtigung der Preisveränderungen gestiegen sein.<sup>6)</sup>

6) Für die Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen bzw. für das Ausbaugewerbe insgesamt ist eine solche Abschätzung in diesem Jahr zurzeit nicht möglich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei den kleineren Betrieben der Umsatz nicht in dem Maße gestiegen ist, wie bei den größeren.

## Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Vierteljährlichen Berichtskreises im Ausbaugewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2011 bei 463,6 Millionen €, 3,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit ist dieses Merkmal das fünfte Jahr in Folge gestiegen. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der tätigen Personen lediglich um 1,0 Prozent gestiegen ist, hat sich das durchschnittliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 2,3 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Monatsbetrag lag bei 2 013 €. Im Vergleich zum Bauhauptgewerbe mit 2 306 €, sind das im Ausbaugewerbe 12,7 Prozent weniger. Der Abstand hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr wieder leicht erhöht. Für den Monat Juni 2011 lag das rechnerisch ermittelte Brut-

toentgelt je tätiger Person in Betrieben mit 10 und mehr tätigen Personen bei 1 875 €. Das waren 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Betrachtet man das Bruttoentgelt je tätiger Person nach den Betriebsgrößenklassen, so gilt auch im Ausbaugewerbe, je größer der Betrieb, umso höher das Bruttoentgelt. In den Betrieben mit 10 bis 19 tätigen Personen betrug das monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person 1 656 € und in den Betrieben mit 100 und mehr tätigen Personen dagegen 2 149 €. Vergleicht man die Bruttoentgelte für Juni 2011 im Ausbaugewerbe (1 875 €) mit dem Bauhauptgewerbe (1 953 €), so liegen die Verdienste im Bauhauptgewerbe im Mittel um 78 € höher.

## Erschließung von Grundstücken; Bauträger

Die Betriebsstruktur dieses Wirtschaftszweiges (WZ 41.1) ist ganz vorherrschend kleinbetrieblich. Das heißt, die Betriebe verfügen nur über wenige Beschäftigte. In der Regel bilden die Inhaber bzw. Geschäftsführer (einer GmbH) und einige wenige Beschäftigte das gesamte Betriebspersonal.

Laut Unternehmensregistersystem URS 95 sind in Sachsen etwa 75 Betriebe der Erschließung von unbebauten Grundstücken, etwa 60 Betriebe Bauträger für Nichtwohngebäude und nicht ganz 400 Betriebe Bauträger für Wohngebäude wirtschaftlich aktiv. In der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken;**

Tab. 5 Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz im Baugewerbe 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen

WZ-Nr.	Wirtschaftszweig WZ 2008	Betriebe			Tätige Personen im Betrieb <sup>1)</sup>			Gesamtumsatz		
		2010	2011	Veränderung	2010	2011	Veränderung	2010	2011	Veränderung
				2011 zu 2010			2011 zu 2010			
				%			%			%
41	Hochbau	172	177	2,9	8 720	8 966	2,8	1 281 121	1 491 476	16,4
41.1	Erschließung von Grundstücken, Bauträger	6	7	16,7	183	225	23,0	40 967	58 096	41,8
41.2	Bau von Gebäuden	166	170	2,4	8 537	8 741	2,4	1 233 503	1 433 380	16,2
42	Tiefbau	181	185	2,2	13 018	13 377	2,8	1 549 144	1 739 372	12,3
42.1	Bau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken	100	104	4,0	8 278	8 602	3,9	1 068 975	1 212 913	13,5
42.2	Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	57	57	-	2 820	2 942	4,3	316 330	340 061	7,5
42.9	Sonstiger Tiefbau	24	25	4,2	1 920	1 833	-4,5	163 838	186 398	13,8
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	657	662	0,8	28 286	28 713	1,5	2 918 551	3 181 100	9,0
43.1	Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	22	23	4,5	2 170	2 048	-5,6	176 174	187 378	6,4
43.2	Bauinstallation	343	351	2,3	14 428	15 189	5,3	1 644 105	1 789 724	8,9
43.21	Elektroinstallation	154	159	3,2	7 357	7 630	3,7	720 433	764 349	6,1
43.22	Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageinstallation	140	139	-0,7	5 381	5 568	3,5	689 827	756 315	9,6
43.29	Sonstige Bauinstallation	49	53	8,2	1 689	1 991	17,9	224 844	269 060	19,7
43.3	Sonstiger Ausbau	135	132	-2,2	4 562	4 533	-0,6	374 096	378 038	1,1
43.31	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei, Verputzerei	12	9	-25,0	489	434	-11,2	32 075	29 562	-7,8
43.32	Bautischlerei und Bauschlosserei	30	33	10,0	906	999	10,3	78 875	84 542	7,2
43.33	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	29	29	-	899	834	-7,2	82 929	80 899	-2,4
43.34	Maler- und Glaserei	55	53	-3,6	1 906	1 919	0,7	141 201	146 078	3,5
43.39	Sonstiger Ausbau a. n. g.	10	9	-10,0	363	347	-4,4	39 016	36 957	-5,3
43.9	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	147	157	6,8	6 638	6 944	4,6	699 799	825 960	18,0
43.91	Dachdeckerei und Zimmerei	36	40	11,1	1 242	1 339	7,8	126 016	149 835	18,9
43.99	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten a. n. g.	110	117	6,4	5 397	5 605	3,9	581 495	676 125	16,3
<b>F</b>	<b>Baugewerbe</b>	<b>999</b>	<b>1 023</b>	<b>2,4</b>	<b>50 062</b>	<b>51 055</b>	<b>2,0</b>	<b>5 763 420</b>	<b>6 411 948</b>	<b>11,3</b>
	Bauhauptgewerbe	515	532	3,3	30 362	30 710	1,1	3 658 621	4 186 098	14,4
	Ausbaugewerbe	478	482	0,8	18 890	19 187	1,6	2 018 200	2 167 762	7,4

1) Das heißt einschließlich der tätigen Personen, die bei bauhauptgewerblichen Betrieben nicht im Baugewerbe tätig sind. Zahlen können von anderen Daten in diesem Beitrag leicht abweichen.

Datenquelle: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

Tab. 6 Eckdaten zu Erschließung von Grundstücken und Bauträgern 2009 bis 2011

Jahr	Betriebe	Tätige Personen	Bruttoentgeltsumme	Gesamtumsatz im 2. Quartal	Gesamtumsatz im Vorjahr	Gesamtumsatz je tätiger Person
	am 30. Juni			1 000 €		€
2009	21	424	3 059	42 504	200 007	471 715
2010	19	359	2 926	17 335	164 351	457 802
2011	19	428	3 198	11 093	165 272	386 150

Datenquelle: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger

**Bauträger** waren 2011 lediglich 19 Betriebe erfasst, davon 18 Bauträger für Wohngebäude (WZ 41.10.3) und ein Betrieb der Erschließung von unbebauten Grundstücken (WZ 41.10.1). Sie hatten zusammen 428 tätige Personen und erbrachten im 2. Quartal 2011 einen Gesamtumsatz von 11,1 Millionen €. Der Vorjahresumsatz lag bei 165 Millionen €. Die Betriebe der Bauträger für Nichtwohngebäude (WZ 41.10.2) liegen mit ihren Beschäftigtenzahlen alle deutlich unter der Abschneidegrenze von 10 tätigen Personen für diese Statistik.

Auf der Basis des URS 95 kann grob geschätzt werden, dass die reichlich 500 Betriebe des Wirtschaftszweiges 41.1 Erschließung von Grundstücken, Bauträger in Sachsen reichlich 1 000 tätige Personen hatten (Stand: 2010) sowie einen Umsatz in der Größenordnung von 500 Millionen € (Stand: 2010). Der Umsatz der nach Beschäftigten kleinen Betriebe kann aber vergleichsweise hoch sein, was sich aus der Art der Tätigkeit ergibt.

Das heißt, in der Baugewerbestatistik wird dieser Wirtschaftszweig nur bedingt abgebildet. Insbesondere spiegeln die jährlichen Veränderungsdaten aus der Statistik hier nicht die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung wider.

### Wirtschaftszweigliche Gliederung

Die Merkmale Zahl der Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz sind in Tabelle 5 für den vergleichbaren Berichtskreis der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen nach Wirtschaftszweigen dargestellt. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Betriebszahlen wenig verändert, tendenziell sind sie leicht gestiegen. Größere Veränderungsdaten sind häufig auf geringe Besatzzahlen zurückzuführen. Die Zahlen der tätigen Personen sind in einigen Wirtschaftszweigen trotz erhöhter Betriebszahl gesunken. Im Allgemeinen sind sie aber auch gestiegen. Der Gesamtumsatz ist fast durchweg gestiegen, mit 11,3 Prozent für diesen Betriebskreis am stärksten (vgl. auch die Ausführungen zum Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe w.o.).

Im Bauhauptgewerbe war 2010 im Vergleich zu 2009 noch eine gewisse Verschiebung im wirtschaftlichen Schwerpunkt der Betriebe

zwischen Hochbau (WZ 41.2) und Tiefbau (WZ 42) zu beobachten gewesen.<sup>7)</sup> 2011 haben sich die Besatzzahlen der Wirtschaftszweige im Vergleich zu 2010 verfestigt. Die Beschäftigten- und Umsatzentwicklung differiert zwischen diesen bauhauptgewerblichen Wirtschaftszweigen – wirtschaftlicher Schwerpunkt des Betriebes, nicht die Bauart – in der Regel nur wenig. Diese Einschätzung ist auch auf die Sonstigen spezialisierten Bautätigkeiten (WZ 43.9) auszudehnen.

Im Ausbaugewerbe können die Wirtschaftszweige demgegenüber schon differenziertere Entwicklungen aufweisen. Das betrifft sowohl den Berichtskreis der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen als auch den umfassenderen mit 10 und mehr tätigen Personen.

Die Erhöhung der Beschäftigtenzahl bei den Betrieben des Ausbaugewerbes mit 10 und mehr tätigen Personen um 1,7 Prozent ist 2011 fast ausschließlich auf die Bauinstallation zurückzuführen (2,3 Prozent mehr), während im Sonstigen Ausbau mit 0,1 Prozent mehr die Beschäftigtenzahl faktisch stagnierte (vgl. auch [4, Tab. 26/27]). Der Gesamtumsatz im 2. Quartal 2011 erhöhte sich demgegenüber in vergleichbarer Größenordnung – Bauinstallation: 6,8 Prozent, Sonstiger Ausbau: 8,7 Prozent, zusammen: 7,2 Prozent.

Innerhalb der Bauinstallation zeigten die beiden „großen“ Ausbaubereiche aber eine gegenläufige Entwicklung. Die Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageinstallation (WZ 43.22) trug mit 8,6 Prozent Umsatzwachstum aufgrund ihres Gewichtes (Anteil am Gesamtumsatz) ganz wesentlich die Gesamtentwicklung. Bei der Elektroinstallation stagnierte faktisch der Umsatz auf Vorjahresniveau (0,1 Prozent weniger).

Die Entwicklungen für die Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen (vierteljährlicher Berichtskreis) für das gesamte Jahr 2011 zeigt Tabelle 5. Sie weichen teilweise von denen der Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen (jährlicher Berichtskreis) ab. So zeigt die Elektroinstallation hier auch einen gestiegenen Umsatz.<sup>8)</sup>

### Bauhandwerk

Die Mehrheit der Baubetriebe sind Handwerksbetriebe. Ende Juni 2011 waren im Bauhauptgewerbe fast 78 Prozent der Betriebe Handwerksbetriebe (2010: gut 75 Prozent). Sie vereinten 72 Prozent der tätigen Personen auf sich (2010: gut 70 Prozent) und erbrachten im Juni 65 Prozent des Gesamtumsatzes (2010: 64 Prozent). Vom Gesamtumsatz des Vorjahres (2010) entfielen 63 Prozent auf die Handwerksbetriebe. Bei der Zählung im Jahr 2010 hatte dieser Anteil (für 2009) bei 62 Prozent gelegen. In den Handwerksbetrieben des Bauhauptgewerbes ist der Gesamtumsatz im Juni 2011 im Vorjahresvergleich mit 5,5 Prozent stärker gestiegen als im Bauhauptgewerbe insgesamt mit 3,8 Prozent. Ausführlichere Informationen zum Bauhandwerk bietet [3, Tab. 31 bis 34].

Von den in der „Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger“ 2011 erfassten 1 228 Betrieben waren genau 1 008 Betriebe bzw. 82 Prozent Handwerksbetriebe. Auf sie entfielen knapp 84 Prozent der tätigen Personen und 82 Prozent des Gesamtumsatzes im 2. Quartal. Im Allgemeinen nehmen die Handwerksbetriebe eine ähnliche Entwicklung wie die ausbaugewerblichen Betriebe insgesamt (vgl. ausführlicher auch [4, Tab. 28 bis 31]).

Dr. Andreas Oettel, Referent  
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Branchenreport Baugewerbe 2011. Tabellenband. Statistischer Bericht E II 6/ E III 6 – j/11, Kamenz 2012.
- [2] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft/VGR/Inlandsprodukt/Tabellen/BWSBereichen.html> [Aufgerufen am 21.3.2012]
- [3] Baugewerbe im Freistaat Sachsen (Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe), Juni 2011. Statistischer Bericht E II 2 – j/11, Kamenz 2012.
- [4] Baugewerbe im Freistaat Sachsen (Ergebnisse der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger), 2. Quartal 2011. Statistischer Bericht E III 2 – j/11, Kamenz 2012.

7) Die Umstellung von der WZ 2003 auf die WZ 2008 ab dem Berichtsjahr 2009 hatte die Auflösung des früheren Wirtschaftszweiges „Hoch- und Tiefbau a.n.g.“ zur Folge. Das heißt, es musste jeweils ein wirtschaftlicher Schwerpunkt gefunden werden, entweder im Hochbau oder Tiefbau. 2010 wurden dann einige dieser Zuordnungen verändert.  
8) Ein Vergleich der Entwicklung des ausbaugewerblichen Umsatzes nach Betriebsgrößenklassen 2011 zu 2010 legt nahe, dass die Umsatzentwicklung im 2. Quartal nicht repräsentativ für das Jahr insgesamt war.

# Landwirtschaftszählung 2010

## Teil 3 – Viehbestände

### Vorbemerkungen

Dieser Artikel führt die Reihe der Veröffentlichungen im Rahmen der Auswertung der Landwirtschaftszählung 2010 (LZ 2010) fort. [1] Der Hauptaugenmerk liegt in der Darstellung der Viehbestände, deren Entwicklung und Struktur. Weiterhin werden viehrelevante Ergebnisse aus dem Bereich der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden ausgewertet.

### Viehhaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben 2010

Zum Zählungstichtag, am 1. März 2010, hielten 4 737 der insgesamt 6 287 sächsischen Landwirtschaftsbetriebe eine oder mehrere landwirtschaftliche Nutztierarten. [2] Dabei wurden Rinder, Schweine, Schafe, Hühner, Gänse, Enten, Truthühner, Einhufer und erstmals auch Ziegen in die Erhebung über die Viehbestände einbezogen (vgl. Tab. 1). Der Gesamtviehbestand betrug zum Erhebungszeitpunkt 485 902 Großvieheinheiten (GV)<sup>1)</sup>. Ohne Berücksichtigung der Ziegen verringerte sich der sächsische Viehbestand im Vergleich zur vorhergehenden Landwirtschaftszählung 1999 (LZ 1999) um 67 742 GV bzw. 12 Prozent. Die Entwicklung bei den einzelnen Tierarten verlief nicht einheitlich. Bei Schweinen, Pferden (Einhufern) und Hühnern fanden Bestandsaufstockungen statt. Demgegenüber sind bei Rindern, Schafen und dem sonstigen Geflügel (Gänse, Enten und Truthühner) Rückgänge eingetreten. Die Anzahl der Vieh haltenden Betriebe verringerte sich bei allen erfassten Tierarten. Der mittlere Viehbesatz in Sachsen wurde 2010 mit 53,2 GV/100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) festgestellt. Er lag damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 77,8 GV/100 ha LF, war aber der höchste beim Vergleich innerhalb der ostdeutschen Länder. Im Vergleich mit Nordrhein-Westfa-

Tab.1 Entwicklung der Viehhaltung in Sachsen 1999 bis 2010

Merkmal	1999	2003	2007	2010	Entwicklung 2010 zu 1999
	Stück				%
<b>Tiere</b>					
Rinder insgesamt	576 243	517 803	479 108	489 044	-15,1
darunter Milchkühe	227 211	208 313	192 774	187 011	-17,7
andere Kühe	36 015	35 938	37 089	37 893	5,2
Schweine insgesamt	611 310	640 016	607 836	658 479	7,7
davon Ferkel	168 093	186 520	196 492	254 194	51,2
Zuchtsauen	80 988	81 961	76 856	74 003	-8,6
andere Schweine	362 229	371 535	334 488	330 282	-8,8
Schafe insgesamt	129 262	140 017	123 611	102 176	-21,0
darunter Mutterschafe	84 913	91 482	78 961	67 267	-20,8
Einhufer insgesamt <sup>1)</sup>	10 237	11 143	12 058	11 772	15,0
Ziegen insgesamt	.	.	.	7 287	x
Hühner insgesamt	6 132 454	7 243 357	9 153 365	8 234 943	34,3
darunter Legehennen	3 073 291	3 350 868	3 213 147	2 534 324	-17,5
Gänse	42 622	26 256	34 068	20 007	-53,1
Enten	23 115	9 806	43 691	15 436	-33,2
Truthühner	183 770	250 938	241 702	194 878	6,0
<b>Betriebe</b>					
Rinder insgesamt	3 899	3 688	3 568	3 532	-9,4
und zwar Milchkühe	1 660	1 404	1 215	1 165	-29,8
andere Kühe	2 077	2 155	2 202	2 259	8,8
Schweine insgesamt	1 355	1 258	1 220	1 116	-17,6
und zwar Ferkel	361	327	273	332	-8,0
Zuchtsauen	403	351	323	287	-28,8
andere Schweine	1 244	1 072	1 157	1 017	-18,2
Schafe insgesamt	1 378	1 311	1 408	1 275	-7,5
darunter Mutterschafe	1 177	1 168	1 268	1 142	-3,0
Einhufer insgesamt	1 519	1 485	1 528	1 378	-9,3
Ziegen insgesamt	.	.	.	367	x
Hühner insgesamt	2 217	1 958	1 928	1 761	-20,6
darunter Legehennen	2 166	1 918	1 883	1 736	-19,9
Gänse	199	209	218	203	2,0
Enten	560	465	467	404	-27,9
Truthühner	83	83	70	56	-32,5

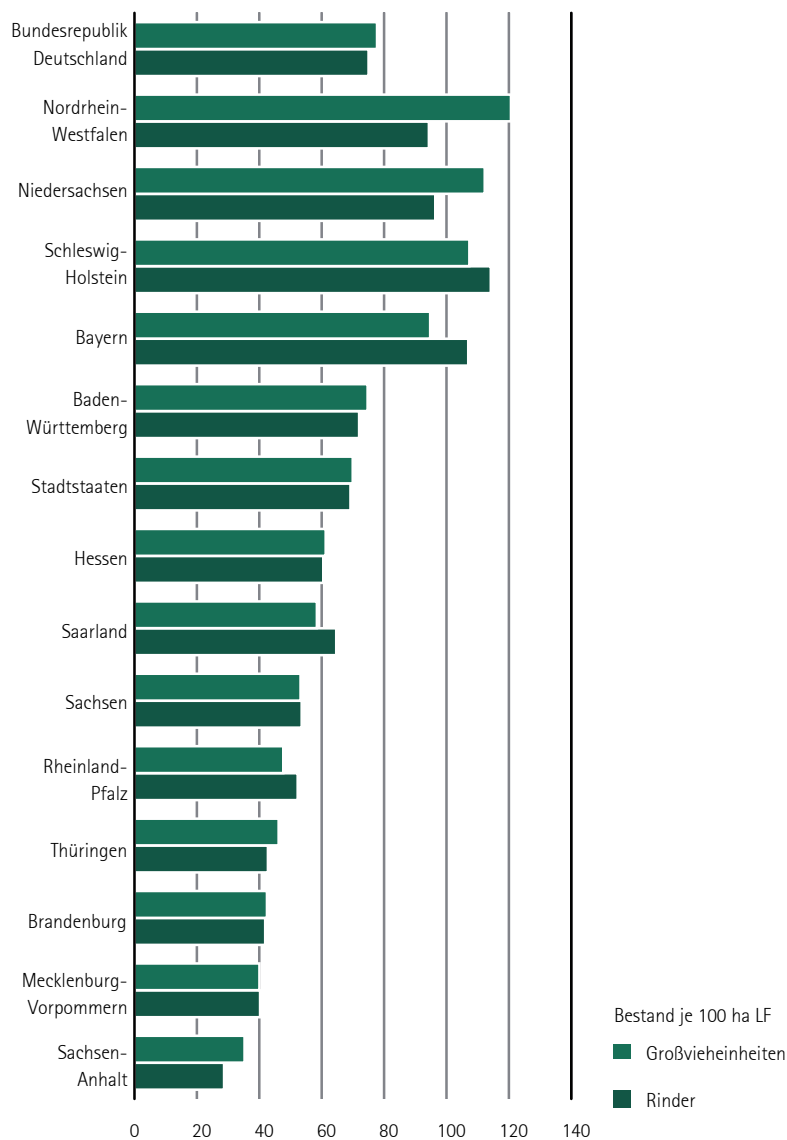
1) bis 2007 einschließlich Pferde und Ponys

len, dem Land mit dem höchsten Viehbesatz (120,7 GV/100 ha LF), wurden auf sächsischen Flächen 56 Prozent weniger Einheiten gehalten (vgl. Abb. 1). [3, 4] Den Hauptanteil am GV-Bestand bildeten Rinder mit 75 Prozent, gefolgt von Schweinen mit knapp 14 Prozent und Geflügel mit 7 Prozent. Auch die regionale Verteilung der Viehbestände in Sachsen, ohne Berücksichtigung der Kreisfreien Städte, war differenziert. Die höchsten Besatzdichten traten in den Gebirgsregionen auf. Wegen des dort vorhandenen hohen Grünlandanteils werden vor allem Rinder gehalten. Sie bestimmen wesentlich die GV. Es wurden 82,0 GV/100 ha LF im Erzgebirgskreis bzw. 69,5 GV/100 ha LF im Landkreis Zwickau ermittelt. Demgegenüber wurden in den Ackerbaugebieten des Flachlandes deutlich niedrigere Werte festgestellt. So lagen die Landkreise Meißen und Görlitz mit jeweils 44,8 GV/100 ha LF und Leipzig mit 38,9 GV/100 ha LF deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt (vgl. Abb. 2). Der überwiegende Teil des Viehbestandes (63,8 Prozent) wurde in Betrieben, die sich in der Hand juristischer Personen befanden, gehalten. Der Anteil in Einzelunternehmen betrug 21,6 Prozent. Davon wurden zwei Drittel (69,9 Prozent) im Haupterwerb und ein Drittel (30,1 Prozent) im Nebenerwerb gehalten. Der Anteil in Personengesellschaften/-gemeinschaften lag bei 14,6 Prozent. Die Mehrzahl der GV stand in Betrieben mit einer hohen Flächenausstattung. Mehr als die Hälfte des Viehbestandes (56,7 Prozent) befand sich in landwirtschaftlichen Betrieben der Größenklasse von 500 und mehr Hektar LF.

### Rinder

Zum 1. März 2010 wurden in Sachsen 489 044 Rinder in 3 532 landwirtschaftlichen Betrieben gehalten. Das heißt, in jedem zweiten landwirtschaftlichen Betrieb (56,2 Prozent) fand Rinderhaltung statt. Rinder sind somit die meistgehaltene Nutztierart in Sachsen. Im Vergleich zum letzten Agrarzensus von 1999 verringerte sich der Rinderbestand um 87 199 Tiere bzw. 15,1 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der Rinderhaltenden Betriebe um 367 (9,4 Prozent) auf 3 532 zurück. Damit einhergehend nahm die durchschnittliche Bestandsgröße um neun Tiere auf 138,5 ab. Damit lag sie zwar über dem Bundesdurchschnitt (86,5), jedoch weit unter den Durchschnittsbeständen in Mecklenburg-Vorpommern (263,3) und Brandenburg (215,6). Kühe bilden mit 224 904 Tieren, darunter 187 011 Milchkühen, fast die Hälfte (46,0 Prozent) des Bestandes. Weiterhin gab es 211 450 (43,2 Prozent) weibliche, noch nicht abgekalbte Tiere. Darunter waren 111 789 Tiere, die zwölf

Abb. 1 Viehbesatzdichten nach Bundesländern 2010



Monate und älter waren und die überwiegend für die Reproduktion der Kuhbestände benötigt wurden. Die Mast weiblicher Rinder spielt in Sachsen eine untergeordnete Rolle. Die 52 690 (10,8 Prozent) männlichen Tiere, darunter 19 275 über einem Jahr, sind ebenfalls ein Indiz dafür, dass der Rindermast in Sachsen keine große Bedeutung zukommt. Die höchsten Besatzdichten wurden in den Gebirgskreisen Erzgebirgskreis mit 94,7 und Zwickau mit 73,7 Rindern je 100 ha LF festgestellt. Der sächsische Durchschnittswert liegt bei 53,6 Rindern je 100 ha LF. In den Ackerbaugebieten des ehemaligen Direktionsbezirkes Leipzig traten mit 39,6 im Kreis Leipzig und 30,3 Rindern je 100 ha LF in Nordsachsen die geringsten Besatzdichten auf (vgl. Abb. 3). Deutschlandweit lag dieser Wert bei 75,0 Rindern je 100 ha LF. In Schleswig-Holstein, dem Land mit dem höchsten Rinderbesatz unter den Flächenländern, wurde eine Besatzdichte von 114,2 Rindern je 100 ha LF ermittelt. Sie ist mehr als dop-

pelt so hoch wie in Sachsen. Unter den ostdeutschen Ländern besaß Sachsen jedoch den höchsten Besatz. Mit 320 683 Rindern wurden fast zwei Drittel des Bestandes in 273 Betrieben der Größenklasse von 500 und mehr Rindern gehalten. Weitere 105 772 Rinder (21,6 Prozent) befanden sich in Betrieben der Größenklasse von 100 bis 499 Rindern. Auch in der Milchkuhhaltung ist eine starke Konzentration auf große Betriebe ersichtlich. So standen fast die Hälfte aller Milchkühe (47,1 Prozent) in Betrieben der Größenklasse von 500 und mehr Milchkühen. Die Haltung der Rinder erfolgte überwiegend in Laufställen. Von den vorhandenen 552 000 Rinderhaltungsplätzen befanden sich 490 400 (89 Prozent) in Laufställen, 45 900 (8 Prozent) in Anbindeställen und 15 700 (3 Prozent) in

1) Großvieheinheit ist ein Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten auf der Basis des Lebendgewichts der einzelnen Tierarten. 1 Großvieheinheit entspricht dabei ca. 500 Kilogramm Lebendgewicht und ist auf den ganzjährig im Betrieb gehaltenen Durchschnittsbestand bezogen.

Abb. 2 Viehbesatz in Großvieheinheiten (GV) je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) in Sachsen 2010  
Gebietsstand: 1. Januar 2010

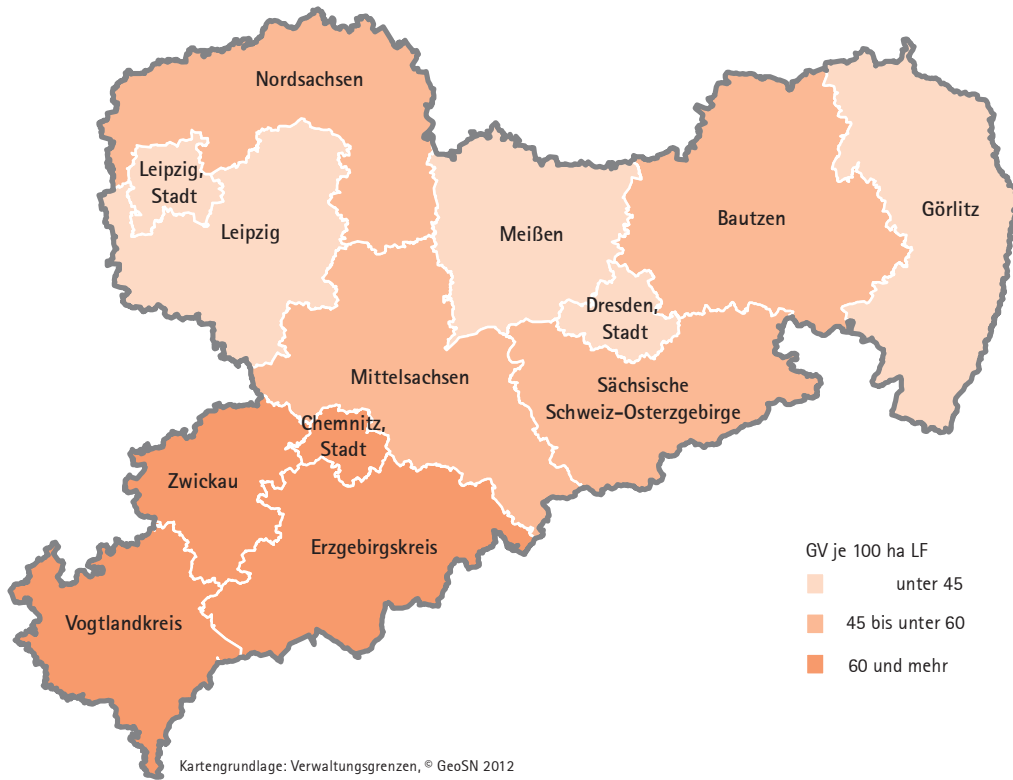
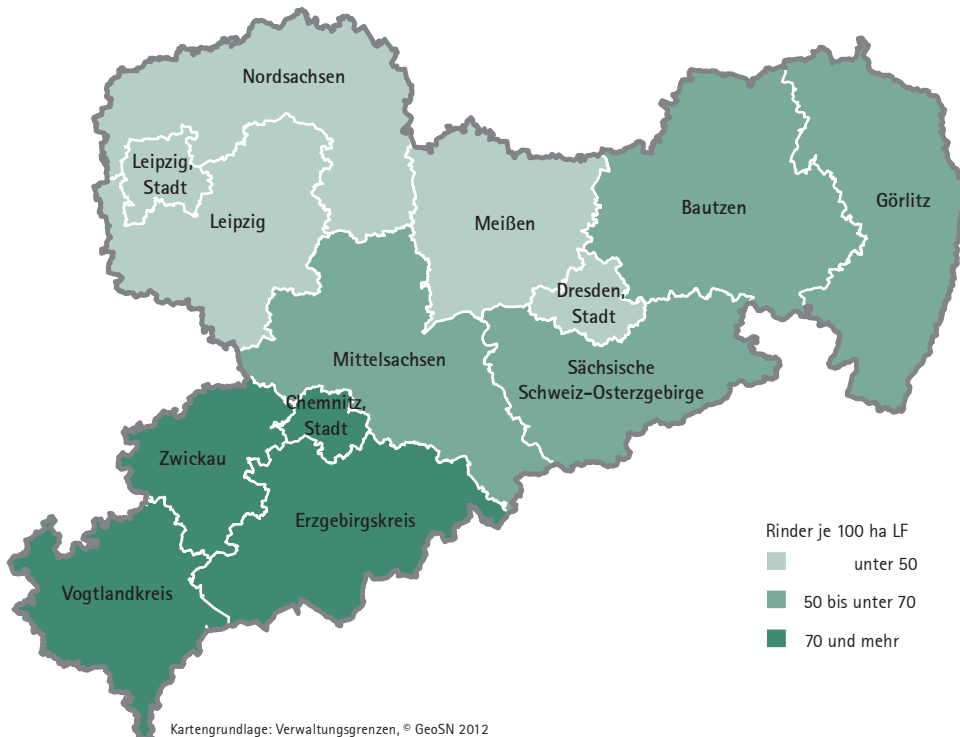


Abb. 3 Rinderbesatz je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) in Sachsen 2010  
Gebietsstand: 1. Januar 2010



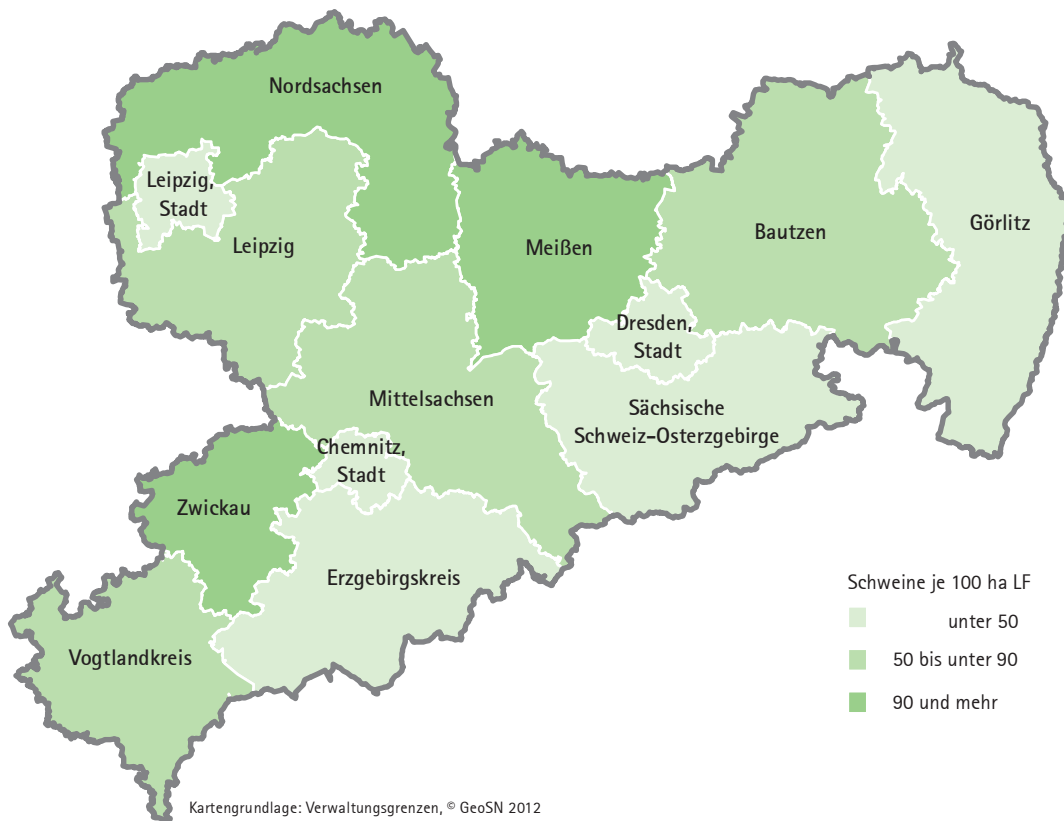
anderen Haltungsverfahren wie zum Beispiel die ganzjährige Freilandhaltung. Die Rinderhaltungsplätze in den Anbinde- und Laufställen teilen sich in 273 200 Plätze, bei denen der Wirtschaftsdünger überwiegend

als Gülle und 263 100 Plätze, bei denen überwiegend Festmist anfällt, auf. Im Rahmen der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ELMP) wurden auch repräsentativ Daten zur Weidehaltung in den land-

wirtschaftlichen Betrieben erhoben. Daraus wurden folgende Ergebnisse über eine Hochrechnung ermittelt:

Von den knapp 3 600 Rinder haltenden Betrieben haben 2 900 im Jahr 2009 Weidehal-

Abb. 4 Schweinebesatz je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) in Sachsen 2010  
Gebietsstand: 1. Januar 2010



ung durchgeführt. Das betraf 120 700 Tiere und damit 40 Prozent des sonstigen Rinderbestandes. Interessant ist hierbei die Tatsache, dass in Abhängigkeit der Bestandsgröße des sonstigen Rinderbestandes der Anteil der weidenden Tiere mit steigender Bestandsgröße abnahm. Wurden in Beständen mit bis zu 99 sonstigen Rindern fast 72 Prozent der Tiere geweidet, so waren es in Betrieben mit 200 und mehr sonstigen Rindern lediglich 28 Prozent der Tiere.

In der Milchkuhhaltung wurden 2009 nur rund 15 Prozent der Tiere geweidet. Analog zur Haltung der sonstigen Rinder war auch bei der Milchkuhhaltung ersichtlich, dass den Tieren in den kleineren Beständen häufiger der Weidegang ermöglicht wurde als in Betrieben mit größeren Milchkuhbeständen. In Beständen mit bis 99 Milchkühen wurden über 52 Prozent der Tiere geweidet. Demgegenüber geschah das in Betrieben mit 200 und mehr Milchkühen lediglich für 7 Prozent der Milchkühe.

### Schweine

Zum 1. März wurden in 1 116 sächsischen Betrieben 658 479 Schweine gehalten. Dieser Bestand gliederte sich in 254 194 Ferkel, 74 003 Zuchtsauen und 330 282 andere Schweine (Jung- und Mastschweine, Zucht-er). Im Vergleich zur LZ 1999 erhöhte sich

der Schweinebestand um 47 169 Tiere bzw. 7,7 Prozent. Demgegenüber verringerte sich die Zahl der Schweine haltenden Betriebe um 239 bzw. 17,6 Prozent. Infolge dieser gegenläufigen Entwicklungen erhöhte sich der Durchschnittsbestand je Schweine haltenden Betrieb auf 590 Tiere und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 459 Tieren, aber deutlich unter den Durchschnittsbeständen in Mecklenburg-Vorpommern (1 581) bzw. Sachsen-Anhalt (1 666). Betrachtet man den Schweinebesatz je 100 ha LF, so liegt die Besatzdichte in Sachsen mit 72 Tieren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 165 Tieren. In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit der höchsten Besatzdichte, wurde die sechsfache Anzahl an Schweinen je Flächeneinheit gehalten. Die Landkreise mit den meisten Schweinen in Sachsen waren Nordsachsen (140 948 Tiere), Meißen (121 472 Tiere) und Mittelsachsen (111 621 Tiere). Damit einhergehend fanden sich die höchsten Besatzdichten in den Kreisen Nordsachsen mit 110 Schweinen bzw. Meißen mit 128 Schweinen je 100 ha LF. Demgegenüber wies der Kreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge mit lediglich 6 306 Schweinen bzw. einer Besatzdichte von rund 8 Schweinen je 100 ha LF die mit Abstand geringsten Werte aus (vgl. Abb. 4). Die Schweinehaltung konzentrierte sich in Sachsen auf wenige große Betriebe. In 88 Betrieben der Größenklasse von 2 000

und mehr Schweinen, das sind 7,9 Prozent aller Schweine haltenden Betriebe, wurden insgesamt 567 198 Tiere bzw. 86,1 Prozent des Gesamtbestandes gehalten. Diese Konzentration findet sich auch im Zuchtbereich. 62 253 Zuchtsauen – 84,1 Prozent des Bestandes – befanden sich in 40 Betrieben (13,9 Prozent) der Größenklasse von 500 und mehr Zuchtsauen. Rund 223 097 Schweine, ein Drittel des Bestandes, gab es in Betrieben ohne Flächenausstattung. 91,9 Prozent aller sächsischen Schweinehaltungsplätze waren mit Voll- bzw. Teilspaltenböden ausgestattet. Die restlichen Plätze mit Einstreu auf planbefestigten Böden und anderer Halungsverfahren befanden sich in Betrieben mit geringen Stallplatzkapazitäten.

### Schafe und Ziegen

Der sächsische Schafbestand belief sich am 1. März 2010 auf 102 176 Tiere. Im Vergleich zur LZ 1999 mit dem Stichtag 3. Mai waren das 27 086 Tiere bzw. 21,0 Prozent weniger. Dabei ist jedoch der veränderte Erfassungstermin zu beachten, der besonders bei der Beurteilung von Schafbeständen, hier vorwiegend der Lämmer, von Einfluss ist. Die Zahl der Schafe haltenden Betriebe verringerte sich von 1999 bis 2010 um 103 auf 1 275 (7,5 Prozent) und nahm damit deutlich weniger ab als die Zahl der Tiere. Der Bestand teilte sich auf in 31 649

Schafe unter einem Jahr, 67 267 Mutterschafe und 3 260 Schafböcke, Hammel und andere Schafe. Zur LZ 2010 wurden erstmalig die Mutterschafe nach Milchschaafen und anderen Mutterschafen unterteilt. Dabei zeigte sich, dass die Haltung von Milchschaafen in Sachsen mit 967 Tieren eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die höchsten Besatzdichten (ohne Kreisfreie Städte) finden sich in den Landkreisen Nordsachsen und Vogtlandkreis. Im Landkreis Nordsachsen (21 003 Schafe) steht jedes fünfte sächsische Schaf. In Betrieben der Größenklasse von 500 und mehr Schafen wurden 64 625 Tiere (63,2 Prozent) gezählt. Ziegen wurden im Rahmen der LZ 2010 als eine weitere Nutztierart erstmalig wieder durch die amtliche Statistik erfasst, nachdem diese Tierart in der ehemaligen BRD 1977 und in der ehemaligen DDR 1989 letztmalig gezählt wurde. Hierbei zeigte sich, dass diese Tierart mit 7 287 Tieren in 367 landwirtschaftlichen Betrieben gehalten wurde und damit eine relativ geringe Bedeutung in Sachsen besitzt. Bemerkenswert ist hierbei, dass 3 449 Ziegen und damit fast die Hälfte (47,3 Prozent) aller sächsischen Tiere in den vier größten Betrieben (Größenklasse 500 und mehr Tiere) standen. Für 1989 wurde für Sachsen ein Bestand von 3 901 Ziegen ausgewiesen. Ebenso wie bei den Schafbeständen bildete der Kreis Nordsachsen mit 1 946 Ziegen auch bei dieser Tierart den Besatzschwerpunkt im Land.

### Geflügel

Sachsen war mit 927 Stück Geflügel je 100 ha LF nach Niedersachsen (2 197 Tiere je 100 ha LF) das Bundesland mit der zweithöchsten Geflügelbesatzdichte. Der Bestand setzte sich aus 8,235 Millionen Hühnern, 20 007 Gänsen, 15 436 Enten und 194 878 Truthühnern zusammen. Unter den Hühnern waren 2,534 Millionen Legehennen. Bei der Beurteilung des Legehennenbestandes ist zu beachten, dass der Stichtag lediglich zwei Monate nach dem endgültigen Aus der herkömmlichen Käfighaltung lag. Der Bestand in den Betrieben mit 3 000 und mehr Legehennenplätzen in der Konsumierproduktion war deshalb zum Erhebungszeitpunkt um rund 1 Million Legehennen unter den Durchschnittsbestand des Vorjahres abgesunken. Die Legehennenhaltung in Sachsen beinhaltet drei Nutzungsrichtungen. Die Mehrzahl der Legehennen dient zur Erzeugung von Konsumeiern. Weitere Betriebe fungieren als Produzenten von Bruteiern für die drei sächsischen Brütereien zur Erzeugung von Küken für die Hähnchenmast bzw. Zuchttieren. Die dritte Produktionsrichtung, die sich im Ausbau befindet, ist die Erzeugung von Hühnereiern für die Serumproduktion. Auch die Legehennenhaltung er-

folgte überwiegend in großen Beständen. So gab es in 12 Betrieben mit 50 000 und mehr Legehennen über 1,9 Millionen Tiere. Das waren drei Viertel (76,2 Prozent) des gesamten Legehennenbestandes. Demgegenüber hielten 1 613 Betriebe mit Beständen von weniger als 100 Legehennen 38 609 Tiere und kamen damit nur auf einen Anteil von 1,5 Prozent. In diesem Sektor ist ein überwiegender Eigenverbrauch anzunehmen. Neben den Legehennen wurden noch 5,7 Millionen Masthühner und -hähne sowie Junghennen gezählt. Die Haltung der Hühner erfolgte überwiegend in Bodenhaltung mit knapp 9,4 Millionen Plätzen (92,6 Prozent). Weiterhin standen 449 000 Plätze in der Freilandhaltung und 304 000 in Kleingruppenhaltungen bzw. ausgestatteten Käfigen zur Verfügung. Mit 230 300 Stück sonstigem Geflügel (Gänse, Enten und Truthühner) wurde der geringste Bestand dieser Tiergruppe seit 1999 festgestellt. Die Ursache könnte im veränderten Erhebungszeitpunkt, insbesondere bei Gänsen und Enten, begründet sein. Der Schlupf der Gänseküken beginnt erst ab März, so dass es sich bei den Gänsebeständen überwiegend um Elterntiere in den Vermehrungsbetrieben handelte. Eine weitere Erklärung könnte in der Betriebsschließung zwei der größten Entenhaltungen liegen

### Einhufer

Der Haltung von Einhufern widmeten sich in Sachsen 1 378 landwirtschaftliche Betriebe. Hierbei handelte es sich überwiegend um Pferde. Jedoch waren in die LZ 2010 auch weitere Einhufer wie Esel und Maultiere einbezogen. Eine Einzelausweisung dieser Gruppen erfolgte nicht. Mehr als die Hälfte (51,4 Prozent) aller Einhufer stand in 167 Betrieben der Größenklasse von 20 und mehr Tieren dieser Art.

Hubertus Schwede, Diplomagraringenieur-ökonom, Fachverantwortlicher Viehwirtschaft

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Ertel, U., Landwirtschaftszählung 2010 Teil 1 – Einführung. In: Statistik in Sachsen, 4/2011, S. 15 – 18, Kamenz, 2011
- [2] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Statistischer Bericht C/LZ 2010-2, Viehbestände im Freistaat Sachsen, Kamenz, 2011
- [3] Statistisches Bundesamt, Fachserie 3 Reihe 2.1.2, Bonn, 2011
- [4] Statistisches Bundesamt, Fachserie 3 Reihe 2.1.3, Bonn, 2011



# Sachsen INTERAKTIV – Nutzung der erweiterten Informationsangebote zur Beobachtung, Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den sächsischen Gemeinden

## Einleitung

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen bietet seit Kurzem unter der Subdomain [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de) die Box „Sachsen INTERAKTIV“ mit fünf interaktiven Informationsangeboten an (s. Abb. 1).

Das Angebot umfasst in der ersten Ausbaustufe drei Anwendungen zur Beobachtung und Analyse der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen (Gemeinden, Kreisfreie Städte, Landkreise etc.):

- Demografiemonitor [1]
- Bevölkerungspyramiden
- Bevölkerungstrend.

Diese drei Anwendungen werden im Folgenden vor dem Hintergrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen vorgestellt. Zudem wird die Anwendung eines Modells zur differenzierten Bewertung der Bevölkerungsentwicklung in Gemeinden auf Grundlage der oben genannten Informationsangebote beispielhaft dargestellt.

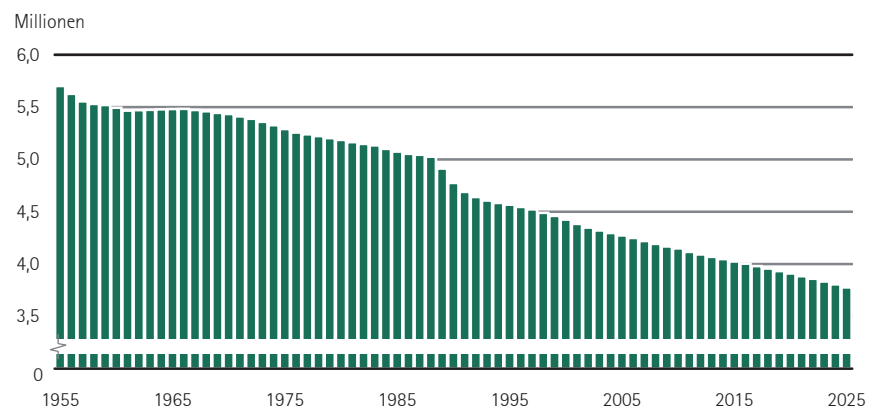
Zusätzlich im Angebot ist der „Flächennutzungsmonitor“, welcher auf Grundlage der amtlichen Flächenstatistik die Flächennutzung auf Ebene der Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise darstellt. Der Freistaat Sachsen hat sich zum Ziel gesetzt, die Flächenneuanspruchnahme bis 2020 zu reduzieren. [2] Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der tatsächlichen Flächennutzung nach Hauptnutzungsarten von großer praktischer Bedeutung.

Die interaktive Anwendung „Landtagswahl 2009“ zeigt die Möglichkeiten der nutzerfreundlichen Visualisierung von Ergebnissen parlamentarischer Wahlen. Es ist vorgesehen, diese Pilotanwendung noch um weitere Anwendungen zu ergänzen, die eine multivariate Analyse von Wahlergebnissen erlauben

Abb. 1 Sachsen INTERAKTIV



Abb. 2 Bevölkerung in Sachsen 1955 bis 2025



Quelle: 2011 bis 2025 - 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Variante 1

(z. B. Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Stimmanteilen von Parteien), wie dies bereits beim Bremer Wahlatlas umgesetzt wurde. [3]

### Bevölkerungsentwicklung auf kommunaler Ebene sehr unterschiedlich

Die Bevölkerungszahl im Freistaat Sachsen ist seit Mitte der 1950er Jahre mit damals rund 5,7 Millionen Einwohnern rückläufig. Seitdem nimmt die Bevölkerung aufgrund der zurückgehenden Geburtenzahlen und den daraus resultierenden Sterbeüberschüssen sowie einem negativen Wanderungssaldo stetig ab. Ausnahmen sind lediglich die geburtenstarken Jahrgänge Mitte der 1960er Jahre, welche den grundlegenden Trend eines Bevölkerungsrückgangs jedoch nicht stoppen konnten (vgl. Abb. 2).

Im Nachwendejahr 1990 betrug die Bevölkerungszahl noch rund 4,78 Millionen Menschen, im letzten Jahr der laufenden Bevölkerungsfortschreibung (2010) nur noch 4,15 Millionen Menschen. Nach der Variante 1 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose werden im Freistaat Sachsen im Jahr 2025 noch rund 3,78 Millionen Menschen leben. Falls diese Prognose zutrifft, würde dies im Ergebnis einen Bevölkerungsrückgang von 1 Million Menschen im Zeitraum von 35 Jahren bedeuten.

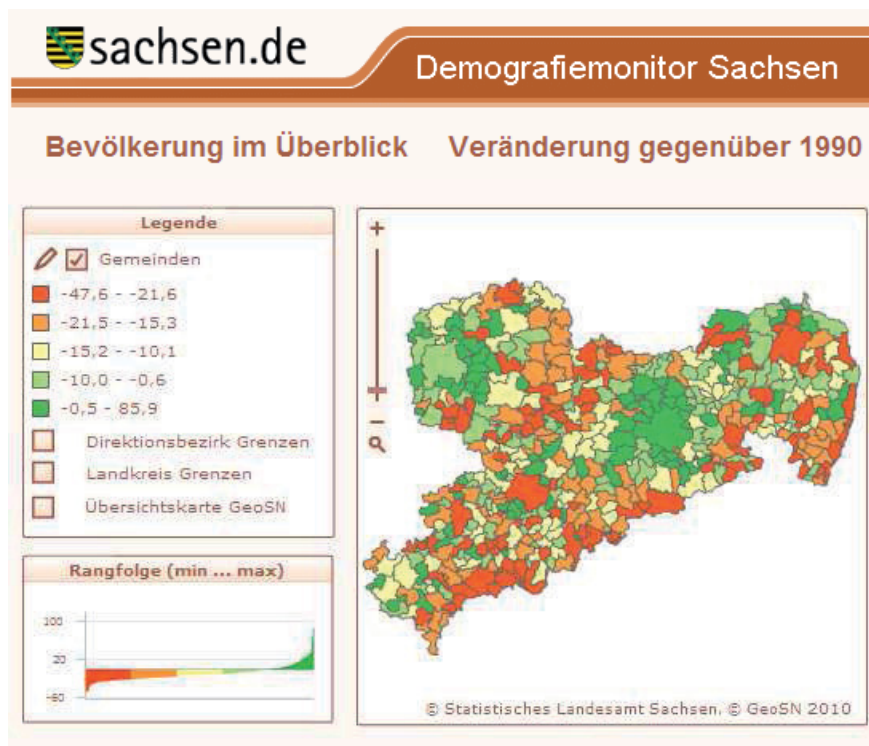
Dieses Bild eines allgemeinen Bevölkerungsrückgangs ändert sich jedoch, wenn man – mit Hilfe des „Demografiemonitors“ – den Blick auf die kommunale Ebene lenkt. Die Gemeindekarte zeigt nämlich ein „buntes Puzzle“ aus Gemeinden, welche

- ein Bevölkerungswachstum bzw. eine -stagnation (dunkelgrün) oder
- einen Bevölkerungsrückgang (hellgrün bis dunkelrot)

aufweisen (s. Abb. 3).

Das Diagramm „Rangfolge (min ... max)“ – in Abb. 3 unten links – zeigt die ganze Bandbreite an unterschiedlichen Entwicklungen von 1990 bis 2010 auf, die von einem Bevölkerungsrückgang von 47,6 Prozent in Johanngeorgenstadt (Erzgebirgskreis) bis zu einem Wachstum von 85,9 Prozent in der Gemeinde Belgershain (Landkreis Leipzig) reichen. Generell lässt sich anhand der Karte das Muster feststellen, dass die meisten Gemeinden in den Verdichtungsräumen Dresden und Leipzig (Menüpunkt „Filter“ – „Raumkategorie“) zu den „Gewinnern“ gehören. Vereinzelt gibt es diese aber auch im Verdichtungsraum Chemnitz-Zwickau sowie

Abb. 3 Veränderung des Bevölkerungsbestandes in Sachsen 2010 gegenüber 1990 in Prozent



im ländlichen Raum: So weisen beispielsweise die Gemeinde Dreiheide (Landkreis Nordsachsen) mit 26,1 Prozent, und Elsterheide (Landkreis Bautzen) mit 27,5 Prozent ebenfalls ein Bevölkerungswachstum auf.

Da aber nur knapp 20 Prozent der sächsischen Gemeinden ein Bevölkerungswachstum bzw. eine Stagnation aufweisen, ändert dies nichts am Trend eines Bevölkerungsrückgangs auf Ebene des Freistaates. In anderer Hinsicht unterstreicht dieses Bild aber die Notwendigkeit, die Situation in den einzelnen Gemeinden zu beobachten und zu analysieren, die durchaus sehr unterschiedlich sein kann. Dies ist mit den interaktiven Anwendungen in benutzerfreundlicher und selbst-erklärender Weise möglich.

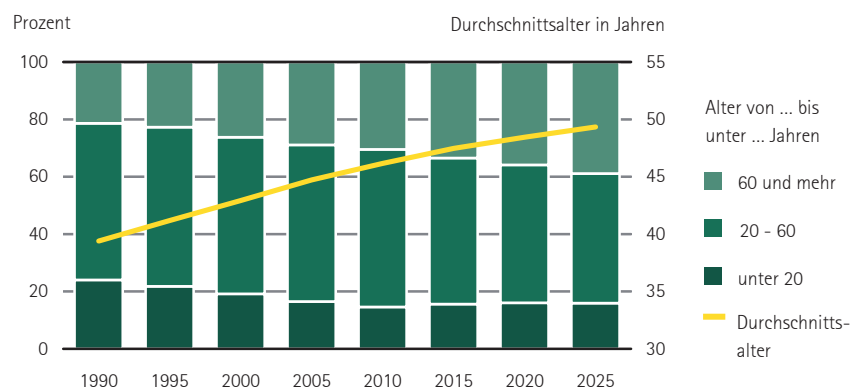
### Alterung als Megatrend

Im Freistaat Sachsen wird es künftig immer mehr alte und immer weniger junge Menschen geben. Im Nachwendejahr 1990 betrug das Durchschnittsalter der Sachsen noch 39,4 Jahre. Innerhalb der folgenden zwei Jahrzehnte stieg es auf 46,2 Jahre (2010) an. Im letzten Prognosejahr der Variante 1 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose (2025) wird es voraussichtlich 49,3 Jahre betragen (s. Abb. 4).

Dies bedeutet, dass innerhalb des Zeitraums von 35 Jahren der Altersdurchschnitt der Bevölkerung um fast 10 Lebensjahre angestiegen sein wird.

Diese Alterung der sächsischen Bevölkerung, wird auch deutlich, wenn die zahlen-

Abb. 4 Bevölkerung in Sachsen 1990 bis 2025 nach Altersgruppen



Quelle: 2015, 2020, 2025 – 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Variante 1

mäßige Entwicklung der jüngeren und älteren Menschen gegenübergestellt wird (s. Abb. 4): Während im Nachwendejahr 1990 in Sachsen noch rund 1,15 Millionen Menschen im Alter von unter 20 Jahren lebten, wird deren Zahl bis 2025 auf voraussichtlich rund 600 000, d. h. um beinahe die Hälfte, sinken (Variante 1 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose). Im gleichen Zeitraum wird die Zahl der Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr von rund 1 Million auf 1,47 Millionen, d. h. um rund 44 Prozent, zunehmen (ebenfalls Variante 1). Im Ergebnis kommt es damit zu Verwerfungen in der altersbezogenen Zusammensetzung der Bevölkerung, für die es historisch keine Vergleiche gibt und welche eine große Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen.

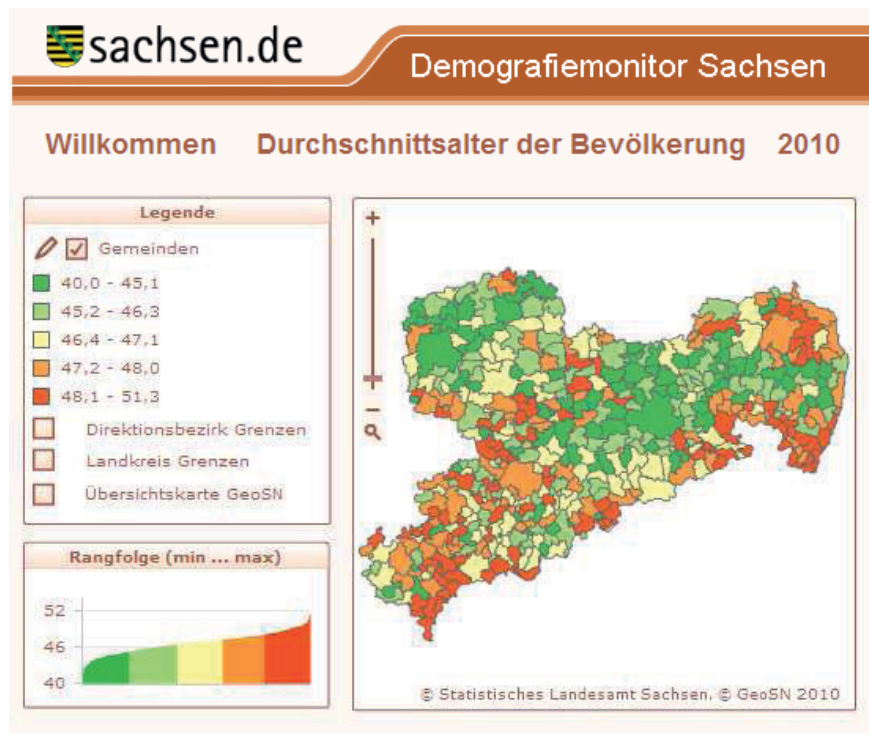
Ein Blick auf die Gemeindeebene mit Hilfe des Demografiemonitor Sachsen zeigt auch hier eine breite Palette an Altersstrukturen (s. Abb. 5).

„Älteste Gemeinde“ in Sachsen war im Jahr 2010 die Gemeinde Bad Brambach mit einem Durchschnittsalter von 51,3 Jahren. „Jüngste Gemeinde“ war Rabitz-Rosenthal im Landkreis Bautzen mit 40 Jahren. Diese Spreizung in der Altersstruktur der Bevölkerung von über 10 Lebensjahren macht die Bandbreite der Entwicklung und die unterschiedlichen Anforderungen an die Kommunal- und Landespolitik deutlich.

Im Unterschied zur zahlenmäßigen Entwicklung des Bevölkerungsstands mit „Gewinnern“ und „Verlierern“ (s. o.) gab es hier nur bevölkerungsmäßig alternde Städte und Gemeinden. Eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen Bevölkerungswachstum und -alterung zeigt hier, dass auch die (noch) wachsenden Städte und Gemeinden „gealtert“ sind (s. Abb. 6).

Der Megatrend der Alterung auf Ebene des Freistaates und der sächsischen Kommunen verläuft stetig und ist auch – nach heutiger Einschätzung – unumkehrbar. Auch wenn in der „Geburtenhauptstadt Deutschlands“ – der Landeshauptstadt Dresden – die Geburtenzahlen in den zurückliegenden Jahren stark angestiegen sind (positives Geburtensaldo), wird dies nach heutiger Einsschätzung nicht ausreichen, um den Geburteneinbruch infolge der Umbruchsituation nach dem Wendejahr 1989 auszugleichen (vgl. Abb. 2). Gründe hierfür sind zum einen die seit der Wende 1989 angestiegene Lebenserwartung sowie die Altersgruppe der gebärfähigen Frauen (15 bis 45 Jahre), die zahlenmäßig immer stärker abnimmt.

Abb. 5 Durchschnittsalter der Bevölkerung in Sachsen 2010



**Beobachtung, Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene in Sachsen**

Die Sächsische Staatsregierung hat Anfang 2011 die Einführung von Demografietestes beschlossen, wonach künftig bei allen Zuwendungsverfahren sowie staatlichen Bauvorhaben die demografische Tragfähigkeit zu prüfen und zu berücksichtigen ist [4]. Damit ist die Berücksichtigung von künftigen demografischen Rahmenbedingungen sowohl auf Ebene des Landes als auch der Regionen und Kommunen eine fach- und ebenenübergreifende Querschnittsaufgabe. Bei der Beurteilung der demografischen Tragfähigkeit ist die jeweils gültige Bevölkerungsprognose

zu Grunde zu legen. Derzeit gilt die „5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025“ als einheitliche Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die Raumordnung und für die Fachplanungen im Freistaat Sachsen. Zu diesem Zweck bietet die interaktive Anwendung „Bevölkerungstrend“ die Eckdaten der Prognosen für Gemeinden ab 5 000 Einwohnern an. Durch Anklicken einer Gemeinde öffnet sich ein Fenster, in dem die wesentlichen Eckdaten aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung sowie der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose in Form einer Schnellübersicht abrufbar sind (s. Abb. 7).

Abb. 6 Veränderung der Bevölkerung und des Durchschnittsalters der sächsischen Gemeinden 2010 gegenüber 1990

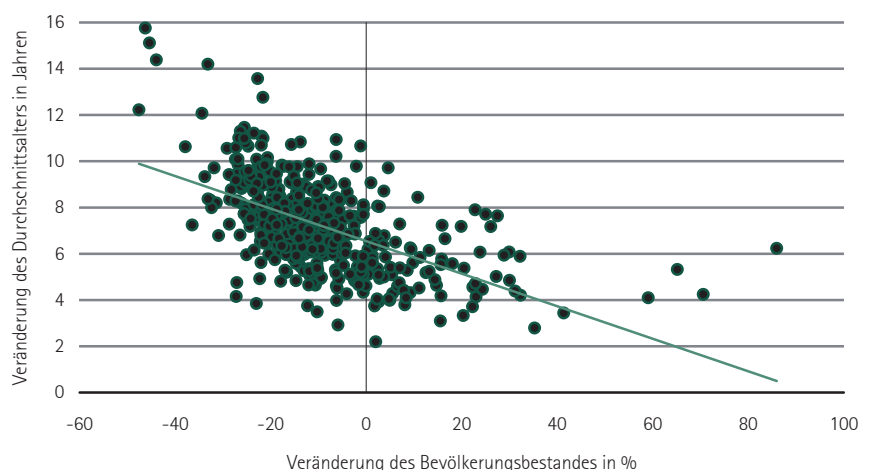
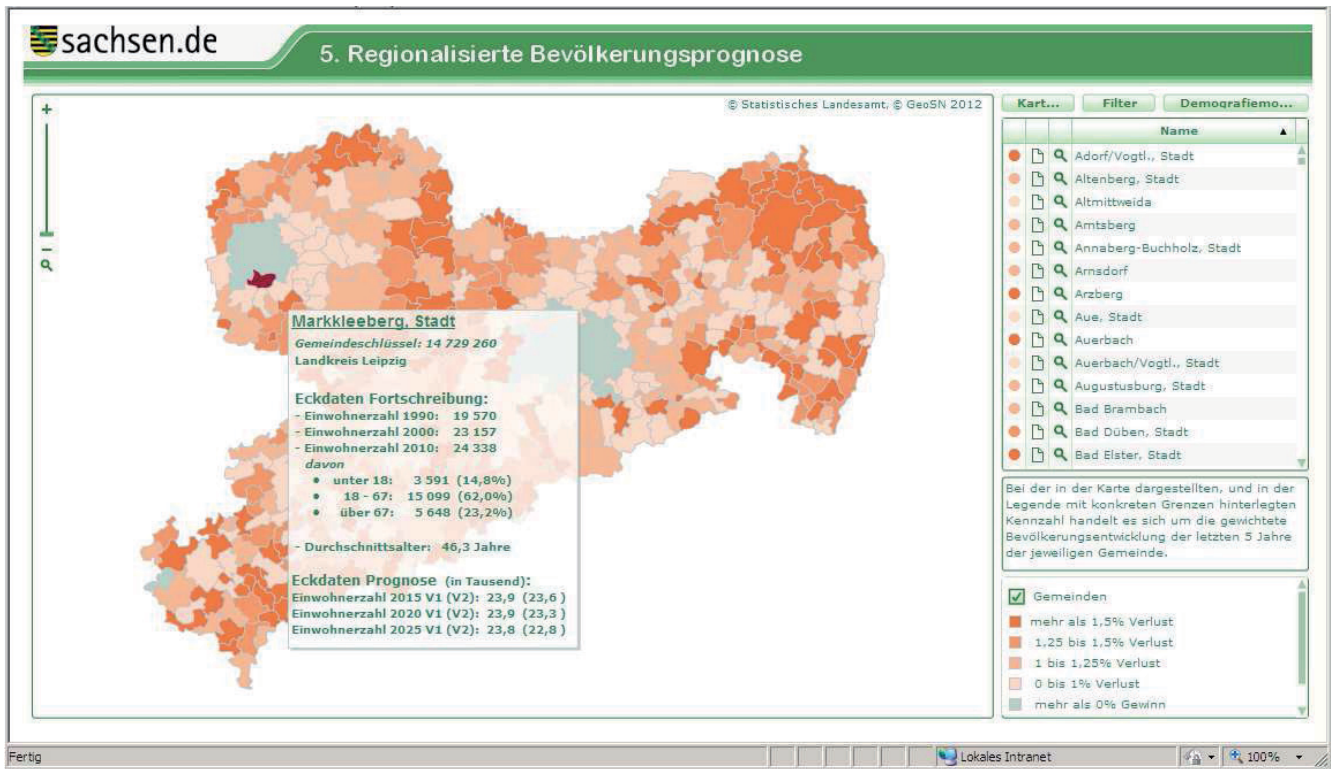


Abb. 7 Bevölkerungsentwicklung in Sachsen nach Gemeinden

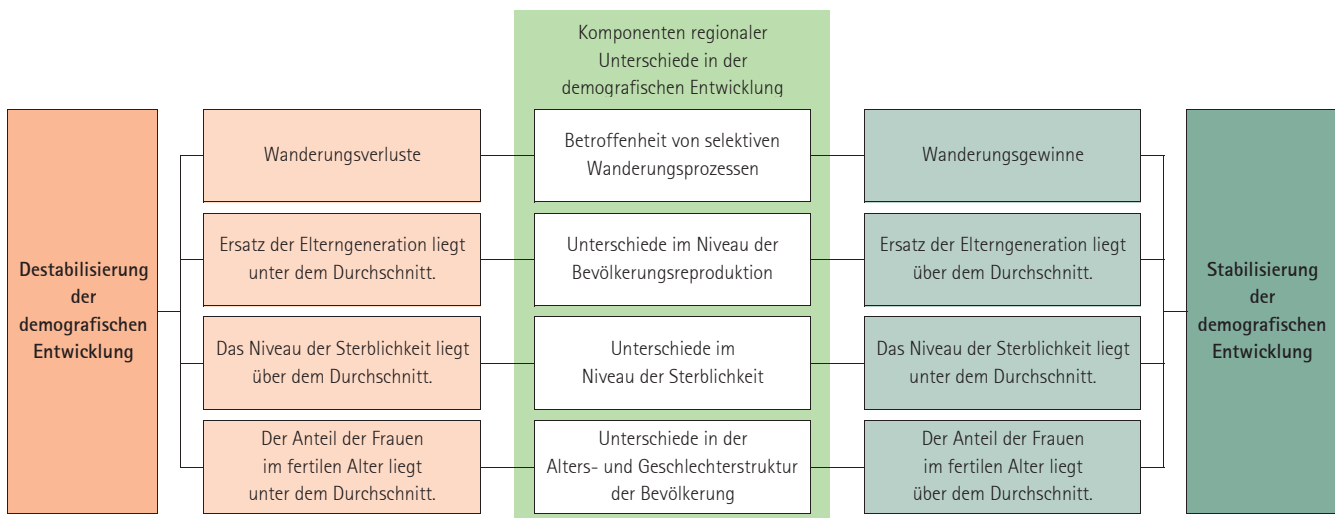


Darüber hinausgehende Daten und Informationen zu Gemeinden ab 5 000 Einwohnern sowie zu weiteren Raumeinheiten werden in der Box „5. RBP“ ebenfalls in der rechten Marginalspalte angeboten. Einen Ausblick auf die künftige Bevölkerungsentwicklung gibt auch die interaktive Anwendung „Bevölkerungspyramiden“, welche in den Boxen „5. RBP“ und „Sachsen INTERAKTIV“ für Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern sowie für die regionalen Gliederungsstrukturen verfügbar ist. Die vorangegangenen Ausführungen und Abbildungen zeigen, dass sich anhand der unter

„Sachsen INTERAKTIV“ verfügbaren Informationsangebote mit relativ wenig Aufwand eine erste Einschätzung der demografischen Situation vor Ort treffen lässt. In dem Handbuch der Sächsischen Staatskanzlei „Den demografischen Wandel gestalten – Anregungen für die Praxis“ [5] wird den Gemeinden u. a. empfohlen, einen kommunalen Demografiiebericht als Ausgangspunkt für eine Demografiestrategie vor Ort aufzustellen. In diesem Zusammenhang kann sich also die weiter reichende Frage stellen, wie sich die einzelnen Komponenten der demografischen Entwicklung vor Ort ausprägen.

Maretzke [6] hat auf Grundlage von umfangreichen Untersuchungen der ostdeutschen Transformationsprozesse seit dem Wendejahr 1989 die wesentlichen Komponenten der demografischen Entwicklung in den ostdeutschen Regionen in einem vereinfachten Modell zusammengefasst (s. Abb. 8). Nach Maretzke kommt es im Ergebnis zu einer Stabilisierung bzw. Destabilisierung der demografischen Entwicklung. Die von Maretzke angeführten vier Komponenten der demografischen Entwicklung lassen sich in ihrer Operationalisierung mit Hilfe von Indikatoren aus dem „Demografie-

Abb. 8 Wesentliche Komponenten der demografischen Entwicklung



Eigene Darstellung nach Maretzke, Steffen (2011): Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit. In: BBSR-Online-Publikation 03/2011. Hrsg. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. S. 12.

monitor" darstellen. Zum Beispiel lässt sich die Komponente „Betroffenheit von selektiven Wanderungsprozessen“ mit dem Ergebnis von Wanderungsverlusten bzw. gewinnen mithilfe des Indikators „Wanderung – Saldo (aus Zu- und Fortzügen) je 1 000 Einwohner“ für alle sächsischen Gemeinden darstellen und sich die Entwicklungstendenz in ihrer Richtung und Stärke für die Jahre 1990 bis 2010 aufzeigen.

Je nach Informationsbedarf und örtlichen Gegebenheiten können die in Abb. 8 aufgeführten Komponenten und Indikatoren in Hinblick auf bestimmte kommunale Handlungsfelder noch modifiziert bzw. ergänzt werden. Ausgehend von der oben dargestellten Alterung sind beispielsweise für kommunale Infrastrukturplanungen die Altersgruppen der unter 6-jährigen (Indikator: „Bevölkerung nach Alter (Anteil in %) – unter 6 Jahren“) oder der über 65-jährigen (Indikator: „Bevölkerung nach Alter (Anteil in %) – 65 Jahre und älter“) von besonderer Bedeutung. Die möglichen Handlungsfelder einer Demografiestrategie vor Ort sind in o. a. Handbuch umfassend dargestellt. [7]

### Zusammenfassung und Ausblick

Mit den unter „Sachsen INTERAKTIV“ angebotenen Anwendungen stehen erstmals in gebündelter Form besonders benutzerfreundliche und hoch interaktive Anwendungen zur Beobachtung, Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene – wie auch auf vielen anderen Raumebenen – zur Verfügung. Im Ergebnis zeigen die Anwendungen Folgendes:

- Wachstum und Schrumpfung der Bevölkerung liegen auf kommunaler Ebene in Sachsen eng nebeneinander. Jedoch nimmt die Alterung unabhängig von Größe und Raumkategorie stetig zu.
- Die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden sind die demografischen Wachstumskerne und strahlen auf angrenzende Gemeinden und Städte in den Verdichtungsräumen aus.
- Es gibt jedoch auch vereinzelt Gemeinden im ländlichen Raum, in denen die Bevölkerung wächst. Hier wäre eine nähere Untersuchung der lokalen und regionalen Bedingungen und Ursachen sinnvoll.

Die unter „Sachsen INTERAKTIV“ angebotenen Anwendungen ermöglichen auf Grundlage verlässlicher und vergleichbarer Daten der amtlichen Statistik die Erstellung kommunaler Demografieberichte sowie eine dauerhafte Beobachtung der Bevölkerungsentwicklung (Demografiemonitoring), z. B. im Rahmen kommunaler und regionaler Demografiestrategien. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen ist bestrebt dieses interaktive Informationsangebot in enger Zusammenarbeit mit den Nutzern weiter auszubauen.

Hans-Dieter Kretschmann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, Abteilungsleiter Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Beim „Demografiemonitor Sachsen“ handelt es sich um eine interaktive Anwendung, die gemeinsam mit der Sächsischen Staatskanzlei entwickelt wurde und auch unter der Subdomain [www.demografie.sachsen.de/monitor](http://www.demografie.sachsen.de/monitor), neben vielen weiteren Informationen zur demografischen Entwicklung in Sachsen, verfügbar ist.
- [2] Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg): Landesentwicklungsbericht 2010, S. 67-76, im Internet abrufbar unter: <http://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/LEB2010.pdf>.
- [3] Der Bremer Wahlatlas ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar: [http://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBuergerschaft2011\\_Strukturindikatoren/atlas.html?indicator=i37&indicator2=i0](http://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBuergerschaft2011_Strukturindikatoren/atlas.html?indicator=i37&indicator2=i0).
- [4] Nähere Informationen im Internet unter: <http://www.demografie.sachsen.de/20901.htm>.
- [5] Download des Handbuchs unter: <http://www.demografie.sachsen.de/20928.htm>.
- [6] Maretzke, S., Die demografischen Herausforderungen Deutschlands konzentrieren sich auf die ostdeutschen Regionen, in: Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit. BBSR-Online Publikation 03/2011, S. 12-27, im Internet abrufbar unter: [http://www.bbsr.bund.de/cln\\_032/nn\\_23582/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2011/DL\\_\\_ON032011,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL\\_ON032011.pdf](http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_23582/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2011/DL__ON032011,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_ON032011.pdf).
- [7] s. Handbuch in Literaturhinweis [5], S. 65,

# Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Krankenhausbehandlungen im Freistaat Sachsen bis 2025

## Vorbemerkung

Der demografische Wandel hat auf unsere gesellschaftlichen Systeme einen spürbaren Einfluss. Im vorliegenden Aufsatz wird dieser exemplarisch für das Gesundheitssystem näher untersucht. Es geht dabei im Speziellen um den Sektor vollstationärer Behandlungen in den Krankenhäusern Sachsens sowie der Kreisfreien Städte und Landkreise bis zum Jahr 2025. Im Jahr 2009 wurde zum ersten Mal eine Krankenhausvorausberechnung für den Freistaat Sachsen auf Basis der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose durchgeführt. Anlass für eine erneute Berechnung war das Vorliegen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen (5. RBP) sowie der 12. Koordinierten Bevölkerungs-vorausberechnung für Deutschland (12. KBV). Für ein ganzheitliches Bild über die künftige Entwicklung der Krankenhausbehandlungs-fälle ist die Berücksichtigung einer Vielzahl von Komponenten notwendig. Dazu zählen etwa die

- I technische Ausstattung der Krankenhäuser,
- I überregional bekannte Spezialisten bestimmter Fachabteilungen,
- I das ambulante Betreuungsangebot,
- I gesundheitspolitische Entscheidungen (vor allem in Hinblick auf eine weitere Absenkung der Verweildauer),
- I neue medizinische und pharmakologische Erkenntnisse und Behandlungsmethoden,
- I Prävention und Rehabilitation,
- I die individuelle Entscheidung eines jeden Patienten über die Inanspruchnahme von stationärer Versorgung im Krankenhaus.

Diese Komponenten werden in ihrer Komplexität und ihren Zusammenhängen quantitativ jedoch nicht angemessen erfasst, um in eine umfassende Prognose der zukünftigen Entwicklungen der Krankenhausbehandlungen einzufließen. Die Berechnung der voraussichtlichen Fallzahlen am Krankenhausstandort Sachsen erfolgte daher mit einem vereinfachten Modell. Berücksichtigung finden dabei allein die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur. Das heißt, abgesehen von diesem demografischen Faktor werden keine äußeren Faktoren aufgenommen. Die Berechnungen fußen grundsätzlich sowohl bei der 1. als auch der 2. Vorausberechnung auf dem Ansatz, Entwicklungen aus jüngster Vergangenheit in die Zukunft fortzuschreiben. Das bedeutet, es wird von einem Status quo ausgegangen.

## Methodisches Herangehen

Der 2. Vorausberechnung ging eine Abweichungsanalyse voraus. Untersucht wurden die berechneten Werte der 1. Vorausberechnung im Vergleich zu den tatsächlichen Werten aus der aktuellen Diagnosestatistik für 2008 bis 2010. Dabei ergaben sich für die Fallzahlen wie auch die Berechnungs- und Belegungstage (Behandlungstage, Krankenhaustage) erkennbare Abweichungen. Bei den geschätzten Patientenfallzahlen steigen sie insgesamt von 1,9 Prozent für das Jahr 2008 bis auf 3,9 Prozent im Jahr 2010. Die Fallzahlen sind dabei stärker gestiegen als erwartet. Eine Erklärung dafür liegt darin, dass Veränderungen in den Krankenhaushäufigkeiten nicht antizipiert wurden. Der 2009 angenommene Status quo ist nicht eingetreten. Für die Ermittlung des Krankenhaustagevolumens wurde in der 1. Vorausberechnung die durchschnittliche Verweildauer der Jahre 2005 bis 2007 angesetzt. Weil sie in diesen Jahren insgesamt aber gesunken ist, setzt

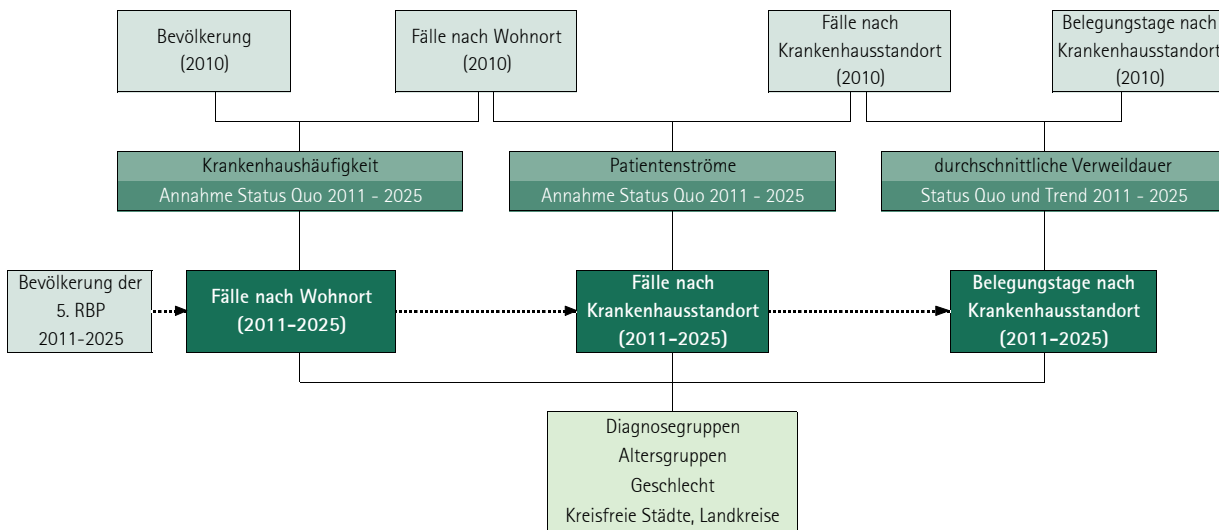
das Niveau der Verweildauer und folglich das Krankenhaustagevolumen zu hoch an. Die Verweildauer ist insgesamt auch in den folgenden drei Jahren weiter gesunken. Infolgedessen wurden die Berechnungs- und Belegungstage nach dem Status-quo-Modell zu hoch geschätzt: Von 3,0 Prozent 2008 bis zu 3,3 Prozent 2010. Nach dem Trend-Modell wurde das Krankenhaustagevolumen lediglich für das erste Berechnungsjahr überschätzt, die Werte liegen danach in den Jahren 2009 und 2010 jedoch nur knapp unter denen der Diagnosestatistik.

Diese Erkenntnisse gaben Anlass für weitere Analysen. Ziel war es dabei, Möglichkeiten für eine Qualitätsverbesserung und eine größere Reichweite der methodischen Herangehensweise zu prüfen, welche dann idealerweise über den Einbezug der demografischen Entwicklung hinaus geht.

## Methodendiskussion

Die Analyse der Abweichungen sowie der jüngsten Entwicklungen in der Diagnosestatistik mündeten in Überlegungen zu einem alternativen Berechnungsmodell. Für die künftige Krankenhaushäufigkeit wurde in der Modellrechnung 2009 ein Status quo angenommen. Dass dies in Zukunft tatsächlich so sein wird, ist unwahrscheinlich angesichts der vergangenen Entwicklung und eines darin sichtbar werdenden kontinuierlichen Anstiegs. Denn die empirisch ermittelten Quoten werden sich vermutlich innerhalb des Berechnungszeitraums verändern. Infolgedessen würden entsprechend auch dynamische Raten für die Modellrechnung notwendig, die etwa mittels einer Trendextrapolation erzeugt werden. Prognosen, die nur den demografischen Wandel berücksichtigen, unterstellen, dass Prozesse wie zu erwartende Veränderungen infolge einer verbesserten Behandlung durch neue Wirkstoffe, von Fortschritten in der Medizin-

Abb. 1 Modell Krankenhausvorausberechnung 2011



technik, Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung, Prävention und Rehabilitation sowie von Veränderungen im Gesundheitsverhalten der Bevölkerung künftig ohne Bedeutung wären. [1, S. 427]

Im Rahmen der Konzipierung einer erneuten Berechnung wurde deshalb geprüft, inwieweit in den Krankenhaushäufigkeiten sichtbar werdende Trends aus der Vergangenheit in die Zukunft fortgeschrieben werden können. Weil jedoch keine statistisch belastbaren und zweifelsfreien Ergebnisse zustande kamen, muss von dynamisierten Krankenhaushäufigkeiten abgesehen werden.

Als stabilere Größe erweisen sich insbesondere in den letzten Jahren die bevölkerungsspezifischen Quoten der Behandlungstage, das heißt die Anzahl der Behandlungstage, die auf 1 000 Einwohner eines bestimmten Alters, Geschlechts und einer bestimmten Region entfallen. Aufgrund des immer weiteren Anstiegs der Fallzahlen bei gleichzeitigem Sinken der Verweildauer werden die Behandlungstagevolumina relativ stabilisiert.

Aus diesem Grund wurde die Überlegung angestellt, diese Quoten zum Ausgangspunkt und die Berechnung des künftigen Krankenhaustagevolumens damit zum Schwerpunkt zu machen und die künftige Entwicklung dann gewissermaßen aus ihrem bisherigen Verlauf abzuleiten. Für die Abbildung des Bedarfs an stationärer Krankenhausversorgung sind die Behandlungstage gleichwohl eine wichtige Größe. Das Modell könnte dann derart verändert werden, dass anhand der bevölkerungsspezifischen Quoten der Belegungstage und der 5. RBP sowie der 12. KBV die voraussichtlichen Krankenhaustage nach Patientenwohnort errechnet werden. Daran anschließend erfolgt die Berechnung der Belegungstagevolumina nach Kranken-

hausstandort bis auf die Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise.

Herangezogen werden die merkmalspezifischen Verteilerquoten für die Krankenhausstandorte. Die Berechnung könnte demnach analog derer der Fallzahlen im angewandten Modell (siehe weiter unten) erfolgen.

Grundsätzlich ist die individuelle Behandlungsdauer eines Patienten schwer vorherzusagen. Das Gesamtvolumen der Belegungstage ist darüber hinaus abhängig von der Fallzahl und der durchschnittlichen Verweildauer. Aufgrund des Zusammenhangs der beiden Größen kann ein Status quo der Belegungstage theoretisch auf verschiedenen Wegen zustande kommen: Steigen, Gleichbleiben oder Absinken der Fallzahlen und/oder Steigen, Gleichbleiben oder Absinken der durchschnittlichen Verweildauer.

In welche Richtung und vor allem in welcher Intensität sich die beiden Größen bewegen werden, ist schwer zu beurteilen. Für eine Ermittlung voraussichtlicher Fallzahlen müssten bereits beim Ausgangspunkt Annahmen zu deren Entwicklung und der der Verweildauer getroffen werden. Die Ausweisung voraussichtlicher Fallzahlen wäre in diesem Modell dann nicht zweifelsfrei umzusetzen und sollte daher vermieden werden. Dies ist der entscheidende Nachteil dieser Berechnungsweise, wenn es darauf ankommt, die Entwicklung der Fallzahlen und Verweildauer unter Maßgabe der sich wandelnden Demografie abzuschätzen. Deswegen wurde schließlich auch von diesem Modell Abstand genommen, gerade weil etwa im Rahmen der Politikberatung oder der Öffentlichkeitsarbeit die Schätzung von Fallzahlen eine größere Nachfrage und essentielle Bedeutung erfährt.

### Berechnungsmodell 2011

Das Schaubild in Abbildung 1 verdeutlicht schließlich die Vorgehensweise für die 2. Krankenhausvorausberechnung. Damit insbesondere die Abbildung der voraussichtlichen Fallzahlen und auch der Behandlungstage gleichermaßen gewährleistet werden kann, wurde die bereits 2009 verwendete methodische Herangehensweise gewählt. Die aktuelle Vorausberechnung kann somit an die vorhergehende anknüpfen.

Die Berechnungen basieren auf den Daten der amtlichen Krankenhausstatistik (Teil II: Diagnosen), der Bevölkerungsfortschreibung für Sachsen bis 2010 und der 5. RBP mit Variante 1 (V1) und Variante 2 (V2) sowie der 12. KBV mit der Variante V1-W1. [2]

In Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) wurden 2009 geeignete Altersgruppen und Diagnosegruppen in Anlehnung an die ICD 10 klassifiziert (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision). Um ein qualitativ vertretbares Ergebnis bei den Vorausberechnungen zu erreichen, wurden dabei entsprechend große Gruppen gebildet. An der Klassifizierung der Alters- und Diagnosegruppen änderte sich im Vergleich zur 1. Vorausberechnung nichts. [3] Eine Regionalisierung der Berechnungen erfolgte bis auf die Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise.

Die voraussichtlichen Krankenhausbehandlungsfälle in Sachsen wurden in zwei Schritten berechnet. Zunächst erfolgte die Ermittlung für den Wohnort der Patienten und danach für den Ort der Behandlung (Krankenhausstandort).

Quantitative Aussagen über künftige Veränderungen im altersspezifischen Morbi-

ditätsspektrum sind schwer möglich und obendrein ist die Wirkung des technischen Fortschritts auf die altersgruppenspezifische Erkrankungshäufigkeit und den Pflegebedarf nicht eindeutig. Deshalb wird anhand konstanter altersgruppen- und geschlechtsspezifischer Erkrankungshäufigkeiten sowie Verweildauer die demografisch bedingte Entwicklung der Krankenhausfallzahlen und des Krankenhaustagevolumens als Status-quo-Betrachtung berechnet. [Vgl. 4, S. 7] Es wird zunächst angenommen, dass sich die merkmalspezifische Krankenhausfrequenz des Referenzjahres 2010 nicht verändert. Unter Krankenhausfrequenz wird in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Fälle verstanden, die 2010 in sächsischen Krankenhäusern behandelt worden sind und die auf 1 000 Einwohner der jeweiligen regionalen Bezugsbevölkerung entfallen. Bezug wird auf die einfache Jahresdurchschnittsbevölkerung genommen. Aufgrund der beiden Varianten der Fallzahlentwicklung bis 2025. Die Basis der Berechnung bilden die am Krankenhausstandort Sachsen behandelten Patientenfälle. Es werden damit auch Patienten erfasst, deren Wohnsitz nicht in Sachsen ist. In den letzten Jahren macht diese Gruppe recht konstant 5 Prozent an allen Krankenhauspatienten am Behandlungsort Sachsen aus. Indessen werden Patienten, welche zwar ihren Wohnsitz in Sachsen haben, jedoch in anderen Bundesländern oder im Ausland behandelt worden sind, nicht einbezogen. Es wurde somit der Patientenimport, aber nicht der Patientenexport berücksichtigt. Für die Krankenhausfrequenz der Patienten, die nicht in Sachsen wohnen, wurde vereinfachend die Bevölkerung für Deutschland ohne Sachsen als Bezugsbevölkerung

gewählt und für die Vorausberechnung entsprechend die 12. KBV herangezogen.

Die Fallzahlen nach Wohnort ergeben sich schließlich als Produkt aus der diagnose-, alters- und geschlechtsspezifischen Krankenhausfrequenz und der Werte der Bevölkerungsprognosen je nach Geschlecht und Alter einer Region.

Mittels der so berechneten Fallzahlen wurden anschließend unter Berücksichtigung der merkmalspezifischen Patientenströme in die einzelnen Krankenhausstandorte die Fallzahlen für eben diese projiziert. Die Patientenströme wurden über die letzten drei Berichtsjahre gemittelt sowie im gesamten Zeitraum konstant gehalten. Die Berechnungsweise für die Fallzahlen unterscheidet sich damit nicht von der Vorausberechnung aus dem Jahr 2009. Die Fallzahlen nach dem Wohnort werden mit den merkmalspezifischen Patientenströmen (Verteilerquoten) multipliziert. Das Resultat bilden die Fallzahlen nach Krankenhausstandort.

Unter Verwendung der merkmalspezifischen durchschnittlichen Verweildauer und der voraussichtlichen Fallzahlen nach dem Krankenhausstandort wurde in einem dritten Schritt die Summe der Behandlungstage errechnet. Dabei erfolgten Modifikationen zum Modell aus dem Jahr 2009. Zum einen wurde auf die merkmalspezifische Verweildauer des aktuellen Berichtsjahres 2010, statt auf die über die letzten drei Jahre gemittelte Verweildauer, abgestellt. Zum anderen wurden die Stundenfälle mit der Behandlungsdauer von einem Tag gewertet.

Für die zukünftige Entwicklung der Verweildauer wurden dann zwei Szenarien berechnet. Einerseits erfolgte die Annahme einer bis zum Jahr 2025 konstanten Verweildauer (Status quo). Es wird damit nur die demografische Entwicklung als Einflussfaktor auf

das Krankenhaustagevolumen abgebildet. Andererseits wurde die Annahme getroffen, dass sich die Verweildauer insgesamt bis 2020 auf ein Niveau von 7,5 Tagen und danach in gleichem Maße weiter bis auf 7,3 Tage im Jahr 2025 absenkt. Diese Annahme entspricht einem jährlichen Rückgang der Verweildauer um rund 0,75 (V1) bzw. 0,78 Prozent (V2). Die Betrachtung geht mit dieser Annahme über den Einfluss der demografischen Entwicklung hinaus. Mögliche Einflussfaktoren wie etwa die Ausweitung des ambulanten Betreuungsangebots, Entwicklungen im medizinisch-technischen Bereich und/ oder die geplante Einführung des fallpauschalenbasierten Entgeltsystems nach DRG im psychiatrischen und psychosomatischen Fachbereich können dafür den Hintergrund bilden.

Die jeweilige Verweildauer wird mit den voraussichtlichen merkmalspezifischen Fallzahlen multipliziert und daraus ergeben sich die Behandlungstage nach Krankenhausstandort.

### Entwicklung der Bevölkerung bis 2025 nach Altersgruppen

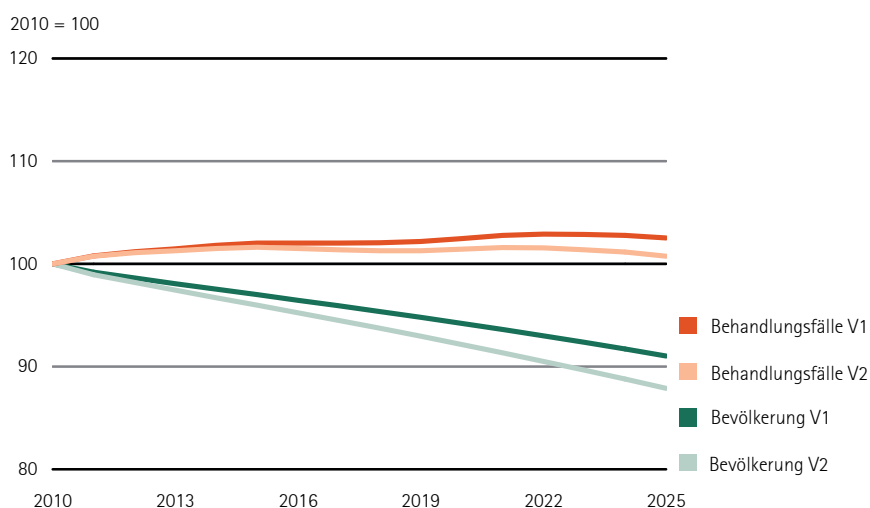
#### Bevölkerungsrückgang bis 2025, aber über 50 Prozent mehr Hochbetagte

Bis zum Jahr 2025 muss im Freistaat Sachsen insgesamt mit einem Bevölkerungsrückgang um 9,0 (V1) bzw. 12,1 Prozent (V2) gerechnet werden. Damit einher geht eine starke Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Während in den Altersgruppen bis unter 60 Jahre durchweg und teilweise sehr starke Rückgänge zu verzeichnen sind, ist einem zahlenmäßigen Anstieg der Bevölkerungszahl der über 60-Jährigen um reichlich 16 Prozent (V1 und V2) entgegenzublicken. In der Gruppe der mindestens 80-Jährigen (Hochbetagte) wird gar ein Anstieg von 52 (V1) bzw. 53 Prozent (V2) erwartet. In den Kreisfreien Städten sind die Rückgänge der unter 60-Jährigen weniger stark als in den Landkreisen und die Zunahmen an älteren Menschen leicht über dem Anstieg für Sachsen insgesamt.

2025 werden voraussichtlich 39 (V1) bzw. 40 Prozent (V2) der sächsischen Wohnbevölkerung 60 Jahre und älter sein. Im Vergleich dazu haben diese Altersgruppen 2010 noch gut 30 Prozent ausgemacht.

Die Häufigkeit von Erkrankungen und stationären Behandlungen steigt bei Menschen mit höherem Alter deutlich an. Bei vielen Krankheitsbildern besteht ein enger Zusammenhang zwischen Alter und Häufigkeit von Krankenhausbehandlungen. Die Zahl der künftig stationär zu behandelnden Patienten

Abb. 2 Bevölkerung und Krankenhausbehandlungsfälle im Freistaat Sachsen 2010 bis 2025





wird deshalb stark von der zahlenmäßigen Entwicklung der Menschen im höheren Alter abhängen.

### Ergebnisse der Vorausberechnungen

Um eine bessere Lesbarkeit der nachfolgenden Ausführungen zu ermöglichen, werden bei Zahlenwerten diejenigen, die sich auf V1 nach der 5. RBP beziehen, jeweils zuerst und jene, die sich auf V2 beziehen, als zweites genannt.

### Steigende Patientenzahlen trotz sinkender Bevölkerung

Für Deutschland wird in einem Status-quo-Szenario mit einer Erhöhung der Zahl der Krankenhausfälle bis 2030 um 1,4 Millionen auf 19,3 Millionen (2008: 17,9 Millionen) gerechnet, trotz schrumpfender Bevölkerung. Dies entspricht einem Anstieg um 8 Prozent. [5, S. 11]

Für den Krankenhausstandort Sachsen wird ebenso mit einem Anstieg der Patientenzahlen gerechnet: Im Vergleich der Jahre 2010 zu 2025 um 2,5 bzw. 0,7 Prozent auf 1 019 168 bzw. 1 001 478 (2010: 994 090).

Die Zahl der in sächsischen Krankenhäusern voraussichtlich zu behandelnden Patientenzahlen steigt nach V1 der 2. Krankenhausvorausberechnung bis 2022 auf einen Höchststand von 1,02 Millionen und sinkt danach allmählich wieder ab.

Nach V2 hingegen wird der Spitzenwert mit 1,01 Millionen Fällen bereits 2015 erreicht. Nach Schwankungen in den nachfolgenden Jahren wird die Fallzahl ab 2022 voraussichtlich erneut geringer werden (vgl. Abb. 2).

### Jeder vierte Krankenhauspatient 80 Jahre und älter

Die Zahl der stationär im Krankenhaus behandelten Patienten ist stark mit deren Alter verknüpft, sodass sich in der Entwicklung der Fallzahlen deutlich auch die Alterung der Bevölkerung widerspiegelt.

Im Jahr 2010 war etwa jeder vierte Patient unter 40 Jahre alt, dafür aber gut jeder zweite über 60 Jahre. 2025 wird voraussichtlich nur noch jeder fünfte Patient unter 40 Jahre alt sein. Die Hochbetagten, das heißt Patienten ab 80 Jahren machen dann sogar einen Anteil von etwa einem Viertel aus, nach V1 wie auch V2.

### Immer mehr Männer, dafür weniger Frauen im Krankenhaus

Die voraussichtliche Entwicklung der Fallzahlen unterscheidet sich zwischen Männern und Frauen recht deutlich. Bei den Männern steigen sie von 2010 bis 2025 fast durchweg um 6,8 bzw. 5,0 Prozent auf 504,3 bzw.

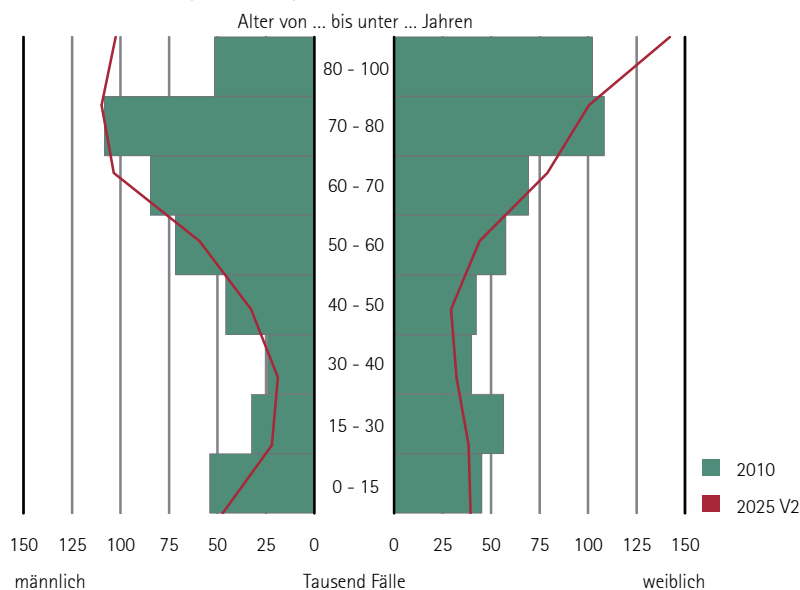
496,9 Tausend Fälle an (2010: 472,4 Tausend). Währenddessen sinken die Fallzahlen bei den Frauen um 1,3 bzw. 3,1 Prozent von 521,7 Tausend auf 514,9 Tausend bzw. 505,4 Tausend. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Entwicklungsrichtungen der Fallzahlen hängen zusammen mit geschlechts- und altersspezifischen Unterschieden in den Krankenhaushäufigkeiten und Bevölkerungsentwicklungen. Die Männer weisen im Basisjahr 2010 bei bestimmten Diagnosegruppen in den Altersgruppen ab 60 Jahren deutlich höhere Krankenhaushäufigkeiten auf als Frauen (etwa Neubildungen, Krankheiten des Atmungs- und Verdauungssystems, siehe weiter unten). Es handelt sich bei diesen Unterschieden um Größenordnungen von rund 30 bis 50 Fällen je 1 000 Einwohner. Hinzu kommt die teilweise sehr unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in diesen Altersgruppen. Lediglich in den Altersgruppen der 15- bis unter 40-Jährigen sind die Rückgänge der männlichen Patienten etwas stärker als die der weiblichen. In allen anderen Altersgruppen sind die Rückgänge der weiblichen Patienten stärker. Mit steigendem Alter nehmen die Differenzen zu. Bei den 60-Jährigen und älteren gibt es bei den Männern nur Zuwächse, bei den Frauen hingegen sogar auch Abnahmen in der Gruppe der 70- bis unter 80-Jährigen. Und während bei den Männern ab 80 Jahren beispielsweise eine nahezu Verdopplung der Bevölkerungszahl erwartet wird, steigt sie bei Frauen „nur“ um 36 (V1) bzw. 37 Prozent (V2). Demgegenüber sinkt die weibliche Bevölkerung der 70- bis unter 80-Jährigen wiederum, während die Zahl bei den Männern nahezu unverändert bleibt. Der verhältnismäßige starke Zuwachs

Tab. 1 Veränderung der Krankenhausbehandlungsfälle 2025 gegenüber 2010 nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins-gesamt	Männ-lich	Weib-lich
<b>Variante 1</b>			
unter 15	-5,9	-5,7	-6,0
15 - 30	-28,0	-29,8	-27,0
30 - 40	-14,5	-16,8	-13,1
40 - 50	-25,4	-23,8	-27,1
50 - 60	-18,8	-16,1	-22,1
60 - 70	19,3	23,4	14,5
70 - 80	-3,5	0,8	-7,8
80 und mehr	58,2	97,9	38,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>6,8</b>	<b>-1,3</b>
<b>Variante 2</b>			
unter 15	-12,5	-12,3	-12,6
15 - 30	-31,9	-32,1	-31,8
30 - 40	-20,3	-21,4	-19,6
40 - 50	-29,6	-28,5	-30,7
50 - 60	-20,0	-17,3	-23,3
60 - 70	18,6	22,3	14,1
70 - 80	-2,9	1,4	-7,3
80 und mehr	58,9	98,5	39,0
<b>Insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>5,0</b>	<b>-3,1</b>

an männlichen Patienten bis 2025 hängt damit zusammen, dass bei den Männern erstmals Altersgruppen das hohe Alter erreichen werden, die nicht mehr aktiv am Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben. Das heißt, stärker besetzte Jahrgänge rücken nun in das Alter vor und sind so einer höheren Krankenhaushäufigkeit ausgesetzt.

Abb. 3 Krankenhausbehandlungsfälle 2010 und 2025 (V2) nach Geschlecht und Alter (in Tausend)



Für die voraussichtliche Entwicklung der Fallzahlen bedeutet dies entsprechend: Zunächst gibt es auffällig starke Rückgänge in der Gruppe der 15- bis unter 30-Jährigen, sowohl bei den Männern – um 29,8 bzw. 32,1 Prozent – als auch den Frauen mit 27,0 bzw. 31,8 Prozent. Bei den 40- bis unter 50-Jährigen fällt der Rückgang bei den Männern um 23,8 bzw. 28,5 Prozent und den Frauen mit 27,1 bzw. 30,7 Prozent ebenfalls recht hoch aus. Bei den männlichen Patienten von 60 bis 69 Jahren wird mit einem Zuwachs von 23,4 bzw. 22,3 Prozent gerechnet, während die Patientinnen desselben Alters einen deutlich geringeren Anstieg von 14,5 bzw. 14,1 Prozent aufweisen.

Die männlichen Patienten, die 80 Jahre und älter sind, werden sich bis 2025 fast verdoppeln (102,2 bzw. 102,5 Tausend Fälle). Wesentlich geringer fällt der Zuwachs der Patientinnen diesen Alters aus: Diese nehmen voraussichtlich um 38,1 bzw. 39,0 Prozent bis zu 141,4 bzw. 142,2 Tausend zu (vgl. Tab. 1, Abb. 3).

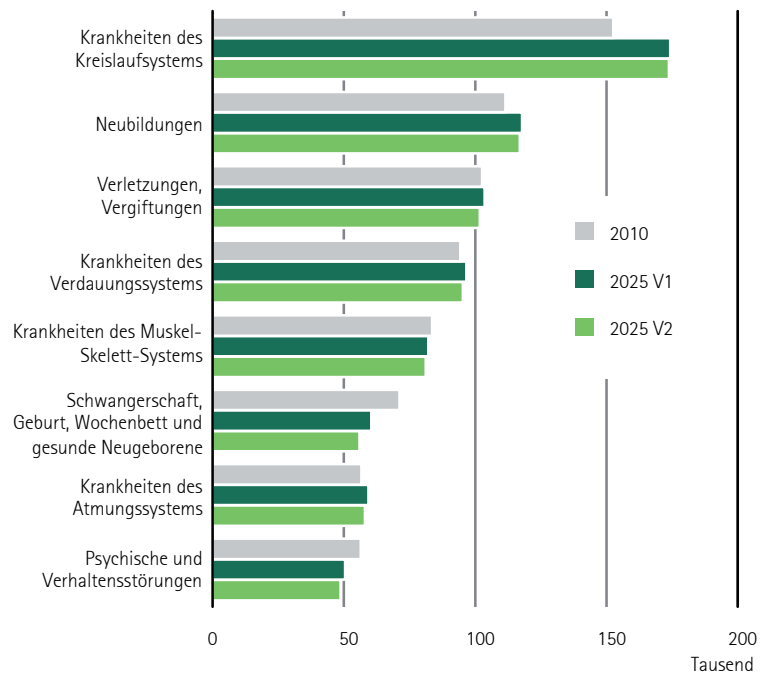
### Über 20 Tausend Fälle mehr bei Kreislauferkrankungen

Die Inanspruchnahme der Krankenhausleistungen hängt neben dem Alter der Patienten von der zugrunde liegenden Erkrankung ab. So unterscheiden sich die Behandlungsinintensität sowie die Verweildauer deutlich zwischen den einzelnen Diagnosegruppen. Aufgrund der Tatsache, dass ältere Menschen wegen anderer Erkrankungen oder Sachverhalte im Krankenhaus behandelt werden, als jüngere, ergibt die Entwicklung der diagnosespezifischen Fallzahlen ein heterogenes Bild und führt zu merklichen strukturellen Verschiebungen in der Inanspruchnahme einzelner medizinischer Fachgebiete.

In den Anteilen der Diagnosen an den Krankenhausbehandlungen gibt es nur bei einzelnen Gruppen nennenswerte Unterschiede im Vergleich der Jahre 2025 und 2010. So steigert sich der Anteil der nach wie vor größten Gruppe der Kreislauferkrankungen um rund 2 Prozentpunkte von reichlich 15,3 auf reichlich 17,1 Prozent. Aufgrund des Geburtenrückgangs nehmen die Fälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und gesunder Neugeborener anteilmäßig ab.

Das resultiert aus dem Rückgang der Fallzahlen bei Schwangerschaft und Geburt von 15,1 bzw. sogar 21,3 Prozent. Ein geringfügiges Schrumpfen der Fallzahl wird auch bei den Muskel-Skelett-Erkrankungen sichtbar, jedoch gerade einmal im Bereich von 1,7 bis 2,7 Prozent. Hingegen werden sich die Patientenfälle bei Krankheiten wie Kreislauferkrankungen, die vor allem im Alter vermehrt

**Abb. 4 Krankenhausbehandlungsfälle 2010 und 2025 nach ausgewählten Diagnosegruppen**



auftreten voraussichtlich um 14,2 bzw. 14,0 Prozent erhöhen (siehe Abb. 4).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich auch zwischen den voraussichtlichen Fallzahlentwicklungen der Diagnosegruppen. Die Zahl der männlichen Patienten

mit Kreislauferkrankungen wird sich um einiges stärker erhöhen als die der weiblichen. Für die Männer wird ein Anstieg um rund ein Sechstel mit 14,4 bzw. 13,9 Tausend Fällen erwartet, bei den Frauen in V1 wie V2 um ein Zehntel mit 7,3 Tausend Fällen.

**Tab. 2 Veränderung der Krankenhausbehandlungsfälle 2025 gegenüber 2010 nach Diagnosegruppen und Geschlecht (in Prozent)**

Diagnosegruppe	Insgesamt	Männlich	Weiblich
<b>Variante 1</b>			
Krankheiten des Kreislaufsystems	14,2	17,9	10,2
Neubildungen	5,7	12,9	-2,1
Krankheiten des Atmungssystems	4,6	8,2	-0,2
Krankheiten des Verdauungssystems	2,5	5,0	-0,2
Verletzungen, Vergiftungen	1,0	-1,8	3,5
Krankheiten des Muskels-Skelett-Systems	-1,7	0,1	-3,2
Psychische und Verhaltensstörungen	-10,6	-11,3	-9,8
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, gesunde Neugeborene	-15,1	-2,4	-17,5
Übrige Diagnosegruppen	3,5	7,7	-0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>6,8</b>	<b>-1,3</b>
<b>Variante 2</b>			
Krankheiten des Kreislaufsystems	14,0	17,3	10,2
Neubildungen	4,9	12,2	-3,0
Krankheiten des Atmungssystems	2,3	5,9	-2,6
Krankheiten des Verdauungssystems	1,0	3,4	-1,5
Verletzungen, Vergiftungen	-0,9	-4,2	2,2
Krankheiten des Muskels-Skelett-Systems	-2,9	-1,4	-4,0
Psychische und Verhaltensstörungen	-13,5	-14,3	-12,6
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, gesunde Neugeborene	-21,3	-9,7	-23,5
Übrige Diagnosegruppen	1,7	5,7	-1,9
<b>Insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>5,0</b>	<b>-3,1</b>

Für einige Diagnosegruppen werden dagegen zwischen den Geschlechtern gänzlich verschiedene Entwicklungen erwartet: Die Fallzahlen steigen bei den Männern, sinken hingegen bei den Frauen vor allem bei Neubildungen sowie Krankheiten des Atmungs- und des Verdauungssystems. Anders bei Verletzungen und Vergiftungen: Hier nehmen die weiblichen Patientenfälle zu und die männlichen ab. Zahlenmäßig klaffen die Fallzahlen am meisten in der Diagnosegruppe Neubildungen auseinander: Die im Jahr 2025 im Krankenhaus zu versorgenden Männer nehmen voraussichtlich um 12,9 bzw. 12,2 Prozent zu, aber es werden 2,1 bzw. 3,0 Prozent weniger Frauen sein, als noch 2010 (vgl. Tab. 2).

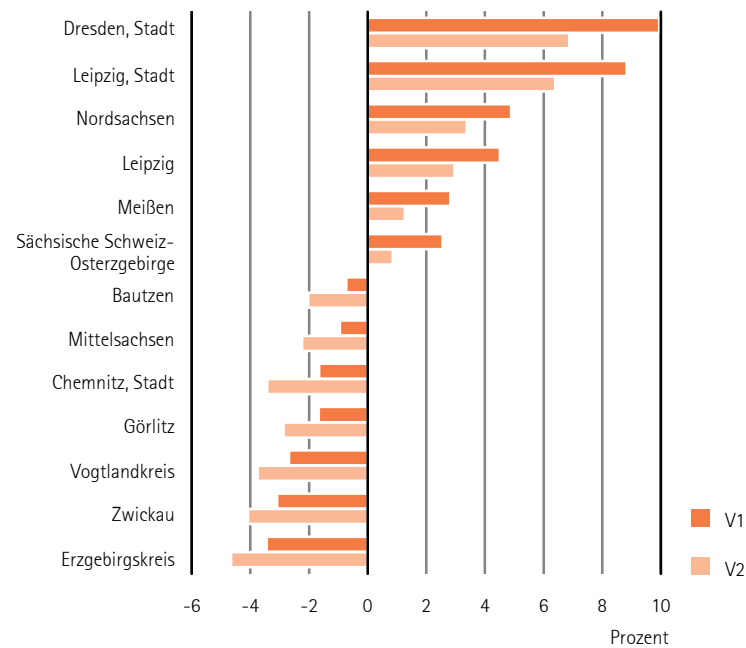
### Höchster Zuwachs an Krankenhausbehandlungsfällen in der Kreisfreien Stadt Dresden

In den drei Kreisfreien Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig wurden 2010 389,9 Tausend Patientenfälle behandelt. Das entsprach 39,2 Prozent aller Patientenfälle in Sachsen und wird sich bis 2025 nur marginal verändern. Die Fallzahlen steigen absolut um 26,7 bzw. 16,9 Tausend, was 6,9 bzw. 4,3 Prozent ausmacht. Jedoch werden voraussichtlich nicht alle drei Kreisfreien Städte einen Anstieg vermelden: Chemnitz wird wohl einen Rückgang um 1,7 bzw. 3,4 Prozent verzeichnen, während in Dresden die Fälle um 9,9 bzw. 6,9 und in Leipzig um 8,8 bzw. 6,4 Prozent zunehmen.

Der generelle Trend wachsender Fallzahlen gilt darüber hinaus nicht für alle Landkreise: Lediglich in Leipzig, Meißen, Nordsachsen und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge werden Zunahmen in den Spektren von 2,6 bis 4,9 Prozent bzw. 0,9 bis 3,4 Prozent erwartet. In allen anderen Landkreisen sind die Fallzahlen in einer Spanne rückläufig, die von 0,7 bis 3,4 Prozent bzw. 2,0 bis 4,7 Prozent (V2) reicht (vgl. Abb. 5).

Die bereits geschilderten unterschiedlichen Entwicklungen der Patientenzahlen bei Männern und Frauen spiegeln sich auch auf Kreisebene wider. Für die Männer werden fast durchweg in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen wachsende Fallzahlen erwartet. Ausnahmen bilden der Erzgebirgskreis und der Landkreis Zwickau mit einem marginalen Rückgang. Ein maximaler Anstieg mit jeweils rund 13 bzw. 11 Prozent wird in den Kreisfreien Städten Dresden und Leipzig erwartet. Mit mehr weiblichen Krankenhausfällen wird 2025 im Vergleich zu 2010 nur in den Kreisfreien Städten Dresden und Leipzig sowie in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen gerechnet. In den anderen Regionen werden voraussichtlich Rückgänge um 0,6 bis

Abb. 5 Veränderung der Krankenhausbehandlungsfälle 2025 gegenüber 2010 nach Krankenhausstandort



7,1 Prozent bzw. 2,1 bis 8,2 Prozent eintreten (vgl. Abb. 5).

### Kreislaufkrankheiten legen am stärksten in Nordsachsen zu

In der anteilig größten Diagnosegruppe der Kreislaufkrankheiten steigen in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen die Fallzahlen. Dabei handelt es sich voraussichtlich um Zuwächse von 7,8 bzw. 8,0 Prozent im Landkreis Zwickau bis hin zu 20,5 bzw. 20,4 Prozent im Landkreis Nordsachsen. Während in den Kreisfreien Städten Dresden und Leipzig die Fallzahlen bei Neubildungen um bis zu 11,8 bzw. 9,4 Prozent nach V1 anwachsen, nehmen sie in Chemnitz geringfügig ab. In den Landkreisen sinken die Fallzahlen in dieser Diagnosegruppe nur leicht in Bautzen, ansonsten steigen sie überall, am meisten in Meißen und Leipzig mit bis 10,3 und 9,6 Prozent.

Der Rückgang der Fallzahlen in der Diagnosegruppe Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und gesunde Neugeborene vollzieht sich außer in der Stadt Leipzig nach V1 in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen. Nur die Höhe des Rückgangs differiert zwischen 0,6 bzw. 9,8 Prozent in der Stadt Dresden und 27,7 bzw. 31,3 Prozent im Vogtlandkreis sowie 27,3 bzw. 32,3 Prozent im Landkreis Görlitz (siehe Tab. 3).

### Unterschiedliche Annahmen und Entwicklungen zum Krankenhaustagevolumen

Mit Hilfe der Fallzahlen und der durchschnittlichen Verweildauer lassen sich die Behandlungstage ermitteln, welche einen Indikator

für die Auslastung eines Krankenhauses bilden und folglich den Bedarf an stationärer Krankenhausversorgung abbilden.

Seit Einführung der Fallpauschalen nach DRG in den somatischen Fachabteilungen im Jahr 2004 ist die durchschnittliche Verweildauer insgesamt von 8,9 Tagen im Jahr 2004 auf 8,0 Tage im Jahr 2010 gesunken. In Sachsen ist die Verweildauer insgesamt seit 2004 damit etwas stärker gesunken (um 10,9 Prozent) als am Krankenhausstandort Deutschland insgesamt (von 8,6 Tagen um 8,1 Prozent auf 7,9 Tage). [6] Ob die Verweildauer aber auch künftig weiter sinken wird und in welcher Intensität, ist schwer zu beurteilen, weswegen das künftige Krankenhaustagevolumen zunächst auf Basis des Status-quo-Ansatzes berechnet wurde. Dieses wird auf Grund des Anstiegs der Fälle jedoch voraussichtlich ebenso ansteigen: Im Vergleich der Jahre 2025 und 2010 nach V1 um 5,0 und nach V2 um 3,6 Prozent auf 8 313 771 (V1) bzw. 8 204 921 Tage (V2). Angesichts der vergangenen Entwicklung einer sinkenden Verweildauer ist dies eher unwahrscheinlich. Deswegen wurde neben dem Status-quo-Ansatz eine Trendvariante berechnet. Dabei wurde in Orientierung an der Expertenmeinung des SMS die theoretische Annahme getroffen, dass die merkmalspezifische Verweildauer über den Zeitraum jährlich um 0,75 (V1) bzw. 0,78 Prozent (V2) sinkt. Diese Berechnungsvariante führt dann schließlich zu einem Rückgang der Berechnungs- und Belegungstage um insgesamt 6,2 (V1) bzw. 7,8 Prozent (V2) auf 7 424 989 bzw. 7 299 021 Tage.

Tab. 3 Veränderung der Krankenhausbehandlungsfälle 2025 gegenüber 2010 nach Diagnosegruppen und Krankenhausstandort (in Prozent)

Kreisfreie Stadt Landkreis	Neubildungen	Psychische und Verhaltens- störungen	Krankheiten des Kreislauf- systems	Krankheiten des Atmungs- systems	Krankheiten des Verdauungs- systems	Krankheiten des Muskel- Skelett- Systems	Schwanger- schaft, Geburt, Wochen- bett, ge- sunde Neu- geborene	Verlet- zungen, Vergif- fungen	Übrige Diagnose- gruppen	Insgesamt
<b>Variante 1</b>										
Chemnitz, Stadt	-0,5	-13,7	10,9	-0,8	-1,1	-7,7	-19,3	-3,7	-1,6	-1,7
Erzgebirgskreis	4,4	-19,8	10,1	-3,2	-2,0	-4,1	-26,8	-5,7	-2,4	-3,4
Mittelsachsen	5,6	-12,4	13,7	2,4	-1,7	-4,4	-24,7	-3,6	-1,3	-0,9
Vogtlandkreis	2,7	-17,8	12,4	-0,6	-2,4	-5,7	-27,7	-5,7	-1,4	-2,7
Zwickau	1,1	-16,1	7,9	-1,7	-3,8	-6,2	-27,6	-4,7	-1,1	-3,1
Dresden, Stadt	11,8	0,8	19,2	14,2	10,3	2,3	-0,6	10,4	10,6	9,9
Bautzen	-1,5	-14,4	12,3	2,9	1,5	-1,7	-25,5	-2,0	-0,1	-0,7
Görlitz	1,7	-19,4	13,1	-0,1	-0,6	-2,9	-27,3	-4,7	0,0	-1,7
Meißen	10,3	-10,7	14,2	3,8	2,9	-3,2	-16,8	0,6	2,6	2,8
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	1,8	-5,9	11,5	4,2	6,7	0,2	-16,8	3,7	2,6	2,6
Leipzig, Stadt	9,4	-1,6	17,2	11,1	6,9	2,2	0,1	8,0	9,1	8,8
Leipzig	10,3	-11,1	14,2	10,1	5,0	-4,7	-18,2	-0,1	8,7	4,5
Nordsachsen	8,2	-7,0	20,5	8,8	3,9	4,8	-18,0	5,8	7,6	4,9
<b>Variante 2</b>										
Chemnitz, Stadt	-1,2	-16,5	10,5	-3,4	-2,6	-8,9	-25,0	-6,0	-3,6	-3,4
Erzgebirgskreis	4,0	-22,0	9,9	-5,1	-2,9	-4,8	-30,5	-7,0	-3,5	-4,7
Mittelsachsen	5,2	-14,5	13,4	0,8	-2,7	-5,2	-29,2	-4,9	-2,6	-2,2
Vogtlandkreis	2,2	-19,5	12,2	-2,0	-3,4	-6,4	-31,3	-6,9	-2,5	-3,7
Zwickau	0,8	-18,1	8,0	-3,4	-4,7	-6,8	-31,4	-5,8	-2,1	-4,1
Dresden, Stadt	10,3	-3,9	18,4	9,9	7,6	0,4	-9,8	7,3	7,6	6,9
Bautzen	-2,0	-17,2	12,1	1,2	0,4	-2,5	-29,5	-3,4	-1,4	-2,0
Görlitz	1,4	-21,5	13,1	-1,7	-1,4	-3,7	-32,3	-6,1	-1,2	-2,9
Meißen	9,6	-13,0	13,9	2,0	1,4	-4,4	-21,8	-1,0	1,0	1,3
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	1,0	-8,8	11,0	1,9	5,2	-0,9	-22,0	1,8	1,0	0,9
Leipzig, Stadt	8,2	-6,0	17,0	7,9	4,8	0,4	-8,9	5,6	6,5	6,4
Leipzig	9,6	-13,3	14,1	8,0	3,7	-5,6	-23,7	-1,8	7,2	3,0
Nordsachsen	7,5	-9,8	20,4	7,3	2,8	4,0	-23,5	4,6	6,2	3,4

Unter der Annahme einer konstanten Verweildauer würde das Behandlungstagevolumen bis 2024 (V1) bzw. 2023 (V2) zu Spitzenwerten von reichlich 8,3 bzw. 8 2 Millionen Tagen ansteigen. Danach käme es zu einem Rückgang. Auf Grund der Zunahme an älteren Patienten und ihrer längeren Verweildauern je Krankenhausaufenthalt wäre ein Zuwachs an Behandlungstagen zu vermuten, der nur teilweise durch die Abnahme der Bevölkerung in den jüngeren Altersklassen kompensiert werden kann.

Unter Annahme einer sinkenden Verweildauer wiederum gehen die Behandlungstage kontinuierlich bis auf 7,4 Millionen (V1) bzw. 7,3 Millionen Tage (V2) zurück (siehe Abb. 6).

### Ansteigende Behandlungstage bei Kreislaufkrankheiten und Hochbetagten

Die durchschnittliche Verweildauer einer Diagnosegruppe wirkt sich geschlechts- und

altersspezifisch sowie regional unterschiedlich aus.

Unter Maßgabe einer konstanten Verweildauer wird das Krankenhaustagevolumen bei Männern wie Frauen im Vergleich der Jahre 2025 gegenüber 2010 zunehmen bzw. zumindest auf gleichem Niveau verharren. Der Zuwachs beträgt bei männlichen Patienten 9,0 bzw. 7,5 Prozent. Bei den Frauen liegen die Zuwachsraten nur bei 1,3 bzw. 0,1 Prozent. Bei Annahme einer jährlich sinkenden Verweildauer hingegen gehen die Belegungstage bei beiden Geschlechtern zurück, bei Männern um 2,7 bzw. 4,4 Prozent und damit weniger stark als bei den Frauen um 9,5 bzw. 11,0 Prozent.

Die Entwicklung der Fallzahlen in den einzelnen Diagnose- und auch Altersgruppen spiegelt sich bei der Entwicklung der Behandlungstage wider. So nimmt auch das Behand-

lungstagevolumen der Patienten unter 60 Jahren sowie der 70- bis unter 80-Jährigen sowohl unter Annahme einer konstanten, als auch einer sinkenden Verweildauer z. T. sehr deutlich ab. Maximale Rückgangsraten verzeichnen bereits unter Annahme eines Status quo der Verweildauer die 15- bis 30-Jährigen Patienten um 28,1 bzw. 31,9 Prozent sowie die 40- bis unter 50-Jährigen mit 25,0 bzw. 29,3 Prozent. Die Behandlungstage der 60- bis unter 70-Jährigen sowie der hochbetagten Patienten nehmen entsprechend der Zunahme der Fälle beim Status-quo- wie auch dem Trend-Modell zu. Für die Patienten ab 80 Jahren ergeben sich voraussichtlich Zuwachsraten von 57,4 bzw. 58,2 Prozent bei konstanter Verweildauer sowie immerhin noch 40,6 bzw. 40,7 Prozent nach Annahme einer sinkenden Verweildauer. Nach dem Status-quo-Modell werden die

Abb. 6 Berechnungs- und Belegungstage 2010 bis 2025

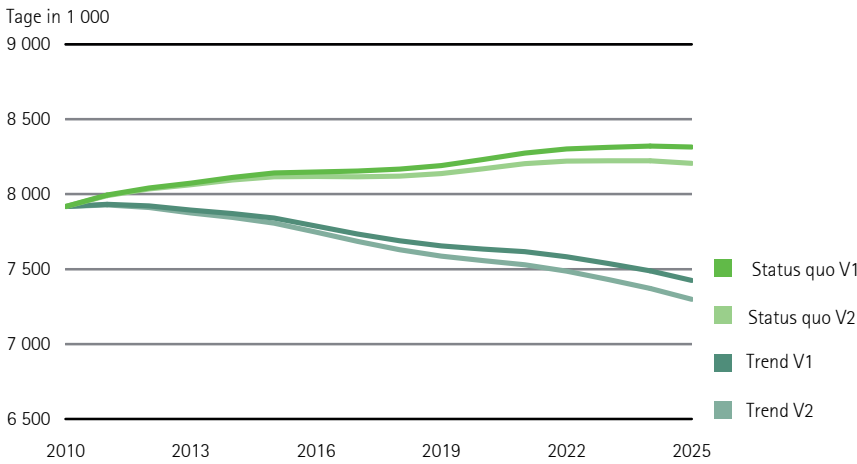
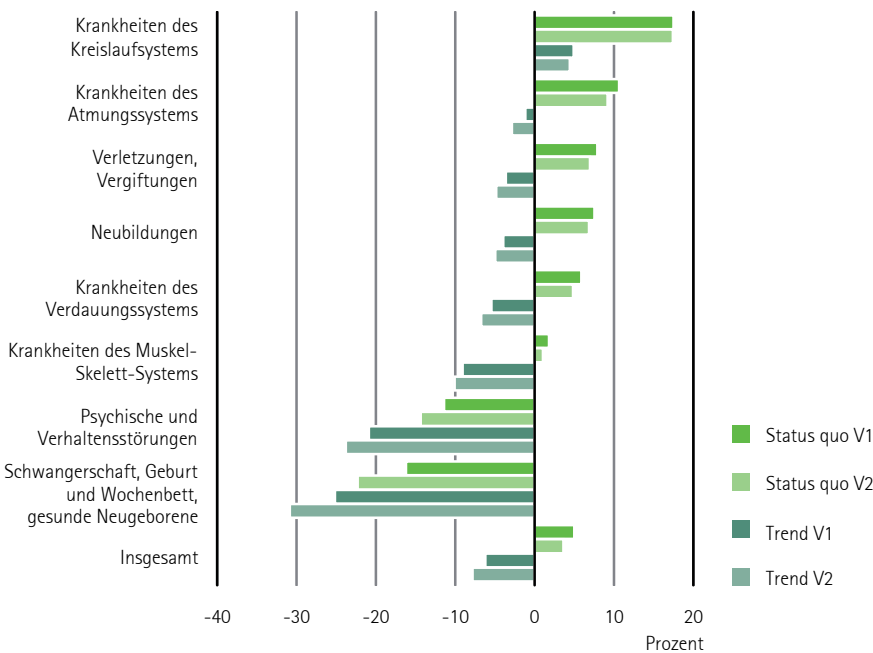


Abb. 7 Veränderung der Berechnungs- und Belegungstage 2025 gegenüber 2010 nach ausgewählten Diagnosegruppen



größten Zuwächse ähnlich der Fallzahlentwicklung bei Kreislauferkrankungen verzeichnet. Den zweitgrößten Zuwachs indes verzeichnet voraussichtlich die Gruppe der Krankheiten des Atmungssystems. Die Behandlungstage sinken nach dem Status-quo-Modell wiederum sehr deutlich bei Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, gesunde Neugeborene um 16,3 bzw. 22,3 Prozent. Nach dem Trend-Modell sind die Rückgangsraten entsprechend höher. Dabei sind bei allen Diagnosegruppen rückläufige Krankenhaustage zu verzeichnen, mit einer Ausnahme: Aufgrund des hohen Zuwachses an Fällen bei den Kreislauferkrankungen steigt das Krankenhaustagevolumen trotz angenommener jährlicher Verweildauerreduzierung um 4,9 bzw. 4,5 Prozent (V2) (siehe Abb. 7). Nach dem Status-quo-Modell ist im Ver-

gleich der Jahre 2025 gegenüber 2010 in allen Kreisfreien Städten mit einem, wenn auch in Chemnitz nur recht marginalen, Anstieg an Krankenhaustagen zu rechnen. In Dresden liegt dieser am höchsten bei 11,9 bzw. 9,0 Prozent. Bei den Landkreisen sticht Leipzig mit dem stärksten Wachstum von 9,2 bzw. 8,3 Prozent hervor. Lediglich im Erzgebirgs- und Vogtlandkreis, in Görlitz sowie Zwickau sinken die Behandlungstage auch nach dem Status-quo-Modell, wenngleich dieser Rückgang maximal 2 Prozent nach V2 erreicht. Nach dem Trend-Modell gibt es in jeder Kreisfreien Stadt und jedem Landkreis rückläufige Behandlungstage. Am stärksten fällt der Rückgang im Vogtlandkreis aus mit 11,6 bzw. 12,6 Prozent. Am wenigsten reduzieren sich hingegen die Verweiltage in Dresden mit lediglich 0,4 bzw. 3,0 Prozent.

**Zusammenfassung und Ausblick**

Die Ergebnisse der Vorausberechnung weisen auf einen Anstieg der Behandlungsfälle und damit einhergehend des Behandlungstagevolumens in sächsischen Krankenhäusern in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung hin. Die Alterung fällt bei der Entwicklung der Patienten, die in sächsischen Krankenhäusern behandelt werden aufgrund der mit zunehmendem Alter höheren Krankenhaushäufigkeit mehr ins Gewicht als bei der Entwicklung der Bevölkerung insgesamt. Die Anzahl männlicher Patientenfälle wird steigen, während die weiblichen voraussichtlich sinken werden. Vor allem werden die Fallzahlen bei den 60-Jährigen und älteren anwachsen. Die jüngeren Altersgruppen nehmen dagegen ab. An das Alter gekoppelt nehmen verstärkt auch typisch im Alter auftretende Diagnosen zu: Krankheiten des Kreislaufsystems und solche im Zusammenhang mit Neubildungen. Die Stadt Dresden sowie die Landkreise Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge werden genauso wie der gesamte ehemalige Direktionsbezirk Leipzig voraussichtlich einen Zuwachs an Krankenhaustagen verzeichnen. Das Krankenhaustagevolumen wird bei gleichbleibender durchschnittlicher Verweildauer pro Patient bis 2025 merklich ansteigen. Dabei stechen insbesondere die Behandlungstagevolumina der Kreislauferkrankungen sowie der Hochbetagten hervor. Selbst bei sinkender durchschnittlicher Verweildauer wird das Behandlungstagevolumen im Bereich der Kreislauferkrankungen noch geringfügig zunehmen. Dies resultiert aus den stark ansteigenden Fallzahlen. Ansonsten sind bei sinkender Verweildauer fast durchweg auch abnehmende Behandlungstage zu erwarten. Zu diesem Anstieg würde es indessen nur kommen, wenn sich die Bevölkerungszahl und Altersstruktur ändern, andere Einflussfaktoren auf die Entwicklung von Patientenfallzahlen derweil aber auf dem Stand von 2010 verbleiben. Auch die Summe der Behandlungstage für die vollstationäre Versorgung von Patienten wird unter Zugrundelegung der heutigen durchschnittlichen Verweildauer bis 2025 entsprechend ansteigen. Bei abnehmender Verweildauer hingegen wird das Behandlungstagevolumen bis 2025 deutlich abnehmen. Aufgrund des vielschichtigen Faktorengleichs greift die alleinige Betrachtung für eine ganzheitliche Prognose zu kurz, weswegen die Berechnung hier vielmehr als Modellrechnung interpretiert werden sollte. Trotzdem gibt allein schon die demografische Entwicklung Hinweise auf die mögliche künftige Entwicklung von Krankenhausbe-

handlungen und deren implizite Auswirkungen auf die Krankenhausstrukturen. Solange also in einem engen Bezug zum erwarteten demografischen Wandel diskutiert wird, können solche „Morbiditätsprognosen“ durchaus sinnvolle und wichtige Erkenntnisse liefern. [Vgl. 1, S. 433]

Marlen Krauß, Dipl.-Soziologin, Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

#### Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Nowossadeck, E. (2010): Morbiditätsprognosen auf Basis von Bevölkerungsprognosen. Welchen Beitrag kann ein Gesundheitsmonitoring leisten? In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 2010/5. Springer Medizin Verlag 2010. S. 427-434.
- [2] Für ausführlichere Informationen dazu siehe Sonderheft 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025 oder <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/> sowie Publikationen im Bereich der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes: Demografischer Wandel in Deutschland - Heft 1 - Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Ausgabe 2011 oder <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html>
- [3] Scheibe, B. (2009): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Krankenhausbehandlungen in den Kreisfreien Städten und Landkreisen des Freistaates Sachsen bis 2020. In: Statistik in Sachsen, 4/2009, S. 27-31.
- [4] Braun, G.E./ Güssow, J. (2007): Perspektiven der stationären Versorgung aufgrund demographischer Veränderungen. In: Infrastrukturprobleme bei Bevölkerungsrückgang, Festschrift zur Emeritierung von Prof. Friedrich.
- [5] Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 2. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern. 2010.
- [6] <http://www.gbe-bund.de>

# Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt in Sachsen

## Ein Vergleich zu Vätern und Kinderlosen

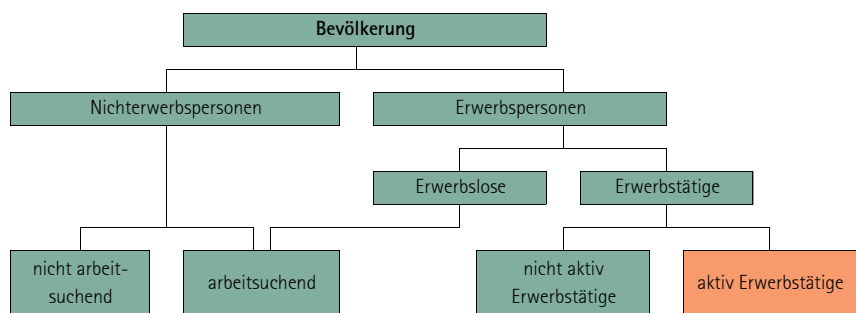
### Vorbemerkungen

Nachdem für das Berichtsjahr 2010 Aspekte der Erwerbsbeteiligung sächsischer Frauen bereits in einem Artikel der Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ Heft 4/2011 [1] veröffentlicht wurden, sollen in diesem Beitrag die Unterschiede der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern bzw. ohne Kinder dargestellt werden. Vergleichend soll analysiert werden, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung bzw. Erwerbstätigkeit und Betreuung von Kindern erkennbar wird. Ergebnisse zu Männern mit und ohne Kinder werden vorwiegend dann hinzugefügt, wenn dadurch Spezifika der Situation von Frauen besser verdeutlicht werden. Die Darstellungen knüpfen auch an die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ an. [2] Alle in diesem Artikel dargestellten Ergebnisse basieren auf Daten des Mikrozensus 2010.

### Mikrozensus

Der Mikrozensus ("kleine Volkszählung") ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte beteiligt sind. Die Erhebung beinhaltet u. a. demografische Grunddaten zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie Merkmale zur Beteiligung am Erwerbsleben, zu Bildungsabschlüssen sowie Einkommenshöhe und -quellen. Ergänzt wird dieses jährliche Grundprogramm durch eine Reihe von Zusatzprogrammen, die in der Regel im Abstand von vier Jahren erhoben werden. Ab 2005 erfolgte der bereits langfristig von der EU geforderte Umstieg auf eine unterjährige Erhebung mit gleitender Berichtswoche, das heißt, die Befragung der Haushalte ist gleichmäßig über das gesamte Kalenderjahr verteilt. Die Ergebnisse ab 2005 bilden einen Jahresdurchschnittswert ab. Dadurch wird

Abb. 1 Erwerbsbeteiligung



statt einer Momentaufnahme für eine einzige Berichtswoche nun ein Gesamtbild der Erwerbsbeteiligung eines Jahres erstellt. Saisonale Spitzen und flexible Arbeitsverhältnisse, bei denen bislang eine gewisse Untererfassung bestand, können nun in die Ergebnisse einfließen (siehe auch [3]).

### Definitionen

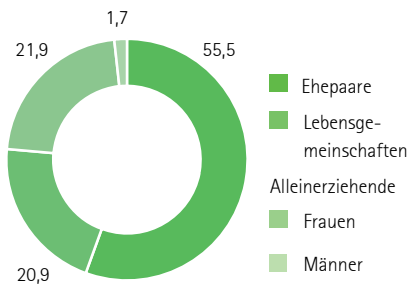
Die Konzepte und Definitionen des Mikrozensus zur Erwerbsbeteiligung orientieren sich am ILO-Konzept, d. h. den im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) vereinbarten Standards. Zu den Erwerbstätigen zählen danach alle „Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens 1 Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfender Familienangehöriger), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben“. [3, S. 5]

Bei der Darstellung der Erwerbssituation im Artikel in der Zeitschrift 4/2011 [1] wurden die Erwerbsbeteiligung bzw. die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen aller Frauen betrachtet. Dabei war es nicht erheblich, inwieweit die Erwerbstätigkeit auch in der

Berichtswoche ausgeübt wurde. Im hier vorliegenden Beitrag wird hingegen auch untersucht, inwieweit sich die aktuelle Erwerbssituation ändert, wenn Kinder im Haushalt leben. Aus diesem Grund werden zumeist nur die aktiv Erwerbstätigen in die Auswertung einbezogen (vgl. Abb. 1). Dieser Begriff bezeichnet Personen, die in der Berichtswoche gearbeitet haben. Personengruppen, die üblicherweise zu den Erwerbstätigen zählen, jedoch vorübergehend nicht am Arbeitsplatz waren, werden damit ausgeschlossen. Dazu zählen z. B. Frauen, die Mutterschutz oder Elternzeit (46,8 Prozent aller nicht aktiv Erwerbstätigen in Sachsen) in Anspruch genommen haben. Andernfalls würde z. B. die wöchentliche Arbeitszeit insbesondere von Frauen mit jüngeren Kindern erheblich verzerrt durch diejenigen, die aufgrund Elternzeit mit 0 Wochenstunden in die Berechnung eingehen.

Nichterwerbstätige Personen werden unterschieden in Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei für diese Unterscheidung die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt herangezogen wird. Als erwerbslos gelten „Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. [...] Zu den Erwerbslosen werden auch sofort verfügbare

**Abb. 2 Lebensformen mit Kindern unter 18 Jahren nach Lebensformtyp in Prozent**



Nichterwerbstätige gezählt, die ihre Arbeitssuche abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen werden". [3, S. 5] Erwerbstätige und Erwerbslose werden auch unter dem Begriff Erwerbspersonen zusammengefasst und damit von den Nichterwerbspersonen abgegrenzt.

Im Artikel zur Erwerbsbeteiligung von Frauen [1] wurde die Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Sachsen betrachtet. Für Analysen zu Frauen (und Männern) mit Kindern wird hingegen die Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Lebensformen ausgewertet.<sup>1)</sup> Hierzu zählen, unabhängig vom eigenen Wohnstatus, alle Personen in einer Familie/Lebensform, deren Bezugsperson ihren Hauptwohnsitz in Sachsen hat. Personen in Gemeinschaftsunterkünften, die keinen eigenen Haushalt führen, zählen dagegen nicht zur Bevölkerung in Lebensformen. Im Lebensformenkonzept gelten alle Eltern-Kind-Gemeinschaften innerhalb von privaten Haushalten als Familien – also Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern (unabhängig von deren Alter) im Haushalt (siehe auch [4]). Mütter und Väter werden im Folgenden als Elternteile in Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren definiert. Zu diesen Kindern zählen dabei alle leiblichen, Pflege- sowie Adoptivkinder, die im Haushalt der Eltern leben. Bei Ehepaaren und nichtehelichen Le-

bensgemeinschaften wird nicht unterschieden, ob es sich um gemeinsame Kinder oder um Kinder eines der beiden Partner handelt. Beide werden hier als Mutter bzw. Vater betrachtet. Eltern, in deren Haushalt nur volljährige Kinder leben, werden mit den Frauen und Männern ohne Kinder im Haushalt zur Gruppe der Frauen und Männer ohne Kinder unter 18 Jahre (zur besseren Lesbarkeit auch verkürzt als „Frauen/Männer ohne Kinder“) zusammengefasst.

Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die hier dargestellten Ergebnisse zu Müttern und Vätern auf Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre. Bei Betrachtung der Kinderlosen wird der Schwerpunkt häufig auf die 25- bis unter 45-Jährigen gelegt, da mit 82 Prozent auch der Großteil der Mütter dieser Altersgruppe angehört. In Bezug auf die Erwerbsbiographie ist so eine bessere Vergleichbarkeit anzunehmen. Die Ausbildungsphase und die Jahre vor Erreichen des (gesetzlichen) Renteneintrittsalters mit einem geringeren Anteil von Eltern in der Bevölkerung bleiben dann auch bei Kinderlosen unberücksichtigt.

### Frauen und Männer mit und ohne Kinder unter 18 Jahre

Insgesamt lebten 2010 im Jahresdurchschnitt in Sachsen rund 2,1 Millionen Frauen/Mädchen (51,0 Prozent der Gesamtbevölkerung) und 2,0 Millionen Männer/Jungen. 1,3 Millionen Frauen (61,8 Prozent) bzw. 1,4 Millionen Männer (67,4 Prozent) waren im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Davon wiederum waren 25,9 Prozent Mütter bzw. 19,6 Prozent Väter eines oder mehrerer Kinder unter 18 Jahren. Im gesamten Bundesgebiet sind insgesamt 35 Prozent aller Frauen bzw. fast 30 Prozent aller Männer in dieser Altersgruppe Elternteile. (vgl. [2], S. 33) Der Anteil von 15- bis unter 65-jährigen Vätern, die mit ihren Kindern zusammenleben, an der Gesamtbevölkerung ist demnach geringer als

der von Müttern. Dies resultiert vor allem aus der hohen Zahl alleinerziehender Mütter, aber auch daraus, dass bei Paaren nicht immer beide Partner im erwerbsfähigen Alter sind. Das wird auch bei der Betrachtung der Lebensformen erkennbar, in denen beide Elternteile bzw. die alleinerziehenden Elternteile im Alter von 15 bis unter 65 Jahre alt sind (vgl. Abb. 2). In über der Hälfte (55,5 Prozent) der Familien sind die Eltern miteinander verheiratet. Gut ein Fünftel (20,9 Prozent) zählen zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Die alleinerziehenden Frauen haben mit 21,9 Prozent den zweithöchsten Anteil an Lebensformen mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt. Betrachtet man ausschließlich die Mütter in Lebensformen, sind in der Altersgruppe von 25 bis unter 30 Jahren jeweils gut 35 Prozent verheiratet bzw. in einer Lebensgemeinschaft lebend. 29,2 Prozent erziehen ihre Kinder allein. Mit zunehmendem Alter der Mütter steigt jedoch der Anteil der verheiratet Zusammenlebenden und der Anteil der Alleinerziehenden sinkt. Am höchsten ist der Anteil Alleinerziehender bei Müttern im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (40,7 Prozent).

### Drei Viertel der 35- bis unter 40-jährigen Frauen sind Mütter

Während der Anteil der Mütter in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre nur 11,4 Prozent beträgt, steigt er stetig bis zur Altersgruppe der 35- bis unter 40-Jährigen mit 76,0 Prozent, danach sinkt der Anteil bis auf 2,4 Prozent in der Altersgruppe 50 bis unter 65 Jahre (vgl. Abb. 3).

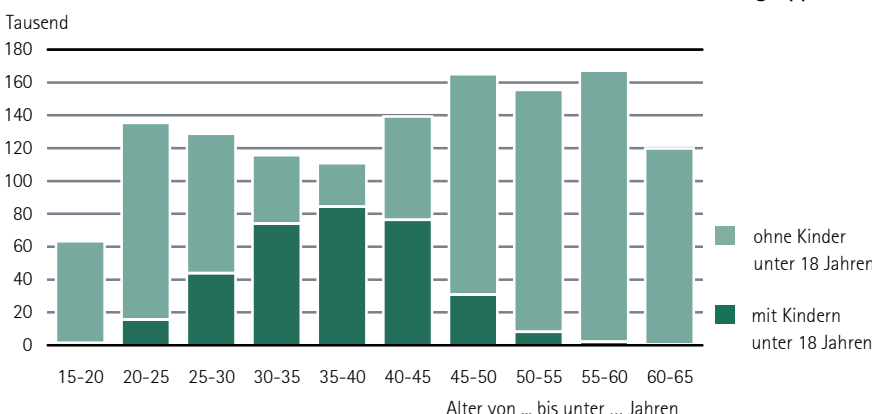
91,8 Prozent aller Mütter waren zwischen 25 und unter 50 Jahre alt. Die Mütter im Alter von 35 bis unter 40 Jahren bildeten die größte Gruppe (25,0 Prozent). Bundesweit sind 90 Prozent im Alter zwischen 25 und unter 50 Jahre und die größte Gruppe bildet die der 40- bis unter 45-Jährigen mit 26 Prozent. (vgl. [2], S. 3)

74,1 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter hatten keine Kinder unter 18 Jahren im Haushalt. Zwischen 25 und unter 45 Jahren galt dies nur für 43,7 Prozent der Frauen, bei den 45- bis unter 50-Jährigen bereits für 81,3 Prozent.

### Jede vierte Mutter hat Kinder unter 3 Jahren

Neben der Zugehörigkeit von Kindern zum Haushalt soll im Folgenden auch betrachtet werden, inwieweit das Alter dieser Kinder die Erwerbsbeteiligung der Eltern, insbesondere der Mütter, beeinflusst. Betrachtet wird dabei das Alter des jüngsten Kindes in

**Abb. 3 Frauen mit und ohne Kinder unter 18 Jahren im Haushalt nach Altersgruppen**



1) Die Differenz zwischen der Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Sachsen und der Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Lebensform beträgt weniger als 5 000 Personen.



der Familie. Bei gut einem Viertel (27,4 Prozent) aller Mütter war das jüngste Kind unter 3 Jahre alt. Bei jeweils ca. jeder Fünften war das jüngste Kind im Alter von 3 bis unter 6, 6 bis unter 10 bzw. 10 bis unter 15 Jahre sowie bei 11 Prozent war es zwischen 15 und unter 18 Jahre alt (vgl. Tab. 1).

Über die Hälfte (58,8 Prozent) aller Mütter und Väter haben nur ein Kind unter 18 Jahren. Gut ein Viertel (25,8 Prozent) dieser Kinder ist zwischen 10 und unter 15 Jahre alt, knapp ein Viertel (23,7 Prozent) zwischen 0 und unter 3 Jahren. Bei einem Drittel aller Eltern mit zwei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt ist das jüngste Kind noch nicht 3 Jahre alt.

### Beteiligung am Erwerbsleben

#### Anteil der Nichterwerbspersonen unter Müttern ist abhängig vom Alter des jüngsten Kindes

Zu den Nichterwerbspersonen zählen 64,9 Tausend Frauen mit Kindern (19,3 Prozent aller Mütter) und 229,2 Tausend ohne Kinder. Bei den Männern sind es 10,1 Tausend mit Kindern (3,8 Prozent aller Väter) und 198,8 Tausend ohne Kinder.

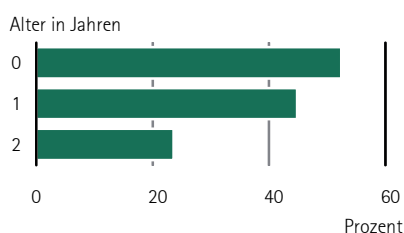
Vor allem Mütter mit Kindern im Säuglingsalter (unter einem Jahr) ziehen sich (vorübergehend) vom Arbeitsmarkt zurück (vgl. Abb. 4). So sind über die Hälfte (52,4 Prozent) dieser Frauen Nichterwerbspersonen. Je älter das jüngste Kind ist, desto niedriger ist der Anteil an Nichterwerbspersonen und umso größer ist der Anteil der Erwerbspersonen.

Nur bei kinderlosen Männern und Frauen im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren sind ebenfalls höhere Anteile an Nichterwerbspersonen zu finden (35,5 bzw. 41,7 Prozent). Über 90 Prozent davon sind noch in Ausbildung, ohne eine Erwerbstätigkeit (als Nebentätigkeit oder als Bestandteil der Ausbildung) auszuüben.

#### 80,7 Prozent der Mütter sind Erwerbspersonen

Zu den Erwerbspersonen zählen 271,7 Tausend Frauen mit Kindern und 735,2 Tausend

Abb. 4 Anteil an Nichterwerbspersonen von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes



Tab. 1 Frauen und Männer mit Kindern unter 18 Jahren 2010 nach ausgewählten Altersgruppen und Alter des jüngsten Kindes

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins-gesamt 1 000	Alter des jüngsten Kindes				
		0 - 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 18
		%				
<b>Frauen</b>	<b>336,6</b>	<b>27,4</b>	<b>19,2</b>	<b>20,9</b>	<b>21,4</b>	<b>11,0</b>
15 - 25	16,8	79,9	/	/	/	/
25 - 35	117,8	49,2	30,6	16,6	/	/
35 - 45	160,6	12,6	15,5	27,2	32,4	12,4
45 - 55	38,9	/	/	16,0	40,4	39,2
55 - 65	/	/	/	/	/	/
<b>Männer</b>	<b>266,9</b>	<b>27,6</b>	<b>18,7</b>	<b>20,6</b>	<b>22,1</b>	<b>11,0</b>
15 - 25	/	/	/	/	/	/
25 - 35	64,8	61,1	25,8	10,2	/	/
35 - 45	132,2	20,7	20,6	26,8	24,3	7,6
45 - 55	58,9	/	9,4	19,4	38,6	26,9
55 - 65	7,2	/	/	/	/	/

Durch Rundungsdifferenzen können die Summen der einzelnen Prozentangaben von Hundert abweichen.

Frauen ohne Kinder, bei den Männern sind es 256,8 Tausend mit Kindern und 895,4 Tausend ohne Kinder. Die Erwerbsquote<sup>2)</sup> der Frauen mit Kindern ist mit 80,7 Prozent etwas höher als bei kinderlosen Frauen insgesamt (76,2 Prozent), jedoch deutlich niedriger als bei Frauen ohne Kinder im Alter von 25 bis unter 45 Jahren (90,4 Prozent). Unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes sind die Erwerbsquoten von Vätern höher als die von Müttern.

#### Die höchste Erwerbslosenquote haben Mütter mit dem jüngsten Kind im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Erwerbsverhalten im Zusammenhang mit Kindern im Haushalt zeigen sich auch bei einem Vergleich der Erwerbslosenquoten.<sup>3)</sup> Während mit 11,3 Prozent mehr Mütter als Väter (7,6 Prozent) erwerbslos sind, ist dies bei Kinderlosen umgekehrt. Hier ist die Erwerbslosenquote der Frauen in allen Altersgruppen um knapp 3,0 Prozentpunkte niedriger als bei den Männern. Unter allen Frauen haben die Kinderlosen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren die geringste Erwerbslosenquote (8,3 Prozent). Am höchsten ist die Erwerbslosenquote mit 14,9 Prozent bei Frauen, deren jüngstes Kind zwischen 3 und unter 6 Jahren alt ist. Wenn die Kinder das Schulalter erreicht haben, sinkt die Erwerbslosenquote der Mütter ab.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass es für Mütter, besonders mit jüngeren Kindern, schwieriger ist, Arbeit zu finden. Sie hegen zwar den Wunsch nach Erwerbstätigkeit, können diesen Wunsch allerdings trotz aktiver Arbeitsuche und kurzfristiger Verfüg-

barkeit nicht im gleichen Maß umsetzen wie Frauen ohne minderjährige Kinder im Haushalt.

#### Mütter von unter 3-Jährigen beendeten die letzte Tätigkeit häufiger zugunsten von Betreuung<sup>4)</sup>

Jeweils gut ein Viertel aller nicht erwerbstätigen Mütter nannten als Grund für die Beendigung der letzten Tätigkeit die Entlassung oder das Ende eines befristeten Arbeitsverhältnisses. Jede sechste Mutter gab die Betreuung von Kindern oder anderen Personen an. Werden auch sonstige familiäre und persönliche Verpflichtungen einbezogen, beendete sogar jede vierte nichterwerbstätige Mutter ihre Tätigkeit aus einem solchen persönlichen Grund. Damit ist dieser für die Beendigung der Tätigkeit ebenso häufig wie eine auslaufende Befristung oder Entlassung. Bei Müttern mit Kindern unter 3 Jahren steht die Entlassung mit 19,2 Prozent erst an dritter Stelle. Bei jeweils jeder vierten Mutter endete die Tätigkeit jedoch aufgrund eines auslaufenden Arbeitsvertrages, der eine Befristung enthielt bzw. sie beendeten ihre Tätigkeit aufgrund der Betreuung von Kindern. Mit 35,4 Prozent erfolgte die Beendigung aufgrund von Betreuung einschließlich familiärer Verpflichtungen häufiger als bei Müttern insgesamt.

Der Mikrozensus erfasst auch den Zeitpunkt, zu dem die letzte Tätigkeit beendet wurde. Die Analyse dieser Daten verweist auf einen

2) Anteil der Erwerbspersonen je 100 der entsprechenden Gruppe der Bevölkerung

3) Anteil der Erwerbslosen je 100 der entsprechenden Gruppe der Erwerbspersonen

4) Betreuung von Kindern einschließlich Betreuung von pflegebedürftigen/behinderten Personen

möglichen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Beendigung der letzten Tätigkeit und der Geburt des jüngsten Kindes. Ausgewertet wurden die Angaben der Frauen, die ihre letzte Tätigkeit im Geburtsjahr des jüngsten Kindes oder dem vorangegangenen Kalenderjahr beendet hatten.<sup>5)</sup> Für 39,6 Prozent dieser Frauen war der Grund für die Beendigung der letzten Tätigkeit eine Entlassung/auslaufende Befristung. 43,7 Prozent beendeten ihre Tätigkeit selbst aufgrund von Betreuung/familiärer Verpflichtungen. Die Häufigkeit dieser Antworten unterscheidet sich vom Durchschnittswert aller nichterwerbstätigen Müttern (52,5 gegenüber 25,3 Prozent). Dies gibt einen Hinweis darauf, dass Mütter zeitnah zur Geburt eines Kindes ihre Tätigkeit häufiger aufgrund familiärer Verpflichtungen selbst beenden.

Die auswertbaren Fallzahlen sind jedoch zu gering, um zusätzlich eine zeitliche Abfolge auszuwerten, das heißt, erfolgt die „Planung“ bzw. Geburt eines Kindes vor oder nach der Beendigung einer Tätigkeit.

Im Vergleich dazu waren für Väter die Betreuung von Kindern oder sonstige familiäre oder persönliche Verpflichtungen für die Beendigung der letzten Tätigkeit fast ohne Bedeutung. Bei ihnen resultierte das Tätigkeitsende für 42,2 Prozent aus einer Entlassung und für 26,5 Prozent aus einer auslaufenden Befristung.

Bei jeweils einem Drittel der kinderlosen Frauen und Männer im Alter von 25 bis unter 45 Jahre war der Grund des Tätigkeitsendes eine vorherige Befristung. 29,3 Prozent der Frauen und 39,5 Prozent der Männer waren entlassen worden.

### Mehr Mütter als Väter suchen nach Arbeit

Dass sie eine berufliche oder bezahlte Tätigkeit suchen, gaben 123,9 Tausend nichterwerbstätige<sup>6)</sup> Frauen und 151,7 Tausend Männer an. Obwohl somit insgesamt mehr Männer als Frauen Arbeit suchten, hatten Mütter einen größeren Anteil an allen Arbeitssuchenden als Väter. So waren unter allen arbeitssuchenden Frauen 15,5 Prozent Mütter mit dem jüngsten Kind im Vorschulalter (unter 6 Jahre) und bei 14,9 Prozent war das jüngste Kind zwischen 6 und unter 18 Jahren alt. Hingegen waren nur 7,3 Prozent der arbeitssuchenden Männer Väter von Kindern unter 6 Jahren bzw. 6,5 Prozent von Kindern zwischen 6 bis unter 18 Jahren.

Unter den arbeitssuchenden Müttern war knapp die Hälfte seit zwei und mehr Jahren auf der Suche nach einer Tätigkeit, bei den Vätern galt dies nur für etwas mehr als ein Drittel. Auch bei den hier vergleichbaren kinderlosen Männern und Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren waren jeweils rund

44 Prozent bereits genau so lange auf Arbeitsuche. Allerdings war mit 0,6 Prozentpunkten kaum ein Unterschied zwischen den Geschlechtern vorhanden.

### 812 Tausend Frauen und 925 Tausend Männer sind aktiv erwerbstätig

Von den 1,3 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter zählten insgesamt 401,9 Tausend zu den Nichterwerbstätigen. Weitere 86,8 Tausend Frauen (6,7 Prozent aller Erwerbstätigen) waren in der Berichtswoche nicht aktiv erwerbstätig, wobei der häufigste Grund hierfür die Inanspruchnahme von Sonderurlaub war (47,3 Prozent). Mütter hingegen unterbrachen ihre Erwerbstätigkeit am häufigsten aufgrund von Mutterschutz oder Elternzeit (46,8 Prozent), 36,2 Prozent nahmen Sonderurlaub.<sup>7)</sup> Damit sind insgesamt 812,4 Tausend Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren aktiv erwerbstätig.

Von den 1,4 Millionen Männern im erwerbsfähigen Alter waren knapp 925,0 Tausend aktiv erwerbstätig. Für die nicht aktiv erwerbstätigen Männer (6,6 Prozent der Erwerbstätigen) war der häufigste Grund dafür (Sonder-)Urlaub, wobei dieser von Vätern minderjähriger Kinder häufiger in Anspruch genommen wurde (66,3 Prozent) als von Männern ohne Kinder (54,7 Prozent). Andere Gründe wie z. B. auch die Inanspruchnahme von Elternzeit waren für die Väter unbedeutend.

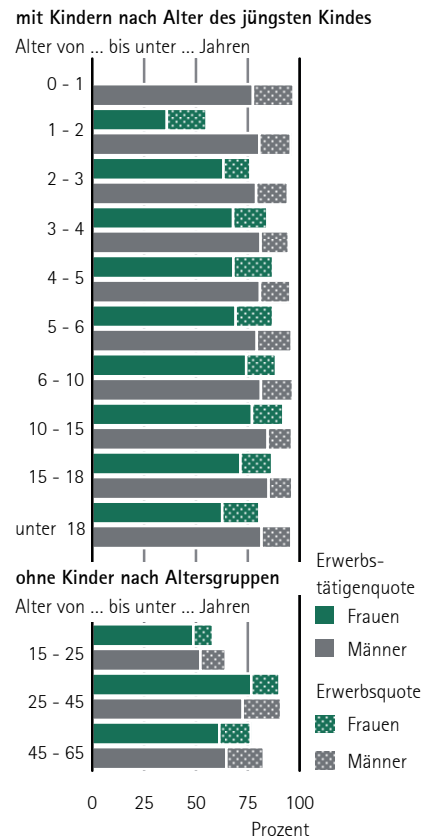
Im Folgenden beziehen sich die Daten zu Erwerbstätigen auf die Grundgesamtheit der aktiv Erwerbstätigen.

### Die Erwerbstätigenquote aller aktiv erwerbstätigen Frauen ist niedriger als bei Männern

Während die Quote der Mütter mit 62,7 Prozent nur geringfügig um 0,3 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert aller Frauen liegt, ist der Unterschied zwischen Vätern (81,6 Prozent) und Männern insgesamt (68,0 Prozent) erheblich größer. Zudem ist die Erwerbstätigenquote der Väter bei jeweils gleichem Alter des jüngsten Kindes höher als die der Mütter (vgl. Abb. 5).

Am geringsten ist der Anteil aktiv Erwerbstätiger bei Müttern mit Kindern unter 3 Jahren (35,3 Prozent). Hier beträgt die Differenz zu den Vätern 43,6 Prozentpunkte. Die Erwerbstätigenquote der Mütter steigt, wenn ihre Kinder das Schulalter erreichen. Bei Müttern mit dem jüngsten Kind zwischen 10 und unter 15 Jahren ist sie am höchsten (77,0 Prozent). Bei Vätern gleichaltriger Kinder liegt die Quote bei 84,5 Prozent. Am geringsten (7,2 Prozentpunkte) ist die Differenz zwischen den Quoten von Müttern und Vätern in der Gruppe mit dem jüngsten Kind zwischen 6 und unter 10 Jahren.

Abb. 5 Erwerbs- und Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern<sup>1)</sup>



1) Personengruppen mit nicht repräsentativen Besetzungszahlen unter 5 000 Fällen werden in den Abbildungen nicht dargestellt (vgl. "/="= Zahlenwert nicht sicher genug in Tabellen)

Die Erwerbstätigenquoten der Mütter in Sachsen liegen größtenteils über den vergleichbaren Ergebnissen für Deutschland. Die Differenzen betragen zwischen 3,8 Prozentpunkten bei Müttern mit dem jüngsten Kind unter 3 Jahren und 7,8 Prozentpunkten bei Müttern mit dem jüngsten Kind zwischen 3 und unter 6 Jahren. Wenn das jüngste Kind zwischen 15 und 18 Jahre alt ist, liegt die Quote in Gesamtdeutschland hingegen um 1,3 Prozentpunkte höher (vgl. [2], S. 33 f.). Die durchschnittliche Erwerbstätigenquote kinderloser Frauen und Männer liegt bei 62,3 bzw. 64,6 Prozent und damit unter der von Müttern und Vätern. Die niedrigere Quote resultiert vor allem aus dem höheren Anteil der kinderlosen Nichterwerbspersonen in den Altersgruppen 15 bis unter 25 bzw. 45 bis unter 65 Jahre. Im Alter von 25 bis unter 45 sind dagegen 76,7 Prozent der Frauen erwerbstätig.

5) Das heißt, wenn 2010 das jüngste Kind unter einem Jahr alt war, wurde es 2010 oder 2009 geboren. Dem wurde eine Beendigung der letzten Tätigkeit im Jahr 2009 und 2010 gegenüber gestellt. Die Auswertung erfolgte für Kinder bis unter 6 Jahren insgesamt.  
 6) Erwerbslose und Nichterwerbspersonen; ohne Personen, die keine Angabe zur Dauer der Arbeitsuche gemacht haben.  
 7) Andere Gründe für die Abwesenheit vom Arbeitsplatz waren Krankheit, Unfall, Altersteilzeit, Streik, Aussperrung, Schlechtwetterlage, Kurzarbeit, Ausgleichsurlaub, allgemeine oder berufliche Aus- und Fortbildung sowie Schulbesuch.

tig, das sind sogar gut 4 Prozentpunkte mehr als bei Männern dieser Altersgruppe. [siehe auch Absatz Qualifikation: Die höhere berufliche Qualifikation wirkt sich erst bei Müttern mit älteren Kindern positiv auf die Erwerbstätigenquote aus.]

Die Differenz der Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen ohne Kinder ist weitaus geringer als zwischen Müttern und Vätern. Bei Kinderlosen liegt sowohl bei den 15- bis unter 25-Jährigen als auch bei 45- bis unter 65-Jährigen die Quote der Männer um 3,4 Prozentpunkte höher als die der Frauen, in der mittleren Altersgruppe sind hingegen Frauen häufiger erwerbstätig (+4,3 Prozentpunkte). Im Unterschied dazu ist die Erwerbstätigenquote der Väter um 18,9 Prozentpunkte höher als die der Mütter (vgl. Abb. 6).

Das Erwerbsverhalten von Männern und Frauen weist demnach erst dann größere Unterschiede auf, wenn (insbesondere jüngere) Kinder zur Familie gehören. Der Anteil der aktiv Erwerbstätigen ist bei Müttern (zumeist deutlich) niedriger, bei Vätern hingegen sogar höher als bei gleichaltrigen Kinderlosen.

### Traditionelle Rollenverteilung bei der Erwerbsbeteiligung ist bei Paaren mit Kindern unter 3 Jahren ausgeprägter

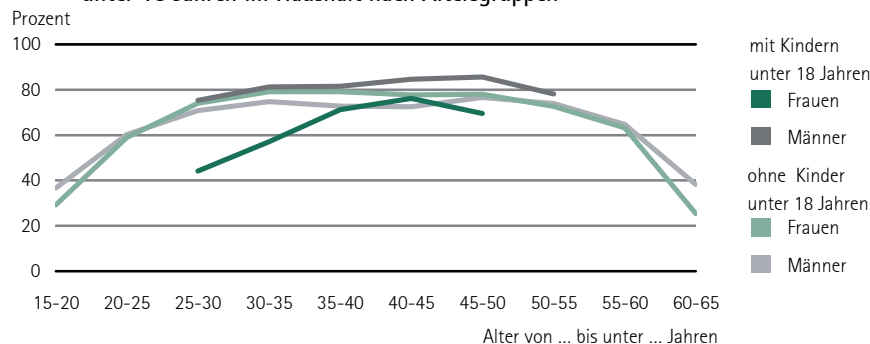
Ein Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Partnern in Ehepaaren bzw. nichtehelichen Lebensgemeinschaften zeigt zunächst, dass bei unverheirateten Paaren mit Kindern seltener beide Partner aktiv erwerbstätig sind (50,5 Prozent, bei Ehepaaren 60,6 Prozent). Werden jedoch Paare betrachtet, deren jüngste Kinder der gleichen Altersgruppe angehören, sind keine nennenswerten Unterschiede in der Beteiligung der Partner am Erwerbsleben zu erkennen, weshalb sie im Folgenden zusammengefasst als Paare<sup>8)</sup> betrachtet werden.

Bei 57,8 Prozent aller Paare mit Kindern waren beide Partner aktiv erwerbstätig. Bei Paaren ohne Kinder war dieser Anteil mit 57,6 Prozent zwar ähnlich hoch, in der Gruppe der 25- bis unter 45-Jährigen ohne Kinder waren allerdings sogar bei über zwei Drittel (69,3 Prozent) der Paare Mann und Frau aktiv erwerbstätig (vgl. Abb. 7).

Je älter das jüngste Kind ist, desto höher wird der Anteil der Paare in denen beide Partner aktiv erwerbstätig sind. So nahmen bei 60,9 Prozent der Paare mit dem jüngsten Kind zwischen 3 und unter 6 Jahren beide Partner aktiv am Erwerbsleben teil. Bei Paaren, deren jüngstes Kind zwischen 6 und unter 18 Jahren alt ist, sind es sogar 69,5 Prozent.

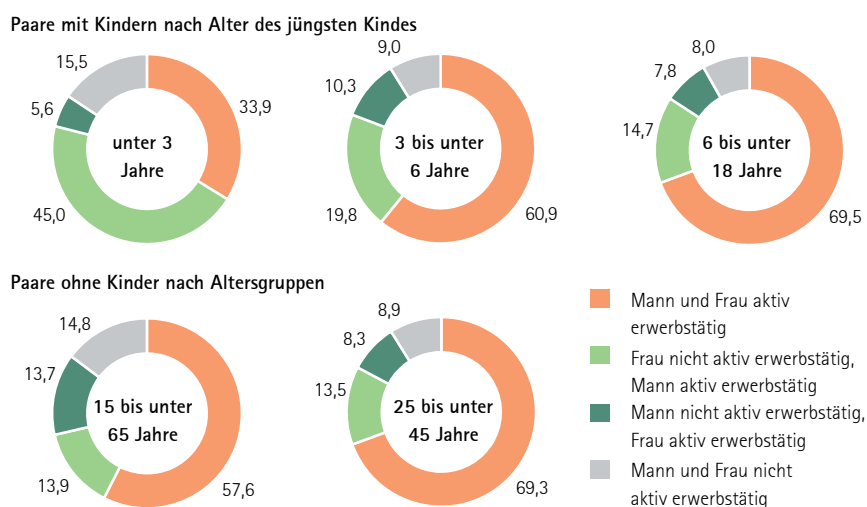
In Deutschland ist der Anteil der Paare mit Kindern unter 18 Jahren und aktiver Erwerbstätigkeit beider Partner unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes niedriger als in Sach-

**Abb. 6 Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern mit und ohne Kinder unter 18 Jahren im Haushalt nach Altersgruppen<sup>1)</sup>**



1) Personengruppen mit nicht repräsentativen Besetzungszahlen unter 5 000 Fällen werden in den Abbildungen nicht dargestellt (vgl. "/>= Zahlenwert nicht sicher genug in Tabellen)

**Abb. 7 Paare nach Erwerbstätigkeit der Partner (in Prozent)**



sen (insgesamt: 54,1 Prozent; jüngstes Kind zwischen 3 bis unter 6 Jahren: 56,0 Prozent, 6 bis unter 18 Jahre: 63,8 Prozent). [5] Ist nur einer der beiden Elternteile erwerbstätig, zeigt sich zumeist die traditionelle Rollenverteilung: der Vater ist aktiv erwerbstätig, die Mutter nicht. Bei 70,2 Prozent der Paare mit Kindern unter einem Jahr übt nur der Vater eine Erwerbstätigkeit aus. Ist das jüngste Kind zwischen 6 bis unter 18 Jahre alt, trifft das nur noch auf 14,7 Prozent zu. Hierin unterscheiden sich die Paare mit Kindern im Schulalter nur geringfügig von Paaren ohne Kinder (13,9 Prozent).

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Deutschland. Bei 71,1 Prozent der Eltern mit dem jüngsten Kind unter einem Jahr war nur der Vater erwerbstätig. Ist das jüngste Kind zwischen 6 und unter 18 Jahre alt, liegt der Anteil der Paare mit traditioneller Rollenverteilung nur noch bei 21,3 Prozent. Er ist damit allerdings deutlich höher als in Sachsen. [Ebd.] Bei 7,7 Prozent der Paare mit Kindern war nur die Frau aktiv erwerbstätig. Höher ist der Anteil bei Paaren ohne Kinder mit 13,7 Prozent

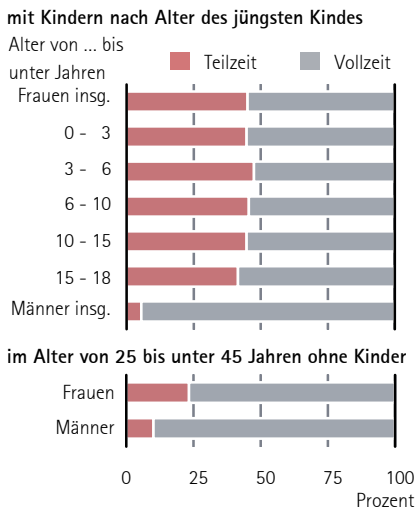
bzw. in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-Jährigen mit 8,3 Prozent. In Deutschland ist bei 5,6 Prozent der Paare mit Kindern nur die Frau aktiv erwerbstätig (vgl. [2], S. 38). Bei 10,3 Prozent der Paare mit Kindern waren beide Partner nicht aktiv erwerbstätig. Auch hier sinkt dieser Anteil mit steigendem Alter des jüngsten Kindes. Am höchsten war er mit 19,6 Prozent bei den Paaren mit dem jüngsten Kind unter einem Jahr. Bei Kinderlosen sind es insgesamt mit 14,8 Prozent etwas mehr Paare, in denen keiner eine Erwerbstätigkeit ausübte, das gilt jedoch nicht in der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre (8,9 Prozent).

### Erwerbstätigkeit in ihren Facetten

Nach der Darstellung der allgemeinen Beteiligung am Erwerbsleben soll im Folgenden die Situation der Mütter als aktiv Erwerbstätige ausführlicher betrachtet werden.

8) Abweichend von anderen Auswertungen zu Lebensformen in Sachsen werden gleichgeschlechtliche Paare hier nicht betrachtet.

**Abb. 8 Voll- und Teilzeitquoten von Frauen und Männern**



**Teilzeitquote bei Müttern mit Kindern unter 18 Jahre liegt bei 45,1 Prozent**

Von allen hier betrachteten aktiv Erwerbstätigen arbeiteten Mütter mit dem jüngsten Kind im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit 47,5 Prozent am häufigsten in Teilzeit. Je älter das jüngste Kind ist, desto geringer ist die Teilzeitquote. Allerdings sind auch 41,5 Prozent der Mütter mit dem jüngsten Kind zwischen 15 und unter 18 Jahren in Teilzeit beschäftigt. Dagegen liegt die Teilzeitquote der Väter wie auch der 25- bis unter 45-jährigen Kinderlosen jeweils unter 25 Prozent (vgl. Abb. 8).

Auch die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung unterscheiden sich mit dem Alter der Kinder. Aufgrund von persönlichen oder familiären Verpflichtungen sowie wegen der Betreuung von Kindern bzw. Pflegebedürftiger schränken 63,0 Prozent der Mütter mit dem jüngsten Kind unter 3 Jahren ihren Beschäftigungsumfang ein. Je älter das jüngste Kind ist, desto mehr verliert dieser Grund für Mütter an Bedeutung. Im gleichen Maß steigt die Zahl der Mütter, die in Teilzeit arbeiten gehen, da keine Vollzeitmöglichkeit zu finden ist. Bei Müttern mit dem jüngsten Kind im Alter von 15 bis unter 18 Jahren trifft das auf 72,1 Prozent der Teilzeitbeschäftigten zu. Auch für Männer und Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahren ohne Kinder ist dies der häufigste Grund, hier sind es zwei Drittel der Frauen bzw. 56,7 Prozent der Männer (vgl. Abb. 9).

In Deutschland liegt die Teilzeitquote der Mütter mit 70 Prozent weit über der in Sachsen (45,1 Prozent). Zudem wird häufiger als in Sachsen die Teilzeitbeschäftigung freiwillig gewählt. Während in Sachsen die Hälfte aller Mütter in Teilzeit angab, keine Vollzeitstelle zu finden, waren es deutschlandweit nur 10,1 Prozent (Früheres Bundesgebiet 6,5 Prozent) (vgl. [2], S. 34 f.). Die Teilzeitbeschäftigung entspricht somit in Sachsen weitaus seltener den eigenen Wünschen von Müttern und wird eher als (vorübergehende) Alternative zur Erwerbslosigkeit gewählt.

**Vollzeittätigkeit beider Partner ist bei Paaren mit Kindern seltener**

Für Paare, in denen beide Partner aktiv erwerbstätig sind, können zudem Aussagen über den Umfang der Erwerbstätigkeit beider Partner getroffen werden. Die häufigste Kombination ist dabei die Vollzeitbeschäftigung beider Partner – unabhängig davon, ob sie Kinder betreuen oder nicht sowie davon, ob das Paar in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder einer Ehe lebt. Bei 52,5 Prozent der Ehepaare mit Kindern sind beide Partner in Vollzeit tätig, bei Ehepaaren ohne Kinder im Alter von 25 bis unter 45 Jahre sind es sogar drei Viertel.

Vollzeittätigkeit beider Partner ist bei Lebensgemeinschaften häufiger als bei Ehepaaren, unabhängig davon ob Kinder vorhanden sind (59,1 Prozent) oder nicht (81,0 Prozent). Mit 43,3 Prozent war die Kombination „Vollzeittätigkeit des Mannes“ und „Teilzeittätigkeit der Frau“ für Ehepaare mit Kindern ebenfalls von Bedeutung (vgl. Abb. 10).

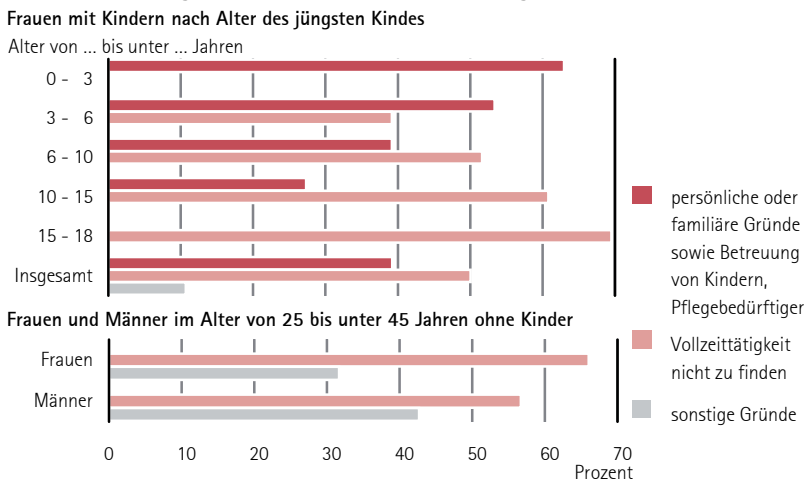
In Deutschland insgesamt sind nur bei 22,4 Prozent aller Ehepaare mit Kindern beide Partner Vollzeit tätig. Beim Großteil (72,9 Prozent) geht der Mann Voll- und die Frau Teilzeit arbeiten (vgl. [2], S. 39).

**In Vollzeit arbeiten Frauen mit Kindern etwas weniger als Frauen ohne Kinder**

Unter den Teilzeittätigen arbeiten Mütter unabhängig vom Lebensformtyp am längsten.<sup>9)</sup> Nach dem Alter des jüngsten Kindes gibt es nur geringe Unterschiede. Mütter mit Kindern unter 3 Jahren arbeiten mit 23,8 Stunden am längsten. Frauen (21,1 Stunden) und Männer (18,5 Stunden) ohne Kinder in Teilzeit arbeiten jeweils weniger als Mütter (22,9 Stunden) bzw. Väter (19,3 Stunden).

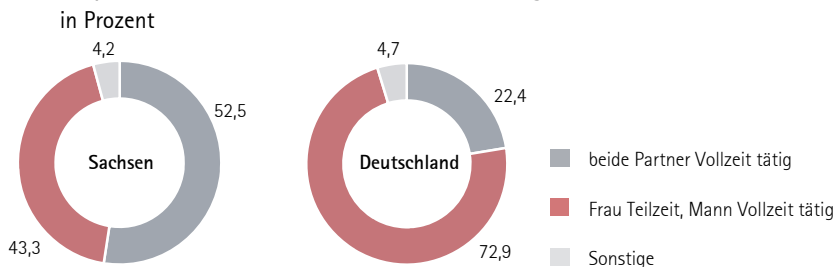
In Vollzeit arbeiten Väter am längsten (43,3 Stunden). Unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes beträgt ihre Wochenarbeitszeit immer mehr als 43 Stunden. Kinderlose Frauen in Vollzeit arbeiten mit 40,3 Stunden etwas länger als Mütter (39,4 Stunden). Vollzeitbeschäftigte Mütter mit unter 3-jährigen Kindern arbeiten weniger Stunden (38,1). Die Arbeitszeit erhöht sich jedoch, je älter das jüngste Kind ist. Mütter, deren jüngstes Kind zwischen 15 und unter 18 Jahre alt ist, haben hier die höchste Wochenarbeitszeit mit 41,4 Stunden.

**Abb. 9 Teilzeittätige nach dem Grund der Teilzeittätigkeit<sup>1)</sup>**



1) Personengruppen mit nicht repräsentativen Besetzungszahlen unter 5 000 Fällen werden in den Abbildungen nicht dargestellt (vgl. \*) = Zahlenwert nicht sicher genug in Tabellen)

**Abb. 10 Ehepaare mit Kindern nach Voll- und Teilzeittätigkeit der Partner**

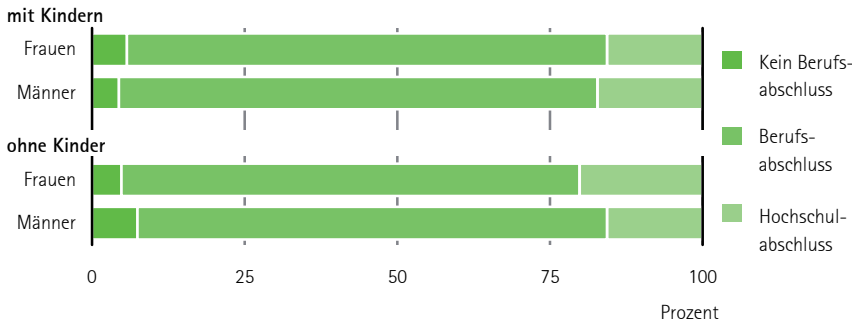


**Über die Hälfte der befristet<sup>10)</sup> angestellten Mütter finden keine Dauerstellung**

88,9 Prozent der Mütter sind unbefristet angestellt, ihr Anteil ist somit etwas höher als bei Frauen ohne Kinder (85,9 Prozent). Inner-

9) tatsächliche Wochenstunden, aktiv Erwerbstätige  
10) ohne Auszubildende, ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige

**Abb. 11 Berufliche Qualifikation von Frauen und Männern in der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre**



halb der Gruppe der 25- bis unter 45-jährigen Kinderlosen sind sogar nur 82,5 Prozent unbefristet beschäftigt. Zwischen Männern und Vätern ist ein ähnliches Verhältnis festzustellen. Mit 92,4 Prozent sind aber auch etwas mehr Väter als Mütter unbefristet beschäftigt. Insgesamt 85,0 Prozent bzw. 86,2 Prozent in der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre der kinderlosen Männer haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Tendenz im Arbeitsmarkt hin zu befristeten Verträgen bei (Neu)einstellungen zeigt sich auch hier: unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, steigt der Anteil an befristeten Verträgen, je jünger die Erwerbstätigen sind.

Betrachtet man den Anteil der Mütter unter den 25- bis unter 45-Jährigen in Abhängigkeit vom Arbeitsverhältnis, zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Unterschied. Gut jede Zweite (53,2 Prozent) der fest angestellten, aber nur 40,8 Prozent der befristet beschäftigten Frauen haben Kinder. 2010 waren Mütter bei Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt 27,8 Jahre alt. Überdurchschnittlich viele Frauen (52,6 Prozent) in der Altersgruppe der

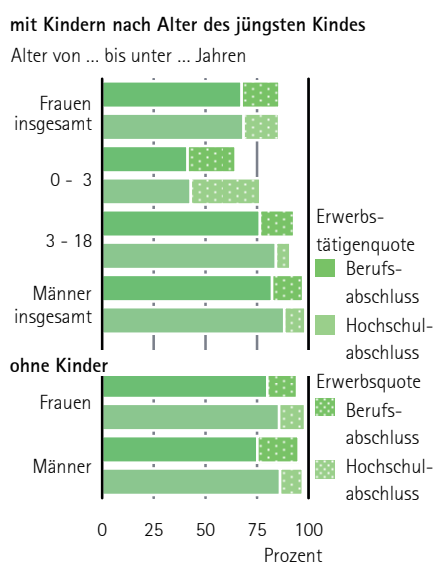
30- bis unter 35-Jährigen, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis standen, hatten noch keine Kinder. Bei den unbefristet Beschäftigten waren es nur 42,4 Prozent. Diese Zahlen können darauf hindeuten, dass sich unbefristet angestellte Frauen häufiger für Kinder entscheiden.

Dass sie keine Dauerstellung finden, war bei Müttern mit über der Hälfte (51,2 Prozent) der häufigste Grund<sup>11)</sup> einer Befristung. Auf Frauen ohne Kinder trifft das mit 42,5 Prozent etwas seltener zu. Für Mütter scheint somit der Wunsch nach einer Dauerstellung und damit der längerfristigen Absicherung des Lebensunterhalts noch ausgeprägter zu sein, als für Frauen ohne Kinder. Bei den Vätern gaben diesen Grund 38,9 Prozent und bei Männern ohne Kinder 35,2 Prozent der befristet Beschäftigten an.

**Frauen/Mütter sind häufiger als Männer/Väter geringfügig beschäftigt<sup>12)</sup>**

9,0 Prozent aller aktiv erwerbstätigen Mütter sind geringfügig beschäftigt. Bei Frauen ohne Kinder ist der Anteil mit 9,7 Prozent etwas höher. In der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre sind ähnlich viele Frauen mit (8,3 Prozent) wie ohne (8,2 Prozent) Kinder geringfügig beschäftigt. Es gibt generell anteilig weniger geringfügig beschäftigte Männer als Frauen, unabhängig vom Alter oder dem Vorhandensein von Kindern.

**Abb. 12 Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern**



**Anteil der Mütter in Schicht- oder Wochenendarbeit geringer, dafür häufiger regelmäßig**

Außerhalb der Arbeit in den Tagesstunden von Montag bis Freitag ist die Samstagsarbeit am weitesten verbreitet. Für mehr als die Hälfte (51,8 Prozent) aller aktiv Erwerbstätigen ist dieser Tag zumindest gelegentlich ein Arbeitstag. An Sonn- und Feiertagen arbeiten 29,7 Prozent und in Schichten 22,9 Prozent.<sup>14)</sup>

Mütter sind am wenigsten von Wochenendarbeit betroffen. 47,9 Prozent von ihnen arbeiteten in den letzten drei Monaten vor der Befragung samstags, davon allerdings

über die Hälfte (53,7 Prozent) regelmäßig und 12,5 Prozent sogar ständig. Ein größerer Anteil (59,7 Prozent) an Vätern geht zwar samstags arbeiten, allerdings nur gut ein Drittel (34,5 Prozent) davon regelmäßig und 12,8 Prozent ständig. Während gut ein Viertel aller Mütter an Sonn- und Feiertagen arbeitet, sind es knapp ein Drittel aller Väter. Allerdings gehen auch hier anteilig mehr dieser Frauen regelmäßig oder ständig an diesen Tagen arbeiten als Männer.

In Schichten arbeiten 22,6 Prozent aller Mütter. Dies ist ein ähnlich hoher Anteil wie bei Männern ohne Kinder (22,5 Prozent), bei Vätern liegt er hingegen bei 21,7 Prozent. Am höchsten ist der Anteil der Schichtarbeiter unter den Frauen ohne Kinder mit 24,0 Prozent. Während von ihnen ein Drittel ständig in Schichten arbeitet, ist dies bei Müttern mit 38,1 Prozent sogar häufiger der Fall.

**Die höhere berufliche Qualifikation wirkt sich erst bei Müttern mit älteren Kindern positiv auf die Erwerbstätigenquote aus**

Aufgrund der Auswirkungen der Bildungsexpansion, d. h. der insgesamt höheren Bildungsabschlüsse in jüngeren Generationen, werden in diesem Abschnitt zur beruflichen Qualifikation nur Frauen und Männer im Alter von 25 bis unter 45 Jahren betrachtet.

Von den Frauen und Männern<sup>14)</sup> mit Kindern haben gut 78 Prozent einen Berufsabschluss.<sup>15)</sup> Mit 15,6 Prozent haben etwas weniger Mütter als Väter (17,2 Prozent) einen Hochschulabschluss.<sup>16)</sup> 5,7 Prozent der Frauen und 4,4 Prozent der Männer mit Kindern haben keinen Berufsabschluss (vgl. Abb. 11).

Bei vergleichbarer beruflicher Qualifikation ist die Erwerbstätigenquote von Müttern jeweils niedriger als von Frauen ohne Kinder. Innerhalb der Gruppe mit einem Berufsabschluss ist sie bei Müttern um 12,3 Prozentpunkte niedriger. Erst wenn das jüngste Kind zwischen 15 und unter 18 Jahren alt ist, dann

11) Erwerbstätige, deren Tätigkeit aufgrund einer Ausbildung befristet ist, wurden hier nicht einbezogen.  
 12) Voll- oder Teilzeitbeschäftigung auf 400-Euro-Basis, Ein-Euro-Jobs, kurzfristige Tätigkeit  
 13) Mehrfachnennungen möglich  
 14) Im Alter von 25 bis 45 Jahre, einschließlich nicht aktiv Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen. Im Zusammenhang mit der beruflichen Qualifikation werden nur die Männer und Frauen betrachtet, die sich zum Zeitpunkt der Befragung nicht in Ausbildung befinden.  
 15) Anlernausbildung oder berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, Abschluss einer Lehrausbildung, Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule/ Kollegschule, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder einer Berufsakademie, Abschluss der Fachschule in der ehemaligen DDR, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung  
 16) Fachhochschulabschluss (auch Ingenieurschulabschluss ohne Verwaltungsfachhochschule), Abschluss einer Universität (wissenschaftlichen Hochschule, auch Kunsthochschule), Promotion

sind Mütter (81,3 Prozent) etwas häufiger erwerbstätig als Frauen ohne Kinder (80,0 Prozent) (vgl. Abb. 12).

Bei den Müttern mit Hochschulabschluss liegt die Erwerbstätigenquote 17,2 Prozentpunkte unter der von Frauen ohne Kinder. Wenn das jüngste Kind zwischen 10 und unter 18 Jahren alt ist, kehrt sich hingegen dieses Verhältnis sogar um (91,4 zu 85,8 Prozent).

Ein ähnliches Bild ergibt der Vergleich zwischen Müttern und Vätern. Auch hier ist die Erwerbstätigenquote der Frauen unabhängig vom Abschluss niedriger.

Ein anderes Ergebnis zeigt sich jedoch bei kinderlosen in der Altersgruppe 25 bis unter 45 Jahre. Hier haben die Frauen (80,0 Prozent, einschl. Frauen in Ausbildung 76,7 Prozent) eine höhere Erwerbstätigenquote als die Männer (75,1 Prozent, einschl. Männer in Ausbildung 72,5 Prozent). Dies resultiert daraus, dass einerseits in dieser Altersgruppe mehr Frauen als Männer einen Hochschulabschluss haben, andererseits mit höherer Qualifikation die Erwerbslosenquoten sinken. Bei kinderlosen Hochschulabsolventen ist die Erwerbsquote der Frauen höher als die der Männer. Ihre Erwerbstätigenquote ist hingegen niedriger, d. h. Frauen mit Hochschulabschluss können ihren Wunsch nach Erwerbstätigkeit nicht im gleichen Umfang umsetzen wie Männer mit gleicher Qualifikation. Bei Frauen und Männern mit berufsbildendem Abschluss zeigt sich hingegen ein umgekehrtes Bild, in diesem Qualifikationsbereich haben Frauen am Arbeitsmarkt häufiger eine Anstellung gefunden als Männer.

Allerdings wirkt sich innerhalb der Gruppe der Mütter eine höhere Qualifikation positiv auf die Erwerbstätigkeit aus. Mütter mit einem Hochschulabschluss haben unabhängig vom Alter ihrer Kinder eine höhere Erwerbstätigenquote als Mütter mit Berufsabschluss. Nur geringfügig höher ist sie in der Gruppe der Mütter mit dem jüngsten Kind unter 3 Jahren. Allerdings unterscheiden sich hier die Erwerbsquoten auffällig. Mit 76,7 Prozent ist die Quote bei Müttern mit Hochschulabschluss um 11,9 Prozentpunkte höher als bei Müttern mit Berufsabschluss. Das heißt, von den Müttern mit Hochschulabschluss will zwar ein größerer Teil auch schon mit sehr jungen Kindern wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sie können dies aber nicht häufiger umsetzen als diejenigen mit Berufsabschluss.

Anders als bei den Frauen ist die Erwerbstätigenquote bei Männern mit Kindern unabhängig vom Abschluss höher als bei denen ohne Kinder.

### Aktiv erwerbstätige alleinerziehende Frauen finanzieren nur zu 84,4 Prozent ihren Lebensunterhalt überwiegend durch die eigene Erwerbstätigkeit

Für 94,0 Prozent aller aktiv erwerbstätigen Mütter stellt die Erwerbstätigkeit die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhaltes dar (vgl. Abb. 13). Die Anteile unterscheiden sich, wenn nach den Lebensformtypen differenziert wird (ledige Kinder im Haushalt der Eltern werden im Folgenden nicht weiter berücksichtigt). Am wenigsten (84,4 Prozent) können sich alleinerziehende Frauen aus der eigenen Erwerbstätigkeit finanzieren. Für 14,8 Prozent waren Transferzahlungen<sup>17)</sup> die Hauptquelle zur überwiegenden Finanzierung ihres Lebensunterhaltes, obwohl sie aktiv erwerbstätig waren. Dabei handelt es sich sowohl um Arbeitsuchende, die eine geringfügige Beschäftigung ausüben, als auch um Erwerbstätige, deren Einkommen aus Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung durch ALG II „aufgestockt“ werden muss.

Anteilig mehr verheiratete Mütter (97,1 Prozent) als in einer Lebensgemeinschaft lebende (93,6 Prozent) finanzierten ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit. Die Unterschiede zu den Frauen im Alter von 25 bis unter 45 Jahre ohne Kinder sind relativ gering. Bei den Ehepaaren beträgt der Anteil der Frauen die ihren Lebensunterhalt durch die eigene Erwerbstätigkeit verdienen 97,5 Prozent, bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften 95,9 Prozent.

Der Anteil von Männern mit und ohne Kinder, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren, ist in allen Gruppen höher als der bei den Frauen.

Interessant ist an dieser Stelle auch der Vergleich zwischen Müttern in Sachsen und jenen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Dort beträgt der Anteil verheirateter Mütter,

die sich ihren Lebensunterhalt überwiegend durch die eigene Erwerbstätigkeit verdienen nur 75,3 Prozent. Bei Müttern in einer Lebensgemeinschaft sind es 90,2 Prozent (vgl. [2], S. 41).

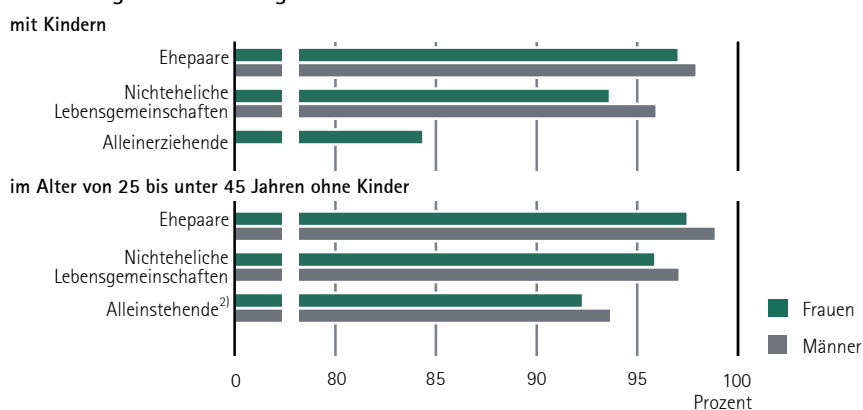
### Fazit

Die eigene Erwerbstätigkeit ist auch für Mütter von hoher Bedeutung. Die überwiegende Mehrheit der sächsischen Mütter finanziert sich vor allem damit ihren eigenen Lebensunterhalt. Unbefristet angestellte Frauen entscheiden sich häufiger für Kinder als befristet angestellte. Der Wunsch nach einer Dauerstellung und damit der Absicherung des Lebensunterhaltes ist bei Müttern in einem befristeten Arbeitsverhältnis ausgeprägter als bei Frauen ohne Kinder.

Viele sächsische Frauen sind relativ schnell nach der Geburt eines Kindes wieder bestrebt (häufig auch in Vollzeit) zu arbeiten. Dass dieser Wunsch grundsätzlich etwas schwieriger umzusetzen ist, zeigt sich im Vergleich zu Frauen und Männern ohne Kinder und vor allem auch im Vergleich zu Vätern, an der größeren Zahl der Mütter, die erwerbslos sind bzw. die in Teilzeit arbeiten, obwohl sie Vollzeit tätig sein möchten. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Geburt eines Kindes nicht nur auf die Erwerbsbeteiligung der Mütter auswirkt, sondern auch auf die Art und den Umfang der ausgeübten Erwerbstätigkeit. Für Männer haben Kinder im Haushalt hingegen kaum bzw. keine negativen Auswirkungen. Bei Vätern ist z. B. der Anteil Erwerbstätiger höher als bei Männern ohne Kinder. Dass die Geburt eines Kindes die Erwerbsbeteiligung

17) hier: Arbeitslosengeld I, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung u. a. Hilfen in besonderen Lebenslagen (z. B. Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege) sowie Leistungen nach SGB II (Hartz IV): ALG II, Sozialgeld

Abb. 13 Aktiv Erwerbstätige mit überwiegendem Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit<sup>1)</sup>



1) Personengruppen mit nicht repräsentativen Besetzungszahlen unter 5 000 Fällen werden in den Abbildungen nicht dargestellt (vgl. \*) = Zahlenwert nicht sicher genug in Tabellen)

2) einschließlich Alleinerziehende mit Kindern über 18 Jahren

der Frauen zunächst stärker einschränkt als die der Männer, ist biologisch bedingt. Allerdings sind die Frauen länger von diesen Einschränkungen betroffen, als sie dies für die Betreuung ihrer Kinder wünschen bzw. für notwendig halten. Auch wenn die Kinder etwas älter sind, können Frauen individuelle Wünsche zur Erwerbstätigkeit nicht im gleichen Maß umsetzen wie Männer/Väter oder auch Frauen ohne Kinder.

Ein großes „ungenutztes“ Arbeitskräftepotential findet sich bereits unter den sehr gut ausgebildeten Müttern mit Kindern im Krippenalter. Viele dieser Frauen wollen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben jedoch nicht die Möglichkeit dazu. Da sie selbst einschätzen, auch kurzfristig binnen zwei Wochen eine Tätigkeit aufnehmen zu können, liegt der Grund nicht in fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder. Dieses Potential sollte vor allem mit dem Hintergrund der demografisch bedingt sinkenden Zahl an zur Verfügung stehenden qualifizierten Arbeitskräften besser genutzt werden.

Teilweise ist die differenzierte Bewertung der Erwerbssituation der Frauen erst im Vergleich zu der Situation von Männern möglich. Die Darstellung zeigt jedoch, dass auch Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Frauen mit und ohne Kinder existieren. Um ein vollständiges Bild zur Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhalten, muss sowohl das Vorhandensein von Kindern als auch das Alter der Kinder als grundlegendes Analysemerkmal einbezogen werden.

Janika Weigel, Dipl.-Soz., Sachbearbeiterin  
Analyse Bevölkerung, Haushalte  
Anke Puschmann, Dipl.-Ing., Referentin  
Analyse Bevölkerung, Haushalte

## Literatur- und Quellenverzeichnis

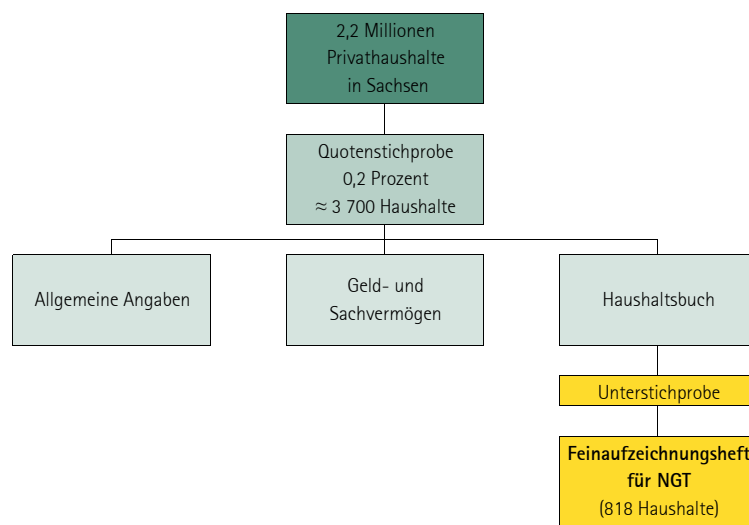
- [1] Puschmann, Anke (2011): Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen. In: Statistik in Sachsen 4/2011, S. 19-23.
- [2] Keller, Matthias/Haustein, Thomas et. al. (2012): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. In: Wirtschaft und Statistik, Januar 2012, S. 30-50.
- [3] Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2010, Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Wiesbaden.
- [4] Statistisches Landesamt Sachsen (2010): Statistischer Bericht A I 7-j/10. Haushalte und Lebensformen im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) 2010..
- [5] Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes.

# Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

## Vorbemerkungen

Der folgende Artikel basiert auf den Angaben der Privathaushalte, die im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 über den Zeitraum von einem Monat alle Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, nachfolgend auch als **NGT** benannt, aufgezeichnet haben. Die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren unterliegen im Vergleich zu anderen Konsumausgaben geringeren Schwankungen im Jahresverlauf. Daher führte nicht die Gesamtzahl aller an der Erhebung beteiligten privaten Haushalte ein so genanntes Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, sondern nur jeder fünfte Haushalt. [1] Das Feinaufzeichnungsheft stellt damit eine **Unterstichprobe** der EVS dar. 2008 umfasste diese Unterstichprobe 818 der rund 3 700 an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten sächsischen Privathaushalte. Die Auswahl der Haushalte erfolgte durch ein Rotationsverfahren, um zu gewährleisten, dass sich die Anschreibungen insgesamt und nach Schichtungsmerkmalen gleichmäßig auf die zwölf Kalendermonate des Erhebungsjahres verteilen. Im Feinaufzeichnungsheft wurden für den jeweiligen Anschreibemonat alle Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren nach Menge und Preis detailliert erfasst. Zusätzlich wurde registriert, ob die Einkäufe im In- oder Ausland erfolgten. Auch unterstellte Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, wie z. B. Sachentnahmen aus dem eigenen Betrieb bei Landwirten und Selbstständigen, Depu- tate bzw. Naturalentlohnungen, also die zum Lohn/Gehalt gehörenden Sachleistungen bei Arbeitnehmern sowie Entnahmen von Erzeugnissen aus selbst genutzten Gärten und der Kleintierhaltung wurden zusätzlich nach geschätztem Einzelhandelspreis bzw. Marktwert erfasst. In die Erhebung ebenfalls mit

Abb. 1 Erhebungsteile der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008



einbezogen waren Aufwendungen für den Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus sowie warmen Fertiggerichten im In- und Ausland. Da Mahlzeiten außer Haus seit 1998 den Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen zugerechnet werden, wurden diese Ausgaben nicht bei den Gesamtausgaben für NGT berücksichtigt. [1] Die Ergebnisse aus dem Feinaufzeichnungsheft der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden u. a. für ernährungswissenschaftliche Forschungsvorhaben genutzt und fließen in den Ernährungsbericht der Bundesregierung ein. [2]

## Methodische Erläuterungen

### Erhebungskonzeption

Da das Feinaufzeichnungsheft als Unterstichprobe des dritten Erhebungsteils der EVS, dem so genannten Haushaltsbuch, konzipiert wurde, verfügt es über einen deutlich geringeren Stichprobenumfang als dieser,

dafür aber über eine größere Erhebungstiefe. Im Haushaltsbuch fand ausschließlich die Groberfassung der monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren statt. Dagegen erfolgte im Feinaufzeichnungsheft die Detailanschreibung mit dem Ziel, die Feinstruktur der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren exakt abzubilden. [vgl. 3] Aus diesem Grund treten Unterschiede bei den Durchschnittswerten der monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zwischen den Haushaltsbucheinträgen (vgl. Statistische Berichte zu Einnahmen und Ausgaben sowie Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum im Freistaat Sachsen) und den Einträgen im Feinaufzeichnungsheft auf.

### Hinweis zur Hochrechnung

Die Daten der EVS 2008 wurden **getrennt** für das Bundesgebiet und die Länder hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die



hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie z. B. Haushaltstyp, soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt.

Für die Länderergebnisse, die mit dem Länderfaktor erstellt wurden, wurden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Alle im Artikel dargestellten Länderergebnisse basieren auf den **jeweiligen Länderfaktoren** der Hochrechnung.

### Statistischer Bericht zur Thematik

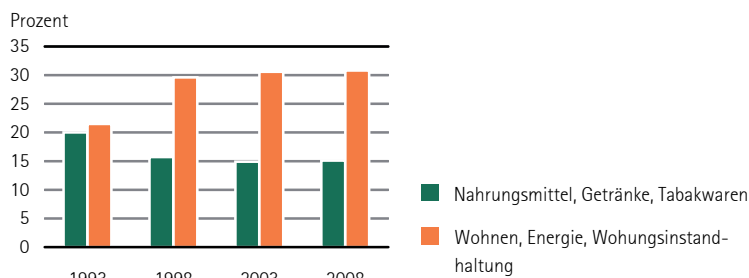
Im Januar 2012 wurde erstmals ein Statistischer Bericht zu den Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Freistaat Sachsen veröffentlicht. [6] Die Publikation liefert detaillierte Ergebnisse aus der EVS 2008 zu den durchschnittlichen monatlichen Ausgaben je Haushalt (durchschnittliche Haushaltsgröße 1,9 Personen) sowie zu den durchschnittlich gekauften Mengen an ausgewählten Produkten. Der Bericht schließt die Veröffentlichungsreihe von Statistischen Berichten zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 für den Freistaat Sachsen ab.

### Ergebnisse im Überblick

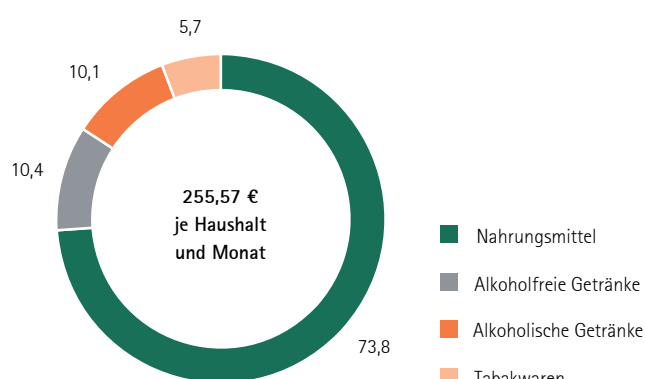
#### Anteil der Ausgaben für NGT an Konsumausgaben geht zurück

Die privaten Haushalte verwendeten 2008 15,1 Prozent ihrer Konsumausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. 1993, im Jahr der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in den neuen Bundesländern, betrug der Anteil noch 20,0 Prozent. Damals lagen die Anteile der Ausgaben für NGT und Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung mit 21,5 Prozent der gesamten Konsumausgaben annähernd gleich hoch. Obwohl sich die wertmäßigen Aufwendungen für NGT im genannten Zeitraum etwas erhöhten, betrug, bedingt durch den starken Anstieg der Ausgaben für Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung, der prozentuale Anteil für NGT an den privaten Konsumausgaben nicht einmal mehr die Hälfte der Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Die Ausgaben für NGT lagen 2008 erstmals an dritter Stelle

**Abb. 2 Anteil der Aufwendungen privater Haushalte in Sachsen für NGT und Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung an den privaten Konsumausgaben 1993, 1998, 2003 und 2008**



**Abb. 3 Struktur der Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2008 (in Prozent)**



le hinter den Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung (30,8 Prozent) und den Ausgaben für Verkehr (15,4 Prozent), u. a. Kraftwagen, Kraftstoffe, Verkehrsdienstleistungen. In den Jahren zuvor waren nur die Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung höher als die für „Essen und Trinken“. [vgl. 4]

#### Aufwendungen für NGT in den letzten zehn Jahren gestiegen

Durchschnittlich 255,57 € im Monat gaben die sächsischen Privathaushalte 2008 für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus. Damit stiegen die Ausgaben seit 1998 um 3,6 Prozent. Der Großteil der Aufwendungen wurde 2008 mit 188,49 € im Monat für Nahrungsmittel ausgegeben. Die monatlichen Ausgaben der Haushalte für alkoholfreie Getränke beliefen sich auf 26,64 €, für alkoholische Getränke wurde mit 25,92 € fast gleich viel im Monat aufgewendet. 14,52 € gaben die privaten Haushalte monatlich für den Konsum von Tabakwaren aus. Gegenüber 1998 sank der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel (75,4 Prozent) um durchschnittlich 1,6 Prozentpunkte. Der Anteil für alkoholfreie Getränke stieg bis 2003 um 0,4 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent und sank bis zum Jahr 2008 auf 10,4 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung

zeigte sich bei dem Anteil für alkoholische Getränke. Dieser stieg von 10,7 Prozent der Gesamtausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Jahr 1998 auf 11,1 Prozent im Jahr 2003 und sank 2008 auf 10,1 Prozent. Konstant über den gesamten Beobachtungszeitraum stieg dagegen der Anteil der Ausgaben für Tabakwaren. Von 3,2 Prozent im Jahr 1998 wurde ein Anstieg auf 3,9 Prozent bis 2003 registriert. 2008 lag der Anteil bereits bei 5,7 Prozent.

Im Bundesdurchschnitt stiegen im Zeitraum von 1998 bis 2008 die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren um 27,79 € bzw. 10,6 Prozent. Der Anteil der Aufwendungen für Nahrungsmittel sank von 74,2 Prozent im Jahr 1998 auf 72,2 Prozent in 2003 und stieg bis 2008 wieder auf 73,8 Prozent an. Bei den alkoholfreien Getränken stieg der Anteil der Ausgaben von 1998 bis 2003 um 0,5 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent und sank bis 2008 auf 11,0 Prozent ab. Der Anteil der alkoholischen Getränke stieg ebenfalls bis 2003 um einen halben Prozentpunkt auf 10,0 Prozent und sank danach auf 9,1 Prozent. Der Anteil für Tabakwaren erhöhte sich bis 2003 um einen Prozentpunkt auf 6,5 Prozent und sank bis 2008 leicht auf 6,2 Prozent der Gesamtausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. [vgl. 5, 6]

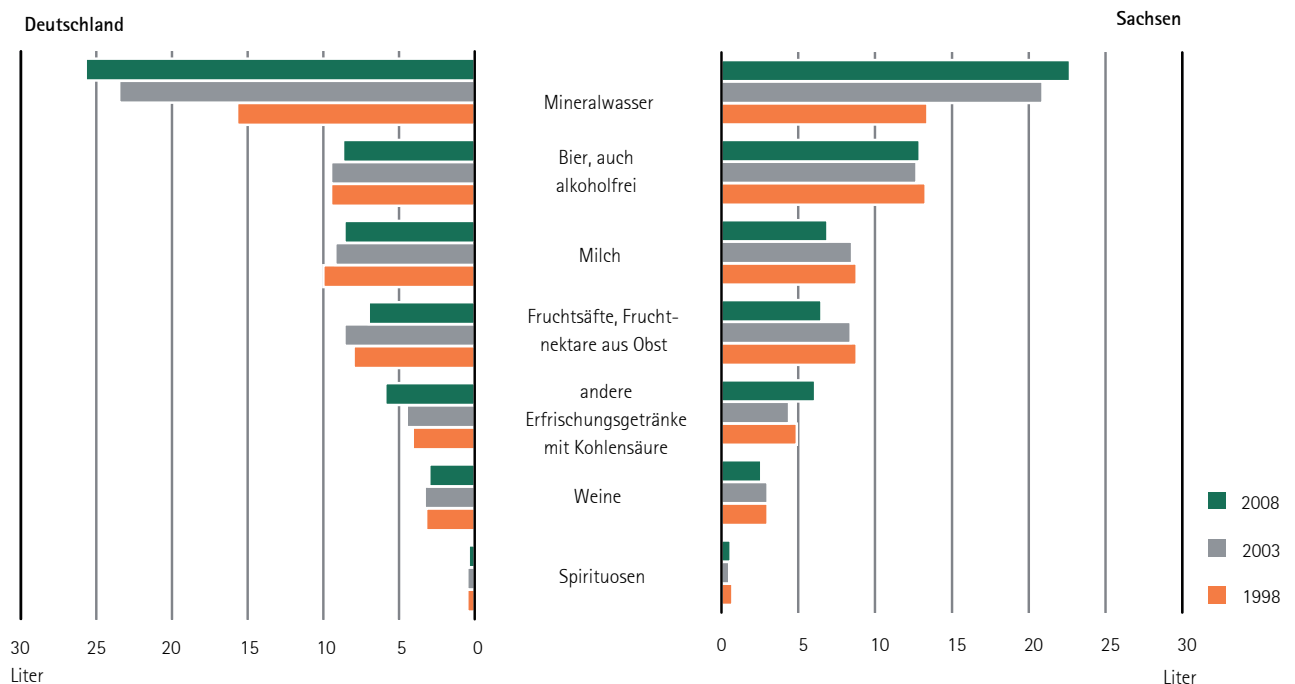
### Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren mit Abstand größte Position

Ein Blick auf die Ausgabestrukturen zeigt, dass die sächsischen Privathaushalte 2008 durchschnittlich 17,9 Prozent (45,82 €) ihrer monatlichen Gesamtaufwendungen für NGT für Fleisch und Fleischwaren ausgaben. 17,12 € entfielen darunter auf Wurstwaren (auch Wurstkonserven) und 5,96 € auf Speck, Schinken und Rauchfleisch. An zweiter Stelle folgten mit 13,2 Prozent (33,72 €) Brot und Getreideerzeugnisse. 20,08 € wurden darunter im Monat für Brot und andere Backwaren aus Brotteig sowie Dauerbackwaren ausgegeben. Den drittgrößten Posten mit 11,6 Prozent (29,54 €) stellten Molkereiprodukte und Eier dar, darunter 13,49 € für Käse und Quark. Alkoholfreie Getränke standen an vierter Stelle mit 10,4 Prozent (26,64 €). Darunter wurden 16,97 € für Mineralwasser, Limonaden und Säfte sowie 9,67 € für Kaffee, Tee und Kakao ausgegeben. Auf dem fünften Rang folgten die alkoholischen Getränke mit 10,1 Prozent (25,92 €). Bier (auch alkoholfrei) war darunter das meistgekauftete Getränk (12,58 €). Für Wein wurden 8,31 € im Monat ausgegeben. Hinter Gemüse und Kartoffeln mit 8,8 Prozent bzw. 22,58 € folgten 2008 mit 1,1 Prozentpunkten weniger die Ausgaben für Obst (7,7 Prozent bzw. 19,67 €). Darunter wurden z. B. durchschnittlich 4,06 € im Monat für Beeren und Weintrauben sowie 3,96 € für Äpfel ausgegeben. Auf dem achten Rang folgten mit 6,1 Prozent (15,68 €) die Ausgaben für Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren. Die größten Ausgaben der privaten Haushalte waren darunter für

Abb. 4 Anteil der Aufwendungen privater Haushalte für Gruppen von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren 1998, 2003 und 2008



Abb. 5 Durchschnittlich gekaufte Mengen an ausgewählten Getränken sowie Milch privater Haushalte 1998, 2003 und 2008 in Deutschland und Sachsen (je Haushalt und Monat in Liter)



Tab. 1 Aufwendungen privater Haushalte für Gruppen von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren in Sachsen und Deutschland 1998, 2003 und 2008

Merkmal	1998		2003		2008	
	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland
<b>Haushalte (1 000)</b>	<b>2 122</b>	<b>36 724</b>	<b>2 167</b>	<b>38 110</b>	<b>2 093</b>	<b>39 409</b>
	<b>je Haushalt und Monat in €</b>					
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	246,78	262,03	246,62	272,31	255,57	289,82
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	212,60	222,74	209,69	227,34	215,13	245,64
Nahrungsmittel	186,16	194,55	182,22	196,56	188,49	213,90
Brot und Getreideerzeugnisse	33,37	36,43	33,39	36,62	33,72	40,34
Fleisch, Fleischwaren	51,52	49,74	44,19	47,10	45,82	48,86
Fisch, Fischwaren	5,42	5,92	6,42	6,74	7,10	7,89
Molkereiprodukte und Eier	26,29	30,52	28,27	31,75	29,54	36,58
Speisefette und -öle	7,78	6,46	6,18	5,64	6,54	5,92
Obst	20,11	19,11	20,29	19,86	19,67	20,83
Gemüse, Kartoffeln	20,73	22,32	21,50	23,30	22,58	25,80
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	14,58	15,85	14,88	16,94	15,68	17,72
Nahrungsmittel, a. n. g.	6,36	8,21	7,11	8,62	7,84	9,95
Alkoholfreie Getränke	26,44	28,20	27,47	30,78	26,64	31,74
Kaffee, Tee, Kakao	10,56	10,58	7,92	8,44	9,67	9,98
Mineralwasser, Limonaden, Säfte	15,88	17,61	19,55	22,34	16,97	21,76
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	34,18	39,31	36,93	44,97	40,44	44,18
Alkoholische Getränke	26,39	24,86	27,38	27,34	25,92	26,30
Tabakwaren	7,80	14,42	9,55	17,63	14,52	17,88
	<b>Prozent</b>					
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	86,1	84,9	85,0	83,5	84,2	84,8
Nahrungsmittel	75,4	74,2	73,9	72,2	73,8	73,8
Brot und Getreideerzeugnisse	13,5	13,9	13,5	13,4	13,2	13,9
Fleisch, Fleischwaren	20,9	19,0	17,9	17,3	17,9	16,9
Fisch, Fischwaren	2,2	2,3	2,6	2,5	2,8	2,7
Molkereiprodukte und Eier	10,7	11,6	11,5	11,7	11,6	12,6
Speisefette und -öle	3,2	2,5	2,5	2,1	2,6	2,0
Obst	8,1	7,3	8,2	7,3	7,7	7,2
Gemüse, Kartoffeln	8,4	8,5	8,7	8,6	8,8	8,9
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren	5,9	6,0	6,0	6,2	6,1	6,1
Nahrungsmittel, a. n. g.	2,6	3,1	2,9	3,2	3,1	3,4
Alkoholfreie Getränke	10,7	10,8	11,1	11,3	10,4	11,0
Kaffee, Tee, Kakao	4,3	4,0	3,2	8,4	3,8	3,4
Mineralwasser, Limonaden, Säfte	6,4	6,7	7,9	22,3	6,6	7,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	13,9	15,0	15,0	45,0	15,8	15,2
Alkoholische Getränke	10,7	9,5	11,1	27,3	10,1	9,1
Tabakwaren	3,2	5,5	3,9	17,6	5,7	6,2

Schokoladen u. a. Schokoladenerzeugnisse (5,22 €) zu verzeichnen. Für Speiseeis wurden dagegen nur durchschnittlich 1,57 € ausgegeben. An neunter Stelle befanden sich mit 5,7 Prozent (14,52 €) die Ausgaben für Tabakwaren. Am wenigsten wendeten 2008 die privaten Haushalte im Freistaat monatlich für Fisch und Fischwaren (2,8 Prozent bzw. 7,10 €) sowie Speisefette und -öle (2,6 Prozent bzw. 6,54 €) auf. [vgl. 6]

#### Gekaufte Mengen an Brot und Fleisch um ein Drittel zurückgegangen

Sächsische Privathaushalte kauften 2008 durchschnittlich 2 991 Gramm Roggen-, Misch-, Schrot- und Vollkornbrot im Monat. Gegenüber 1998 ging die gekaufte Menge um 32,2 Prozent bzw. 1 419 Gramm zurück. Die gekaufte Fleischmenge der Privathaushalte im Freistaat betrug 2008 durchschnittlich 2 327 Gramm im Monat und damit 34,2 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor (1998: 3 534 Gramm). Diese Entwicklung

entsprach auch dem Bundesdurchschnitt. Schweinefleisch war 2008 mit durchschnittlich 1 058 Gramm vor Geflügelfleisch (891 Gramm) sowie Rind- und Kalbfleisch (365 Gramm) die in Sachsen meistgekauften Fleischsorte.

Reichlich ein Drittel (35,9 Prozent) der Ausgaben für Molkereiprodukte und Eier wurden von den privaten Haushalten 2008 für Käse ausgegeben. Durchschnittlich 1 302 Gramm Käse kauften sächsische Privathaushalte im Monat, 213 Gramm bzw. 14,1 Prozent weni-

ger als 1998. Bei Eiern lag die gekaufte Menge 2008 im Monat bei 20 Stück. Privathaushalte im Freistaat kauften mengenmäßig 15,6 Prozent mehr Speisefette und -öle als im Bundesdurchschnitt. Zum Beispiel wurden von den sächsischen Haushalten durchschnittlich 249 Gramm Butter (auch Butterzubereitungen, Butterschmalz) sowie 158 Gramm Margarine und andere pflanzliche Fette (ohne Öle) mehr im Monat gekauft. Durchschnittlich 67,08 € gaben die privaten Haushalte in Sachsen 2008 monatlich für Getränke und Tabakwaren aus. Dabei waren die Ausgaben für alkoholfreie und alkoholische Getränke mit jeweils knapp 40 Prozent fast gleich. Das meistgekauft alkoholfreie Getränk war für die Privathaushalte in Sachsen Mineralwasser (22,7 Liter pro Monat), bei den alkoholischen Getränken stand Bier (auch alkoholfrei) mit 12,9 Litern an erster Stelle. Im Bundesdurchschnitt wurden im Monat 3,0 Liter Mineralwasser mehr und 4,2 Liter Bier (auch alkoholfrei) weniger gekauft. Seit 1998 ist die monatlich gekaufte Menge an Mineralwasser um 69,4 Prozent im Freistaat gestiegen. Sächsische Privathaushalte kauften 2008 weniger Kaffee im Monat als noch 1998. Die gekaufte Menge ging um durchschnittlich 11,2 Prozent auf 895 Gramm zurück. Im Jahr 2008 entfielen 21,6 Prozent der Ausgaben für Getränke und Tabakwaren auf Tabakwaren, wobei die Ausgaben für Zigaretten mit 12,56 € den größten Betrag ausmachten. Trotz mehrfacher Erhöhung der Tabakwarensteuer im Beobachtungszeitraum war der Zigarettenkauf nicht rückläufig. 1998 wurden

durchschnittlich 80 Zigaretten im Monat im Wert von 7,68 € erworben. 2008 kauften die Haushalte im Freistaat monatlich 83 Zigaretten. Die durchschnittlich gekaufte Stückzahl lag 2008 im Freistaat 11 Zigaretten über dem Bundesdurchschnitt, wertmäßig allerdings fast einen Euro im Monat darunter. Dieser Fakt ist am ehesten mit der Möglichkeit des günstigen Einkaufs von Tabakwaren in der Tschechischen Republik und in Polen begründbar. [vgl. 6]

### Zusammenfassung

Der Anteil der Ausgaben für „Essen und Trinken“ an den Konsumausgaben lag 2008 in Sachsen als auch im Bundesdurchschnitt unter den Anteilen der Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung sowie der Ausgaben für den Bereich Verkehr.

Die Auswertung der Feinaufzeichnungshefte zeigte, dass seit 1998 die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren in Sachsen im Durchschnitt um 3,6 Prozent gestiegen sind. Im gleichen Zeitraum stiegen die Ausgaben für NGT im Bundesdurchschnitt um 10,6 Prozent.

Die Struktur der Ausgaben für NGT in sächsischen Privathaushalten hat sich im Vergleich zu 1998 verändert. Während sich z. B. der Anteil der Ausgaben für Tabakwaren, Molkereiprodukte und Eier, Fisch und Fischwaren sowie Gemüse und Kartoffeln erhöhte, sank der Anteil für Fleisch und Fleischwaren, Speisefette und -öle, alkoholfreie und alkoholische Getränke, Obst sowie Brot und Getreideerzeugnisse. Im Vergleich zum Bundes-

durchschnitt unterscheidet sich die Struktur der Ausgaben für NGT von der in Sachsen 2008 nur unwesentlich. Die Ausgaben für NGT der Privathaushalte in Sachsen sind jedoch in fast allen Positionen niedriger als im Bundesdurchschnitt. Unterschiede werden auch bei den gekauften Mengen an ausgewählten Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sichtbar. Die Privathaushalte im Freistaat kauften z. B. mehr Roggen- und Mischbrot oder Kartoffeln als im Bundesdurchschnitt, dafür aber weniger Reis und Teigwaren. Während im Bundesdurchschnitt mehr Molkereiprodukte als in sächsischen Privathaushalten gekauft wurden, war es bei Fleisch und Fleischwaren umgekehrt. Die privaten Haushalte in Sachsen kauften zudem mehr Kaffee und Bier im Monat, dafür aber weniger Tee und Mineralwasser als im Bundesdurchschnitt.

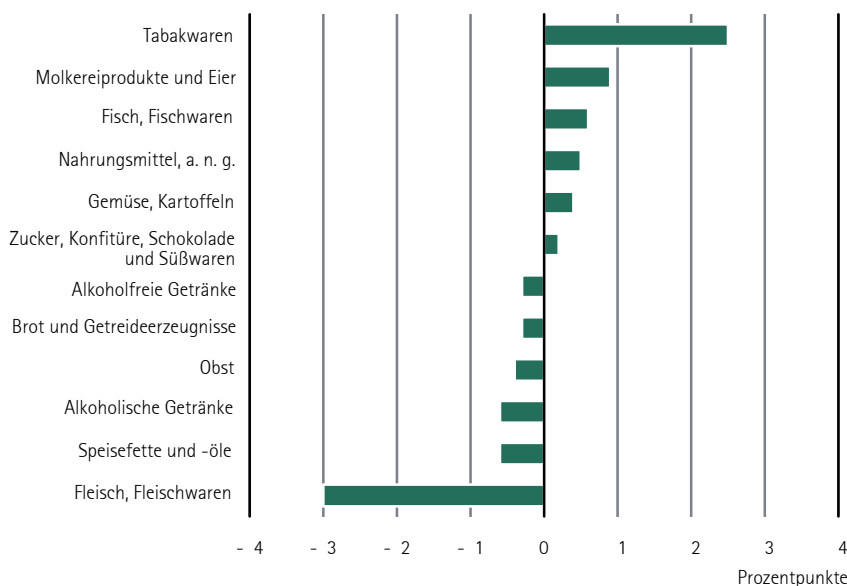
Detaillierte Ergebnisse enthält der zum ersten Mal veröffentlichte Statistische Bericht zu den Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Freistaat Sachsen. [6]

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte  
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Czajka, S.; Kott, K.: Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003 – Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. In: *Wirtschaft und Statistik* 6/2006, S. 630 – 643.
- [2] Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003, Faltblatt, Wiesbaden 2006.
- [3] Statistisches Bundesamt: Erzeugung und Verbrauch von Lebensmitteln, Pressebroschüre, Wiesbaden 2006.
- [4] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 5 - 5j/08, Kamenz 2011.
- [5] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Fachserie 15 Heft 3, Wiesbaden 2011.
- [6] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 4 - 5j/08, Kamenz 2012.

**Abb. 6 Veränderung der Anteile der Aufwendungen für Gruppen von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren 2008 im Vergleich zu 1998**



# Die sächsische Mietpreisstatistik – Einblicke in die Erhebungspraxis

## Mietpreise als Teil des Verbraucherpreisindex

Für den Januar 1991 wurde erstmals ein sächsischer Verbraucherpreisindex ermittelt und veröffentlicht. Bei der Berücksichtigung von Preisen für ca. 700 Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs der privaten Haushalte spielten/spielen auch Ausgaben zum Thema „Wohnen“ (vgl. Abb. 1) eine entscheidende Rolle. In diesen Bereich fallen jedoch nicht nur „Nettomieten“, sondern auch „Nebenkosten“ wie beispielsweise Gebühren für „Wasser“ oder die „Grundsteuer“. Des Weiteren werden in der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ der COICOP-Klassifikation<sup>1)</sup> die Preise für „Haushaltsenergie“ sowie „Dienstleistungen und Erzeugnisse der Instandhaltung“ berücksichtigt. Mit circa 31 Prozent nimmt diese Sparte den größten Anteil unserer monatlichen Kosten und damit den höchsten Wägungsanteil im Verbraucherpreisindex ein. In der Folge beeinflusst der Komplex die Gesamtentwicklung des Verbraucherpreisindex entscheidend. Speziell Anfang der 1990er Jahre wirkten

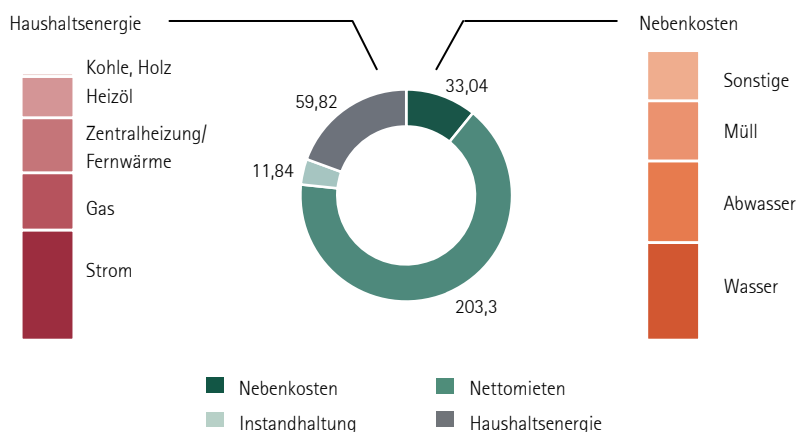
„Nettomieten“ und „Wohnungsnebenkosten“ stark inflationär. Die Angleichung der „Nettomieten“ an das „Westniveau“ (1. und 2. Grundmietenanpassung 1991 und 1992) war ein entscheidender Grund, warum der sächsische Verbraucherpreisindex mit 14,0 bzw. 10,6 Prozent im durchschnittlichen Jahresvergleich 1991/1992 sowie 1992/1993 bisher am stärksten anstieg. Erst nach 1995 im Zuge des Mietenüberleitungsgesetzes beruhigte sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, führte jedoch von 1995 bis 2001 nochmals zu einem Mietaufschlag von fast zwölf Prozent. Seit der Einführung des Euro erhöhten sich die Mieten durchschnittlich im Jahr nur noch um 0,2 Prozent. Hintergrund dürften neben den abgeschlossenen Sanierungen auch die Leerstandsquoten sein. Erst allmählich findet eine Marktregulierung (Rückbau) statt, die mit einem Aufwärtstrend (durchschnittlicher Anstieg 2011: 0,4 Prozent) einhergeht. Wie bereits erwähnt, trugen „Wohnungsnebenkosten“ in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung ebenso zu einem deutlichen Plus (1995 bis 2001: 31,1 Prozent) bei. Speziell im

Bereich der „Müllabfuhr“ (41,1 Prozent) musste man sich an immer neue Abrechnungssysteme und Preisanpassungen gewöhnen. Das stärkere Umweltbewusstsein und die Reduzierung des Müllaufkommens machten sich allerdings in den vergangenen Jahren nicht positiv bemerkbar, sondern verteuerten die Abfallentsorgung danach um weitere 24,1 Prozent. Moderater ging es seit 2002 bei „Wasser“ (2,7 Prozent) und „Abwasser“ (8,6 Prozent) zu, nachdem sich zwischen 1995 und 2001 mit der Bildung der Zweckverbände die Preise um 32 bzw. 26 Prozent erhöht hatten.

„Haushaltsenergie“ wird mit den Jahren immer mehr zum Luxus. Gegenüber 1995 zahlte man 2011 fast 114 Prozent mehr für „Strom, Gas, Heizöl, Kohle und Fernwärme“. Dabei entfielen allein auf die vergangenen zehn Jahre knapp 65 Prozent. Hauptsächlich die Jahre 2005 (12,4 Prozent), 2006 (10,5 Prozent), 2008 (9,4 Prozent) und 2011 (7,8 Prozent) zeugten von spürbaren Preissprüngen. Aber auch bis 2001 prägten stetige Preiserhöhungen (1995 bis 2001: 29,4 Prozent) das Bild. Mit Teuerungen von fast zehn Prozent waren speziell die Jahre 2000 und 2001 überaus markant.

Neben der allgemeinen Entwicklung der „Nettomieten“, „Nebenkosten“ und Preise für „Haushaltsenergie“ im Laufe der Zeit verdeutlichen Abbildung 2 sowie die Tabelle 1 den Einfluss dieser Teilindizes auf den Gesamtindex. Seit 1995 verteuerte sich das Leben in Sachsen im Schnitt um 29 Prozent. Ohne den dämpfenden Charakter der „Nettomieten“ sogar um reichlich 33 Prozent. Werden dagegen die Teuerungen im Bereich der „Haushaltsenergie“ ausgeblendet, ergab sich eine Mehrbelastung der sächsischen Privathaushalte von „nur“ 25 Prozent. Speziell in den Jahren nach 2005 dämpften die fast konstanten „Nettomieten“ den Preisanstieg um 2,7 Prozentpunkte wäh-

Abb. 1 Wägungsanteile der Positionen im Bereich "Wohnen" (in Promille; Basis 2005 = 100)



1) Classification of Individual Consumption by Purpose

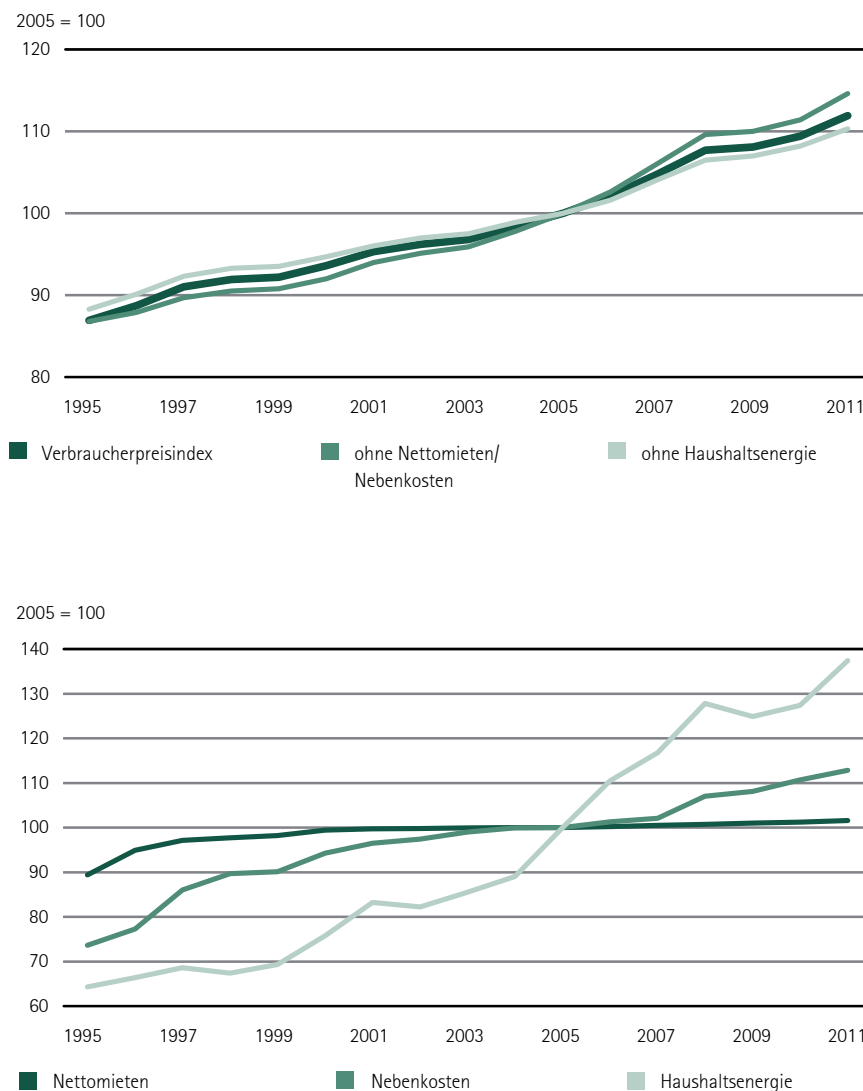
rend die Erhöhung der „Nebenkosten“ (12,8 Prozent) aufgrund der geringeren Wägung keine sichtbaren Auswirkungen hatten. Die Preise am Energiemarkt verstärkten die durchschnittliche Teuerung dagegen in den letzten Jahren um 1,6 Prozentpunkte.

### Erfassung der Nettomieten

Nachdem im ersten Abschnitt die Stellung der Warenkorpositionen „Wohnen“ näher dargelegt wurde, soll im Weiteren auf die Erhebungsgrundsätze eingegangen werden.

Für die Beobachtung der „Nettomieten“ stehen insgesamt sieben Erhebungspositionen (vgl. Abb. 3) zur Verfügung. Eine grobe Trennung erfolgt nach dem Alter der Wohnung (Alt- bzw. Neubau), der Wohnungsgröße (bis bzw. über 70 m<sup>2</sup>, über 100 m<sup>2</sup>) sowie nach der Art der Finanzierung (öffentlich gefördert, freifinanziert). Entsprechend des Wägungsanteils und des Wohnungsbestandes in Sachsen ergibt sich die zu berücksichtigende Anzahl an Mieten. Aktuell umfasst der Berichtskreis circa 100 Vermieter aus den Bereichen der kommunalen als auch privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen sowie einige Privatvermieter. Insgesamt, verteilt auf 64 sächsische Städte und Gemeinden, werden über 1 500 einzelne Wohnungen hinsichtlich ihrer Miethöhe und Ausstattung beobachtet. Derzeit schwierig gestaltet sich der Sektor des öffentlich geförderten Wohnraums. Im Zuge der Föderalismusreform I ging die Wohnraumförderung 2002 in die Verantwortung der Bundesländer. Die sächsische Regierung entschied sich in der Folge, aufgrund der allgemeinen Lage am Wohnungsmarkt (genügend preisgünstiger Wohnraum verfügbar), gegen eine gezielte Förderung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Dies erforderte somit ein Umdenken in der Mietpreisstatistik. Die Möglichkeit zur Abdeckung der beiden betroffenen Erhebungspositionen minimiert sich stetig, da die nach der Wiedervereinigung aufgesetzten Förderprogramme auslaufen bzw. bereits ausgelaufen sind. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe werden bereits

Abb. 2 Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Einfluss von Mieten und Haushaltsenergie (Jahresdurchschnitte)



intensiv Lösungsmöglichkeiten im Verbund der Preisstatistiker diskutiert, um die länderspezifischen Entwicklungen auf diesem Feld adäquat abzubilden.

Die Statistik der Mietpreise als Teil der Verbraucherpreisstatistik unterliegt selbstverständlich den gleichen rechtlichen Grundlagen wie alle Preisstatistiken. Im § 2 Punkt 4 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I, S. 605)<sup>2)</sup> wird die Er-

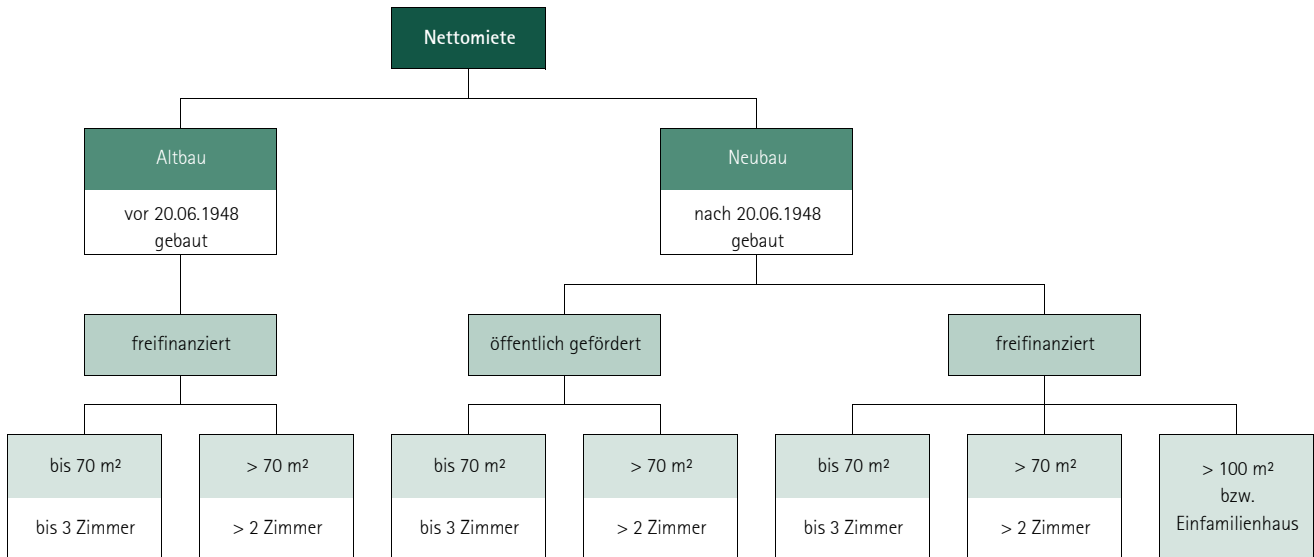
hebung von Mieten und Pachten für Räume und Grundstücke explizit genannt. Als Auskunftspflichtige kommen gemäß § 6 die Vertragsparteien, das heißt Mieter oder Vermieter in Frage. Sachsen hat sich beim Aufbau der Statistik für die Vermieter als Berichtspflichtige entschieden. Diese Verfahrensweise hat sich hinsichtlich der Organisation als sehr praktikabel erwiesen. Beispielsweise bleibt so bei einem Mieterwechsel der Ansprechpartner erhalten. Zudem lassen sich bei einem Auskunftspflichtigen gleichzeitig mehrere Mieten verschiedener Kategorien befragen. Unter Zugrundelegung des arithmetischen Mittels werden in Sachsen im Schnitt 15 Mieten bei einem Vermieter beobachtet. Dafür erhalten diese in der Regel quartalsweise<sup>3)</sup> pro Wohnung, die sich in der

2) zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I, S. 2246)  
3) Mieten besitzen eine sehr geringe Volatilität, so dass abweichend von der normalerweise im Verbraucherpreisindex geltenden monatlichen Erhebungspraxis zur Minimierung der Belastung der Auskunftspflichtigen auf einen vierteljährlichen Erhebungszyklus abgestellt wurde.

Tab. 1 Durchschnittliche Teuerung (in Prozent; Basis 2005 = 100)

Merkmal	Verbraucherpreisindex	Verbraucherpreisindex ohne			
		Nettomieten und Nebenkosten	Nettomieten	Nebenkosten	Haushaltsenergie
Wägungsanteil in Promille	1 000	763,66	796,70	966,96	940,18
Veränderung 1995 zu 2011	28,8	32,0	33,3	27,6	24,9
1995 zu 2005	15,1	15,2	16,3	14,0	13,3
2005 zu 2011	11,9	14,6	14,6	11,9	10,3

Abb. 3 Klassifikation der Nettomieten

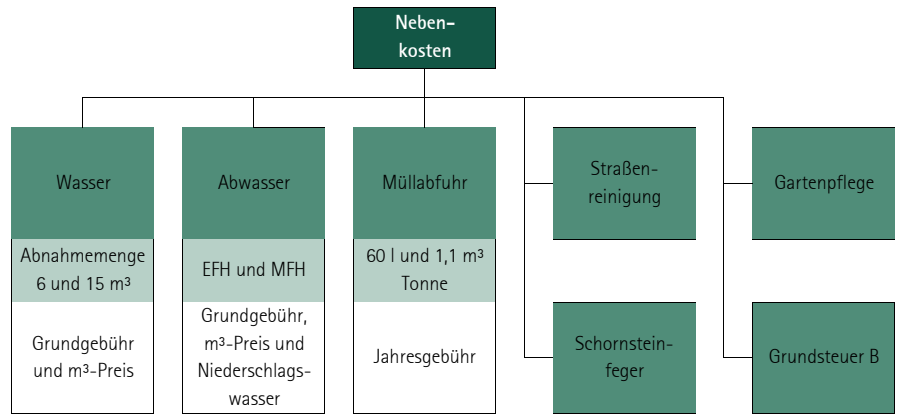


Stichprobe befindet, einen Erhebungsbogen. Darin werden neben der eigentlichen Grundmiete auch Kosten für einen Stellplatz oder eine Garage sowie die Ursachen für eventuelle Mietpreisänderungen eingetragen. Dies ist für eine exakte Weiterverarbeitung der Preismeldung im Amt wichtig, da es bekanntlich das Ziel der Preisstatistik ist, nur „reine“ Preisveränderungen also unabhängig von Qualitätsverbesserungen/-verschlechterungen abzubilden. Preiserhöhungen z. B. infolge von Modernisierungen oder durch den Anbau eines Balkons müssen folglich mittels geeigneter mathematisch-statistischer Verfahren qualitätsbereinigt werden. Dazu dienen ferner weitere Angaben zur Wohnung und deren Ausstattung wie

- das Baujahr,
- die Zahl der Räume,
- die Wohnlage (einfach, mittel, gut),
- die Ausstattung (einfach, mittel, gut),
- der Beginn des Mietvertrages,
- sonstige Spezifika (Balkon, Garage, Stellplatz) und selbstverständlich
- die Gesamtfläche der Wohnung,

die ebenso Erhebungsbestandteile sind. Ist die Qualitäts- und Mengenbereinigung der Einzelmieten abgeschlossen, schließt sich die Bildung von Durchschnittspreisen je Warenkorposition sprich Mietkategorie (vgl. Abb. 3) über das arithmetische Mittel an. Dem folgt die Ermittlung von Elementar- und Teilindizes, die letztendlich mittels Wägungs-

Abb. 4 Was zählt zu den Nebenkosten?



anteilen gewichtet und zum Index „Nettomieten“ aggregiert werden. Dieser fügt sich mit allen anderen als gewogenes arithmetisches Mittel zum Verbraucherpreisindex zusammen. Für alle diese Rechenschritte steht entsprechende IT-Technik zur Verfügung, die die Arbeitsabläufe wesentlich verkürzt und vereinfacht.

**Registrierung der Wohnungsnebenkosten**

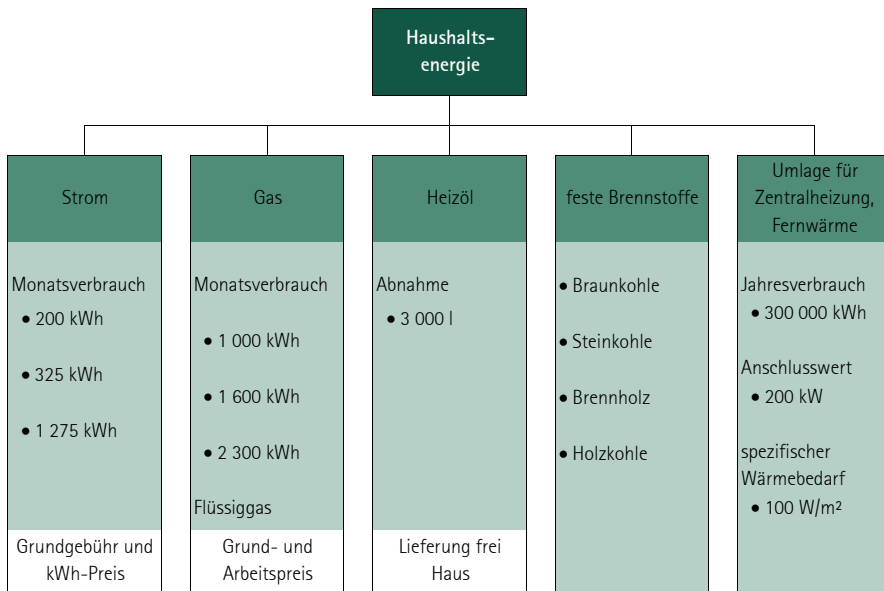
Mit der reinen Grund- bzw. Kaltmiete überweisen die sächsischen Mieter zusätzlich monatlich eine Abschlagszahlung für ihre angefallenen Nebenkosten. Sie machen im Schnitt drei Prozent der Ausgaben eines Privathaushaltes aus. Selbstverständlich werden auch diese finanziellen Aufwendungen im Verbraucherpreisindex berücksichtigt. Welche Positionen dies im Detail sind, visualisiert Abbildung 4.

Die Erfassung dieser Preise erfolgt in der Regel im Amt mittels Auswertung von Gebührenordnungen, Gesetzen oder Tarifinformationen der jeweiligen Anbieter. Ein Fokus

liegt dabei auf der regionalen Abdeckung. Zusätzlich finden verschiedene Verbrauchsfälle, die repräsentativ und bundeseinheitlich unter Auswertung anderer Statistiken konzipiert wurden, Anwendung. Dies gilt speziell für die Positionen „Wasser“, „Abwasser“ und „Müllabfuhr“. Für jeden Anbieter/Zweckverband werden somit mehrere Modelle gerechnet. Die umfassen jeweils die eigentliche Grundgebühr sowie die variable Komponente in Form von Kubikmeterpreisen oder Behältergrößen.

Basis für die Position „Straßenreinigung“ bilden die von den Städten oder Kommunen für einen Meter Straßenfrontreinigung berechneten Gebühren. Bei der „Grundsteuer“ sind es die Hebesätze. Kehr- und Überprüfungsleistungen für verschiedene Heizungsarten spielen im Bereich „Schornsteinfegergebühren“ eine Rolle. Hier zeichnet sich jedoch eine Änderung ab, da Ende 2012 das bisherige lokale Monopol mit den durch die Landesregierungen festgelegten einheitlichen Preisen ausläuft und der Markt für ausgewählte Leistungen geöffnet wird. In der Verantwortung

Abb. 5 Untergliederung der Haushaltsenergie im Verbraucherpreisindex



des Statistischen Bundesamtes liegt dagegen die Preisbeobachtung auf dem Sektor „Gartenpflege“. Relevant sind dabei typische Hausmeistertätigkeiten zur Pflege der Außenanlagen (z. B. Baumschnitt, Schneeberäumung). Die programmtechnische Verarbeitung erfolgt analog der Vorgehensweise bei den „Nettomieten“.

**Beobachtung der Preise für Haushaltsenergie**

Wer eine Wohnung bewohnt, benötigt nicht nur „Wasser“, sondern auch „Strom“ und in der kühleren Jahreszeit vielleicht etwas Wärme. Zur Deckung dieses Bedarfs dient „Haushaltsenergie“ (Abb. 5).

Für die Darstellung der Preisentwicklung bei „Strom“ und „Gas“ ermitteln die Mitarbeiterinnen im Amt die Grund- und Arbeitspreise der verschiedenen Anbieter anhand der veröffentlichten Preisinformationen. Verschiedene bundeseinheitlich festgelegte Verbrauchsfälle bilden den Rahmen, um die registrierten Preise zu verarbeiten. Indexwirksam wird am Ende der Betrag, den ein Haushalt beispielsweise für die monatliche Abnahme von 325 kWh Strom zahlt.

Aufgrund der Volatilität der Heizölpreise werden diese an verschiedenen Tagen und Zeiten verteilt über den gesamten Berichtsmonat direkt bei den Händlern erfragt. Als Verkaufskriterium für den Hektoliterpreis dient die „Lieferung von 3 000 Litern frei Haus“.

Unter die Rubrik „feste Brennstoffe“ ordnen sich neben „Kohle“ auch „Brennholz, Holzpellets, Holzkohle oder Ähnliches“ ein. Diese Produkte lassen sich jedoch nicht nur über Großhändler beziehen, sondern sind zudem in kleineren Abpackungen in Verbraucher-

und Baumärkten käuflich zu erwerben. Aus diesem Grund werden die Preise einerseits telefonisch im Amt erfasst, andererseits vor Ort durch unsere Preisermasser.

Die „Umlage für Zentralheizung und Fernwärme“ stellt eine Mischposition dar, in welche die zentral durch das Statistische Bundesamt ermittelten Preise für die Nutzung einer Zentralheizung sowie die landesspezifischen Tarife eines Fernwärmeanschlusses eingehen. Die Erhebung erfolgt amtsintern in direkter Zusammenarbeit mit den Anbietern durch Auswertung der veröffentlichten Tarifblätter.

Sind alle Informationen eingeholt und die Preisbeobachtungen beendet, folgen die bereits dargelegten Berechnungsschritte zur Ermittlung der einzelnen Indizes.

**Instandhaltung**

Die Aufwendungen, die private Haushalte haben, um ihre vier Wände instand zu halten oder Reparaturen durchzuführen, bleiben natürlich nicht unberücksichtigt.

Die Preisentwicklung der einbezogenen „Dienstleistungen“ wie

- Tischler-,
- Elektriker- und
- Klempnerarbeiten

wird zentral aus der vierteljährlichen Statistik der Bauleistungspreise adaptiert.

Im Gegensatz dazu liegt die Beobachtung der Preise für die „Erzeugnisse zur Instandhaltung“, dazu zählen u. a.

- Tapeten,

- Dispersions- und Acrylfarbe,
- Tapetenkleister, Verdünnung, Grundierung u. Ä.,
- Spachtelmasse und Gips,
- Fenster, Türen sowie
- Wand- und Deckenverkleidungen,

monatlich im Verantwortungsbereich der Landesämter. Dafür suchen Preisermasser Baumärkte und spezielle Fachgeschäfte auf.

**Fazit**

Aufgabe der Verbraucherpreisstatistik ist es unter anderem ein möglichst genaues Abbild der monatlichen Preisveränderungen aufzuzeigen. Dazu gehört eben auch die Mietpreisstatistik, die sich neben der Erfassung der „Nettomieten“ auch mit dem breiteren Spektrum der „Nebenkosten“ befasst. Nicht zuletzt durch den hohen Wägungsanteil und dem daraus resultierenden Einfluss im Verbraucherpreisindex gilt diesem Bereich ein besonderes Augenmerk. Um diesen Ansprüchen auch zukünftig gerecht zu werden, wurde im Herbst 2010 eigens eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet, mit dem Ziel die Mietpreisstatistik zu reformieren. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen beispielsweise:

- die Neukonzeption der Stichprobe zur Optimierung der räumlichen und fachlichen Abdeckung,
- die Verbesserung der Erhebungsorganisation u. a. durch Nutzung einer elektronischen Preiserhebung/-lieferung,
- die Reaktion auf Gesetzesänderungen – Stichwort Liberalisierung der Strom-/Gasmärkte, Neugestaltung der Grundsteuer, Wegfall des Monopols bei Schornsteinfegern,
- ...

Die Welt und die Statistik stehen nicht still. Betrachten Sie daher diesen Beitrag als eine Momentaufnahme der derzeitigen Erhebungspraxis. Die Zukunft wird zeigen, wie sich die Entwicklungen des Bereichs „Wohnen“ im Verbraucherpreisindex darstellen.

Franziska Hacker, Dipl.-Wirtsch.-Inf., Referentin Preise



# 20 Jahre Euroregion Neisse–Nisa–Nysa

## Ausgewählte statistische Daten

### Anlass

Die Euroregion Neisse–Nisa–Nysa ist eine von 185 Euroregionen in Europa. 2010 feierte die Euroregion Neisse–Nisa–Nysa ihr 20-jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlass erarbeiteten die Mitarbeiter der Euroregionalen Expertengruppe (EUREX) Statistik, eine von derzeit 16 bestehenden Expertengruppen in der Euroregion, eine umfangreiche Publikation. Sie liefert zahlreiche Informationen zur Entwicklung in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens anhand von statistischen Daten zu ausgewählten Jahren seit Gründung der Euroregion. In diesem Artikel sollen ausgewählte Ergebnisse vorgestellt werden.

### Methode

Bei der Interpretation der Ergebnisse zu den Daten für die drei Teile der Euroregion müssen methodische Unterschiede bei der Datenbereitstellung beachtet werden. In den aufgeführten Fußnoten wird auf ausgewählte Faktoren hingewiesen. Ausführlichere Definitionen befinden sich im Internetangebot des Statistischen Landesamtes unter der Adresse: <http://www.statistik.sachsen.de/html/11618.htm>.

### Über die Arbeit der EUREX Statistik

Die in der Euroregion Neisse–Nisa–Nysa entwickelten verschiedenen Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfordern eine besondere und kontinuierliche Unterstützung mit Informationen. Zunehmend wird nach Veröffentlichungen verlangt, die vergleichbare Angaben in einer tiefen regionalen Gliederung liefern. Die Erarbeitung derartiger Publikationen gehört zu den Hauptaufgaben der EUREX Statistik. In der Expertengruppe sind Mitarbeiter aus dem Tschechischen Statistischen Amt in Li-

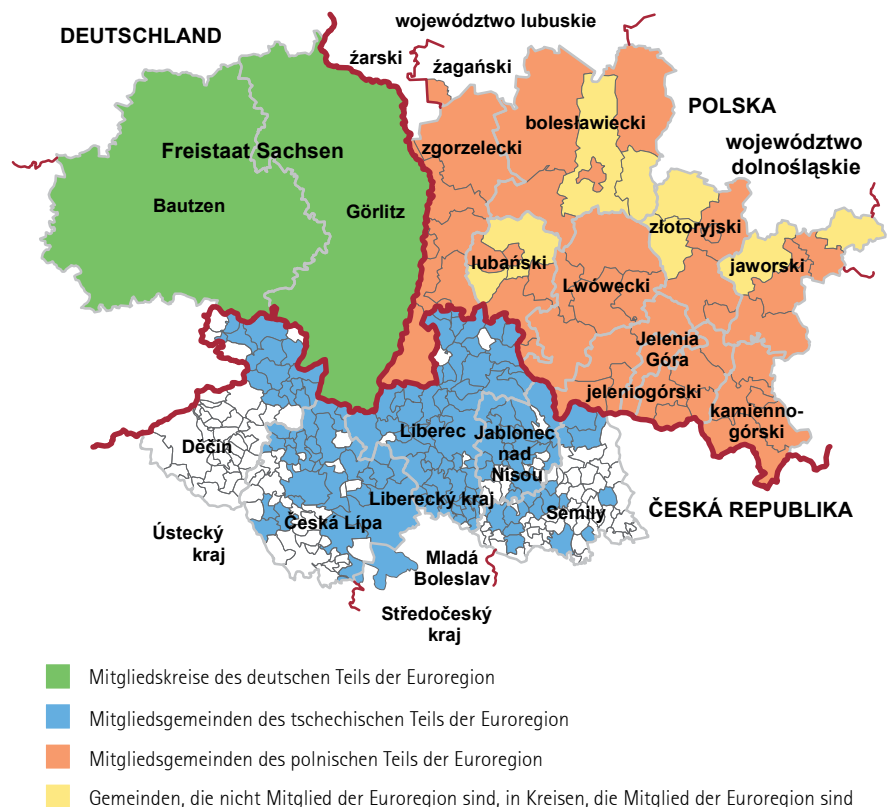
berec, dem Statistischen Amt Wrocław, Abteilung Jelenia Góra und dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen Mitglied. Seit 1991 bis hinein in die Gegenwart haben sie sich zu etwa 90 Arbeitsterminen getroffen. In der Vergangenheit wurden zahlreiche Publikationen (Printexemplare) veröffentlicht. In den 1990er Jahren erschienen zu ausgewählten Partnerstädten sogenannte Städtebroschüren, es folgten Broschüren mit Informationen zu den einzelnen Kreisen der Euroregion und ausgewählten Themen wie Bildung, Tou-

rismus oder Kinder sowie die Erarbeitung von Faltblättern und Jahrbüchern. Inzwischen liegt der Schwerpunkt bei der Bereitstellung von aktuellen vergleichbaren Daten der Euroregion Neisse–Nisa–Nysa im Internet.

### Ausgewählte Ergebnisse aus „20 Jahre Euroregion Neisse – Nisa – Nysa“

Unter den 185 Euroregionen befinden sich 27 mit deutscher, 16 mit polnischer und 13 mit tschechischer Beteiligung. An den Grenzen

Abb. 1 Euroregion Neisse–Nisa–Nysa  
Gebietsstand: 31. Dezember 2010



- Mitgliedskreise des deutschen Teils der Euroregion
- Mitgliedsgemeinden des tschechischen Teils der Euroregion
- Mitgliedsgemeinden des polnischen Teils der Euroregion
- Gemeinden, die nicht Mitglied der Euroregion sind, in Kreisen, die Mitglied der Euroregion sind

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen – Euroregion Neisse – Nisa – Nysa

Deutschlands zu Polen und Tschechien bzw. Polens zu Tschechien gibt es 11 Euroregionen. Mit dem Gründungsdatum 1991 ist die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa (vgl. Abb. 1) die älteste dieser 11 Euroregionen. Nach der deutsch-polnischen Euroregion Pomernia ist die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa die zweitgrößte bezüglich der Fläche und der Einwohnerzahl.

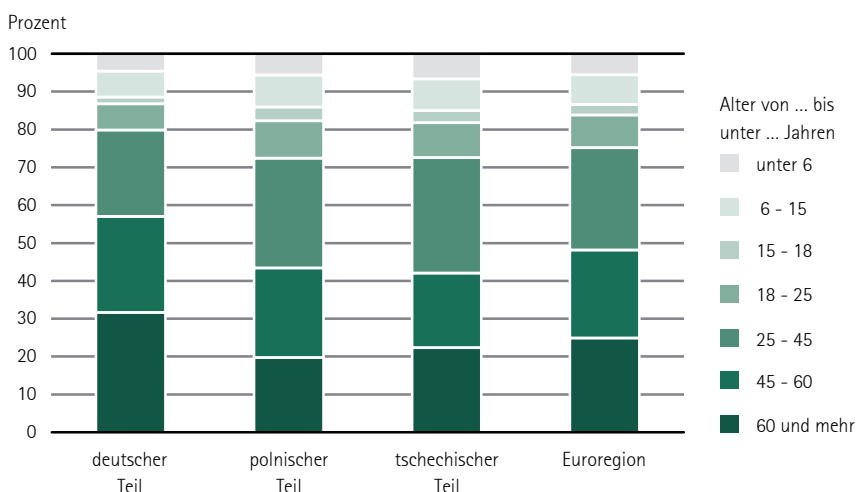
### 2010 lebten 1,6 Millionen Einwohner in 307 Gemeinden der Euroregion

2010 gehörten insgesamt 307 Gemeinden zur Euroregion Neisse-Nisa-Nysa. Aufgrund von Gebietszusammenschlüssen im deutschen Teil der Euroregion, aber auch Gebietsteilungen und Änderungen der Mitgliedschaft zur Euroregion Neisse-Nisa-Nysa sind das 78 Gemeinden weniger als 1991. Während 1991 in 86 Prozent der Gemeinden weniger als 5 000 Einwohner lebten, traf dieses 2010 noch auf fast drei Viertel aller Gemeinden zu. Im tschechischen Teil lag dieser Anteil sogar bei 87 Prozent, im polnischen Teil betraf das nur rund ein Viertel der Gemeinden. Lediglich etwa jede zehnte Gemeinde in der Euroregion hatte 2010 mehr als 10 000 Einwohner.

Bis 2010 sank im Vergleich zu 1991 die Bevölkerungszahl der Euroregion um 9 Prozent auf 1,6 Millionen. Vor dem polnischen Teil mit ca. 6 Prozent verzeichnete der deutsche Teil den größten Rückgang (19 Prozent). Im tschechischen Teil stieg die Zahl der Einwohner um 3 Prozent. Generell wird in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa bis 2025 mit einem Rückgang der Bevölkerung gerechnet. Dieser wird jedoch unterschiedlich stark und im tschechischen Teil erst nach steigenden Zahlen bis 2020 erwartet. Somit wird die Euroregion 2025 voraussichtlich 8 Prozent weniger Einwohner haben als 2010.

Die Altersstruktur der Bevölkerung in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa veränderte sich seit 1995 wesentlich. Die Anteile der Alters-

Abb. 2 Altersstruktur der Bevölkerung 2010



gruppen der unter 45-Jährigen verringerten sich in der Euroregion stark, während die Anteile der Älteren sich sichtbar vergrößerten. Analog verringerte sich der Jugendquotient seit 1991 und der Altenquotient stieg beachtlich.

1995 waren knapp 37 Prozent 45 Jahre und älter, 2010 war es schon fast die Hälfte der Bevölkerung (vgl. Abb. 2). Vor allem der Anteil der 6- bis unter 15-Jährigen nahm ab. Hier ging der Anteil von 13 auf 8 Prozent zurück. Absolut bedeutet dies eine Verringerung um über 106 000 junge Menschen.

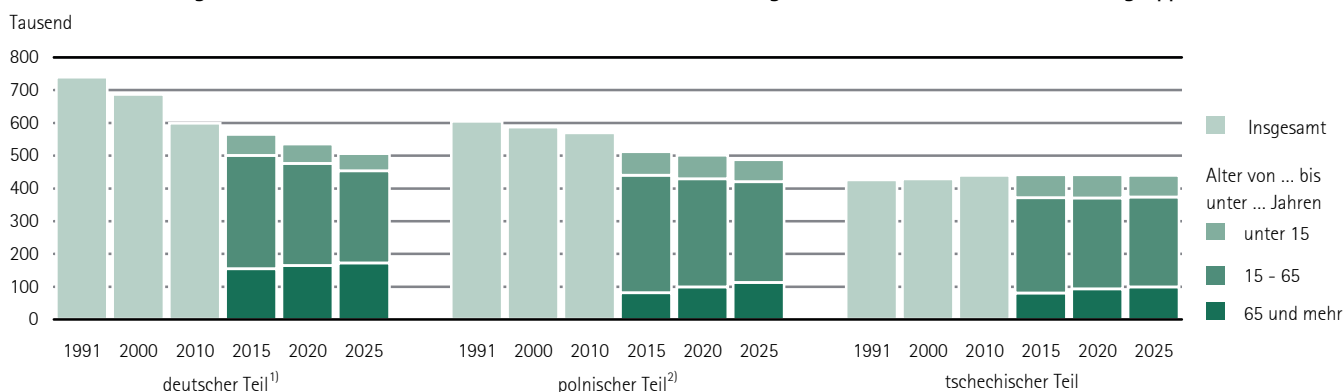
Bis 2025 sind voraussichtlich über ein Viertel der Bevölkerung in der Euroregion 65 Jahre und älter. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung der Euroregion wird jünger als 15 Jahre sein. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren wird bis dahin im Vergleich zu 2010 um 11 Prozent und die Zahl der 15- bis unter 65-Jährigen um fast ein Fünftel zurückgehen.

Besonders kritisch sieht die Altersstruktur 2010 im deutschen Teil aus (vgl. Abb. 3). Die Anteile der einzelnen Altersgruppen der unter 45-Jährigen liegen hier unter dem Wert der Euroregion insgesamt. In den höheren Altersgruppen weist der deutsche

Teil die höchsten Anteile auf, 2010 waren hier 57 Prozent der Bevölkerung bereits 45 Jahre und älter. Entsprechend liegt der Jugendquotient im deutschen Teil der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa 2010 mit 183 unter 15-Jährigen je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter am niedrigsten, der Altenquotient mit 411 älteren Menschen ab 65 Jahren je 1 000 im erwerbsfähigen Alter mit Abstand am höchsten. Im Gegensatz zum deutschen Teil verringerte sich der Gesamtquotient (das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von unter 15 Jahren zuzüglich der Personen im Alter von über 64 Jahren zu 1 000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) im polnischen und tschechischen Teil 2010 im Vergleich zu 1991. Die beiden Regionen verzeichnen einen Rückgang der Zahl der Kinder unter 15 Jahren, jedoch noch einen moderaten Anstieg der Zahl der über 64-Jährigen.

Der Gesamtquotient wird nach der Bevölkerungsprognose in allen drei Teilen der Euroregion bis 2025 erheblich steigen und weit über den Werten von 2010 und 1991 liegen. Im deutschen Teil werden dann voraussichtlich 799 Personen im nichterwerbsfähigen Alter

Abb. 3 Bevölkerung 1991, 2000 und 2010 sowie voraussichtliche Bevölkerung 2015, 2020 und 2025 nach Altersgruppen



1) Quelle: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Variante 1

2) ohne Gemeinden aus Kreisen außerhalb der Euroregion (Gozdnica, Jawor, Bolków, Mściwojów und Paszowice)

Tab. 1 Ausgewählte Angaben zu der Euroregion Neisse 1991, 2000 und 2010

Merkmal	1991	2000	2010	1991	2000	2010	1991	2000	2010	1991	2000	2010
	Euroregion			deutscher Teil			polnischer Teil			tschechischer Teil		
Fläche in km <sup>2</sup>	.	.	13 018	.	3 156	4 497	.	.	5 358	.	.	3 163
Bevölkerung (in Personen)	1 769 849	1 703 248	1 607 605	739 518	686 702	598 435	604 372	587 425	569 228	425 959	429 121	439 942
darunter weiblich	916 379	875 431	823 137	386 071	351 059	303 522	311 233	304 173	295 141	219 075	220 199	224 474
Bevölkerung nach Altersgruppen Anteil in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
unter 18 Jahre	26,3	20,7	16,2	23,5	17,7	13,3	29,4	23,9	17,8	26,9	20,9	18,3
18 bis unter 60 Jahre	.	58,9	58,9	56,3	56,4	55,1	.	59,4	62,5	56,3	62,0	59,4
60 Jahre und mehr	17,6	20,5	24,9	20,2	25,8	31,6	14,9	16,7	19,7	16,9	17,1	22,3
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner	10,7	8,6	9,5	7,0	7,3	7,6	13,2	9,3	9,6	13,1	9,5	11,7
Gestorbene je 1 000 Einwohner	11,7	10,5	11,3	12,9	10,8	13,1	10,1	9,9	10,5	11,7	10,5	9,7
Eheschließungen je 1 000 Einwohner	6,6	4,8	4,8	6,7	3,5	4,6	5,8	5,4	5,4	7,3	5,7	4,4
Überschuss der Zuzüge bzw. Fortzüge (-) <sup>1) 2)</sup>	.	.	.	-12 415	-7 284	-4 395	.	-381	-659	285	545	46
je 1 000 Einwohner	.	.	.	-16,6	-10,5	-7,3	.	-0,6	-1,2	0,7	1,3	0,1
Wohnungen je 1 000 Einwohner <sup>3)</sup>	.	.	429	.	484	539	299	322	361	367	383	383
Öffentliche Apotheken <sup>4) 5)</sup>	.	346	390	.	130	130	.	122	162	.	94	98
Einwohner je Apotheke	.	4 923	4 122	.	5 282	4 603	.	4 815	3 514	.	4 565	4 485
Betten in Krankenhäusern insgesamt <sup>4)</sup>	.	10 416	9 882	.	4 458	3 872	.	3 419	3336 <sup>2)</sup>	.	2 539	2 674
je 1 000 Einwohner	.	6,1	6,1	.	6,5	6,5	.	5,8	5,9	.	5,9	6,1
Anzahl der Ärzte <sup>4) 6) 7)</sup>	.	3 678	3 933	.	1 663	1 744	.	861	784	.	1 154	1 405
Ärzte je 1 000 Einwohner	.	2,2	2,4	.	2,4	2,9	.	1,5	1,5	.	2,7	3,2
Öffentliche Bibliotheken <sup>8)</sup>	.	613	507	.	145	122	314	194	173	.	274	212
Kinos <sup>9)</sup>	.	65	.	.	15	14	.	20	11	.	30	27
Öffentliche Theater <sup>10)</sup>	.	15	16	.	2	3	.	4	4	.	9	9
Beherbergungsstätten <sup>11)</sup>	.	1 823	1 526	127	355	375	146	528	374	.	940	777
Gästebetten	.	83 379	75 641	6 882	14 798	15 817	9 950	26 776	21 848	.	41 805	37 976
Wirtschaftsunternehmen <sup>7)</sup>	.	156 572	194 559	.	19 205	19 823	.	47 615	57 506	54 271	89 752	117 230
Arbeitslose <sup>2) 4) 7) 12)</sup>	.	134 784	97 409	.	69 378	38 468	.	51 390	33 288	.	14 016	25 653

1) Bevölkerungsbewegung über die Kreisgrenzen in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa

2) PL - ohne Gemeinden aus Kreisen außerhalb der Euroregion (Gozdnica, Jawor, Mściwojów und Paszowice)

3) CZ - Daten aus der Bevölkerungs- und Gebäudezählung, 2000, 2010 = Daten 2001

4) jeweils am 31. Dezember

5) PL - einschl. Apothekenpunkten, 1995 und 2000 einschl. Betriebsapotheken

6) PL - im Jahr 2000 ohne niedergelassene Ärzte; ohne Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums des Inneren; seit 2005 ohne Mitarbeiter des Nationalen Gesundheitsfonds, Hochschulen, Staatsbehörden oder Selbstverwaltungsbehörden, ohne Mitarbeiter der Sozialhilfe; Quelle: Gesundheitsministerium

7) CZ - zum jeweiligen Gebietsstand

8) D - Quelle: Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken Chemnitz; PL - Bibliotheken, Filialen und Bibliothekspunkte; CZ - Quelle: National Information and Consulting Centre for Culture

9) D - Quelle: Kino - Filmförderungsanstalt Berlin, Stand Mai 2011; Plätze ohne Open Air und Universitätskino

10) D - Quelle: Theater - Deutscher Bühnenverein - Bundesverband der Theater und Orchester Köln; CZ - Quelle Theater 2010: Behörde der Liberec Region

11) D - ohne Campingplätze; Beherbergungsstätten mit mindestens 8 Betten; 1991 = Daten 1992; PL - im Jahr 1991 Monate I - IX. Im Jahr 1995 einschl. private Zimmer; im Jahr 2000 einschl. agrotouristische Bauernhöfe; CZ - Beherbergungsstätten mit mindestens 5 Zimmern oder mindestens 10 Betten

12) Jahresdurchschnitt ; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen; Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Jahre 2000 und 2005 Datenstand: Januar 2011; Jahr 2010 Datenstand: März 2011)

auf 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter entfallen. Im tschechischen Teil wird der Gesamtquotient auf 599 und im polnischen Teil auf 586 steigen.

### Verbesserungen im Gesundheits- und Sozialwesen

Die medizinische Betreuung hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Ärzte für die Bevölkerung in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa hat sich seit 1995 insgesamt verbessert. Lediglich im polnischen Teil der Euroregion ging die Zahl der Ärzte etwas zurück. Durch

den gleichzeitigen Rückgang der Bevölkerungszahlen führte dies jedoch zu keiner geringeren Versorgung mit Ärzten je 1 000 Einwohner.

In der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa gab es 2010 wesentlich mehr Apotheken als 1995. Während 1995 noch über 6 500 Einwohner von einer Apotheke versorgt werden mussten, waren es 2010 nur noch etwas über 4 100.

Im deutschen Teil der Euroregion wurden 2010 rund 40 Prozent der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrich-

tung betreut. Im polnischen Teil betraf das etwa nur jedes 20. Kind in diesem Alter. Wesentlich höher war der Anteil der Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, bei den 3- bis unter 6-Jährigen. Auch in dieser Altersgruppe verzeichnet der deutsche Teil mit 96 Prozent die höchste Besuchsquote. Im tschechischen Teil liegt der Anteil der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe mit knapp 80 Prozent ebenfalls relativ hoch. Die Hälfte der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren besuchten im polnischen Teil einen Kindergarten.

**Tab. 2 Verbraucherpreisindizes 2010 nach ausgewählten Hauptgruppen (Basis 2005=100)**

Hauptgruppe	Deutscher Teil	Polnischer Teil	Tschechischer Teil
Gesamtindex	109,4	116,7	114,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	116,1	121,8	111,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	113,5	129,2	136,5
Bekleidung und Schuhe	119,5	77,4	87,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	108,0	135,7	132,2
Verkehr	113,0	109,1	100,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,8	102,1	100,4

### Höhere Bruttoverdienste und gestiegene Verbraucherpreise

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa sind, wenn auch in den einzelnen Teilen unterschiedlich stark, in den letzten Jahren gestiegen. 2010 hatten die Arbeitnehmer im tschechischen Teil der Euroregion im Vergleich zu 2005 einen um 30 Prozent höheren durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst (nationale Währung). Im polnischen Teil lag die Erhöhung bei knapp 30 (nationale Währung) und im deutschen Teil bei 15 Prozent.

Beim Vergleich der Entwicklung der Verbraucherpreise war die größte Teuerung im polnischen Teil mit einem Gesamtindex von knapp 117 im Jahr 2010 (2005=100) zu verzeichnen. Im tschechischen Teil der Euroregion fiel die Teuerung mit einem Gesamtindex von 115 etwas schwächer aus und im deutschen Teil war sie mit 109 am niedrigsten.

Grundsätzlich sind die Verbraucherpreisindizes in der Euroregion 2010 im Vergleich zu 2005 in allen ausgewählten Hauptgruppen gestiegen (vgl. Tab. 2). Eine Ausnahme bildet der Preisindex in der Gruppe Bekleidung und Schuhe im polnischen und tschechischen Teil der Euroregion. Hier sind Preisrückgänge zu verzeichnen. Während im deutschen Teil der Verbraucherpreisindex für die Gruppe Bekleidung und Schuhe mit 119,5 (Basis 2005=100) die höchste Teuerung aufweist, betraf das im polnischen Teil mit einem Preisindex von 135,7 die Gruppe Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe und im tschechischen Teil mit 136,5 die Gruppe alkoholische Getränke und Tabakwaren.

### Gästezahlen stiegen im deutschen und polnischen Teil der Euroregion

Die Gästezahlen in der Euroregion gingen in den letzten 10 Jahren um 6 Prozent zurück, hauptsächlich aufgrund der sinkenden Gästezahlen im tschechischen Teil. Hier wurden ein Viertel weniger Gäste als 2000 verbucht. Den deutschen Teil besuchten 2010 rund 16 Prozent mehr Gäste als 2000, im polnischen Teil waren es über 3 Prozent

mehr. Die Zahl der Gäste je 100 Einwohner (Schneider-Kennziffer) lag 2010 in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa bei 113,1 und blieb damit im Vergleich zu 2000 fast unverändert. Wesentlich höher lag diese Kennzahl im tschechischen Teil, wo 2010 fast 144 Gäste je 100 Einwohner verbucht wurden. Das war allerdings im Vergleich zu 2000, wo knapp 196 Gäste je 100 Einwohner gezählt wurden, ein Rückgang um über ein Viertel. Trotz Erhöhung des Wertes verglichen zu den vorigen Jahren, lag die Zahl 2010 im deutschen Teil mit 93 Gästen je 100 Einwohner unter dem Wert der Euroregion insgesamt. Im polnischen Teil wurden 109 Gäste je 100 Einwohner registriert.

In den letzten 10 Jahren ging die Zahl der Übernachtungen im polnischen Teil um 15 Prozent, im tschechischen Teil sogar um über ein Drittel zurück. Im deutschen Teil konnte ein Anstieg um mehr als 10 Prozent verzeichnet werden. Im Vergleich jedoch zu 1991 bzw. 1992 sind im polnischen und deutschen Teil (für das tschechische Gebiet liegen keine Daten vor) die Übernachtungszahlen auf über das Dreifache bzw. Doppelte gestiegen.

### Zahl der Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nahm zu

Die Zahl der Unternehmen stieg in den letzten 10 bis 15 Jahren in allen drei Teilen der Euroregion. Rund 70 Prozent der Unternehmen sind dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen. Die Zahl der Dienstleistungsunternehmen stieg im polnischen Teil am deutlichsten. Hier ist ein Anstieg 2009 im Vergleich zu 1995 um drei Viertel zu verzeichnen. Ebenfalls sind im Dienstleistungsbereich die meisten Erwerbstätigen beschäftigt. Rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen im deutschen Teil waren hier 2009 tätig. Im polnischen (2008) und tschechischen Teil (2010) traf das auf rund die Hälfte der Erwerbstätigen zu.

Etwa ein Viertel der Unternehmen in der Euroregion sind dem produzierenden Gewerbe zuzuordnen. Während im polnischen und tschechischen Teil der Euroregion die Zahl der Unternehmen im produzierenden Ge-

werbe in den letzten Jahren zunahm, ging sie im deutschen Teil zurück. Auch die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich ging im deutschen Teil stark zurück auf fast die Hälfte. Im tschechischen Teil war 2010 im Vergleich zu 1991 ein Rückgang um 8 Prozent zu verzeichnen. Im polnischen Teil stieg 2008 im Vergleich zu 2003 die Zahl um 3 Prozent.

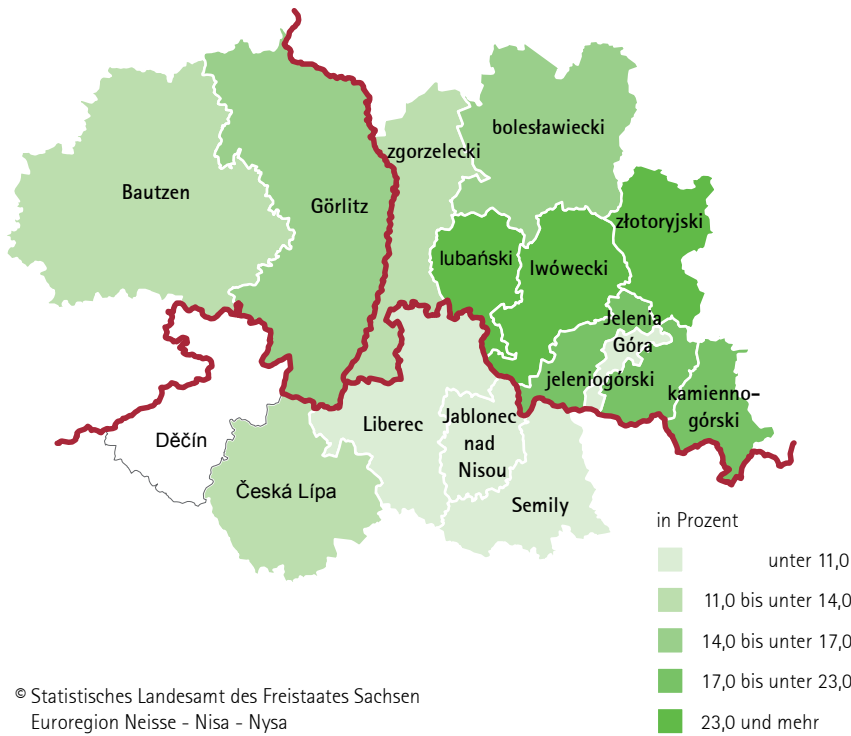
Die Unternehmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei haben mit 3 bis 4 Prozent nur einen geringen Anteil an der Gesamtzahl der Unternehmen.

Zwischen 90 und 98 Prozent der Unternehmen in den drei Teilen der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa hatten 2008 bzw. 2010 weniger als 10 Beschäftigte. Im Laufe der letzten Jahre nahm die Zahl der Unternehmen mit dieser Anzahl Beschäftigter in allen drei Teilen der Euroregion zu. Im deutschen Teil war der Anteil der Unternehmen mit 10 bis unter 50 Beschäftigten mit knapp 8 Prozent noch am größten. Jedoch deutet sich hier ein Rückgang an. Im polnischen Teil haben diese Unternehmen einen Anteil von rund 3 Prozent mit steigender Tendenz und im tschechischen Teil von etwas über einem Prozent mit abnehmender Tendenz. In allen drei Teilen der Euroregion existieren jeweils über 400 Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Das entspricht im polnischen und tschechischen Teil einem Anteil von unter einem Prozent an den Unternehmen insgesamt, im deutschen Teil einem Anteil von knapp 2 Prozent mit steigender Tendenz.

Die Zahl der Erwerbstätigen ging in den letzten Jahren in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa insgesamt zurück. Am deutlichsten zeigte sich der Rückgang im deutschen Teil, wo es 2009 fast ein Viertel weniger Erwerbstätige gab als 1991. Im tschechischen Teil lag der Rückgang 2010 im Vergleich zu 1991 bei 6 Prozent, im polnischen Teil stieg die Zahl von 2003 bis 2008 um 5 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa ist 2010 im Vergleich zu 2000 um fast 30 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang betrifft aber nur den deutschen (um 45 Prozent) und polnischen Teil (um 35 Prozent) der Euroregion. Im tschechischen Teil hingegen stieg die Zahl der Arbeitslosen um über 80 Prozent an. Die Arbeitslosenquoten gingen in den Landkreisen des deutschen und polnischen Teils der Euroregion zurück. Im tschechischen Teil sind sie zwar gestiegen, im Vergleich zum polnischen und deutschen Teil sind sie immer noch am niedrigsten. 2010 sind in den tschechischen Kreisen Arbeitslosenquoten zwischen 10 und 12 Prozent, in den deutschen Kreisen zwischen 11 und 14 Prozent und in den polni-

Abb. 4 Arbeitslosenquote am 31. Dezember 2010



schen Kreisen zwischen 11 und 26 Prozent zu verzeichnen (vgl. Abb. 4).

**Nur 7 Prozent der Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt**

Der größte Teil (knapp 47 Prozent) der Bodenfläche in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa, mehr als 606 000 Hektar, wird als Landwirtschaftsfläche genutzt (vgl. Abb. 5). Die Anteile der Landwirtschaftsfläche in den einzelnen Teilen der Euroregion lagen dicht beieinander und veränderten sich im Laufe der letzten 10 Jahre nur unwesentlich. Die

Waldfläche nimmt mit 41 Prozent in der Euroregion ebenso einen beachtlichen Teil der Bodenfläche ein. Im polnischen und tschechischen Teil wurden sogar 43 bzw. 44 Prozent als Waldfläche genutzt, im deutschen Teil waren es nur 35 Prozent. In allen drei Teilen der Euroregion hat sich der Anteil der als Waldfläche genutzten Bodenfläche im Vergleich zu 2000 etwas erhöht. Nur reichlich 7 Prozent der Bodenfläche wurde in der Euroregion als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. Auch dieser Anteil hat sich 2010 im Vergleich zu 2000 kaum verändert. Während

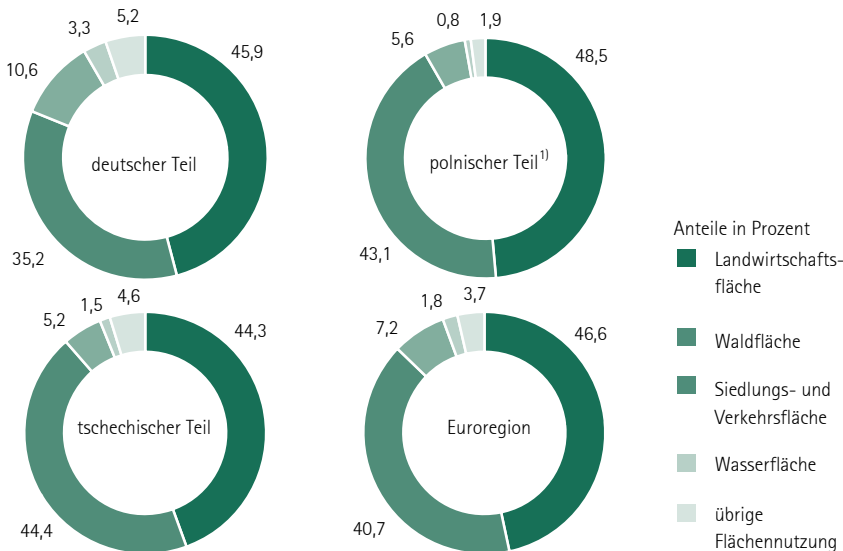
im deutschen Teil der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit knapp 11 Prozent an der Gesamtbodenfläche über dem Durchschnittswert für die Euroregion lag, war der Anteil im tschechischen Teil der Euroregion mit 5 Prozent am niedrigsten.

**Kleinere Anbauflächen für Feldfrüchte, aber gestiegene Hektarerträge**

In der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa wurde im Laufe der letzten 10 Jahre weniger Getreide angebaut. Die Anbaufläche dafür reduzierte sich hauptsächlich im tschechischen Teil. Im Vergleich zu 1992 wurde 2010 Getreide auf über 14 000 Hektar weniger angebaut. Anders im deutschen Teil, wo die Anbaufläche für Getreide 2010 um ein Viertel größer war als 1991. Dabei reduzierte sich im tschechischen Teil die Anbaufläche für alle drei Getreidearten Weizen, Gerste und Roggen. Im deutschen Teil nur die für Gerste und im polnischen Teil wurde nur der Gerste- und Roggenanbau reduziert. Die Fläche für Weizen vergrößerte sich im deutschen und polnischen Teil. Grundsätzlich sind 2010 im Vergleich zu 1992 bzw. 2000 (je nach Vorliegen der Daten) steigende Ertragszahlen bei Getreide sichtbar. Im deutschen Teil der Euroregion wurden im gesamten Zeitraum die höchsten Getreideerträge erzielt.

Die Anbaufläche für Kartoffeln reduzierte sich im deutschen Teil seit 1991 um fast drei Viertel, im tschechischen Teil wurden 2010 kaum noch Kartoffeln angebaut. Die Anbaufläche reduzierte sich hier um über 90 Prozent. Auch im polnischen Teil wurden 2002 im Vergleich zu 1996 auf einer um 35 Prozent kleineren Fläche Kartoffeln angebaut. Im Zusammenhang dazu sind die Hektarerträge bei Kartoffeln deutlich gestiegen. Vor allem im deutschen Teil der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa konnten 2010 im Vergleich zu 1992 steigende Hektarerträge auf fast das Doppelte erreicht werden. Im deutschen Teil liegen die Erträge reichlich doppelt so hoch wie im polnischen und fast 60 Prozent höher als im tschechischen Teil der Euroregion. Der Anbau von Raps hat an Bedeutung gewonnen. Inzwischen wird auf einer wesentlich größeren Fläche Raps angebaut, als das bei Kartoffeln der Fall ist. Vor allem im deutschen Teil wird dies deutlich. Hier hat sich die Anbaufläche für Raps im Vergleich zu 1991 um mehr als das Fünffache vergrößert.

Abb. 5 Bodenfläche 2010 nach Art der tatsächlichen Nutzung



1) 2010 - Stand am 1.1.2011

**Zusammenfassung**

Die große Nachfrage nach den erstellten Publikationen der EUREX Statistik zeugt von der Zweckmäßigkeit der langjährigen Zusammenarbeit der Statistiker und dem Bedarf, die Zusammenarbeit fortzusetzen.

Ein weiteres gemeinsames Projekt, auf das an dieser Stelle hingewiesen werden soll, ist die grenzübergreifende deutsch-polnisch-tschechische Datenbank (Cross-border-friendship database). Gegenwärtig bietet diese Datenbank über das Internet ([www.crossborderdatabase.org](http://www.crossborderdatabase.org)) für ca. 250 Merkmale bzw. Indikatoren statistische Informationen über deutsche (Sachsen und Bayern), polnische und tschechische Verwaltungseinheiten an. Dank der sich dynamisch entwickelnden euroregionalen Zusammenarbeit wurde in der Datenbank ein Modul entwickelt, in dem auch für ausgewählte Euroregionen Daten verfügbar sind. [5: 174]

Die einzelnen Kapitel der Veröffentlichung „20 Jahre Euroregion Neisse-Nisa-Nysa“ werden als Pdf-Datei im Internet zum kostenlosen Download angeboten. [1]

Außerdem liegen noch einige wenige Druckexemplare vor, die über den Onlineshop bestellt werden können.

Janika Weigel, Dipl.-Soz., Sachbearbeiterin  
Analyse Bevölkerung, Haushalte

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

Internetadressen der Statistischen Ämter

- [1] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: <http://www.statistik.sachsen.de/html/11618.htm>
- [2] Statistisches Amt Wroclaw, Abteilung Jelenia Gora: <http://www.stat.gov.pl/wroc>
- [3] Tschechisches Statistisches Amt Liberec: <http://www.liberec.czso.cz>
- [4] Offizielle Internetadresse der Euroregion: <http://www.neisse-nisa-nysa.org/>
- [5] Banaszak, Sławomir (2011): Statistik. In: Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa. Euroregion Neisse-Nisa-Nysa. Jelenia Góra 2011.

# Informationen zu INSPIRE – Neuigkeiten bei der GDI-Sachsen

## Vorbemerkungen

Der vorliegende Beitrag stellt eine Fortsetzung eines Artikels dar, der in der Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ 1/2011 erschienen war. Es werden weitere Informationen zum Fortgang der Arbeiten im Rahmen von INSPIRE, der GDI Sachsen sowie Auswirkungen auf die Statistik vorgestellt.

Das Projekt INSPIRE steht für den Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur. Tatsache ist, dass Geoinformation heute wichtiger denn je ist. Die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum bzw. -abnahme, Ressourcen, Armut und Konflikte können durch Geoinformation allein nicht gelöst werden. Aber Geoinformation spielt eine wichtige Rolle, um die Ursachen dieser Probleme besser zu verstehen und um Handlungswege zu entwickeln. Das INSPIRE-Projekt der Europäischen Union hat momentan einen Zeitrahmen bis zum Jahr 2020. INSPIRE steht damit auch für einen beeindruckenden Konsensprozess. Die beteiligten Länder der Europäischen Union schauen auf eine lange Tradition in der Umweltverwaltung, Vermessung und Kartografie zurück. Sie haben historisch gewachsene Verwaltungsstrukturen mit ihren ganz eigenen Datensammlungen und Katastern – aber sie alle müssen sich auf einheitliche Datenmodelle und Dienste einigen – ein Gewinn für die potentiellen Nutzer. Die Notwendigkeit engerer Kooperation im Bereich raumbezogener Daten hat auch das Europäische Statistische System (ESS) erkannt. Auf der 12. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System im Februar 2012 gab es deshalb einen entsprechenden Tagesordnungspunkt. Der Ausschuss für das Europäische Statistische System stellte dabei für sich fest, dass er eine führende Rolle bei der Koordinierung einer stärkeren Zusammenarbeit von zwei Quellen von Informationen, von Geoinformationen und statistischen

Informationen, übernehmen sollte. [1] Auf dieser Sitzung wurde das deutsche Statistikportal hervorgehoben. Es ermöglicht, neben der interaktiven Auswahl einer statistischen Tabelle und der Anzeige der entsprechenden Karte, die Generierung eines Webkartendienstes, der sich leicht in eine vom Nutzer entwickelte Anwendung integrieren lässt (siehe Regionaldatenbank Deutschland). Aber auch Eurostat entwickelt momentan statistische Viewer, die einen einfachen Zugang zu thematischen (zum Beispiel Bevölkerung, Landnutzung/Bodenbedeckung) oder regionalen Statistikbereichen in Kombination mit Referenzschichten topographischer Informationen (Verkehrsnetz, Gewässernetz, Besiedlung usw.) ermöglichen. Darüber hinaus entwickelt Eurostat anwenderfreundliche Instrumente für die interaktive Generierung statistischer Karten, ebenfalls mit dem Ziel, Endanwendern einen problemlosen Zugang zu statistischen Geodaten zu bieten.

## Stand der Umsetzung von INSPIRE in Deutschland

Im Mai 2011 informierte Deutschland die Europäische Kommission zum zweiten Mal im Rahmen des durchzuführenden Monitoring über den aktuellen Stand der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie in Deutschland. Ein Jahr nach der ersten Berichterstattung nahm die Anzahl der identifizierten Geodatenätze und -dienste deutlich zu. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Identifizierung der INSPIRE-relevanten Geodatenätze auf die Themen der Anhänge II und III der INSPIRE-Richtlinie ausgeweitet worden ist. Das Monitoring ist jährlich zum 15. Mai zu aktualisieren. Die Ergebnisse des Monitoring 2011 erstrecken sich dabei auf den Zeitraum 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010. In Deutschland konnten bisher 1 366 Geodatenätze und 553 Geodatendienste durch

insgesamt 161 geodatenhaltende Stellen identifiziert werden. Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich damit die Zahl der identifizierten Geodatenätze (+115 Prozent). Die Zahl der Geodatendienste erhöhte sich um 67 Prozent und die Anzahl geodatenhaltender Stellen um 42,5 Prozent. Für jedes Thema der INSPIRE-Richtlinie wurde mindestens ein Geodatenatz identifiziert. Inzwischen liegen auch für 89 Prozent der Geodatenätze zu den Themen aus Anhang I die Metadaten vor. Die bereits vorhandenen Metadaten sind größtenteils (über 85 Prozent) über Suchdienste zugänglich. Fast die Hälfte der gemeldeten Geodatenätze ist über Darstellungsdienste nutzbar, Downloaddienste werden dagegen nur in Einzelfällen angeboten. [2] Mit Spannung werden deshalb die Ergebnisse des nächsten Monitoring vom Mai 2012 erwartet.

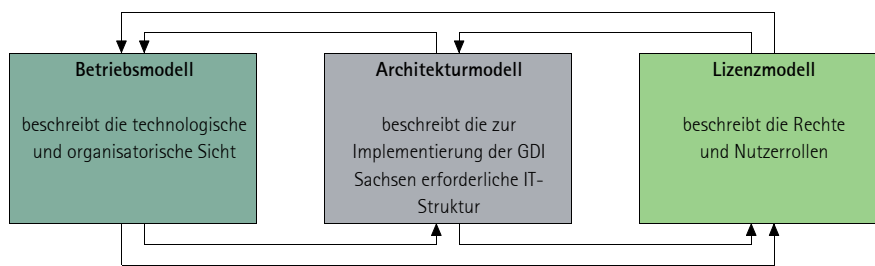
Zusammenfassend kann man allerdings feststellen, dass bis zum 9. Mai 2011 sehr viel mehr gefordert war, als bisher umgesetzt wurde. Das liegt vor allem an der Komplexität der Anforderungen und an den erst spät zur Verfügung stehenden Umsetzungsanleitungen (die Dokumente wurden erst am 30. März 2011 veröffentlicht!). Die GDI Initiativen in den Bundesländern haben jetzt die Aufgabe die betroffenen Stellen über die notwendigen Maßnahmen zu informieren und ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen können. Für die weitere Entwicklung der GDI-DE und die technisch-organisatorische Implementierung von INSPIRE stellen die Ergebnisse des Monitoring aber eine wichtige Grundlage für das zukünftige Handeln dar. Höchste Priorität haben demnach zunächst die Bereitstellung konformer Metadaten für die Geodatenätze und -dienste zu den Themen der Anhänge II und III sowie – mit Blick auf die in diesem Jahr greifenden Umsetzungsfristen – die Bereitstellung der identifizierten und mit kon-

formen Metadaten beschriebenen Geodaten-sätze über Darstellungsdienste.

Nach und nach gehen die verschiedenen Geoportale der anderen Bundesländer online. Das Geoportal Bayern zum Beispiel nahm seinen Betrieb im März 2011 auf. Im Freistaat Bayern existiert sogar ein erstes Geodatenamt. Das ehemalige Vermessungsamt der Stadt Augsburg wurde umbenannt. Diese Dienststellenbezeichnung gilt damit bundesweit als einmalig. [3]

Jede Behörde in Europa ist im Rahmen der Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie aufgefordert, zu prüfen: „Ist mein Datensatz von INSPIRE betroffen?“ Das betrifft natürlich auch die Statistischen Landesämter. Um die Anhänge II und III der INSPIRE-Richtlinie nach dieser Vorgabe zu prüfen, findet zwischen den Statistischen Landesämtern eine Arbeitsteilung nach dem Patenlandprinzip statt. Das Statistische Landesamt Sachsen ist für das große Themengebiet „Gesundheit und Sicherheit“ verantwortlich. Zuerst wurde anhand der vorliegenden Datensatzspezifikation D2.8II/III.5\_v2.0 festgestellt, welche statistischen Erhebungen als Datenquelle in Frage kommen. Anschließend wurde überprüft, in welcher Form die betroffenen Merkmale in der Statistik vorliegen, auf welcher regionalen Ebene und für welchen Zeitraum die Daten vorliegen. Zusätzlich erschwert wurde der Auftrag, da die vorhandenen Datensatzspezifikationen nur in englischer Sprache vorlagen und es somit einen gewissen Interpretationsspielraum gab. Die erkannten Merkmale, Hinweise und Fragen zu dieser Überprüfung wurden anschließend mit allen anderen Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt abgestimmt und an EUROSTAT weitergeleitet. Die Identifi-

Abb. 1 Referenzmodell der GDI Sachsen



Quelle: SMI Lizenz- und Bepreisungsmodell GDI Sachsen. 2011. S. 12.

zierung der Merkmale wird ein kontinuierlicher Prozess sein. Im ersten Halbjahr 2012 soll die endgültige Datenspezifikation 3.0 zu allen Themen der Anhänge II und III veröffentlicht werden. Bis Ende Juni 2012 entsteht danach der Entwurf des dazugehörigen Rechtsaktes, welcher dann im September 2012 verabschiedet werden soll. Ab dem Jahr 2014 sind datenhaltende Stellen verpflichtet, neu erhobene Geodaten bereit zu stellen. Erst im Jahr 2017 müssen bereits vorhandene Geodaten zur Veröffentlichung gebracht werden.

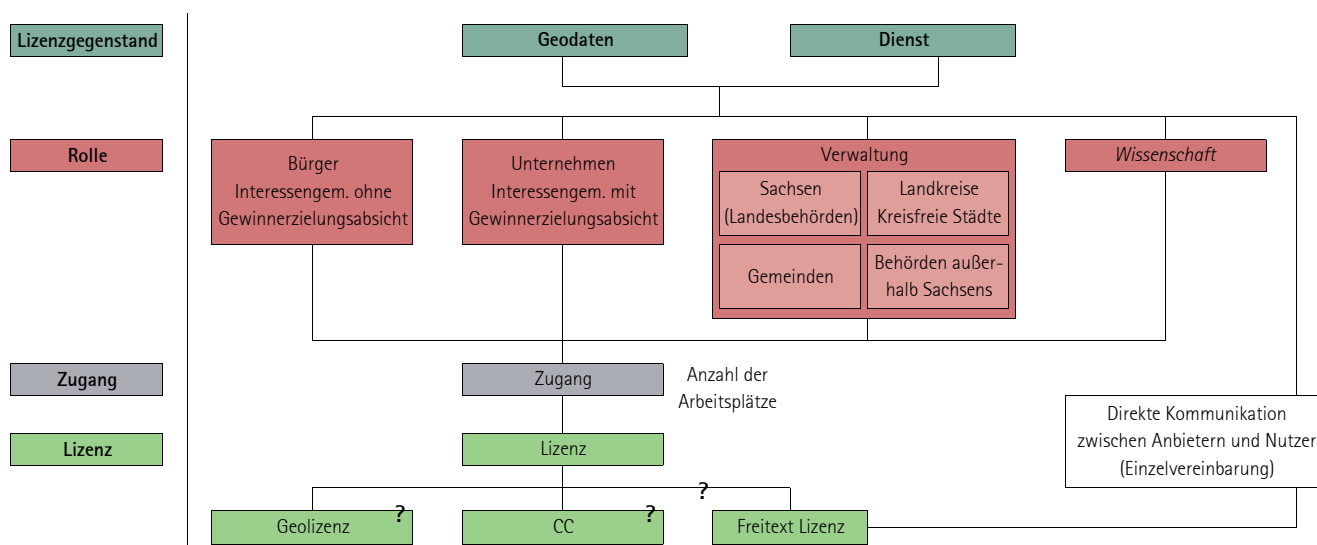
**Stand der Umsetzung in Sachsen**

Das Ziel allen Handelns in der Geodateninitiative Sachsen (GDI) ist der standardisierte Zugang zu verteilt liegenden Geodaten über Webdienste (Geodatenzugang). Das durch die GDI Sachsen entwickelte Referenzmodell (siehe Abb. 1) besteht aus 3 Bausteinen:

- dem Betriebsmodell
- dem Architekturmodell und
- dem Lizenzmodell.

Die GDI Sachsen beschreibt in ihrem Betriebsmodell den Rahmen für die technologischen und organisatorischen Abläufe mit deren gegenseitigen Abhängigkeiten. Mithilfe verschiedener Betriebskonzepte wie z. B. Metadatenbereitstellung, Geothemenmanagement, Geodatenaufbereitung oder Qualitätssicherung werden die im Betriebsmodell getrennt dargestellten Geschäftsprozesse und Akteure in konkrete sachliche, zeitliche und organisatorische Beziehungen gesetzt (Modellierung). Sie beschränken sich jeweils auf einen abgegrenzten Maßnahmebereich. Innerhalb eines Maßnahmebereiches beschreibt das Betriebskonzept alle Prozesse mit den dabei handelnden Akteuren und setzt beides in eine konkrete Beziehung. Im jeweiligen Maßnahmeplan werden die Termine für die Initialisierung der einzelnen Prozesse dargestellt. Aus dessen Festlegungen lässt sich ableiten, wann die notwendigen materiellen und immateriellen Ressourcen zur Verfügung stehen sollen. Beim Initialisierungszeitpunkt handelt es sich um dasjenige Datum, an dem der betreffende Prozess aktiviert und ab dem die Akteure die entsprechenden Maßnahmen durchführen müssen.

Abb. 2 Ableitung idealisierter Lizenzfälle – Grundmodell mit CC<sup>1)</sup> und Geolizenz



In Anlehnung an Lizenz- und Bepreisungsmodell der GDI Sachsen. GeoSN. 2. Workshop. 2012. F. 41.

1) CC: Creative Commons, siehe auch <http://de.creativecommons.org>



Bis zu diesem Zeitpunkt sollten alle Voraussetzungen geschaffen sein.

Das Architekturmodell beschreibt die zur Implementierung der GDI Sachsen erforderliche IT-Architektur entsprechend dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Die im Modell dargestellte Architektur der GDI Sachsen weist eine hohe fachliche Spezifik auf und richtet sich vor allem an Fachanwender. Sie soll als Grundlage für den Aufbau von Geodateninfrastrukturen und deren Komponenten bei den einzelnen Beteiligten dienen sowie die Entwicklung des sächsischen Geoinformationswesens in seiner Gesamtheit unterstützen.

Im Rahmen der [gdi.initiative.sachsen](http://gdi.initiative.sachsen.de) soll ein einheitliches und stringentes Lizenz- und Bepreisungsmodell entwickelt werden, welches die Rechte (einschließlich der für deren Erwerb zu leistenden Entgelte) und Rollen, die Anbieter und Nutzer im Rahmen der GDI Sachsen gegenseitig vereinbaren müssen, modellhaft beschreibt. Das Lizenz- und Bepreisungsmodell soll eine Grundlage

- für die Beschränkung des Zugangs auf Geodaten über Geodatendienste
- die Erteilung von Lizenzen und
- die Erhebung von Entgelten in der GDI Sachsen bilden.

Das Modell soll aus den derzeit im Freistaat Sachsen angewandten Lizenzierungs- und Bepreisungsverfahren abgeleitet werden. Das Statistische Landesamt arbeitet konstruktiv am Prozess der Erarbeitung der möglichen Lizenzfälle mit.

Auf dem 2. Workshop Mitte April 2012 konnte noch kein einheitliches Verfahren entwickelt werden. In einem Zwischenschritt wurde folgendes Modell entworfen (siehe Abb. 2). Das Statistische Landesamt sieht als Li-

zenzierungsnotwendigkeiten nur zwei Einschränkungen für die Nutzung der statistischen Daten:

- die Namensnennung sowie
- den Haftungsausschluss.

Dieses Modell soll in einem 3. Workshop Ende Mai 2012 abschließend beraten werden.

Der Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen hat die zum 9. Mai 2011 von der INSPIRE-Richtlinie geforderte Anfangsbetriebsfähigkeit von Darstellungsdiensten hergestellt und Darstellungsdienste zu den Datenthemen Flurstücke (Katasterparzellen) und Adressen eingerichtet (siehe [www.atlas.sachsen.de](http://www.atlas.sachsen.de)). Diese stehen damit der Öffentlichkeit zur Verfügung und werden halbjährlich jeweils im Juni und Dezember aktualisiert.

Weitere Informationen zu diesem Themenkomplex findet man unter:  
<http://www.gdi.sachsen.de/index.html>.

#### Ausblick

Für das erste Halbjahr 2012 ist die endgültige Datenspezifikation 3.0 angekündigt. Im Statistischen Landesamt Sachsen wird speziell für den Themenbereich „Gesundheit und Sicherheit“ abschließend zu prüfen sein, welche statistischen Fachdaten aus der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt werden können.

In einem Folgeartikel wird weiterhin über den aktuellen Stand der Arbeiten und nächste Schritte im Rahmen von INSPIRE informiert werden.

Regine Fiedler,  
Referentin Regionalstatistik, Indikatorensysteme

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Endgültiges Protokoll ESSC 2012, Tagesordnungspunkt 7
- [2] Newsletter der GDI-DE vom Juni 2011
- [3] arc aktuell 1 / 2012, S. 5

# Die Folgen des demografischen Wandels im stationären medizinischen Bereich – Beschäftigungspotenziale in sächsischen Krankenhäusern bis zum Jahr 2030

## Vorbemerkung

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen [1] beinhalten verschiedene Themenfelder, die geeignet sind, einen Erkenntniszuwachs rund um die Themen Ökonomie und Gesundheitswesen beizusteuern. Besondere Teilaspekte der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bedürfen einer wissenschaftlichen Bearbeitung und werden in Zusammenarbeit mit Universitäten in Form von Diplomarbeiten erarbeitet. [2] Diese Arbeit von S. Andrä entstand im Rahmen einer Kooperation mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum (GÖZ) der TU Dresden.

Der Markt für Gesundheitsdienstleistungen ist in den letzten Jahren stark gewachsen und ein Ende dieser Entwicklung ist in den kommenden Jahren nicht absehbar. Ein Grund dafür ist die demografische Entwicklung. Sie ist u. a. durch eine steigende Zahl älterer Menschen gekennzeichnet, die auch ein höheres Lebensalter erreichen. [3, S. 101] Dadurch wird ein höheres Behandlungsvolumen erforderlich. Die Gesundheitswirtschaft stellt somit eine der größten Zukunftsbranchen dar. Gleichzeitig steigen die Kosten für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Darüber hinaus haben die demografischen Trends Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotenzial allgemein und die Rekrutierung des beruflichen Nachwuchses im Speziellen. Diese Vielfalt der Veränderungen wird durch politische und gesellschaftliche Interventionen mit gestaltet. [4, S. 3] Darauf müssen sich die verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens einstellen.

Es liegen nur wenige Analysen zum Personalbestand im sächsischen Gesundheits- und Krankenhauswesen vor. Zudem mangelt es an zukunftsbezogenen Untersuchungen und einem einheitlichen Forschungsdesign. Aus diesem Grund wurde mit der Diplomarbeit [2] das Ziel verfolgt, die Auswirkungen des demografischen Wandels in Sachsen auf den

Personalbedarf in der stationären medizinischen Versorgung sowie die daraus entstehenden Beschäftigungspotenziale unter Berücksichtigung der Beschäftigungsstruktur abzubilden.

Für die Jahre 2020, 2025 und 2030 wurde berechnet, wie viele Fachkräfte im sächsischen Krankenhauswesen benötigt werden und welche Beschäftigungspotenziale sich daraus ergeben. Dabei wird das Personal hinsichtlich des Qualifikationsniveaus in ärztliches, nichtärztliches medizinisches und sonstiges nichtärztliches Personal sowie in Personen insgesamt und Vollkräfte differenziert.

Die Analyse erfolgt auf Basis von Status-quo-Annahmen. In Kombination mit dem standardisierten Ergebnisprofil des Forschungsprojektes<sup>1)</sup>, das für die Berechnung maßgebliche Parameter vorgibt, ergibt sich ein Grundmodell, welches die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der einzelnen Bereiche des sächsischen Gesundheitswesens ermöglicht. Darüber hinaus werden für eine realitätsnahe Betrachtung die Parameter Krankenhaushäufigkeit und Betreuungskoeffizient dem Trend der vergangenen Jahre angepasst und die Berechnungen entsprechend modifiziert.

## Methodik

Die Schätzung der zukünftigen Erwerbspotenziale im Bereich der stationären medizinischen Versorgung basiert auf der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen<sup>2)</sup> sowie auf den Ergebnissen der Krankenhausstatistik. Die Bevölkerungsvorausberechnung liefert Informationen zur Bevölkerungsentwicklung in Sachsen nach Altersjahren und Geschlecht. Daten zur Anzahl der vollstationären Patienten in sächsischen Krankenhäusern nach Altersjahren für das Basisjahr 2009 wurden vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zur Verfügung gestellt. Bezogen auf die Bevölkerung

erhält man so die Krankenhaushäufigkeit<sup>3)</sup> für jede Altersgruppe.

Für die Vorausberechnung der zukünftigen Fallzahl im stationären medizinischen Bereich wurden zwei Varianten entwickelt, die sich bezüglich der Krankenhaushäufigkeit unterscheiden. Sie markieren für beide Annahme-Szenarien der Bevölkerungsvorausberechnung die Grenzen eines Korridors, in dem sich bei Fortsetzung der aktuellen Entwicklung die Veränderungen mit hoher Wahrscheinlichkeit vollziehen werden. Bei der Analyse erfolgt keine Unterteilung nach Geschlecht und Diagnosegruppen, da dies für die Berechnung der Beschäftigungspotenziale auf der gewählten Aggregationsebene nicht relevant ist.

Bei der Status-quo-Variante werden nur die aktuellen Rahmenbedingungen berücksich-

1) Im Konzept für dieses Forschungsprojekt [5] wurde ein standardisiertes Ergebnisprofil wie folgt festgeschrieben: Nutzung der Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen, Durchführung der Berechnungen für die Jahre 2020, 2025 und 2030, Festlegung von 2009 als Basisjahr für die Gewinnung der Indikatoren zur Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen sowie die Abbildung der Beschäftigungspotenziale für die Berufskategorien ärztliches Personal, nichtärztliches medizinisches Personal und sonstiges nichtärztliches Personal.

2) Es werden Daten bis 2025 für das Land, die Kreisfreien Städte und die Landkreise zur Verfügung gestellt. [6] In Ergänzung dazu wurde, abgegrenzt von der eigentlichen Prognose, eine Modellrechnung erarbeitet, welche Daten bis zum Jahr 2030 bereitstellt. Für die Bevölkerungsprognose Sachsens wurden zwei Annahmen-Szenarien - Variante 1 (V 1) und Variante 2 (V 2) - entwickelt, welche sich hinsichtlich der zusammengefassten Geburtenziffer, dem Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt sowie dem Wanderungssaldo unterscheiden. Das Landesergebnis für Sachsen aus der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2010 wurde als eine eigenständige Variante übernommen und regionalisiert (Basis: Variante V1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung). Durch die damit erfolgte Verknüpfung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit der 5. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung ist es möglich, die künftige Bevölkerungsentwicklung Sachsens in den gesamtdeutschen Kontext einzuordnen. Der zweiten Variante liegen überwiegend landesspezifische Annahmen zugrunde. [6] Es werden Unterschiede für den zeitlichen Verlauf und die Intensität der Veränderung der jeweiligen Parameter abgebildet, wobei die Trends im Wesentlichen gleich sind. [7, S. 1] V 1 stellt die obere, V 2 die untere Grenze des Annahmekorridors dar. [7, S. 1]

3) Die Krankenhaushäufigkeit gibt die Zahl der stationären Behandlungsfälle je 1 000 Einwohner an. [8, S. 10]

tigt, d. h. die aktuelle Zahl der Behandlungsfälle sowie die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung. Dem Status-quo-Szenario liegt die Überlegung zugrunde, dass sich der relative Bedarf an Dienstleistungen des Gesundheitswesens verglichen mit den Werten des Basisjahres 2009 nicht grundlegend ändert, d. h. die stationäre Morbidität für den Zeitraum bis 2030 konstant ist. [9, S. 521] Im Trendszenario wird hingegen die zukünftige Entwicklung der altersspezifischen Krankenhaushäufigkeit berücksichtigt. Es wird angenommen, dass sich die Krankenhaushäufigkeit im Zeitverlauf für die Altersgruppe der 60- bis 80-Jährigen sowie der 80-Jährigen und Älteren auf Basis der Trends der Jahre 2000 bis 2009 entsprechend der Ergebnisse einer Regressionsanalyse ändert. Zunächst wurde für die Prognosevarianten V 1 und V 2 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen und für die Jahre 2020, 2025 sowie 2030 die Durchschnittsbevölkerung Sachsens ermittelt, welche die Grundlage für die Berechnung der zukünftigen Zahl entlassener Patienten darstellt. Anschließend wurden die altersspezifischen Krankenhaushäufigkeiten

**Abb. 1 Szenarien zur Ermittlung des Beschäftigungspotenzials bis 2030 im stationären medizinischen Bereich in Abhängigkeit der Einflussfaktoren Krankenhaushäufigkeit und Betreuungskoeffizient**

Merkmal	Krankenhaushäufigkeit bis 2030	
	auf konstantem Niveau von 2009	ist für 60-Jährige und Ältere höher als 2009
Konstanter Betreuungskoeffizient von 2009	Status-quo-Analyse ohne Produktivitätsfortschritt	Trendanalyse ohne Produktivitätsfortschritt
Sinkender Betreuungskoeffizient ab 2010 um 0,75 Prozent jährlich	Status-quo-Analyse mit Produktivitätsfortschritt	Trendanalyse mit Produktivitätsfortschritt

im Status-quo-Szenario gemäß den Werten des Jahres 2009 konstant gehalten und im Trendszenario für die Jahre 2020, 2025 und 2030 entsprechend der prognostizierten Werte angepasst.<sup>4)</sup> Die nach dem Alter differenzierten Krankenhaushäufigkeiten bilden die Grundlage für die weiteren Berechnungen. Zur Ermittlung der zu erwartenden Fallzahl wurde die durchschnittliche Bevölkerungszahl des jeweils betrachteten Prognosejahres mit der Krankenhaushäufigkeit der jeweiligen Altersgruppe des Status-quo-Szenarios bzw. Trendszenarios multipliziert. Die sich daraus

ergebenden Werte für die Jahre 2020, 2025 sowie 2030 ermöglichen Aussagen darüber, wie hoch die Zahl der Behandlungsfälle in diesen Jahren sein könnte. Mögliche strukturelle Änderungen im Gesundheitssystem fließen nicht in die Berechnungen ein. Die jährlich durchgeführte Krankenhausstatistik ermittelt die Zahl der im stationären Sektor beschäftigten Personen und Vollkräfte entsprechend ihrer Berufsqualifikation. Daraus kann ein Betreuungskoeffizient berechnet werden. Dieser setzt sich als Quotient aus beschäftigtem Personal und vollstationären Patienten zusammen. Bezogen auf die für die Jahre 2020, 2025 und 2030 ermittelten Fallzahl kann somit die Anzahl der Personen, welche zur Betreuung der Patienten notwendig sein werden, vorausberechnet werden. Da es aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts zu Produktivitätssteigerungen und in Folge dessen zur Verringerung des für 2009 ermittelten Betreuungskoeffizienten kommen kann, wurden die Berechnungen zusätzlich um die Annahme eines Produktivitätsfortschrittes von 0,75 Prozent pro Jahr erweitert.<sup>5)6)</sup> Insgesamt ergeben sich somit vier Szenarien, für die die Beschäftigungspotenziale im stationären medizinischen Bereich bis 2030 ermittelt werden (vgl. Abb. 1). Die Berücksichtigung zukünftiger Trends über die Status-quo-Betrachtung hinaus dient dem Ziel, eine möglichst realitätsnahe Vorausberechnung der in Zukunft eintretenden Fallzahl und Beschäftigungssituation im Krankenhaussektor zu erreichen. Zudem wird die Robustheit der Ergebnisse des Grundmodells gegenüber Änderungen einzelner Parameterwerte – hier der Krankenhaushäufigkeit und des Betreuungskoeffizienten – überprüft und die Unsicherheit, die mit einer alternativen Betrachtung verbunden ist, aufgezeigt. [11, S. 234]

4) Vgl. [2] Kapitel 4.2.2  
5) Vgl. [2] Kapitel 4.2.3  
6) In einer analogen Studie zum Pflegebereich wurde ein Produktivitätsfortschritt von 0,5 Prozent pro Jahr angesetzt (vgl. [10, S. 62ff]). Geht man davon aus, dass der Produktivitätsfortschritt im Krankenhauswesen höher ist, als im sehr arbeitsintensiven Pflegebereich, erscheint die Annahme auch unter diesem Gesichtspunkt als schlüssig.

**Tab. 1 Voraussichtliche Beschäftigungspotenziale<sup>1)</sup> im stationären medizinischen Bereich bis 2030 im Status-quo-Szenario**

Personal	Beschäftigungspotenziale V 1			Beschäftigungspotenziale V 2		
	2020	2025	2030	2020	2025	2030
<b>Status-quo-Analyse ohne Produktivitätsfortschritt</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	159	102	26	75	-24	-146
Nicht-ärztl. med. Personal	725	464	120	341	-112	-666
Sonst. nicht-ärztl. Personal	161	103	27	76	-25	-148
<b>Insgesamt</b>	<b>1 045</b>	<b>669</b>	<b>173</b>	<b>492</b>	<b>-161</b>	<b>-961</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	148	95	25	70	-23	-136
Nicht-ärztl. med. Personal	612	392	102	288	-94	-562
Sonst. nicht-ärztl. Personal	139	89	23	65	-21	-127
<b>Insgesamt</b>	<b>899</b>	<b>575</b>	<b>149</b>	<b>423</b>	<b>-138</b>	<b>-826</b>
<b>Status-quo-Analyse mit Produktivitätsfortschritt</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	-419	-717	-1 018	-497	-829	-1 165
Nicht-ärztl. med. Personal	-1 914	-3 275	-4 648	-2 268	-3 786	-5 319
Sonst. nicht-ärztl. Personal	-426	-729	-1 035	-505	-843	-1 184
<b>Insgesamt</b>	<b>-2 760</b>	<b>-4 721</b>	<b>-6 700</b>	<b>-3 269</b>	<b>-5 457</b>	<b>-7 668</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	-391	-670	-950	-464	-774	-1 087
Nicht-ärztl. med. Personal	-1 615	-2 764	-3 922	-1 914	-3 194	-4 489
Sonst. nicht-ärztl. Personal	-366	-626	-889	-434	-724	-1 018
<b>Insgesamt</b>	<b>-2 373</b>	<b>-4 060</b>	<b>-5 761</b>	<b>-2 811</b>	<b>-4 692</b>	<b>-6 593</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

1) Potenziale sind hier absolute Veränderungen, bezogen auf das Basisjahr 2009 mit 46 831 Beschäftigten.

Anmerkungen: Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in unterschiedlichen Berechnungsstufen zurückzuführen.

## Ergebnisse

In Tabelle 1 sind die Beschäftigungspotenziale der einzelnen Qualifikationsgruppen für die Varianten V 1 und V 2 und die Jahre 2020, 2025 sowie 2030 im Status-quo-Szenario dargestellt. Werden konstante Personalschlüssel unterstellt, ergeben sich bis 2030 in Variante 1 positive Beschäftigungspotenziale für Personen und Vollkräfte. In Variante 2 ist hingegen ab 2025 mit einem Rückgang des Beschäftigungspotenzials zu rechnen. Bei Annahme eines Produktivitätsfortschritts und damit einhergehenden sich anpassenden Personalschlüsseln können in beiden Varianten keine positiven Beschäftigungspotenziale bis 2030 erzielt werden. Dies gilt für alle Berufsgruppen.

In der Status-quo-Analyse ohne Produktivitätsfortschritt verändert sich der Personalbedarf im Krankenhaus verglichen mit dem Basisjahr 2009 (46 831 Beschäftigte) um insgesamt 2,2 Prozent (V 1) bzw. 1,1 Prozent (V 2) im Jahr 2020, um 1,4 Prozent bzw. -0,3 Prozent im Jahr 2025 sowie um 0,4 Prozent bzw. -2,1 Prozent im Jahr 2030.

In der Status-quo-Analyse mit Produktivitätsfortschritt fallen die Rückgänge beim Personalbedarf mit 5,9 Prozent (V 1) bzw. 7,0 Prozent (V 2) für das Jahr 2020, 10,1 Prozent bzw. 11,7 Prozent für das Jahr 2025 sowie 14,3 Prozent bzw. 16,4 Prozent für das Jahr 2030 deutlich kräftiger aus (vgl. Tab. 1).

Im Trendszenario sind bei Annahme konstanter Personalschlüssel bis 2030 in beiden Varianten steigende Beschäftigungspotenziale für Personen und Vollkräfte zu erwarten (vgl. Tab. 2). Bei Realisierung von Produktivitätsfortschritten hingegen fallen die Beschäftigungspotenziale ebenfalls negativ aus, jedoch in geringerem Maße als in der Status-quo-Analyse mit Produktivitätsfortschritten. Diese Entwicklung verläuft für alle Berufsgruppen einheitlich (vgl. Tab. 2).

Insgesamt erhöht sich in der Trendanalyse ohne Produktivitätsfortschritt der Personalbedarf in sächsischen Krankenhäusern verglichen mit 2009 um 6,4 Prozent (V 1) bzw. 5,3 Prozent (V 2) bis zum Jahr 2020, um 10,4 Prozent bzw. 8,6 Prozent bis zum Jahr 2025 sowie um 11,8 Prozent bzw. 9,1 Prozent bis zum Jahr 2030.

In der Trendanalyse mit Produktivitätsfortschritt verringert sich der Personalbedarf um 2,1 Prozent (V 1) bzw. 3,1 Prozent (V 2) für das Jahr 2020, um 2,1 Prozent bzw. 3,8 Prozent für das Jahr 2025 sowie um 4,6 Prozent bzw. 6,8 Prozent für das Jahr 2030. Damit fällt in der Trendanalyse mit Produktivitätsfortschritt ebenso wie in der Status-quo-Analyse mit Produktivitätsfortschritt die Veränderung negativ aus.

**Tab. 2 Voraussichtliche Beschäftigungspotenziale<sup>1)</sup> im stationären medizinischen Bereich bis 2030 im Trendszenario**

Personal	Beschäftigungspotenziale V 1			Beschäftigungspotenziale V 2		
	2020	2025	2030	2020	2025	2030
<b>Trendanalyse ohne Produktivitätsfortschritt</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	455	740	839	377	608	650
Nicht-ärztl. med. Personal	2 080	3 382	3 832	1 724	2 777	2 970
Sonst. nicht-ärztl. Personal	463	753	853	384	618	661
<b>Insgesamt</b>	<b>2 998</b>	<b>4 875</b>	<b>5 524</b>	<b>2 485</b>	<b>4 004</b>	<b>4 281</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	425	691	783	352	568	607
Nicht-ärztl. med. Personal	1 755	2 853	3 233	1 455	2 344	2 506
Sonst. nicht-ärztl. Personal	398	647	733	330	531	568
<b>Insgesamt</b>	<b>2 578</b>	<b>4 192</b>	<b>4 750</b>	<b>2 137</b>	<b>3 443</b>	<b>3 681</b>
<b>Trendanalyse mit Produktivitätsfortschritt</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	-146	-151	-324	-218	-268	-485
Nicht-ärztl. med. Personal	-667	-689	-1 479	-995	-1 224	-2 215
Sonst. nicht-ärztl. Personal	-149	-153	-329	-221	-273	-493
<b>Insgesamt</b>	<b>-962</b>	<b>-993</b>	<b>-2 132</b>	<b>-1 434</b>	<b>-1 765</b>	<b>-3 193</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	-136	-141	-302	-203	-250	-453
Nicht-ärztl. med. Personal	-563	-581	-1 248	-840	-1 033	-1 869
Sonst. nicht-ärztl. Personal	-128	-132	-283	-190	-234	-424
<b>Insgesamt</b>	<b>-827</b>	<b>-854</b>	<b>-1 833</b>	<b>-1 233</b>	<b>-1 518</b>	<b>-2 746</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

1) Potenziale sind hier absolute Veränderungen, bezogen auf das Basisjahr 2009 mit 46 831 Beschäftigten.

Anmerkungen: Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in unterschiedlichen Berechnungsstufen zurückzuführen.

Insgesamt ergeben sich sowohl für die Status-quo-Variante als auch für die Trendvariante bei Annahme konstanter Personalschlüssel positive Beschäftigungspotenziale, jedoch in unterschiedlichem Umfang. Sollte es hingegen in Zukunft gelingen, Produktivitätsfortschritte im Personalbereich zu realisieren, lassen sich trotz der ungünstigen Altersstruktur Sachsens sowie der demografischen Einflüsse weder im Status-quo-Szenario noch im Trendszenario positive Beschäftigungspotenziale ermitteln.

Die Ergebnisse markieren auf der Basis dieser Berechnungen somit Grenzen eines Korridors, der angibt, inwieweit zukünftig Beschäftigungspotenziale im Bereich der stationären medizinischen Versorgung Sachsens Krankenhäusern möglich erscheinen. Die Weite des Korridors spiegelt dabei die Tatsache wider, dass sich bestimmte Annahmen nur schwer planen und vorausberechnen lassen.

### Schlussfolgerung und Ausblick

Da Veränderungen der Parameter die Ergebnisse beeinflussen, werden die Bedeutung von Unsicherheiten für die Bewertung eines Szenarios sowie weiterer Forschungsbedarf

deutlich. [11, S. 234] Zu beachten ist ferner, dass sich die ermittelten Ergebnisse nicht ohne weiteres auf die anderen Bereiche des Gesundheitswesens übertragen lassen. So muss beispielsweise für den ambulanten medizinischen Bereich speziell untersucht werden, wie sich die Verlagerung von stationären Leistungen in diesen Sektor hinein konkret auf die Fallzahl und die Beschäftigungspotenziale auswirken wird.

Die zukünftige Entwicklung der stationären medizinischen Versorgung wird neben Faktoren wie dem medizinisch-technischen Fortschritt im Wesentlichen durch den demografischen Wandel beeinflusst. Dieser führt nicht nur zu einer Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung insgesamt, sondern hat auch qualitative und quantitative Auswirkungen auf das Personal sowie die Beschäftigungssituation im Krankenhaus.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Sachsen wird zukünftig stark sinken und altern. Inwieweit der für die Jahre 2020, 2025 und 2030 benötigte Personalbedarf im Krankenhaussektor gedeckt werden kann, hängt somit entscheidend davon ab, wie viele qualifizierte Arbeitskräfte künftig zur Verfügung stehen werden. Denn bereits heu-

te hat sich der Arbeitsmarkt bei den Fachkräften vom Angebots- zum Nachfragemarkt gedreht. [12, S. 105] Ein mehrdimensionales Maßnahmenbündel aus kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen ist nötig, um den zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. [13, S. 112]

Da Maßnahmen der einzelnen Akteure im Bereich der stationären medizinischen Versorgung langfristig wirken und zeitnah umgesetzt werden müssen, ist es von politischer und praktischer Relevanz, aufzuzeigen, wie sich die demografieabhängige Zahl der stationär in Krankenhäusern behandelten Personen vor dem Hintergrund der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung verändert und welche Anpassungsanforderungen sich daraus für die stationäre medizinische Versorgung ergeben.

Ziel aller Akteure muss es sein, ein adäquates Versorgungsangebot für die alternde Gesellschaft sicherzustellen und den Verschiebungen im Erkrankungsspektrum bei der Kapazitätsplanung und -steuerung Rechnung zu tragen. [14, S. 659] In Hinblick auf eine künftig steigende Fallzahl müssen die Versorgungskonzepte zeitnah angepasst werden, damit auch in Zukunft eine flächendeckende medizinische Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Die stationäre medizinische Versorgung wird infolge dieser Entwicklungen auch in Zukunft von Veränderungen ihrer Organisations-, Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen geprägt sein.

Sophia Andrä, Dipl.-Volksw., Absolventin der TU Dresden,  
Univ.-Prof. Dr. Alexander Karmann, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung; Leiter des Gesundheitsökonomischen Zentrums, TU Dresden  
Kristina Richter, Dipl.-Geogr., Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, B.: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 89 - 101.
- [2] Andrä, S.: Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030: Beschäftigungspotenziale in der stationären medizinischen Versorgung infolge des demografischen Wandels. Diplomarbeit, eingereicht am 24. Oktober 2011 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- [3] Bruckenberger, E., S. Klauke u. H.-P. Schwintowski: Krankenhausmärkte zwischen Regulierung und Wettbewerb, Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg 2006.
- [4] Hilbert, J., M. Evans: Mehr Gesundheit wagen! Gesundheits- und Pflegedienste innovativ gestalten, Friedrich-Ebert-Stiftung – Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn 2009.
- [5] Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen 2020 und 2030 – Konzept für ein Forschungsprojekt vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen und dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden, Stand: 11. August 2011.
- [6] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>, [Abgerufen am 25.07.2011].
- [7] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Annahmen zur Prognose, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/documents/Annahmen.pdf>, [Abgerufen am 25.07.2011].
- [8] Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zum Krankenhausplan des Freistaates Sachsen, Stand: 1. Januar 2009 (9. Fortschreibung).
- [9] Schwarz, N. und B. Sommer: Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, 6/2009, S. 513 - 527.
- [10] Brenker, I.: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Beschäftigungspotenziale für Pflegeberufe in Sachsen bis zum Jahre 2020. Diplomarbeit, eingereicht am 28. Januar 2010 am Lehrstuhl für Statistik des Institutes für empirische Wirtschaftswissenschaften der Fakultät der Universität Leipzig.
- [11] Schulenburg, J.-M. von der, W. Greiner: Gesundheitsökonomik, 2. neu bearbeitete Auflage, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2007.
- [12] Flato, E. und S. Reinbold-Scheible: Zukunftsweisendes Personalmanagement: Herausforderung demografischer Wandel – Fachkräfte gewinnen, Talente halten, Erfahrung nutzen, mi-Fachverlag, München 2008.
- [13] Girke, F. H., T. Kobas: Marke Asklepios – Arbeitgeber Nr. 1 als Wettbewerbsvorteil. In: H. Lohmann (Hrsg.): Mitarbeiter händleringend gesucht: Personalkonzepte sichern Überleben, Medhochzwei-Verlag, Heidelberg 2011, S. 109 - 120.
- [14] Spindler, J. und T. Schelhase: Krankenhauslandschaft im Umbruch. In: Wirtschaft und Statistik, 7/2009, S. 641 - 659.

# Prognose der Zeitreihen „Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“ und „Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“

## Vorbemerkungen

Das Ziel der in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen erstellten Diplomarbeit mit dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung von Methoden der Zeitreihenanalyse zur Vorrausberechnung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft in Sachsen“ [1] war die Klärung, inwieweit die zeitnahe Bereitstellung von Rechenergebnissen zur Gesundheitswirtschaft in Sachsen – speziell zur Bruttowertschöpfung und zur Zahl der Erwerbstätigen – auf der Basis der zur Verfügung stehenden Informationen zur bisherigen Entwicklung dieser Indikatoren und unter Nutzung statistischer Methoden der Zeitreihenanalyse realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wurde ein Rechenwerk zur Durchführung von Prognosen für die nächsten Jahre entwickelt.<sup>1)</sup>

Durch die Institutionalisierung des Wertschöpfungsansatzes<sup>2)</sup> im Statistischen Landesamt können kontinuierlich Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung sowie zur Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen bereitgestellt werden. Die Berechnungen werden auf der Grundlage der Veröffentlichungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder sowie unter Nutzung weiterer Statistiken im Rahmen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen durchgeführt, die teilweise erst zwei Jahre nach dem Berichtsjahr zur Verfügung stehen. Dadurch ist eine zeitnahe Bereitstellung von Ergebnissen unter Nutzung dieses Ansatzes nicht möglich.

Im Rahmen der erstellten Diplomarbeit wurde die Frage geklärt, inwieweit trotz dieser Situation eine zeitnahe Bereitstellung von belastbaren Ergebnissen zur Bruttowertschöpfung und zur Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen realisiert werden kann.

Dieser Artikel stellt eine Zusammenfassung der Diplomarbeit bezüglich der Vorgehensweise zur Lösung der Problemstellung dar. Weiterhin werden die Ergebnisse analysiert sowie das Verfahren der Arbeit bewertet.

## Ausgangssituation

Auf der Grundlage der Daten zur Bruttowertschöpfung sowie zur Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen für die Jahre 1996 bis 2008 sollte je eine Prognose für die nächsten drei Jahre ermittelt werden, die veröffentlicht werden kann (vgl. Tab. 1).

Bevor eine Prognose vorgenommen werden konnte, musste die optimale Trendfunktion der gegebenen Zeitreihe bestimmt und mit

dem Test auf Zufälligkeit geprüft werden, ob in der trendbereinigten Reihe noch Korrelationen vorhanden waren. War dies nicht der Fall, so konnte ein Signifikanztest angewendet werden. Falls ein signifikanter Trend vorhanden war, konnte eine qualifizierte Prognose durchgeführt werden.

- 1) Der hier vorgestellte Ansatz ist grundsätzlich auch für Schätzungen der Bruttowertschöpfung sowie Zahl der Erwerbstätigen der Gesundheitswirtschaft in der Abgrenzung nach WZ 2008 geeignet.[2]
- 2) Mit dem Wertschöpfungsansatz können die wirtschaftlichen Tätigkeiten aller in der Gesundheitswirtschaft aktiven Wirtschaftseinheiten in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgebildet werden. Die Basis dafür ist eine wirtschaftsfachliche Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige. Das Ziel des Wertschöpfungsansatzes ist es, die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft zu ermitteln.

**Tab. 1 Bruttowertschöpfung<sup>1)</sup> und Erwerbstätige in der Gesundheits-<sup>2)</sup> und Gesamtwirtschaft 1996 bis 2008**

Jahr	Bruttowertschöpfung		Erwerbstätige	
	Gesundheitswirtschaft	Gesamtwirtschaft	Gesundheitswirtschaft	Gesamtwirtschaft
	Millionen €		1 000 Personen	
1996	6 182	65 701	208	2 005
1997	6 362	66 089	209	1 977
1998	6 620	66 739	213	1 975
1999	6 831	67 926	217	1 982
2000	7 131	68 098	215	1 972
2001	7 211	70 386	220	1 940
2002	7 634	73 373	227	1 916
2003	7 861	74 926	233	1 907
2004	8 143	77 378	234	1 912
2005	8 430	77 411	235	1 895
2006	8 809	80 884	238	1 911
2007	8 970	83 969	242	1 941
2008	9 288	84 884	247	1 953

1) in jeweiligen Preisen

2) Schätzung Stand April 2011; alle Angaben vorläufig.

Datenquelle: AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010/ Februar 2011.

### Das Komponentenmodell

Für beide gegebenen Zeitreihen – mit je  $n$  Beobachtungswerten – wurde das additive Komponentenmodell ohne Saisonkomponente angesetzt, denn es sind nur Jahreswerte vorhanden:

$$x_t = m_t + u_t, \quad t = 1, \dots, n$$

Dabei beschreibt der Trend  $m_t$  die langfristige systematische Veränderung des mittleren Verlaufs der Zeitreihe. Die Restkomponente  $u_t$  beinhaltet die kurzfristigen, zufällig um Null schwankenden Einflüsse oder Störungen.

### Bestimmung der optimalen Trendfunktion

Bei der Auswahl der optimalen Trendfunktion für die entsprechende Zeitreihe wurde sowohl die Differenzenmethode als auch das Kriterium der Restvarianz angewendet. Mit der Differenzenmethode kann ein polynomialer Trend vom Grad  $d$  ( $d \geq 1$ ) durch die Bildung der Differenzen  $d$ -ter Ordnung beseitigt werden. Dieser Grad entspricht der Anzahl der Differenzenbildungen bis der variable Trend wegfällt. Differenzen 1. Ordnung:

$$\nabla x_t = x_t - x_{t-1} \quad \text{für } t = 2, 3, \dots, n$$

Differenzen  $d$ -ter Ordnung:

$$\nabla^d x_t = \nabla^{d-1} x_t - \nabla^{d-1} x_{t-1} \quad \text{für}$$

$$t = d + 1, \dots, n$$

Für das Kriterium der Restvarianz wurden den beiden gegebenen Zeitreihen folgende Trendfunktionen angepasst, die den Verlauf unterschiedlich gut wiedergeben:

#### Linearer Trend

$$m_t = a_0 + a_1 \cdot t$$

#### Quadratischer Trend

$$m_t = a_0 + a_1 \cdot t + a_2 \cdot t^2$$

#### Kubischer Trend

$$m_t = a_0 + a_1 \cdot t + a_2 \cdot t^2 + a_3 \cdot t^3$$

#### Exponentieller Trend

$$m_t = a_0 \cdot a_1^t$$

#### Logistischer Trend:

$$m_t = \frac{a_0}{1 + a_1 \cdot e^{-a_2 \cdot t}}$$

Zur Schätzung der unbekannt Parameter der entsprechenden Trendfunktion wurde

die Methode der kleinsten Quadrate genutzt. Durch das Einsetzen der geschätzten Parameter in die Regressionsfunktion war es möglich, den geschätzten Trend

$$\hat{m}_t = \hat{x}_t$$

zu erhalten. Die Ermittlung der Residuen erfolgte durch Subtraktion des geschätzten Trends von dem Beobachtungswert der Zeitreihe:

$$\hat{u}_t = x_t - \hat{x}_t$$

Anschließend konnte die jeweilige Restvarianz berechnet werden:

$$\hat{s}_l^2 = \frac{1}{n-m} \cdot \sum_{t=1}^n (x_t - \hat{x}_t)^2$$

Dabei ist  $l$  der Trendfunktionstyp – wie der lineare Trend – und  $m$  die Anzahl der freien Parameter – beispielsweise gilt für den linearen Trend  $m=2$ .

Zur Auswertung dieses Kriteriums lässt sich sagen, dass die Trendfunktion mit der kleinsten Restvarianz am besten an die Zeitreihe angepasst ist.

### Durchführung des Tests auf Zufälligkeit

Die Signifikanztests der Regressionsanalyse dürfen nur genutzt werden, wenn die Residuen als Realisierungen von unabhängigen, normal verteilten Zufallsgrößen angesehen werden können. Sonst gelten diese Tests nur als grobe Näherung. Meist ist die genannte Voraussetzung für die Residuen von Zeitreihen nicht erfüllt, da in der Regel Abhängigkeiten zeitlich aufeinanderfolgender Werte – sogenannte Autokorrelationen – auftreten. Mit dem Test auf Zufälligkeit konnte geprüft werden, ob die Restkomponente als zufällig angesehen werden konnte – sofern die Annahme gerechtfertigt war, dass die Residuen Realisierungen von Zufallsgrößen waren. Vor der Durchführung des Tests war es notwendig, die empirische Autokorrelationsfunktion zu bestimmen:

$$r_k = \frac{c_k}{c_0}$$

$$\text{mit } c_k = \frac{1}{n} \cdot \sum_{t=1}^{n-k} (u_t - \bar{u}) \cdot (u_{t+k} - \bar{u})$$

$$\text{für } k = 0, 1, \dots, \frac{n}{4}$$

Unter der Nullhypothese

$$H_0 : r_k^* = 0$$

( $r_k^*$  ist das betragsgrößte  $r_k$ ) konnte die Testgröße berechnet werden:

$$t_z = r_k^* \cdot \sqrt{\frac{n-2}{1-(r_k^*)^2}}$$

Nach der Festlegung der Irrtumswahrscheinlichkeit  $\alpha$  (meist 0,05) konnte der kritische Wert  $t_{n-2; 1-\alpha/2}$  ermittelt werden. Die Null-

hypothese wurde abgelehnt, wenn

$$|t_z| \geq t_{n-2; 1-\alpha/2}$$

Ansonsten konnte die Restkomponente als zufällig angesehen werden, es waren keine Korrelationen in der Reihe.

### Durchführung des Signifikanztests

Wurde die Nullhypothese des Tests auf Zufälligkeit nicht abgelehnt, konnte ein Signifikanztest durchgeführt werden.

Für den Fall, dass der lineare Trend als optimale Trendfunktion bestimmt wurde, konnte ausgehend von der berechneten linearen Regressionsfunktion und der zugehörigen Restvarianz überprüft werden, ob die Variablen  $a_0$  und  $a_1$  einen signifikanten Einfluss auf die Variable  $x_t$  haben. Das heißt, es waren die Nullhypothesen

$$H_0^{(1)} : a_0 = 0 \quad \text{und}$$

$$H_0^{(2)} : a_1 = 0 \quad \text{zu testen. Nach der Wahl}$$

der Irrtumswahrscheinlichkeit  $\alpha$  konnten die Testgrößen berechnet werden:

$$t_{linear}^{a_0} = \frac{\hat{a}_0}{\sqrt{\hat{s}_{linear}^2 \cdot \left( \frac{1}{n} + \frac{\bar{t}^2}{\sum_{t=1}^n (t-\bar{t})^2} \right)}} \quad \text{und}$$

$$t_{linear}^{a_1} = \frac{\hat{a}_1}{\sqrt{\hat{s}_{linear}^2 \cdot \sum_{t=1}^n (t-\bar{t})^2}}$$

Der kritische Wert war  $t_{n-2; 1-\alpha/2}$ . Für

$$|t_{linear}^{a_0}| \geq t_{n-2; 1-\alpha/2} \quad \text{wurde } H_0^{(1)} \text{ abge-}$$

lehnt und dies bedeutet, dass  $a_0$  einen signifikanten Einfluss auf  $x_t$  hatte. War die Testgröße kleiner als der kritische Wert, konnte die Nullhypothese nicht abgelehnt werden.

Die Entscheidungen für  $H_0^{(2)}$  waren analog zu treffen.

Wurde der quadratische Trend als optimale Trendfunktion bestimmt, konnte auf der Basis der berechneten quadratischen Regressionsfunktion und deren Restvarianz geprüft werden, ob die Variablen  $a_1$  und  $a_2$  einen signifikanten Einfluss auf  $x_t$  haben. Dieser Test erfolgte entsprechend den Test für den linearen Trend, abgesehen von wenigen Änderungen: Der kritische Wert war  $t_{n-3;1-\alpha/2}$

und die Testgrößen waren folgendermaßen zu berechnen:

$$t_{quadr.}^{a_1} = \frac{\hat{a}_1}{\sqrt{\hat{S}_{quadr.}^2 \cdot \frac{c_{22}}{c_{11} \cdot c_{22} - c_{12}^2}}}$$

$$\text{und } t_{quadr.}^{a_2} = \frac{\hat{a}_2}{\sqrt{\hat{S}_{quadr.}^2 \cdot \frac{c_{11}}{c_{11} \cdot c_{22} - c_{12}^2}}}$$

$$\text{mit } c_{11} = \sum_{t=1}^n (t - \bar{t})^2$$

$$c_{22} = \sum_{t=1}^n (t^2 - \bar{t}^2)^2 \text{ und}$$

$$c_{12} = \sum_{t=1}^n (t - \bar{t}) \cdot (t^2 - \bar{t}^2)$$

Da die anderen oben beschriebenen Trendfunktionen nicht zur Anwendung kamen, wird auf eine Darstellung der Signifikanzprüfung an dieser Stelle verzichtet.

### Durchführung verschiedener Prognosen

Es wurden verschiedene Prognoseverfahren angewendet, wie zum Beispiel die naive, die lokale und die globale Prognose. Der Prognosewert zurzeit  $n$  bei  $h$  Schritten in die Zukunft wird mit  $\hat{x}_{n,h}$  bezeichnet.

Die naive Prognose

$$\hat{x}_{n,h} = x_n + h \cdot (x_n - x_{n-1})$$

berücksichtigt nur die Veränderung zwischen den Beobachtungswerten der letzten beiden Jahre und geht davon aus, dass diese auch in der Zukunft gleich bleibt. Bei einer lokalen Prognose wird der Trend über wenige aktuelle Werte der Zeitreihe geschätzt und anschließend in die Zukunft fortgesetzt:

$$\hat{x}_{n,h} = \hat{m}_{n+h}^{lokal}$$

Bei der globalen Prognose

$$\hat{x}_{n,h} = \hat{m}_{n+h}$$

wird der Trend über die gesamte Zeitreihe bestimmt.

### Umsetzung der Berechnungen mittels VBA-Programmierung<sup>3)</sup>

Für beide Zeitreihen erfolgte die Bestimmung der optimalen Trendfunktion, die Durchführung des Tests auf Zufälligkeit, des Signifikanztests sowie verschiedener Prognosen mittels Microsoft Excel. Es wurden Makros in der Programmiersprache VBA entwickelt, welche alle Berechnungen automatisch ausführen und anschließend die Ergebnisse in einem neuen Tabellenblatt ausgeben. Diese erstellten Makros können auch in den nächsten Jahren genutzt werden, um Prognosen zu berechnen.

### Auswertung

Für die beiden gegebenen Zeitreihen konnten folgende Funktionen als optimale Trendfunktionen bestimmt werden, welche den Verlauf der Zeitreihe sehr gut wiedergaben: Für die Bruttowertschöpfung war die quadratische

Trendfunktion und für die Zahl der Erwerbstätigen die lineare Trendfunktion am besten geeignet.

Die Residuen konnten als Realisierungen von Zufallsgrößen betrachtet werden: Der Prozess der Datengenerierung kann als zufällig angesehen werden, denn zur Ermittlung des Ergebnisses für die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen sind teilweise Schätzungen und individuelle Entscheidungen notwendig. Daher konnte der Test auf Zufälligkeit angewendet werden und das Ergebnis war, dass es keine Korrelationen in den trendbereinigten Reihen gibt.

Somit konnte der entsprechende Signifikanztest durchgeführt werden und dieser ergab, dass ein signifikanter Trend vorlag und eine qualifizierte Prognose möglich war.

Es wurden verschiedene Prognosen durchgeführt: eine naive Prognose, mehrere lokale lineare Prognosen mit unterschiedlicher Stützstellenanzahl sowie globale Prognosen. Aufgrund der Kürze der vorhandenen Zeitreihen wurden nur für einen Zeitraum von fünf Jahren Werte prognostiziert.

Die naive Prognose erzielte bei beiden Zeitreihen hohe Werte, denn die Veränderung in

3) VBA: Visual Basic for Application

Tab. 2 Berechnungs-<sup>1)</sup> und Prognosewerte zur Bruttowertschöpfung<sup>2)</sup> in der Gesundheitswirtschaft 2006 bis 2008

Jahr	Berechnungswerte	Prognosewerte				
		naive Prognose	lokale lineare Prognose mit der folgenden Anzahl an Stützstellen			globale quadratische Prognose
			4	5	6	
Millionen €						
2006	8 809	8 717	8 685	8 740	8 687	8 740
2007	8 970	9 004	8 952	9 035	8 959	9 057
2008	9 288	9 290	9 219	9 329	9 231	9 384

1) Schätzung Stand April 2011; alle Angaben vorläufig.

Datenquelle: AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010/ Februar 2011.

2) in jeweiligen Preisen

Tab. 3 Prognosewerte zur Bruttowertschöpfung<sup>1)</sup> in der Gesundheitswirtschaft 2006 bis 2008 - relative Abweichung zu den Berechnungswerten<sup>2)</sup>

Jahr	Naive Prognose	Lokale lineare Prognose mit der folgenden Anzahl an Stützstellen			Globale quadratische Prognose
		4	5	6	
		%			
2006	-1,0	-1,4	-0,8	-1,4	-0,8
2007	0,4	-0,2	0,7	-0,1	1,0
2008	0,0	-0,8	0,4	-0,6	1,0

1) in jeweiligen Preisen

2) Schätzung Stand April 2011; alle Angaben vorläufig.

Datenquelle: AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010/ Februar 2011.



den letzten beiden Jahren war relativ hoch. Die globalen linearen sowie die lokalen linearen Prognosen ergaben geringere und sinnvollere Werte. Bei einer globalen Prognose mit der quadratischen Trendfunktion (welche bei der Zeitreihe zur Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen als optimal bestimmt wurde) erhält man schnell sehr hohe und somit unrealistische Prognosewerte.

Die ermittelten Trendfunktionen wurden einem Praxistest unterzogen. Es wurden Prognosen mit den verkürzten Zeitreihen für die Jahre 1996 bis 2005 vorgenommen und anschließend wurden die prognostizierten Werte mit den tatsächlichen Werten verglichen. Die Ergebnisse sind in den Tabellen 2 bis 5 dargestellt. Es haben sich recht gute Schätzungen ergeben. Die relativen Abweichungen der Prognose- von den Berechnungswerten waren für die Bruttowertschöpfung nie größer als 1,4 Prozent (vgl. Tab. 3), für die Zahl der Erwerbstätigen wurde eine maximale Abweichung von 4,1 Prozent ermittelt (vgl. Tab. 5). Daraus resultierend konnten Empfehlungen zur Vorausberechnung der beiden Zeitreihen gegeben werden.

Dabei konnten die im ersten Schritt der Auswertung auf der Grundlage aller zur Verfügung stehenden Daten ermittelten Trendfunktionen bestätigt werden.

Die dort für die Bruttowertschöpfung ermittelte quadratische Trendfunktion liefert sehr gute Schätzungen, allerdings dürfte diese Trendfunktion sicher bald zu große Prognosewerte liefern. Deshalb sollte für die Zeitreihe zur Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen eine lokale lineare Prognose für eine verkürzte Zeitreihe ab dem Jahr 2001 oder 2002 vorgenommen werden, für die Zeitreihe zu den Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in Sachsen ist eine globale lineare Prognose zu bevorzugen.

### Zusammenfassung und Bewertung

Der hier vorgestellte Ansatz zur Prognose der Bruttowertschöpfung und der Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft ist für Schätzungen dieser beiden Indikatoren grundsätzlich geeignet. Trotzdem sollten nur Prognosen für etwa drei bis fünf Jahre durchgeführt werden. Für diesen Prognosehorizont werden sich noch relativ zuverlässige Ergebnisse ermitteln lassen, die nicht allzu sehr von den exakten Werten abweichen. Allerdings sollte man den Prognosehorizont nicht viel größer wählen, da es sehr wahrscheinlich ist, dass diese Prognosen nicht mehr zutreffen werden.

Anne Schneider, Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin

**Tab. 4 Berechnungs-<sup>1)</sup> und Prognosewerte zur Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft 2006 bis 2008**

Jahr	Berechnungswerte	naive Prognose	Prognosewerte			
			lokale lineare Prognose mit der folgenden Anzahl an Stützstellen		globale quadratische Prognose	
			3	5	linear	logistisch
1 000 Personen						
2006	238	235	235	240	240	236
2007	242	236	236	244	243	239
2008	247	237	237	247	246	241

<sup>1)</sup> Schätzung Stand April 2011; alle Angaben vorläufig.  
Datenquelle: AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010/ Februar 2011.

**Tab. 5 Prognosewerte zur Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft 2006 bis 2008 – relative Abweichung zu den Berechnungswerten<sup>1)</sup>**

Jahr	Naive Prognose	Lokale lineare Prognose mit der folgenden Anzahl an Stützstellen		Globale quadratische Prognose	
		3	5	linear	logistisch
		%			
2006	-1,2	-1,1	1,0	0,6	-0,8
2007	-2,5	-2,4	0,8	0,4	-1,4
2008	-4,1	-4,0	0,3	-0,2	-2,5

<sup>1)</sup> Schätzung Stand April 2011; alle Angaben vorläufig.  
Datenquelle: AK VGRdL; Berechnungsstand August 2010/ Februar 2011.

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Schneider, A.: Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung von Methoden der Zeitreihenanalyse zur Vorausberechnung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl der Gesundheitswirtschaft in Sachsen, Statistisches Landesamt Sachsen, Hochschule Zittau/ Görlitz, Diplomarbeit 2011.
- [2] Frie, B.; Muno, K.; Speich, W.-D.: Gesundheitswirtschaft und Wertschöpfungsansatz nach WZ 2008. In: Statistik in Sachsen, 2/2011, S. 30 - 41.

# Neues aus Sachsen

## Wichtige Etappe beim Zensus 2011 beendet

Am 31. Mai 2012 wurden die 39 örtlichen Erhebungsstellen im Freistaat Sachsen nach erfolgreicher Erledigung aller gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben geschlossen. Die örtlichen Erhebungsstellen wurden im November 2010 für die regionale Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 als eigenständige Verwaltungseinheiten eingerichtet. Zur Sicherung des Datenschutzes wurden sie sowohl räumlich, organisatorisch als auch personell vom übrigen Verwaltungsbereich getrennt.

Zu den Hauptaufgaben der Erhebungsstellen gehörten die Durchführung der Haushaltebefragung, die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften sowie qualitätssichernde Befragungen im Hinblick auf die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl. Sachsenweit wurden hierbei durch die örtlichen Erhebungsstellen ca. 470 000 Personen befragt. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Qualitätssicherung der Gebäude- und Wohnungszählung rund 33 500 Gebäudeanschriften aufgesucht und überprüft. Insgesamt wurden hierfür 4 700 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte von den örtlichen Erhebungsstellen ausgewählt, geschult und umfassend auf ihre Interviewertätigkeit vorbereitet.

Ende Mai 2012 konnten nun alle primärstatistischen Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 erfolgreich abgeschlossen werden. Durch den engagierten Einsatz der Mitarbeiter der örtlichen Erhebungsstellen, der ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten sowie der bereitwilligen Auskunftserteilung der sächsischen Bürger konnten die Befragungen ohne größere Probleme durchgeführt werden. Der Zensus 2011 ist die erste Volkszählung in Deutschland seit 1987 bzw. 1981 und wird erstmals nach der Wiedervereinigung eine Bestandsaufnahme wichtiger Strukturdaten liefern, insbesondere zu Anzahl und demografischer Struktur der Bevölkerung, zu Haushalten und Familien sowie zum Bestand und zur Nutzung der Gebäude und Wohnungen.

## Zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai

342 600 Familien (Elternpaare oder Alleinerziehende) mit Kindern unter 18 Jahren lebten 2010 in Sachsen. Diese Zahl hat sich gegenüber 2000 um fast ein Drittel verringert. Damals gab es noch 503 300 Familien mit Kindern in Sachsen.

In diesem Zeitraum waren die Familienformen einem Wandel unterworfen. 2000 waren noch in 68 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern die Eltern miteinander verheiratet. 2010 traf das nur noch auf 56 Prozent zu. Dagegen erhöhten sich die Anteile der nichtehelichen Lebensgemeinschaften (von 13 auf 21 Prozent) und der Alleinerziehenden (von 19 auf 24 Prozent).

Mit steigendem Alter der Kinder sinkt der Anteil unverheiratet zusammenlebender Elternpaare. Im Jahr 2010 gab es in weniger als der Hälfte aller Familien mit Kindern unter 3 Jahren ein miteinander verheiratetes Elternpaar (45 Prozent). In 34 Prozent der Familien lebten die Eltern ohne Trauschein zusammen, bei 20 Prozent wurden die Kinder von Mutter oder Vater allein betreut. War das jüngste Kind hingegen 10 bis unter 18 Jahre alt, betrug der Anteil der verheirateten Elternpaare 63 Prozent, 26 Prozent waren alleinerziehend. In nur 11 Prozent dieser Familien lebten die Eltern unverheiratet zusammen.

Bereits am 13. Mai wurde auch in Sachsen in vielen Familien der Muttertag gefeiert. 60 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern hatten ein Kind in dieser Altersgruppe, 33 Prozent der Mütter hatten zwei und 8 Prozent hatten drei und mehr Kinder im Alter von unter 18 Jahren.

## Weniger Ehescheidungen in Sachsen, aber mehr minderjährige Kinder betroffen

Insgesamt 7 146 Ehen wurden 2011 von den 30 sächsischen Familiengerichten geschieden. Das waren 2 Prozent bzw. 139 Ehen weniger als im Jahr zuvor. Seit 2004 ist die Zahl der Ehescheidungen in Sachsen rückgängig. Dagegen stieg die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder im Vergleich zu 2010 um 204 (4 Prozent) auf 4 973. Bei 242 Scheidungen, 38 mehr als im Vorjahr, waren jeweils mehr als drei minderjährige Kinder betroffen.

Die meisten Ehen wurden 2011 nach einer Ehedauer von 6 Jahren (377 Fälle) geschieden. Fast ein Drittel aller Scheidungen erfolgte nach 3 bis 9 Jahren. Nach der Silberhochzeit trennten sich 1 378 Ehepaare (19 Prozent), nach der Goldenen Hochzeit noch 7 Ehepaare. Die durchschnittliche Dauer der 2011 geschiedenen Ehen lag wie in den Vorjahren bei 16 Jahren. 41 Prozent der geschiedenen Frauen und Männer waren im Alter zwischen 40 und 50 Jahren. Die meisten Frauen trennten sich im Alter von 47 Jahren, die meisten Männer im Alter von 48 Jahren. 2011 wurden 54 Prozent (3 828 Fälle) der

Scheidungsanträge von den Ehefrauen und 38 Prozent (2 699 Fälle) von den Männern eingereicht. Jede elfte Scheidung (9 Prozent bzw. 619) wurde von beiden Ehepartnern beantragt.

## 22 000 erfolgreiche Hochschulabsolventen 2011 in Sachsen

Insgesamt 21 995 bestandene Abschlussprüfungen konnten die sächsischen Hochschulen 2011 melden. Das waren 2 167 bzw. 11 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Es wurden 11 647 universitäre Abschlüsse, 6 436 Fachhochschul- bzw. Verwaltungsfachhochschulabschlüsse, 1 888 Lehramtsprüfungen, 498 künstlerische Abschlüsse und 68 sonstige Abschlüsse erzielt. Zusätzlich gab es 1 458 abgeschlossene Promotionen. Die internationalen Abschlüsse Bachelor (7 311) und Master (1 766) bilden dabei schon 41 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen insgesamt (2010: 31 Prozent). Fast jeder fünfte Absolvent (4 082 bzw. 19 Prozent) schloss sein Studium mit dem „Bachelor an Universitäten“ ab. Damit wurde erstmals das klassische Universitätsdiplom (3 867-mal vergeben) auf den zweiten Platz verwiesen. 11 266 Abschlussprüfungen (51 Prozent) wurden von Studentinnen erfolgreich absolviert. Vor allen bei den Lehramtsabschlüssen waren die Frauen in der Mehrzahl, 1 370 bzw. 73 Prozent der Lehramtsabsolventen waren weiblich.

Über ein Viertel der Prüfungen (5 954) wurde in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ erfolgreich abgelegt. Jeweils rund 20 Prozent der Abschlüsse erfolgte in den „Ingenieurwissenschaften“ (4 455) bzw. im Bereich „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (4 425).

Nur rund ein Drittel der Absolventen beendete das Studium innerhalb der Regelstudienzeit. Die Hälfte der bestandenen Abschlussprüfungen erfolgte bis vier Fachsemester später als vorgeschrieben.

Das Durchschnittsalter der 17 436 Absolventen eines Erststudiums betrug 26,2 Jahre. Im Durchschnitt 31,1 Jahre waren die Absolventen eines weiteren Studiums, wozu auch alle Masterabsolventen zählen.

## Deutschlandstipendium startet 2011 in Sachsen mit 297 geförderten Studenten

Die Vergabe des Deutschlandstipendiums ist zum Sommersemester 2011 an den staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen gestartet. Es fördert einkommensunabhängig begabte und leistungsstarke Studierende mit

monatlich 300 €. Das Geld dafür stammt zur Hälfte von privaten Mittelgebern und zu je einem Viertel von Bund und Land.

2011 beteiligte sich in Sachsen die Hälfte der 26 Hochschulen an der Vergabe von insgesamt 297 Deutschlandstipendien. Die Technische Universität Dresden zählte mit 150 die meisten geförderten Stipendiaten.

Unter den 297 Stipendiaten insgesamt befanden sich 128 Frauen (43 Prozent). 15 ausländische Studierende erhielten ein Deutschlandstipendium.

Fachlich betrachtet gab es die meisten Deutschlandstipendien (119) für Studenten, die Studiengänge der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ belegten, gefolgt von 64 Stipendien in den „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Die Hälfte des Geldes zur Finanzierung des Deutschlandstipendiums stammte in Sachsen 2011 von 126 Mittelgebern, darunter 77 Kapitalgesellschaften. Diese stellten für die Stipendiaten 95 553 € an ungebundenen und 77 100 € an gebundenen Mitteln zur Verfügung.

#### **Zum Internationalen Welt-Nichtraucher-tag am 31. Mai**

Rauchen beeinflusst die Lebensqualität, wirkt sich aber auch in weiteren Bereichen des alltäglichen Lebens aus. Einige Gründe, vielleicht weniger oder gar nicht mehr zum „Glimmstängel“ zu greifen, nennt das Statistische Landesamt: Im Jahr 2010 starben 2 138 Personen (1 655 Männer und 483 Frauen) in Sachsen an einer für Raucher symptomatischen Krebserkrankung wie Lungen-, Bronchial-, Kehlkopf- sowie Luftröhrenkrebs. Das waren 4,2 Prozent aller Gestorbenen. Bundesweit lag dieser Anteil sogar bei 5,2 Prozent.

Zudem mussten 10 834 entsprechende Krebsfälle sächsischer Patientinnen und Patienten 2010 im Krankenhaus behandelt werden (etwa so viele wie im Vorjahr). Bei einer Vielzahl weiterer Erkrankungen und Todesfälle, insbesondere bei Herz-Kreislaufkrankungen sowie der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD), spielte das Rauchen eine Rolle.

Wer dem Nikotin entsagt, hat jedoch nicht nur einen gesundheitlichen Bonuspunkt, sondern auch einen finanziellen. Dies belegt eindeutig die Verbraucherpreisstatistik. Vor rund zehn Jahren kosteten „Tabakwaren“ im Schnitt 73 Prozent weniger als gegenwärtig. Besonders „Tabakfeinschnitt“ (85 Prozent) und „Zigaretten“ (71 Prozent) unterlagen u. a. durch Steuererhöhungen einem beträchtlichen Preisauftrieb. Dieser ließ sich auch bei „Zigarren und Zigarillos“ beobachten, fiel allerdings mit 42 Prozent nur etwa halb so groß

aus. Durch Steueranpassungen im Mai 2011 und Januar 2012 in Umsetzung einer EU-Richtlinie erhöhten sich allein im letzten Jahr die Ausgaben der Raucher für „Feinschnitt“ um 9,5 Prozent, für „Zigaretten“ um 5,9 Prozent sowie für „Zigarren und Zigarillos“ um 2,0 Prozent.

Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) kauften sächsische Haushalte 2008 monatlich im Durchschnitt 83 Zigaretten, 10 mehr als noch 2003. Bundesweit ging dieser Wert gleichzeitig von 105 auf 72 Stück Zigaretten im Monat zurück.

#### **Zum Weltbauerntag am 1. Juni**

In Sachsen wurde 2011 auf einer Fläche von rund 909 300 Hektar Landwirtschaft betrieben. Das entspricht etwa der Hälfte der sächsischen Bodenfläche. Davon waren 719 500 Hektar Ackerland, 184 500 Hektar Dauergrünland und Flächen weiterer Nutzungsarten (Haus- und Nutzgärten, Rebland, Baumschulen, Obstanlagen).

Von den sächsischen Landwirten wurden 642 600 Schweine, 499 700 Rinder, 80 600 Schafe, 8,2 Millionen Hühner, 195 000 Trutzhühner, 20 000 Gänse und 15 000 Enten gehalten. Diese Tierbestände bilden die Grundlage dafür, dass in Sachsen rund 915 Millionen Eier erzeugt und 42 300 Tonnen Fleisch (ohne Geflügel) erschlachtet wurden. Die Landwirte, Obst- und Gemüseanbauer und Winzer brachten beachtliche Erntemengen ein. Darunter waren 2,5 Millionen Tonnen Getreide, 400 800 Tonnen Raps und Rübsen, 329 800 Tonnen Kartoffeln und 1,05 Millionen Tonnen Zuckerrüben. Weiterhin wurden 105 600 Tonnen Baum- und gut 4 000 Tonnen Beerenobst sowie 63 100 Tonnen Gemüse geerntet und 23 000 Hektoliter Weinmost gekeltert.

Die Pflege und der Erhalt der sächsischen Kulturlandschaft ist zu einem wesentlichen Teil den 36 000 Beschäftigten in den landwirtschaftlichen Betrieben zu verdanken. Diese Arbeiten werden von der Europäischen Union und dem Freistaat gefördert.

#### **Hohe Anschlussgrade ans Trinkwassernetz und an die öffentliche Kanalisation erreicht**

99,3 Prozent aller Einwohner in Sachsen verfügten 2010 über einen Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung. Damit erhöhte sich der Anschlussgrad gegenüber 2007 um 0,1 Prozentpunkte. Damit waren 28 032 Sachsen noch nicht an das Trinkwassernetz angeschlossen und mussten sich privat mit Trinkwasser versorgen. 2007 waren es noch 35 008 Einwohner.

Der Anschlussgrad an die öffentliche Kanalisation betrug am 30. Juni 2010 90,6 Pro-

zent (2007 = 89,2 Prozent). Somit waren 391 197 Einwohner Sachsens noch nicht ans öffentliche Kanalnetz angeschlossen (2007 = 458 478 Einwohner). Die Entsorgung der kommunalen Abwässer in den nicht oder nur teilweise angeschlossen Gemeinden Sachsens erfolgte über Kleinkläranlagen oder über abflusslose Gruben.

Daten über die private Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen werden seit 1998 alle drei Jahre bei den für die kommunalen Pflichten der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zuständigen Gemeinden erhoben.

#### **Weniger Insolvenzen im ersten Quartal 2012 in Sachsen**

In den ersten drei Monaten 2012 sank die Zahl der Insolvenzverfahren in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 10 Prozent. Es wurden insgesamt 1 833 Insolvenzverfahren von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig gemeldet, davon betrafen 350 Verfahren Unternehmen und 1 483 Verfahren übrige Schuldner. Dazu zählen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher und Nachlässe.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich um gut 6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Über 88 Prozent der Insolvenzverfahren (1 617 Verfahren) wurden eröffnet, bei den übrigen Schuldnern waren es sogar fast 91 Prozent. Die Eröffnungsquote der Unternehmen lag bei rund 78 Prozent.

Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere knapp 35 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) und 5 Prozent Personengesellschaften (z. B. OHG, GmbH & Co. KG).

Fast 22 Prozent der insolventen Unternehmen waren dem Baugewerbe zuzuordnen, beinahe 16 Prozent dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Knapp 53 Prozent der insolventen Unternehmen (184) waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig, darunter 86 Unternehmen bis drei Jahre.

# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 149,5	...	4 149,5	4 146,8	4 144,6	4 138,9	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 533	1 465	1 053	327	463	912	1 078	324	529
Lebendgeborene	Anzahl	2 924	2 869	3 550	1 886	2 497	3 083	3 352	2 118	2 543
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 242	4 219	5 192	3 933	4 220	4 530	5 291	4 163	4 514
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	6	7	6	1	6	5	8	5	4
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 318	-1 350	-1 642	-2 047	-1 723	-1 447	-1 939	-2 045	-1 971
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 620	6 182	4 490	4 739	4 323	6 236	4 825	5 385	4 670
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 681	1 905	1 357	1 428	1 371	1 811	1 403	1 843	1 513
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 916	5 878	4 509	5 391	4 833	5 468	4 804	5 144	4 745
darunter in das Ausland	Anzahl	1 647	1 469	1 290	1 465	1 363	1 217	1 489	1 335	1 379
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-296	304	-19	-652	-510	768	21	241	-75
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	8 774	9 210	7 401	8 727	7 599	9 802	8 390	8 979	7 435
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 408,3	...	1 418,8	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	701,0	...	705,5	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	16,0	...	16,3	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	282,2	...	282,9	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	234,3	...	234,8	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>5)</sup>										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,2	...	19,8	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	415,4	...	417,9	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	293,1	...	297,5	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	246,6	...	252,2	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	431,8	...	431,1	.	.	.	...	.	.
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	253,1	226,8	236,4	264,7	263,8	201,2	208,3	234,0	236,1
Frauen	1 000	116,5	106,4	109,8	117,5	117,0	96,7	97,1	104,1	103,7
Männer	1 000	136,6	120,5	126,6	147,2	146,8	104,4	111,2	129,9	132,5
Ausländer	1 000	9,6	9,3	9,6	10,1	10,1	8,6	8,8	9,3	9,4
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	26,0	20,7	21,0	23,7	24,1	16,6	16,8	19,2	20,1
<b>Arbeitslosenquote<sup>6)</sup></b>										
insgesamt	%	11,8	10,6	11,1	12,4	12,4	9,4	9,8	11,0	11,1
Frauen	%	11,5	10,6	10,9	11,7	11,6	9,6	9,7	10,4	10,3
Männer	%	12,1	10,7	11,3	13,1	13,1	9,3	9,9	11,5	11,8
Ausländer	%	23,9	22,8	24,0	25,4	25,3	20,8	21,4	22,5	22,8
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	10,8	9,1	8,9	10,0	10,2	7,4	7,5	8,6	8,9
Kurzarbeiter	1 000	29,7	...	21,5	27,6	27,5	...	...	...	...
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	15,5	19,2	15,2	15,5	18,2	19,5	17,7	17,5	18,3

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	239	289	186	207	230	259	206	219	227
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	228	275	181	196	220	254	195	201	220
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	223	275	154	209	252	214	226	198	183
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	41	51	30	35	45	41	39	40	36
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	48 134	61 922	34 999	47 142	54 605	48 067	51 048	48 631	44 443
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	114	115	83	82	119	110	107	65
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	588	715	692	566	1 258	824	1 084	809	1 002
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	85	100	101	81	137	124	128	120	99
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	64 176	69 158	118 537	87 744	69 123	67 758	100 685	108 185	115 808
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	468	567	378	421	726	482	439	439	264
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 324	2 756	2 096	2 039	2 295	2 418	2 158	2 147	1 702
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	4 959	3 356	4 919	4 770	4 313	1 996	1 594	1 438	1 314
darunter										
Rinder insgesamt	t	775	501	847	794	643	500	374	294	290
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	20	22	39	15	13	26	43	18	18
Jungrinder	t	6	7	7	7	7	15	8	8	4
Schweine	t	4 147	2 817	4 035	3 947	3 650	1 408	1 180	1 117	1 003
Eierzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	59 740	76 219	71 142	76 618	65 976	75 999	80 337	78 893	74 960
Milcherzeugung	1 000 t	132	133	129	134	123	127	135	...	...
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	130	127	131	120	124	132	...	...
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>4)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 222	1 269	1 223	1 247	1 245	1 272	1 272	1 287	1 283
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	189,6	201,6	192,4	195,0	195,5	206,4	205,9	207,1	207,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 057	27 691	24 172	27 548	26 499	29 487	24 827	30 066	29 103
Bezahlte Entgelte	Mill. €	484,5	540,3	504,2	490,1	482,0	670,4	561,7	534,7	528,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 969,1	4 454,6	4 139,4	3 802,1	4 034,8	4 803,0	4 321,5	3 939,4	4 339,9
davon										
Vorleistungsgüter und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	1 375,6	1 602,1	1 239,7	1 373,3	1 443,6	1 758,4	1 395,4	1 493,0	1 495,0
Investitionsgüter	Mill. €	1 844,5	2 070,5	2 140,2	1 736,2	1 886,4	2 226,4	2 146,5	1 681,7	2 105,9
Gebrauchsgüter	Mill. €	55,9	59,2	53,8	54,6	53,7	72,2	56,6	57,4	60,2
Verbrauchsgüter	Mill. €	693,1	722,8	705,8	638,1	651,1	746,1	723,0	707,3	678,8
Auslandsumsatz	Mill. €	1 513,7	1 742,8	1 687,7	1 451,3	1 552,1	1 887,8	1 747,7	1 473,8	1 712,7

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Energie- und Wasserversorgung<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	137	136	136	136	136	136	136	137	137
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,0	13,9	14,1	14,0	14,0	14,0	13,9	13,8	13,8
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 867	1 845	1 732	1 969	1 798	1 898	1 686	2 029	1 887
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	49	50	45	45	45	82	47	47	46
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 833	2 752	3 176	3 196	2 694	3 044	2 688	2 801	2 941
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,1	57,3	56,4	53,6	53,6	57,0	56,1	53,3	52,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	6 022	2 966	3 421	3 731	6 848	4 585	3 666	2 822
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 557	1 899	854	1 047	1 086	2 181	1 514	1 257	891
gewerblicher Bau	1 000	1 945	2 182	1 188	1 343	1 518	2 462	1 672	1 434	1 187
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 851	1 940	924	1 031	1 127	2 205	1 399	975	744
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	102,6	108,7	102,4	83,9	83,6	124,3	108,3	90,5	79,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	455,6	523,1	488,6	203,0	267,4	673,2	604,3	254,0	243,1
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	87,6	113,3	85,5	45,3	50,6	149,7	127,2	59,9	51,7
gewerblicher Bau	Mill. €	210,6	238,3	252,7	95,8	139,5	305,5	274,8	121,0	123,8
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	157,4	171,4	150,4	62,0	77,2	217,9	202,4	73,0	67,5
<b>Ausbaugewerbe<sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,0	19,2	19,1	.	.	.	19,0	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 255	6 337	6 395	.	.	.	6 162	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	112,1	115,9	120,7	.	.	.	121,3	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	490,6	527,6	609,2	.	.	.	665,9	.	.
<b>Handel<sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	95,1	96,3	95,6	94,1	94,0	97,3	97,1	96,4	96,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	111,0	121,6	116,1	98,7	101,5	131,4	123,4	105,4	106,6
Umsatz (real)	2005 = 100	100,5	103,6	103,3	86,2	86,6	112,4	106,6	89,9	88,9
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	108,4	108,9	109,6	108,6	108,3	109,9	110,2	108,7	108,3
Umsatz (nominal)	2005 = 100	113,4	117,4	137,2	104,2	101,5	127,3	143,6	108,5	107,2
Umsatz (real)	2005 = 100	109,6	112,0	132,5	100,7	97,0	121,4	138,2	103,7	101,1
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	91,4	93,5	91,6	90,9	91,1	95,5	95,2	93,9	94,3
Umsatz (nominal)	2005 = 100	94,8	100,1	94,0	82,4	88,9	105,8	103,8	83,1	95,3
Umsatz (real)	2005 = 100	90,7	94,7	89,7	78,6	84,7	99,6	97,9	78,3	89,7
<b>Gastgewerbe<sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2005 = 100	117,9	118,9	115,8	110,1	109,7	118,8	117,3	110,6	111,1
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,7	125,9	126,8	93,9	91,0	118,3	140,2	96,5	95,4
Umsatz (real)	2005 = 100	103,5	106,4	108,5	80,3	77,5	99,2	117,8	81,0	79,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästeankünfte	1 000	535	561	505	335	362	507	553	367	397
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	60	43	33	32	47	49	36	34
Gästeübernachtungen	1 000	1 398	1 445	1 236	909	1 024	1 187	1 321	980	1 118
darunter von Auslandsgästen	1 000	134	136	100	75	73	107	109	84	82
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 596	1 614	1 437	1 366	1 099	1 612	1 762	1 565	1 401
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 080	1 154	719	777	635	1 103	1 102	970	776
Getötete Personen	Anzahl	14	16	6	12	7	18	19	14	20
Verletzte Personen	Anzahl	1 370	1 460	961	993	831	1 341	1 468	1 231	973
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 219	12 296	11 211	9 104	9 547	12 315	11 649	8 909	9 371
darunter Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	9 357	10 108	9 157	7 709	7 962	10 096	9 245	7 510	8 084
Lastkraftwagen	Anzahl	1 114	1 359	1 564	1 005	1 013	1 638	1 799	1 017	830
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	6,5	6,4	7,0	4,5	8,7	4,2	5,8	15,9	2,8
Güterversand	1 000 t	13,8	9,4	8,6	4,8	22,2	5,5	3,9	11,0	2,0
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 062,0	2 448,2	2 100,8	2 130,9	2 244,8	2 725,0	2 522,9	2 195,3	2 693,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	76,7	85,1	82,7	73,7	82,0	85,9	85,7	78,3	80,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 964,5	2 329,0	1 997,1	2 036,5	2 138,1	2 580,4	2 391,1	2 048,1	2 524,3
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,9	11,4	8,1	8,3	12,2	16,8	8,1	8,2	10,3
Halbwaren	Mill. €	86,2	102,8	73,0	61,3	92,5	125,0	142,8	93,5	118,5
Fertigwaren	Mill. €	1 869,4	2 214,8	1 916,0	1 966,9	2 033,5	2 438,7	2 240,2	1 946,5	2 395,5
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	219,5	235,4	215,9	214,0	229,6	226,1	189,5	206,5	212,9
Enderzeugnisse	Mill. €	1 649,9	1 979,4	1 700,2	1 752,9	1 803,8	2 212,5	2 050,7	1 740,0	2 182,6
<b>Ausfuhr nach</b>										
Europa	Mill. €	1 253,4	1 442,5	1 268,1	1 190,3	1 293,9	1 591,8	1 404,7	1 281,6	1 477,7
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 028,5	1 153,3	1 050,5	971,0	1 047,7	1 296,5	1 133,8	1 037,2	1 197,7
Afrika	Mill. €	42,2	48,8	33,8	57,1	35,4	47,0	67,9	33,7	39,9
Amerika	Mill. €	222,3	268,6	191,6	229,4	254,2	242,5	246,4	195,6	309,6
Asien	Mill. €	516,4	657,2	578,0	620,9	632,6	814,6	778,8	652,4	824,1
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	27,7	31,1	29,3	33,1	28,7	29,0	25,0	31,9	42,0

1) bis 2011: Betriebe mit 9 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 3 und mehr Stellplätzen, ab Januar 2012: Betriebe mit 10 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Noch: Außenhandel</b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 408,6	1 659,4	1 439,1	1 521,6	1 562,0	1 611,2	1 476,3	1 377,3	1 658,2
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	81,8	86,4	85,0	72,2	79,2	84,2	88,3	65,0	74,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 280,7	1 482,9	1 304,2	1 394,7	1 407,0	1 398,2	1 285,5	1 152,6	1 381,8
davon										
Rohstoffe	Mill. €	93,0	126,7	119,7	81,1	112,4	156,8	196,8	121,7	119,5
Halbwaren	Mill. €	116,4	142,2	106,7	161,9	130,0	109,7	101,5	117,1	161,4
Fertigwaren	Mill. €	1 071,3	1 214,1	1 077,8	1 151,8	1 164,5	1 131,7	987,2	913,8	1 100,9
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	154,7	176,1	148,7	162,7	175,4	143,1	147,6	158,0	170,3
Enderzeugnisse	Mill. €	916,6	1 037,9	929,1	989,1	989,1	988,6	839,6	755,7	930,6
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 016,5	1 238,7	1 098,4	1 046,8	1 178,9	1 235,8	1 135,0	1 065,8	1 271,0
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	850,8	1 030,5	909,9	871,8	986,0	1 012,4	908,2	859,2	1 032,3
Afrika	Mill. €	7,2	8,2	5,2	4,6	8,8	5,4	6,1	6,7	3,5
Amerika	Mill. €	171,0	136,0	80,9	155,2	155,1	111,7	111,3	106,0	125,4
Asien	Mill. €	211,5	273,8	252,7	314,4	216,7	257,1	221,3	197,0	255,4
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,3	2,7	2,0	0,6	2,4	1,2	2,5	1,9	2,8
<b>Gewerbeanzeigen<sup>1)</sup></b>										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 183	3 028	2 506	3 112	3 013	3 137	2 742	3 112	2 544
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 888	2 768	3 542	3 337	2 813	2 990	3 682	3 551	2 729
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	726	647	800	709	612	683	673	648	529
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	143	132	144	98	113	154	130	100	104
Verbraucher	Anzahl	417	355	470	440	314	351	379	387	277
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	113	115	110	122	128	113	104	106
sonstige natürliche Personen <sup>2)</sup> , Nachlässe	Anzahl	53	47	71	61	63	50	51	57	42
eröffnete Verfahren	Anzahl	643	562	707	617	512	604	580	564	464
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	82	83	92	89	99	78	91	82	62
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	130	103	98	71	76	78	94	175	63
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>3)</sup>	30.9.09 = 100	97,6	98,0	97,1	.	.	.	97,5	.	.
Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100	98,9	107,0	116,4	.	.	.	121,3	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)



# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Preise</b>										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	109,4	111,9	110,9	110,3	110,9	112,5	113,3	112,8	113,6
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	114,1	118,4	.	.	117,0	119,4	.	.	120,9
<b>Verdienste <sup>2)</sup></b>										
Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>4)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 725	2 789	2 574	x	x	x	2 640	x	x
männlich	€	2 776	2 856	2 626	x	x	x	2 695	x	x
weiblich	€	2 631	2 664	2 478	x	x	x	2 538	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 510	2 587	2 381	x	x	x	2 456	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 157	3 274	2 867	x	x	x	2 888	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 477	2 565	2 338	x	x	x	2 421	x	x
Energieversorgung	€	(4 503)	4 522	3 817	x	x	x	4 060	x	x
Wasserversorgung <sup>5)</sup>	€	2 478	2 543	2 355	x	x	x	2 392	x	x
Baugewerbe	€	(2 376)	(2 446)	(2 341)	x	x	x	(2 407)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 874	2 937	2 707	x	x	x	2 776	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 416	2 501	2 288	x	x	x	2 327	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 390	2 434	2 247	x	x	x	2 294	x	x
Gastgewerbe	€	1 597	1 628	1 560	x	x	x	1 599	x	x
Information und Kommunikation	€	3 631	3 656	3 294	x	x	x	3 359	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	(4 113)	4 168	3 535	x	x	x	3 611	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 949	3 002	2 692	x	x	x	2 702	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 482	3 613	3 245	x	x	x	3 293	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 707	1 772	1 644	x	x	x	1 739	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 161	3 295	3 038	x	x	x	3 165	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 798	3 809	3 632	x	x	x	3 652	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 127	3 229	2 991	x	x	x	3 087	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(3 077)	(3 109)	2 969	x	x	x	2 954	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 144)	(2 128)	(2 076)	x	x	x	(2 047)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl



**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Juni 2012

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Untermarkt mit Dom St. Marien und Stadt- und Bergbaumuseum ©Stadtmarketing Freiberg GmbH/Ralf Menzel